

Landesarchiv Berlin  
B Rep. 057-01

Nr. 3889

20 HS H6

**LEITZ**

Leitz-Ordner R 80

Zeugenordner  
Reichsvereinigung  
jüd. Gemeinde  
jüd. Arbeitskommando

R-Z

(chamois)

3889

36

Landesarchiv Berlin  
B Rep. 057-01

Nr.: 1264



HS 40<sup>u</sup>

36 a

Dr. phil. Curt Radlauer

Wohnort: (30.8.66) 1 Berlin 62,  
Innsbrucker Str. 3

254/01 (22) כ

# «יד ושם» רשות הזכרון לשואה ולגבורה - המחלקה לגביית עדויות

סימנו, ר 1051/57-

סימון הארכיון: -



## ש ע ר ה ע ד ו ת

גרמניה

01/254

הנושא/הארץ: -

ד"ר בל כדורי

המראין

דולאר קורס

השכלה ומקצוע RADLAUER, CURT

העד

BERLIN-SCHÖNEBERG

כתובת

תאריך, מקום וארץ לידה

INNSBRUCKERSTR. 5

ברלין

מקום מגורי העד בפרוץ המלחמה/המאורעות המתוארים

ה"רייכספרייניקרבג של היהודים בגרמניה בשנים 1943 - 1945

תוכן העדות

הפתיחה החדשה בבית חולים היהודי בברלין ברח' אירבישה אחרי 10 ביוני 1943 -

התפקידים של הרייכספרייניקרבג

המקומות הנזכרים בעדות

שמות האנשים הנזכרים בעדות

BERLIN

BLAU, Bruno - LUSTIG

הערות

גרמניה

חעדות רשומה בידי: העד/המראיין/קצין/מכשיר הקלטה. בשפה: -

נספחים לעדות: -

גריכנבורג

מספר כולל של תתי-חידות 5 של עמודים 11

ד"ר בל כדורי חתימת המראין

מקום תל אביב תאריך 39.12.59

אשור הנהלת המחלקה

תותמת

הערות

חתימה

תאריך

J ( YW ) 01/254  
01/254

Begleitbericht von Dr. Ball-Kaduri  
zum Zeugenbericht von Dr. Curt Radlauer,  
Berlin-Schöneberg, Innsbrucker Str. 3  
über: "Die Reichsvereinigung der Juden in  
Deutschland vom Sommer 1943 bis zum Mai 1945".

Ich überreiche

1. einen Zeugenbericht, den ich mündlich von Dr. Radlauer in Berlin erhielt.
2. die Abschrift meines Briefes vom 9. August aus St. Blasien an Dr. Radlauer
3. seine Antwort vom 13.8.1959
4. meinen Fragebogen vom 20.8.59 an Dr. Radlauer mit seinen eingefügten Antworten vom 22.8.59

Bis vor kurzem war uns - und soweit ich feststellen konnte, auch anderen Institutionen - so gut wie garnichts über die Periode der "Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" vom Juni 1943 bis zum Mai 1945 bekannt. Wir wussten nur aus dem Berichte von Frau Hildegard Henschel (Sammlung Ball-Kaduri), dass die Reichsvereinigung in der Kantstrasse und die Gemeinde in der Oranienburger Strasse am 10. Juni 1943 von der Gestapo geschlossen wurden, und die letzten dort arbeitenden Personen am 16. Juni 1943 nach Theresienstadt deportiert wurden. Nach diesem Datum konnte es in Deutschland nur noch illegal lebende Juden oder Juden in Mischehe geben. Es war ferner bekannt, dass von diesem Zeitpunkte an die Reichsvereinigung in das Jüdische Krankenhaus in der Iranischen Strasse in Berlin verlegt worden war, und dass ihr einziger Leiter der in Mischehe lebende Arzt Dr. Walter Lustig war. Mehrfach wurde sie als in Liquidation befindlich bezeichnet, was aber von anderer Seite bestritten wurde.

Am vorletzten Tage meines Aufenthaltes in Berlin, dem 28. Juni 1959, sass ich im Büro von Adolf Scheuer, in den Räumen der Jüdischen Gemeinde in Berlin, Joachimstaler Strasse 13. Adolf Scheuer war das konservative (orthodoxe) Mitglied des Gemeindevorstandes vor und nach dem Jahre 1933, und ist jetzt etwa

85 Jahre alt, aber noch verhältnismässig aktiv. Bei einem Telefongespräch, das er während meiner Anwesenheit führte, sagte er, da müsse man Radlauer fragen. In diesem Augenblick fiel mir ein, dass in einer der Schriften von Bruno Blau steht, er habe im Jahre 1944 in Berlin von Dr. Curt Radlauer statistisches Material der Reichsvereinigung erhalten, und Radlauer sei jetzt (1952) Finanzdezernent des Senats der Stadt Berlin. Ich fragte sofort, ob das derselbe Herr sei, und Scheuer bejahte das. Da Scheuer ihn als besonders entgegenkommend bezeichnete, so rief ich ihn sofort aus dem Zimmer von Scheuer an, und führte ein etwa 30 Minuten langes Telefongespräch mit ihm, das den Gegenstand des Augenzeugenberichtes bildet (No.1). Infolge meiner Abreise am nächsten Tage bestand leider keine Möglichkeit zu einem Besuch bei ihm. Ich werde ~~nachträglich um Durchsicht des Protokolls des Gespräches und Unterschrift bitten.~~

Aus St. Blasien bat ich ihn dann brieflich um eine ausführlichere Schilderung der Zeit von 1943-1945 (No.2), aber er lehnte das mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand ab (No.3). Ich sandte ihm dann einen Fragebogen mit Fragen, die speziell interessierten, und er füllte ihn sofort aus und sandte ihn mir zurück (No.4), aber der Inhalt dieses Fragebogens ist mit Vorsicht zu benutzen, da er offenbar Erinnerungsfehler enthält.

Später habe ich dann auf der Reise noch wertvolles Material zum gleichen Thema gefunden, nämlich einmal eine Zeugenaufnahme von Herrn Ernst Einhorn machen können, der gleichfalls von 1943-1945 bei der Reichsvereinigung tätig war, und ich habe ausserdem in Akten in Frankfurt, die ich durchforschte, das "Rundschreiben No.1 vom 9. Juli 1943" der Reichsvereinigung aus der Iranischen Strasse gefunden, unterzeichnet Dr. Walter ~~maxtig~~ Israel Lustig, in welchem die Zuständigkeiten und Aufgabengebiete dieser Reichsvereinigung klargestellt werden,

sowie Listen der Vertrauensmänner der Reichsvereinigung im Lande. Durch dieses Material in Verbindung mit den beiden Zeugenaussagen und dem schon früher bekannten Material beginnt sich für uns jetzt das Bild dieser Zeit zu klären.

November 1959

(Dr. Ball-Kaduri)

*Ball-Kaduri*

J (Yw) 01/254  
01/254

Zeugenbericht von Dr. Curt Radlauer,  
"In Berlin von 1943-1945 - Reichsvereinigung der Juden  
in Deutschland in der Iranischen Strasse"  
erstattet an Dr. Ball-Kaduri am 26. Juni 1959 in Berlin  
in einem langen Telefongesprach.

Aufzeichnung von Dr. Ball-Kaduri  
sofort nach dem Telefongesprach.

Radlauer, Volljude in Mischehe. Wurde bei der Fabrikation verhaftet, kam dann von der Levetsowstrasse in die Rosenstrasse. - Bei Entlassung wurde er aufgefordert, sich sofort bei der Juedischen Gemeinde zu melden - zwecks Einarbeitung, da Abtransport der letzten Juden (mit Ausnahme von Mischehen) bevorstand. - Hat dann kurze Zeit in der Oranienburger Strasse gearbeitet, spaeter in der Iranischen Strasse - War zustaendig fuer Grundstuecksverwaltung sowie Statistik - Bruno Blau war damals als Gestapo-Gefangener in Juedischen Krankenhaus - Radlauer hatte das spezielle Interesse von Blau fuer juedische Statistik, gab ihm das verfuegbare statistische Material - Blau hatte schon fruher die entsprechenden Zeitschriften oder Jahrbuecher herausgegeben ("Statistische Blaetter") - Radlauer wurde spaeter Finanzdezernent des Senats von Berlin (jetzt Ministerialrat a.D.) - Adresse: Berlin-Schoeneberg, Innsbrucker Strasse 3, Telefon 71-11-68. Gibt gern weitere Auskunft.

(Dr. Ball-Kaduri)

88

Dr. Ball-Kaduri

J (Yw) 01/254

z.Zt. St. Blasien, 9.8.1959  
Sanatorium

Herrn  
Ministerialrat  
Dr. Curt Radlauer  
Berlin-Schöneberg  
Innsbruckerstrasse 3

Sehr geehrter Herr Ministerialrat !

Sie werden sich an unser langes Telefongespräch erinnern, das ich am 28.6.59 mit Ihnen führte. Ich hatte Ihre Adresse durch Herrn Adolf Scheuer erhalten. Leider war es der vorletzte Tag meines Aufenthaltes in Berlin und so war es mir nicht möglich, mich noch einmal persönlich mit Ihnen in Verbindung zu setzen. Ihr Name war mir aus einer Arbeit von Dr. Bruno Blau bekannt, der erwähnte, dass er statistisches Material der Reichsvereinigung von Ihnen im Jahre 1944 erhalten habe. Sie waren so freundlich mir am Telefon zu berichten, wie es dazu gekommen ist und dass Sie vom März 1943 bis zum Ende des Krieges für die Jüdische Gemeinde und die Reichsvereinigung kurze Zeit in der Oranienburgerstrasse und nachher in der Iranischen Strasse tätig waren.

Unser Regierungsinstitut dient der historischen Erforschung der Geschichte der Juden in der Zeit der Herrschaft des Nationalsozialismus. Meine spezielle Aufgabe ist es, Berichte und Erinnerungen von Deutschland hierbei zu sammeln. Dabei legen wir besonderen Wert auf die Geschichte der Gemeinden und Organisationen und in dieser Richtung geht meine spezielle Bitte. Aus naheliegenden Gründen hören bei uns alle vorliegenden Berichte mit März 1943 oder evtl. Juni 1943 auf. Sie sind der einzige, der über die Zeit von März 1943 bis zum Ende des Krieges berichten kann. An einer Stelle, ich glaube in einem Aufsatz von Erich Fabian im Jahrbuch zum 80. Geburtstag von Leo Baeck oder auch in einem Brief von Fabian an mich wird erwähnt, dass die Tätigkeit der Reichsvereinigung in jener Zeit eigentlich nur in der Uebertragung des vorhandenen Grundbesitzes auf den Oberrinanzpräsidenten

bestanden habe. Die Gemeinde wird überhaupt nirgends erwähnt. Nun ist mir klar, dass die Tätigkeit der Gemeinde, wenn auch in sehr beschränktem Umfange, für die weiter in Berlin lebenden Juden in Mischehe und "Mischlinge I. Grades" - im Sinne der Nürnberger Gesetze - weitergegangen sein muss. Ob auch die Reichsvereinigung über die reine Liquidation hinaus weiter aktiv war, insbesondere die monatliche Statistik, weiss ich nicht.

Dürfen wir nun die Bitte aussprechen, dass Sie diese Lücken ergänzen und einen möglichst nicht zu knappen Bericht über das verbliebene tatsächliche Leben

- a) in der Gemeinde
- b) in der Reichsvereinigung

niederzuschreiben und uns ein Exemplar für unser Archiv überlassen. Das Archiv dient als Quelle für künftige historische Forschung und gelegentlich werden Teile von Berichten oder ganze Berichte in den Yad-Washem Studies, die jährlich erscheinen, abgedruckt, wozu selbstverständlich vorher Ihre Genehmigung eingeholt werden würde. Ich denke mir, dass eine solche Schilderung etwa folgendes umfassen sollte, womit nicht eine Disposition, sondern nur eine ungefähre Angabe des Inhalts gemeint ist. Die verbliebenen Tätigkeiten der Gemeinde - der Reichsvereinigung - die Atmosphäre - Beziehungen zu den Behörden - die führenden Persönlichkeiten der Gemeinde und der Reichsvereinigung - das Leben in Berlin überhaupt.

Ich brauche Ihnen nicht auseinanderzusetzen, wie wichtig es für unsere Arbeit ist, wenn diese - sonst garnicht auszufüllenden Lücken - durch einen Bericht von Ihnen ausgefüllt werden würden.

Darf ich Sie zunächst um eine freundliche Mitteilung bitten, dass dieser Brief Sie erreicht hat und ob wir Aussicht haben, Ihre Mitarbeit zu erhoffen. Nachricht erreicht mich noch bis

Ende September unter der Adresse: Sanatorium St. Blasien/Schw.  
nachher in Tel-Aviv, am besten unter meiner persönlichen Adresse:  
Tel-Aviv, Bernstein Cohenstr. 14.

Ich verbleibe

Ihr sehr ergebener

Dr. Ball-Kaduri

88

Ministerialrat a.D.  
Dr. Curt Radlauer  
BERLIN-SCHOENEBERG  
Innsbrucker Strasse 3  
Fernruf: 71 11 68

J C YW / 01 / 254  
Bln., den 13.3.1959

Sehr geehrter Herr Doktor !

Mein Gesundheitszustand erlaubt es mir leider z.Zt. nicht, systematische Arbeiten zu übernehmen.

In der "Reichsvereinigung" musste ich die Bevölkerungsstatistik der Juden und der Nichtglaubensjuden (Nichtarier jüdischer Abstammung) führen. Diese Zahlen hat meines Wissens D. Blau ausgewertet. Ausserdem musste ich noch die Grundstücksverwaltung des Jüdischen Krankenhauses und des Friedhofs in Berlin-Weissensee bearbeiten. Da von dem Areal des Jüdischen Krankenhauses in der Iranischen Strasse ein Teil an die Heeresverwaltung für den Betrieb eines Reserve-Lazarettes abgetrennt werden musste, die Reichsvereinigung aber für die Instandhaltung auch dieses Gebäude verantwortlich war, hatte ich ständig auch mit der Leitung des Reserve-Lazaretts Verhandlungen zu führen. Weiter erstreckte sich mein Aufgabenbereich nicht.

Vielleicht kann Ihnen Herr Amtsrat Siegbert Kleemann, Berlin NW 87, Händelallee 7, der s.Zt. in der Reichsvereinigung die Wohnungs-Abteilung leitete, noch einiges über die Reichsvereinigung sagen.

Mit ergebenem Gruss !

gez.: Dr. Radlauer

J (YW) 01/254

Dr. Ball-Kaduri

St. Blasien  
Sanatorium, 20.8.1959

Sehr geehrter Herr Ministerialrat,

Besten Dank für Ihre schnelle Antwort, ich bedaure wirklich, dass wir auf eine zusammenhängende Darstellung von Ihrer Seite verzichten müssen.

Aber vielleicht können Sie es möglich machen, einige konkrete Fragen kurz zu beantworten, die sich mir im Laufe meiner Arbeit ergeben haben. Ich bleibe bis zum 3. September hier. Falls die Zeit nicht reicht, bitte ich um Zusendung an meine Tel-Aviver Adresse: Tel-Aviv (Israel) Bernstein-Eohen-Str.14.

Zu Ihrer Erleichterung gestatte ich mir, eine Kopie der Fragen beizufügen, mit Zwischenraum, damit Sie nur die Antwort hineinzuschreiben brauchen.

Ich verbleibe dankbar Ihr sehr ergebener  
Dr. Ball-Kaduri

1. Nach einem Bericht von Frau Hildegard Henschel aus dem Jahre 1947 wurden am 10. Juni 1943 die Büros der Reichsvereinigung in der Kantstrasse 158 und der Gemeinde in der Oranienburger-Str. geschlossen und die letzten dort noch tätigen Volljuden, u.a. Moritz und Hildegard Henschel, nach Theresienstadt deportiert. Trifft dies zu?

Im Jahre 1943 wurden die Büros der jüdischen Gemeinde in der Oranienburger Strasse geschlossen. Ob auch 1943 das Büro in der Kantstrasse geschlossen wurde, kann ich nicht sagen. Alle volljüdischen Mitarbeiter, die nicht in Mischehe lebten oder privilegiert waren, wurden abtransportiert.

2. Es verblieben in Berlin nur Ehepartner von Mischehen, sowie "Mischlinge I. Grades", die weiter Mitglieder der Gemeinde blieben.

*Forkun  
von mir  
hervorgehoben  
siehe auch  
Bilanzierung  
B-K*

J (YW) 01/254

Es sollen ausserdem aber eine kleine Anzahl Volljuden als Arzte oder Schwestern im jüdischen Krankenhaus bis zum Kriegsende verblieben sein. Trifft diese Nachricht zu?

Jawohl!

- 3. Ist die Übersiedlung der Restverwaltungen in die Iranische Strasse 2 alsbald nach dem 10. Juni oder wesentlich später erfolgt?

Als bald nach dem 10. Juni, wenn auch nicht sofort.

- 4. Was ist Ihnen über das Schicksal von Dr. Lustig bekannt?

Dr. Lustig ist von den Russen verhaftet und abtransportiert worden. Über sein weiteres Schicksal ist mir Zusammenhängendes nicht bekannt.

- 5. Arbeiteten auch nach dem 10. Juni 1943 die Bezirksstellen der Reichsvereinigung ausserhalb Berlin weiter? (ich habe einige Anhaltspunkte dafür)

Ich glaube, ja.

- 6. Die Reichsvereinigung führte auf Anordnung des RSHA monatlich, nach Bezirksstellen gegliedert, eine ger geraume Statistik ihrer Mitglieder (Rassenjuden) durch, mit Anfangszugängen und den verschiedenen Arten der Abgänge. Wir besitzen durch Zufall die Statistiken von September 1942 bis März 1943 in je einem Exemplar in Jerusalem. Sind diese Statistiken weiter geführt worden, ev. wie lange etwa?

Es ist möglich, dass diese Statistiken durch das der Reichsvereinigung (Leiter Amtsrat Kleemann) weiter geführt wurden.

- 7. Bestand die Tätigkeit von Dr. Lustig der Reichsvereinigung, nachdem 10. Juni 1943 nur in einer Abwicklung, mit der Übertragung der Grundmehrerbesitzer auf den Oberfinanzpräsidenten Berlin - wie es in heisst - oder in einer fortlaufenden, beschränkten Verwaltungstätigkeit? ev. auf welchen Gebieten?

*man  
BR 1. XII 54*

*man  
BR 1. XII 54*

J (Yw) 01/254

Die Tätigkeit von Dr. Lustig bestand in der Hauptsache in der Leitung des jüdischen Krankenhauses als Direktor und Chefarzt.

8. War Dr. Lustig auch der alleinige Leiter der jüdischen Gemeinde, oder gab es noch andere Mitglieder eines Vorstandes?

Ich glaube nicht, dass eine jüdische Gemeinde nach 1943 überhaupt noch existierte.

9. Welche Arbeitsgebiete hatte die Gemeinde noch nach 10.6.1943?

z.B. Erhebung von Beiträgen?

Statistik?

Grundstückverwaltung?

soziale Fürsorge?

all dieses

Wohnungswesen?

was ev. noch?

oder beschränkte sie sich auf Statistik, Grundstückverwaltung und ev. Beiträge?

Weitere Fragen könnte Ihnen Dr. Hans Frich Fabian beantworten, der jetzt in Berlin ist und damals das führende Haupt der Reichsvereinigung war.

Verbindlichsten Gruss!

Dr. Rudlauer.

Schluss

Berlin 22.8.1959

Dr. Ball-Kaduri

V e r h a n d e l t

Auf Vorladung erscheint der Ministerial- und Senatsrat i. R.

Dr. phil. Curt Radlauer,  
10. 10. 1884 Posen geb.,  
Berlin 62, Insbrucker Str. 3 whft.,

und erklärt:

Der Grund meiner heutigen Vernehmung ist mir bekanntgegeben worden, und ich möchte mich dazu wie folgt äußern:

Wie ich bereits in meiner Vernehmung vom 4. 5. 1965 - 1 Js, 9/65 (StapoLeit Bln) - angegeben habe, wurde ich nach meiner zweiten Verhaftung durch die Gestapo am 27. 2. 1943, anlässlich der sogenannten Fabrikaktion, in das Jüdische Gemeindehaus, in die Rosenstraße, gebracht. Nach einigen Tagen wurde ich von einem Polizeirat, an dessen Namen ich mich nicht mehr erinnern kann, aufgefordert, in der Jüdischen Gemeinde zu arbeiten. Ich erhielt den Auftrag, mich im Gebäude der Jüdischen Kultusgemeinde, in der Oranienburger Straße, zu melden. Bis zu diesem Zeitpunkt waren dort nur Volljuden tätig. Mit mir gemeinsam kamen auch andere Juden zur Kultusgemeinde, um dort zu arbeiten. Bei uns handelte es sich ausschließlich um in Mischehe lebende Juden. Wir waren seinerzeit der Auffassung, daß wir als Mischehepartner in der Jüdischen Gemeinde eingearbeitet werden sollen und daß dann, die bis dahin dort tätig gewesenen Juden wohl abtransportiert werden sollten. So geschah es dann auch.

Ich wurde als Buchhalter für das Grundstückswesen der Jüdischen Gemeinde eingesetzt.

Etwa im Mai 1943 wurden die Räume der Jüdischen Gemeinde in der Oranienburger Straße aufgegeben, und wir siedelten um in den Gebäudekomplex des jüdischen Krankenhauses Iranische Straße. Während meiner Tätigkeit wurde ich gelegentlich durch D o b b e r k e , seltener durch K K S t o c k , kontrolliert. Beide hatten fachlich keine Ahnung; sie sahen nur danach, ob ich arbeitete.

Ich kann mich nicht erinnern, daß meine Arbeit durch Beamte des Reichssicherheitshauptamtes überprüft wurde, jedenfalls nicht in meinem Beisein.

Frage: Herr Dr. RADLAUER, sagt Ihnen der Name Kurt Bukofzer etwas, B. war Portier im Jüdischen Krankenhaus?

Antw.: Es handelt sich dabei um einen jüngeren, gutaussehenden Mann; Ob er Jude war, weiß ich nicht. In seiner Eigenschaft als Portier empfing er eines Tages einen SS-Mann oder SS-Führer, dessen Name mir nicht bekannt wurde. Dieser SS-Angehörige wollte den Chefarzt des Jüdischen Krankenhauses, Obermedizinalrat Dr. Dr. Lustig, sprechen, er sagte jedoch zu Bukofzer wohl nur, daß er den Juden Lustig sprechen wolle, woraufhin B. antwortete, er werde "Herrn Obermedizinalrat Dr. Lustig" informieren. Dieser Portier wurde ganz kurze Zeit danach verhaftet und abtransportiert; wir sahen ihn nicht mehr wieder.

Zu diesem Vorfall muß ich einschränkend sagen, daß ich diesen nicht aus eigener Anschauung her kenne, sondern, es sprach sich im Hause wie ein Lauffeuer herum. Der Name Bukofzer ist mir in diesem Zusammenhang auch erst nach Vorhalt durch den Vernehmenden wieder erinnerlich.

Wenn ich in diesem Zusammenhang gefragt werde, ob dabei auch der Name Wöhrn gefallen ist, so kann ich dies weder bejahen noch verneinen. Der Name Wöhrn hatte auf alle Fälle in unseren Kreisen einen sehr schlechten Klang. Bei uns hieß es immer vor Wöhrn müsse man sich in acht nehmen.

Folgenden Vorfall habe ich in Erinnerung:

Etwa im Herbst 1943 stand ich eines Tages mit einer Sekretärin auf dem Korridor innerhalb der Verwaltungsabteilung des Jüdischen Krankenhauses und unterhielt mich mit ihr.

Es handelte sich bei dieser Sekretärin um ein etwa 20jähriges sehr hübsches junges Mädchen, die wohl Geltungsjüdin war. Auf Vorhalt fällt mir ein, daß sie **W a g n e r** hieß. Noch während wir uns unterhielten, wurden wir, wie es üblich war, gewarnt: "Schluß machen, die Gestapo kommt!" Noch auf dem Weg in mein Zimmer hörte ich, daß Frl. **W a g n e r** angerufen wurde, warum sie keinen Stern trage. Ich erreichte zu dieser Zeit mein Zimmer und kenne das Folgende nur noch vom Hörensagen.

Frl. **W a g n e r** antwortete, daß sie den Stern an ihrem Mantel habe, woraufhin sie in ihr Zimmer ging. Dort nahm sie ihren Mantel, und mit anderen jüdischen Mädchen nähte sie eiligst den Judenstern an ihren Mantel. Noch während dieser Tätigkeit riß der Gestapobeamte die Tür auf und sah die Mädchen beim Nähen. Unmittelbar darauf wurde Frl. **W a g n e r** abgeholt, und wir sahen sie nie wieder.

Ich kann beim besten Willen nicht sagen, ob es sich bei dem vorerwähnten Gestapobeamten um **W ö h r n** gehandelt hat, glaube mich aber zu erinnern, daß ich den Namen **W ö h r n** in Verbindung mit einem dieser beiden Vorkommnisse gehört habe.

Als Frl. **W a g n e r** von den Gestapobeamten angerufen wurde, drehte ich mich um und sah einen Zivilisten, der auf sie zuging. Ob dieser Beamte in Begleitung eines Angestellten des Jüdischen Krankenhauses war, kann ich nicht sagen, halte es aber doch für wahrscheinlich, da es üblich war, daß Gestapobeamte innerhalb des Hauses vom Angestellten des Jüdischen Krankenhauses begleitet wurden.

Ich meine, daß es sich um einen mittelgroßen Mann gehandelt hat, der einen robusten Eindruck machte, auf keinen Fall war es eine "magere Erscheinung".

Mir würden hier in diesem Zusammenhang zwei Fotos mit der Beschriftung "Pw 104 7/65" vorgelegt. Ich meine, daß ich die abgebildete Person nicht kenne. Ich möchte betonen, daß ich den vorerwähnten Gestapobeamten nur einen ganz kurzen Moment gesehen habe und ich bereits damals stark kurzsichtig war. Hinzu kommt, daß meine Erinnerung an die damalige Zeit nicht mehr gut ist. Mir ist gesagt worden, daß es sich bei dem Abgebildeten um den damaligen SS-H'Stuf **W ö h r n** handelt. Diese Gedächtnisstütze hilft mir nicht weiter, ich glaube diesen Mann nicht gesehen zu haben, möchte dies andererseits aber auch nicht mit aller Bestimmtheit behaupten..

Auf Befragen: So weit ich mich erinnere, hatte ich seinerzeit nie etwas mit Angehörigen des RSHA zu tun, insbesondere mit keinem Beamten des Judenreferates des RSHA. Ich selbst bin auch nie im Reichssicherheitshauptamt gewesen.  
Der auf Bild 32 der Lichtbildmappe 1 Js 7/65 abgebildete P a c h o w ist mir unbekannt.

Geschlossen:

*J. H. H.* gelesen, genehmigt  
und unterschrieben

*M. Schultz*  
Schultz, KOM

*H. G. R. R. R. R.*

HS HD

36 b

Heinrich R e i n k e

Wohnort: (1951) Vechta (Oldb.), Große Str. 33

**Amtsgericht.**

Vechta, den 31. März 1951

P. Js 212.50

Ermittlungssache

**Strafsache**

Gegenwärtig:

b. Richter Derballa

gegen

als Richter,

Justizangestellter Vornhusen

Stock, Walter

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.



wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit.

A m t s g e r i c h t  
Gs. 89/51

Vechta, den 31.3.1951

U. m. A.

Es erschien

an den Herrn Generalstaatsanwalt  
b.d. Landgericht Berlin  
in Berlin NW 40

der nachbenannte — Zeuge — ~~Sachverständige~~ —  
Rechtsanwalt Reinke

nach Erledigung zurückgereicht.

*[Handwritten signature]*

Der — Zeuge — ~~Sachverständige~~ —, mit dem Gegenstande der Untersuchung und der Person des Beschuldigten bekannt gemacht, wurde, — ~~wird zwar~~  
~~die Zeugen~~ ~~xx~~ ~~keine~~ ~~und~~ ~~die~~ ~~Abwesenheit~~ ~~der~~ ~~später~~  
~~abgehenden~~ Zeugen, — wie folgt vernommen:

1. Zeuge — ~~Sachverständige~~ —

Ich heiße Heinrich Reinke,  
bin 43 Jahre alt, Rechtsanwalt  
in Vechta (Oldb), Große Str. 33.

Der Zeuge erklärte vor Vernehmung zur Sache:

Ich möchte darauf hinweisen, daß ich an sich meiner Ansicht nach eine formelle Entbindung von der Schweigepflicht seitens meines früheren Auftragsgebers Rechtsanwalt Vogel benötige. Da ich aber von RA. Vogel als Zeuge beannt worden bin, dürfte darin die Entbindung von der Schweigepflicht zu sehen sein.

Zur Sache:

Ich habe mich durch die Erklärung vom 29.3.1951 schriftlich so eingehend geäußert, als es mir möglich war. Ich nehme auf die schriftliche Erklärung Bezug und mache sie zum Gegenstand meiner Vernehmung.

Ich habe, wie bereits aus der Erklärung hervorgeht, Einsicht in die Akte nehmen müssen, da die Vorgänge mir sonst nicht mehr deutlich genug in Erinnerung waren.

Vorgelesen, genehmigt.

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten signature]*

Rechtsanwalt  
**Heinrich Reinke**

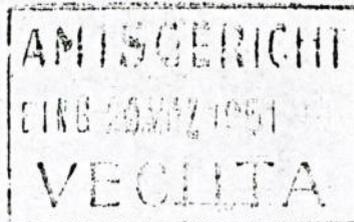
Rechtsanwalt und Notar  
**Dr. jur. W. Albery**

② Vechta i. Oldbg., den 29. März 1951.

Große Straße 33 | Telefon 568  
Postfach 27

An das  
Amtsgericht

Vechta i. O.



In dem

Ermittlungsverfahren

././ May u.a. - P Is. 212/50. -

Äussere ich mich wie folgt:

Vorweg muss ich betonen, dass ich meine Handakten aus meiner Berliner Praxis nicht mehr besitze, da sie durch Bombenschaden vernichtet worden sind. Den ganzen Vorgang hatte ich kaum auch nur noch ungenau in Erinnerung. Erst nach Durchsicht der Akten bin ich in der Lage, mich etwas eingehender äussern zu können.

Ende 1942, als ich die Vertretung des Rechtsanwalts Vogel und seiner Familie übernahm, war ich als Rechtsanwalt in Berlin tätig. Ich war zur Polizeireserve notdienstverpflichtet worden, konnte aber, da ich damals dienstlich in Berlin beschäftigt wurde, meine Praxis teilweise noch ausüben.

Meine Beauftragung erfolgte seinerzeit durch einen Verwandten des Rechtsanwalt Vogel, da Letzterer sich zu dieser Zeit gerade in Untersuchungshaft befand. Gegen Rechtsanwalt Vogel wurde überhaupt kein Haftbefehl erlassen, zumindest aber nach kurzer Zeit wieder aufgehoben. M.W. nach ist er nur etwa eine Woche in Haft gewesen. Der Schwerpunkt meiner Tätigkeit richtete sich darauf, näheres über den Verbleib der Ehefrau und des Sohnes des RA. Vogel in Erfahrung zu bringen und ihr Schicksal nach Möglichkeit in günstigem Sinne zu beeinflussen. Ich habe diese halb m.E. nach mehrfach in der Dienststelle in der Burgstrasse (M.E. nach Staatspolizeileitstelle Berlin) vorgesprochen. Die Namen Stock und Grautstück sind mir an Hand des Aktenstudiums wieder in Erinnerung gekommen.

Ob ich mit einem dieser beiden persönlich verhandelt habe, könnte ich möglicherweise bei einer Gegenüberstellung sagen. Die Lichtbilder Blatt 14 d.A. II reichen dazu nicht aus, was an den Lichtbildern liegen dürfte.

Einzelheiten über diese Verhandlungen kann ich beim besten Willen nicht mehr angeben, da mir meine Handakten fehlen. Ich bin aber überzeugt, dass ~~mir~~ bei einer Rücksprache mit Herrn RA. Vogel und bei entsprechenden Vorhaltungen Einzelheiten wieder in Erinnerung kommen werden.

Im Verlaufe meiner diesbezüglichen Verhandlungen ermittelte ich dann, dass der Fall der Ehefrau und des Sohnes des RA. Vogel, soweit ihre Verbringung in ein Konzentrationslager in Frage stand, bei einer anderen Dienststelle, anscheinend dem Reichssicherheitshauptamt oder dem Geheimen Staatspolizeiamt entschieden wurde. Ob mir dies an der Dienststelle in der Burgstrasse mitgeteilt wurde, oder ob ich dies auf anderem Wege in Erfahrung gebracht habe, kann ich aus dem Gedächtnis nicht mehr sagen. Ich weiss nur noch, dass man mir bei der Behandlung dieser Sache grösste Vorsicht empfahl. Ich bin dann zu dieser Dienststelle gegangen, welche sich m.E. nach in der Saarlandstrasse befand, und zwar in der Nähe der PRINZ-Albrecht-Strasse. Dort habe ich mit einem SS-Führer, etwa im Range eines Hauptsturmführers oder Sturmbannführers verhandelt. Wenn mich mein Gedächtnis nicht sehr täuscht, war es der in den Akten wiederholt erwähnte Brunner. Dieser liess sich auf eine sachliche Erörterung überhaupt nicht ein, sondern kanzelte mich von Anfang an regelrecht ab, dass ich mich mit einer derartigen Sache überhaupt befasse. Er fragte, ob ich nicht wüsste, dass schon mehrere Rechtsanwälte, die sich um diese Dinge gekümmert hätten, in ein Konzentrationslager gekommen wären. Er forderte mich strikte auf, in dieser Sache nichts mehr zu unternehmen, da er sonst gegen mich eine entsprechende Meldung erstatten würde.

Ob ich von dieser Dienststelle dann doch noch erfahren habe, dass Frau Vogel und der Sohn in das Konzentrationslager Auschwitz verschickt worden waren, oder auf welche Weise Herr RA. Vogel oder ich dies erfahren, kann ich beim besten Willen nicht mehr angeben.

Ich habe damals diesen Vorfall mit Herrn RA. Vogel besprochen und wir kamen m.E. nach beide zu dem Ergebnis, dass jedenfalls auf diesem Wege zurzeit nichts zu erreichen sei.

m.E. habe ich <sup>mich</sup> dann in der Folgezeit im wesentlichen nur noch um das gegen Herrn RA. Vogel laufende Verfahren gekümmert. Dies wurde an das Haupternährungsamt Berlin abgegeben. Ich habe dort mehrfach verhandelt. Ob es überhaupt noch zur Verhängung einer Ordnungsstrafe kam, oder ob das Verfahren so eingestellt wurde, weiss ich ebenfalls nicht mehr.

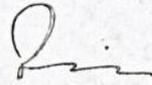
Das gesamte damalige Verfahren ist durch die damalige Hausangestellte der Familie Vogel in Gang gebracht worden. Ob sie dies unmittelbar durch eine Anzeige selbst getan hat, oder ob dies durch eine dritte Person gemacht wurde, konnte meiner Erinnerung nach schon damals nicht eindeutig festgestellt werden.

Der eigentliche Tatbestand war jedenfalls sehr geringfügig und stellte meiner Ansicht nach rechtlich höchstens ein Verstoß gegen die Verbrauchsregelungsstrafverordnung, nicht aber einmal ein Vergehen nach der Kriegswirtschaftsverordnung dar. Für mich bestand damals überhaupt kein Zweifel daran, dass dieser Vorfall den SS-Dienststellen sehr gelegen kam, um die jüdische Ehefrau und den Sohn des Rechtsanwalts Vogel in ein Konzentrationslager verbringen zu können. Meiner bestimmten Erinnerung nach waren die jüdischen Ehefrauen von Nichtjuden zu der damaligen Zeit noch geschützt; jedenfalls ist die Verbringung der Frau Vogel und ihres Sohnes nach Auschwitz nicht im Zusammenhang der üblichen Sammelaktion erfolgt.

Wenn sich Stock und Grautstück in ihren Vernehmungen Bl. 105 ff und Blatt 106 ff darauf berufen, dass sie mit der Verschickung von Juden unmittelbar nichts zu tun hatten, sondern dass hierfür die Dienststelle Bünner zuständig war, so mag dies zutreffen. An sich gehörte der Vorgang soweit es sich um Wirtschaftsdelikte handelte, zur Zuständigkeit der Kriminalpolizei. Ich meine, mich aber erinnern zu können, dass ich damals auch in Erfahrung gebracht habe, dass alle Vorgänge, an denen Juden beteiligt waren, lediglich aus diesem Grunde zur Zuständigkeit der Staatspolizei gehörten. Auf jeden Fall dürfte aber doch feststehen, dass der Einzeltvorgang gegen Ehefrau und Sohn des RA. Vogel auf irgendeine Weise an die Dienststelle Bünner zwecks Verschickung in das Konzentrationslager gelangt ist. Hierüber kann ich aber nichts angeben.

Wie schon die Erledigung des Verfahrens gegen RA. Vogel erkennen lässt, waren die angeblichen Wirtschaftsdelikte geringfügig und gaben gar keinen Anlass zu derartigen Massnahmen gegen Ehefrau und Sohn des RA. Vogel, wie sie getroffen wurden.

Es war damals kaum möglich, bei den verschiedenen Dienststellen etwas herauszubekommen. Dies gelang häufig nur durch Querverbindungen. Ich habe damals bei all diesen Verhandlungen absichtlich immer meine Dienstuniform als Oberleutnant der Schutzpolizei der Reserve getragen, um wenigstens überhaupt Zugang zu den betreffenden Beamten zu erhalten.



Rechtsanwalt.

36c

Johanna R e s c h k e geb. Caro

Wohnort: (1968) 1 Berlin 31,  
Hildegardstr. 1

V e r h a n d e l t

In der Wohnung aufgesucht und befragt erklärt die Hausfrau

Johanna R e s c h k e geb. Caro  
3.6.1900 in Berlin geb.,  
1 Berlin 31, Hildegardstr. 1 whft.,  
Tel.: 87 95 88,

mit dem Gegenstand der Vernehmung vertraut gemacht und gem. §§ 52, 55 StPO belehrt folgendes:

Ich bin bereit, vor der Kriminalpolizei wahrheitsgemäße Angaben zu machen und wesentlich nichts zu verschweigen.

Wie bereits bekannt sein dürfte, war mein Ehemann Max R e s c h k e Rektor der jüdischen Schule in Berlin C 2, Kaiserstr. 29 bis 30. Als etwa im Jahre 1942 die jüdischen Schulen auf Anordnung der damaligen Machthaber geschlossen werden mußten, zogen mein Mann und ich sowie mein Sohn in eine Wohnung in der Rosentaler Str. Das Wohngebäude war damals unter der Bezeichnung Hackescher Hof bekannt. Obwohl die Örtlichkeit die Neue Promenade, wo ein jüdischer Zahnarzt Dr. O s c h e r gewohnt haben soll mit einschließt, war mir dieser Mann sowie seine Ehefrau zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt. Ich lernte das Zahnarzt-Ehepaar erst während meiner Tätigkeit als Küchenleiterin im Auffanglager Große Hamburger Straße kennen und kann mir heute sogar noch vorstellen, wie sie ausgesehen haben. Ich möchte noch erwähnen, daß ich den Posten als Küchenleiterin kurze Zeit vor der sogenannten Fabrik-Aktion erhalten habe. Obwohl es nicht zu meiner eigentlichen Tätigkeit gehörte, habe ich aus menschlichen Gründen hin und wieder das Krankenzimmer des Lagers Große Hamburger Straße aufgesucht und die dort befindlichen Kranken mit Extrarationen versorgt. Bei dieser Gelegenheit lernte ich eine Frau O s c h e r kennen, die die Ehefrau des hier in Rede stehenden Zahnarztes war. Dazu möchte ich noch bemerken, daß der Dr. O s c h e r einen breiten ostpreußischen Dialekt gesprochen hat. Er war ein großer gutaussehender Mann in den fünfziger Jahren. Frau O s c h e r war ~~xxx~~ etwa Anfang vierzig Jahre alt. Den Zeitpunkt unseres Kennenlernens kann ich heute nicht mehr präzise angeben. Es kann etwa im Februar oder März 1943 gewesen sein.

Die Angelegenheit des Ehepaares O s c h e r sprach sich im Auffanglager Große Hamburger Str. wie ein Lauffeuer herum. Alle hatten es erfahren, daß es eine Schießerei gegeben haben soll, als man das Ehepaar OSCHER aus der Wohnung geholt hatte. Anlässlich eines Besuches im Krankenzimmer erzählte mir Frau O s c h e r ~~folgendes~~ meiner heutigen Erinnerung nach folgendes: Sie habe gerade ein Bad genommen, als die Abholer - ob es SS - Soldaten oder Angehörige der Gestapo waren, ist nicht bekannt, - in die Wohnung eindrangen. Sie habe, als die Tür des Badezimmers geöffnet wurde und fremde Männer im Badezimmer standen, nach ihrem Bademantel gegriffen. Daraufhin habe der eine Abholer auf sie geschossen und sie dabei ins Bein oder in die Hüfte - so genau weiß ich es heute nicht mehr - getroffen. Frau O s c h e r konnte jedenfalls nicht mehr gehen. Mir ist der Grund des Schußwaffengebrauches nicht bekannt geworden. Ich halte es für möglich, daß der Griff nach dem Bademantel den Anschein einer Flucht gegeben hat. Ich kann leider nicht mehr sagen, ob Frau O s c h e r einen Streif - oder Steckschuß erlitten hatte. Sie blieb jedenfalls einige Wochen im Krankenzimmer und erhielt nur eine notdürftige ärztliche Behandlung. M.E. hätte sie in ein Krankenhaus eingeliefert werden müssen. Frau O s c h e r wurde dann nach einigen Wochen mit ihrem Ehemann zusammen nach dem Osten deportiert. Sie war zu diesem Zeitpunkt nicht gehfähig und wurde mit einer Tragbahre transportiert. Das weitere Schicksal des Ehepaares O s c h e r ist mir nicht bekannt geworden.

Ich bin der Meinung, daß die Gestapo - Angehörigen L a c h m u t h und R o t h e sowie evtl. S a s s e ebenfalls von der vorstehenden Angelegenheit Kenntnis gehabt haben mußten, denn dies ist doch bestimmt in der Lagerleitung besprochen worden. Ich kann außerdem mit gutem Gewissen sagen, daß es im Auffanglager Große Hamburger Str. zu vielen Selbstmorden und Selbstmordversuchen durch Schlaftabletten, Verschlucken von Nadeln und Hinausstürzen aus dem Fenster gekommen ist. So viel ich weiß, sind bereits Selbstmordversuche schon in den Wohnungen unternommen worden. Je nach dem vorgefundenen Zustand kamen diese Menschen in das Jüd. Krhs. oder in das Lager. Die Zahl der Selbstmordversuche oder Selbstmorde stieg immer dann, wenn ein Transport abgehen sollte. Ich bin der Meinung, daß die Gestapo bei der "Schleusung" derartige Medikamente nicht abgenommen hatte, sondern ganz zufrieden war, wenn ein Jude sich mit Hilfe derartiger Mittel ins Jenseits beförderte.

Auf Befragen:

Das Motiv zu diesen Selbstmorden bzw. Selbstmordversuchen war die panische Angst vor dem ungewissen Schicksal. Etwa im Jahre 1942 sickerte durch, daß die jüdische Bevölkerung in Polen und in Russland durch Erschießen dezimiert worden ist.

Das gleiche Schicksal befürchteten auch die nach dem Osten deportierten Juden. Man sagte zwar, daß die Juden in Arbeitslager kämen und es gut haben würden, aber daran glaubte keiner. Zu einem mir nicht mehr bekannten Zeitpunkt erzählte mir meine Schwester, daß sie von einem auf Urlaub befindlichen Soldaten erfahren habe, wie man mit den Juden in Auschwitz verfahren ist. Dieser Soldat sei aus der Nähe von Kattowitz gekommen und habe erzählt, daß die Juden ins Lager hinein und aus dem Schornstein heraus kommen würden. Meine Schwester hatte dieser Erzählung Glauben geschenkt. Ich konnte an diese Rohheit nicht glauben.

Ich bin der festen Überzeugung, daß die Angehörigen der Gestapo im Lager Große Hamburger Str. genau über das Schicksal Bescheid gewußt haben. Es sind ja auch Stapo - Angehörige als Transportbegleiter mitgefahren. Ich kann allerdings niemand namentlich nennen. Ich weiß es nur vom Hörensagen. Ich kann nur sagen, daß die Menschen im Lager nichts Konkretes gewußt aber ein furchtbares Schicksal geahnt hatten.

Über L a c h m u t h befragt, glaube ich, daß er im Lager keine wesentliche Rolle gespielt hat. Die Hauptperson war der Lagerleiter D o b b e r k e, dessen Befugnisse aber meiner Meinung durch die Gestapo - Dienststellen Burgstraße und Kurfürstenstraße auch beschränkt waren.

Über den Wiener Gestapo - Angehörigen B r u n n e r kann ich nichts sagen, denn zu diesem Zeitpunkt war ich im Lager Große Hamburger Str. noch nicht tätig. Ich weiß bloß, daß mein Ehemann einmal von B r u n n e r schrecklich zusammengeschlagen worden ist, weil er die Mitnahme von größeren Mengen Gepäck geduldet hat. Der Vorgänger meines Mannes, ein Herr SIMON, wurde wochenlang in einem Einzelzimmer im obersten Stockwerk festgehalten und ist dann mit seiner Familie (mit Frau u. Kind) glaublich nach dem Osten deportiert worden. Der Grund seiner langen Isolierung ist uns nie bekannt geworden und es war auch sehr gefährlich, danach zu forschen. Ich glaube, daß auch von der Lagerleitung ein Verbot bestand, darüber zu sprechen.

Auf Befragen:

Es trifft zu, daß in der sogenannten arischen Lagerleitung eine Frau R i c h a r d unter der Aufsicht des D o b b e r k e gearbeitet hat. Über ihre Person kann ich sagen, daß sie eine überzeugte Nationalsozialistin und eine Judenhasserin war. Sie besaß sogar die Frechheit, mich im Jahre 1949 in meiner Wohnung im Hackeschen Hof, kurz vor meiner Überfahrt nach Israel, aufzusuchen, um angeblich meine Möbel zu kaufen. Wie sie mit dem Vornamen gheißen hat, kann ich nicht sagen. Über ihre Familienverhältnisse befragt, weiß ich nur, daß sie verheiratet war und ein oder zwei Kinder hatte. Wo sie gewohnt hat, kann ich ebenfalls nicht sagen.

Es stimmt, daß der Gestapo - Angehörig W e n z e l oft mit einem Dienstwagen das Lager aufgesucht hat. Der Familienname des Fahrers ist mir nicht mehr geläufig. Ich weiß nur noch, daß er mit dem Vornamen Willi geheißen hat. Es war ein kleiner dicker Kerl. Es war meiner Meinung kein Angehöriger der Gestapo, sondern der Fahrer irgendeiner Privatfirma. Ich möchte richtigstellen: W e n z e l kam nicht mit einem Dienstwagen, sondern mit einem Möbelwagen irgendeiner Firma und W e n z e l fuhr ständig mit, um die Juden aus ihren Wohnungen abzuholen.

Auf Befragen:

Überlebende der Deportierungstransporte nach Riga, Minsk oder Lublin sind mir z. Zt. namentlich nicht geläufig. Ich glaube, daß von dort kaum jemand zurückgekehrt ist.

Auf Durchlesen verzichtet, da laut diktiert, genehmigt  
u. unterschrieben

.....gez. Johanna Reschke.....

Geschlossen:

gez. (Thieler), KOM

HS Ho<sup>n</sup>

36 d

Günther Rischowsky

Wohnort: (19~~69~~<sup>70</sup>) ~~Central Islip N.Y.~~

55 Juli Crescent Street South  
Vard (North?) Great River L.I.  
N.Y. Tel. 516 -581-8095

✓ 3. zu schreiben - per Luftpost - unter Beifügung von 3 internationalen Antwortcoupons à 0,60 DM:

Herrn

Günther R i s c h k o w s k i

142 Winthrop Street

B r o o k l y n / New York

U S A

Sehr geehrter Herr Rischkowski!

Ich führe hier ein Ermittlungsverfahren gegen verschiedene ehemalige Angehörige des früheren Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) in Berlin wegen des Verdachtes der Teilnahme am Mord im Zusammenhang mit der sogenannten "Endlösung der Judenfrage". Im Rahmen dieses Verfahrens bin ich bemüht, aufzuklären, inwieweit ehemalige Angehörige des früheren RSHA an den Deportationsmaßnahmen gegen jüdische Mitbürger beteiligt waren und inwieweit sie Kenntnis vom wirklichen Schicksal der Deportierten hatten. Beschuldigt werden von mir verschiedene frühere Sachbearbeiter des von Eichmann geleiteten Judenreferates IV B 4 des RSHA.

Da Sie nach Mitteilung von Frau Hilde Kahan möglicherweise Angaben über einige Beschuldigte machen können, kommen Sie als wichtiger Zeuge für die Ermittlungen in Betracht.

Ich bitte Sie deshalb, mir mitzuteilen, ob Sie gegebenenfalls bereit wären, auf dem für Ihren Wohnsitz zuständigen Konsulat der Bundesrepublik Deutschland zu erscheinen und vor dem zuständigen Konsulatsbeamten in Gegenwart des Unterzeichneten auszusagen.

Weiterhin bitte ich Sie, mir eine Erklärung darüber zuzusenden, ob Sie gegebenenfalls bereit wären, für den Fall, daß vor dem Schwurgericht in der Bundesrepublik Deutschland eine Hauptverhandlung gegen die Beschuldigten durchgeführt wird und Sie vom Gericht als Zeuge vorgeladen werden sollten, nach Deutschland zu kommen und vor dem Gericht auszusagen.

Sollten Sie eventuell beabsichtigen, aus anderem Anlaß in naher Zukunft ohnehin nach Deutschland zu reisen, wäre ich Ihnen für eine entsprechende Nachricht dankbar. Es wäre dann zur Kostenersparnis vielleicht möglich, einen Vernehmungstermin mit dem Unterzeichneten in Deutschland zu arrangieren.

Da Ihre Anhörung dringend erforderlich erscheint, wäre ich Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mir umgehend per Luftpost antworten könnten. Ich füge zu diesem Zwecke dem Schreiben drei internationale Antwortcoupons im Werte von je 0,60 DM bei.

Ihre Antwort könnte eventuell dazu beitragen, einige der für die Ermordnung so zahlreicher jüdischer Mitbürger Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

- ✓ 4. Besonderen Zettel für Briefannahme schreiben mit folgendem Text:

"Briefannahme:

S o f o r t !

3 internationale Antwortcoupons im Werte von je 0,60 DM bei der Post besorgen und in anliegendes Schreiben an Herrn Rischkowski einlegen; dann zukleben und absenden."

268  
New York, 13. Nov. 1967

An den Generalstaatsanwalt  
beim Kammergericht

Berlin 21

Turmstr. 91  
Zimmer 505

Betrifft: Ihr Schreiben vom 18.10.1967  
Gesch.-Nr.: 1 Js 1/65 (RSHA)

Sehr geehrter Herr Hoelzner.

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 18.10.1967, teile ich Ihnen mit, dass ich der Ansicht bin das meine Zeugenaussage in erwähntem Ermittlungsverfahren zu Nichts fuehren wuerde.

In der Zwischenzeit sind 23 Jahre vergangen, ich kann mich an Einzelheiten nur sehr schwach erinnern. Vom RSHA bin ich nur einem gewissen Amtsmann Woerm begegnet. Ich glaube nicht, dass ich diesen heute wiedererkennen wuerde. Daten sind mir nicht mehr gelaefig.

Es tut mir sehr leid, dass ich nicht in der Lage bin bei dieser Ermittlung behilflich zu sein.

Hochachtungsvoll  
Quentel, *Richard*

1 Js 1/65 (RSHA)

Herrn  
Günther Rischkowski

142 Winthrop Street  
Brooklyn/New York

USA

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) in Berlin wegen des Verdachts der Teilnahme am Mord im Rahmen der sogenannten "Endlösung der Judenfrage"

Bezug: Ihr Schreiben vom 13. November 1967

Sehr geehrter Herr Rischkowski!

Ich bedanke mich für Ihr Schreiben vom 13. November 1967, in dem Sie mir unter anderem mitgeteilt haben, daß Sie sich noch an den Amtmann Wöhrn erinnern können. Wöhrn gehört zu den Hauptbeschuldigten in dem von mir geführten Ermittlungsverfahren. Jeder, auch der geringfügigsten Bekundung über Wöhrns damalige Tätigkeit und sein Verhalten gegenüber jüdischen Mitbürgern kommt deshalb außerordentliche Bedeutung zu. Denn jede Aussage über Wöhrn ist geeignet, dazu beizutragen, daß er der Teilnahme am Mord zahlreicher jüdischer Mitbürger überführt werden kann. Ich verkenne nicht, wie schwer es ist, nach so langer Zeit noch über Erlebnisse aus der Kriegszeit zu berichten, vermag jedoch im Hinblick auf die besondere Bedeutung, die Ihrer Aussage zukommt, nicht auf Ihre Anhörung zu verzichten, wofür Sie sicher Verständnis haben werden.

Ich beabsichtige daher, Sie voraussichtlich am 20. September 1968 in den Räumen des Generalkonsulats der Bundesrepublik Deutschland in New York durch den zuständigen Konsulatsbeamten in meiner Gegenwart ver-

nehmen zu lassen. Eine formelle Vorladung mit allen sonstigen notwendigen Angaben wird Ihnen zu gegebener Zeit noch zugehen.

Die Unkosten und Auslagen, die Ihnen durch die Vernehmung in New York entstehen, werden Ihnen selbstverständlich ersetzt.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Im Auftrage

(Hölzner)  
Staatsanwalt

VERNEHMUNGSNIDERSCHRIFT

Verhandelt am 29. Oktober 1968 in den Amtsräumen des  
Generalkonsulats der Bundesrepublik Deutschland in  
New York, N.Y./USA.

Gegenwärtig:

1. Dr. Wolfgang Hoffmann  
Konsul
2. Erster Staatsanwalt Klingberg
3. Staatsanwalt Hölzner
4. Erika Müller  
Schriftführerin.

Vor dem unterzeichneten, zum Anhören von Zeugen und zur  
Abnahme von Eiden ermächtigten Konsul, erscheintfrei-  
willig in dem Ermittlungsverfahren gegen BoBhammer u.a.  
anhängig beim Generalstaatsanwalt bei dem Kammergericht  
Berlin unter dem Aktenzeichen 1 Js 1.65 (RSHA), der Zeuge

Herr Günther Rischowsky

(ausgewiesen durch Sachkunde).

Der Zeuge wurde mit dem Gegenstand der Vernehmung vertraut  
gemacht, zur Wahrheit ermahnt und über die Freiwilligkeit  
seiner Aussage sowie über die strafrechtliche Bedeutung  
einer falschen eidlichen und uneidlichen Aussage belehrt.

Zur Person:

Ich heiße Günther Rischowsky, bin am 9. November ~~1923~~ 1923  
in Berlin geboren, amerikanischer Staatsbürger, verheiratet,  
von Beruf Datenverarbeitungsfachmann, mit den Beschuldigten  
nicht verwandt und nicht verschwägert. Meine Adressen sind:  
142 Winthrop Street, Brooklyn, N.Y., Tel.: BU 4-2584.

Ich besuchte in Berlin die Volksschule dann anschliessend die höhere ~~VOLKSSCHULE~~ Schule, die ich noch vor dem Einjährigen verlassen mußte. Etwa 1939 oder 1940 ging ich auf ein jüdisches Auswandererlehrgut in Schlesien, wo ich eine landwirtschaftliche Ausbildung erhielt. 1941 kehrte ich nach Berlin zurück, um meine Auswanderungspläne, die mich dazu veranlaßt hatten, nach Schlesien zu gehen, konnte ich jetzt nicht mehr verwirklichen, weil es keine Auswanderung mehr gab. Ich war schon wieder in Berlin, als der Judenstern eingeführt wurde. Über das jüdische Arbeitsamt in der Fontanepromenade, wurde ich als Arbeiter in einen Rüstungsbetrieb vermittelt, in dem ich bis zur sog. Fabrikaktion tätig war. Diese Aktion war am 22. oder 23. Februar 1943, ich weiss noch genau, daß es ein Sonnabend war. Da ich sog. Geltungsjuden war, - meine Mutter war "Arierin", mein Vater Jude und ich selbst gehörte der jüdischen Glaubensgemeinschaft an - wurde ich nach meiner Verhaftung in das Lager Rosenstraße gebracht. Dorthin kam einige Tage später - ~~am~~ Ende Februar ~~am~~ Anfang März 1943 - Dr. Lustig, der nach meiner Meinung damals der Leiter der ~~Reichsvereinigung~~ Reichsvereinigung (RV) der Juden in Deutschland war. Dr. Lustig suchte aus den in der Rosenstraße befindlichen Geltungsjuden Arbeitskräfte für das jüdische Krankenhaus in der Iranischen Straße heraus. Unter den ausgesuchten waren auch ich und mein Bruder Felix Rischowsky, der heute ebenfalls hier im Staate New York lebt. Seine Adresse werde ich noch bekanntgeben. Ich wurde als Gärtner im jüdischen Krankenhaus angestellt, während mein Bruder Sektionsdiener wurde. Wir wohnten zu Hause bei unseren Eltern und fuhren jeden Morgen (wir hatten eine Fahrerlaubnis) zur Iranischen Straße.

Ich blieb bis zum Kriegsende in der Iranischen Straße. Nachdem 8. Mai 1945 war ich zunächst in Berlin Angestellter der jüdischen Gemeinde. 1947 ging ich nach Westdeutschland, wo ich in einem Lager für Displaced Persons lebte. Am 9. Mai 1950 kam ich als Auswanderer in die Vereinigten Staaten. Die amerikanische Staatsbürgerschaft besitze ich seit 1955. Ich bin heute in einem Krankenhaus tätig und überwache dort die Datenverarbeitungsmaschinen.

#### Zur Sache:

In der Iranischen Straße war ich etwa 1 Jahr lang als Gärtner tätig und arbeitete in dem großen Garten der zum Krankenhauskomplex gehörte. Später wurde ich dann sozusagen "Mädchen für alles", indem ich alle möglichen Arbeiten verrichtete, die anfielen und mir aufgetragen wurden. Dazu gehörten auch Arbeitseinsätze für die Dienststelle des Reichssicherheitshauptamtes in der Kurfürstenstraße. Zu derartigen Aufträgen kam es folgendermaßen:

Etwa 1/2 bis 1 Jahr, nachdem ich meine Dienst in der Iranischen Straße angetreten hatte, wurde das Patologiegebäude des Krankenhauses geräumt und darin das sog. Sammellager Schulstr. eingerichtet. Leiter dieses Lagers war Dobberke. Ein

weiterer dort tätiger SS-Mann war Wenzel. Ich erinnere mich auch noch an die SS-Leute Rothe, Greindel (oder ähnlich) und den SS-Sturmabführer Möller. Dobberke oder gelegentlich auch Wenzel verlangten vom jüdischen Krankenhaus hin und wieder Arbeitskräfte. Es kam dann häufig vor, daß ich als junger und kräftiger Arbeiter Dobberke zugeteilt wurde. Auf diese Weise kam ich mehrmals in die Kurfürstenstraße, zu der wir jüdischen Arbeitskräfte durch einen SS-Mann jeweils hingebacht und von wo wir auch wieder abgeholt wurden. In der Kurfürstenstraße habe ich wiederholt Bücher verladen helfen. Im Keller des Gebäudes waren riesige Mengen wohl beschlagnahmter jüdischer Bücher. Diese Bücher mußten wir in Kisten verpacken, zum Bahnhof bringen und dort in Waggons verladen. Außerdem wurde ich auch mehrmals zum Sandschuppen in der Kurfürstenstraße eingeteilt. Es gab dort zwar ein jüdisches Arbeitskommando, das ständig im Gebäude arbeitete, zusätzlich wurden aber hin und wieder weitere jüdische Arbeitskräfte eingesetzt. In dem Gebäude wurde nämlich ein Bunker gebaut und das Sandschuppen war Teil ~~IKFKKXKFKKFKK~~ der Bauarbeiten. Die Oberaufsicht beim Bunkerbau führte ein Stapobeamter namens Stuschka, der mir auch in anderem Zusammenhang noch in Erinnerung ist. Er war nämlich, wie ich von meiner Schwägerin Irma Rischowsky, ~~GAŠKXKXKXKXKXKX~~ verwitwete Schlesinger, geborene Gurrassa erfahren habe, Kommandant des Lagers Wulkow bei Fürstenwalde. Meine Schwägerin war Krankenschwester im jüdischen Krankenhaus ("Schwester Ilona") und wurde nach Theresienstadt deportiert. Von dort aus kam sie dann nach Wulkow. Sie erzählte mir, Stuschka habe versucht, ihren Trauring von ihrem Finger abzustreifen, weil Trauringe bei Einlieferung ins Lager abgegeben werden mußten. Als ihm das mit der Hand nicht gelang, habe er einen Hammer genommen und den Ring vom Finger geschlagen, wobei er auch den Finger meiner Schwägerin zerschlug. Der Finger wuchs nachher verkrüppelt wieder zusammen, was ich selbst gesehen habe. Meine ~~SEKWKXKXKXKXKXKX~~ Schwägerin kam kurz vor Kriegsende im Typhus zurück in das jüdische Krankenhaus in der Iranischen Straße

Aus der Kurfürstenstraße ist mir auch noch Günther in Erinnerung, der ein hoher SS-Offizier und ein "hohes Tier" in der Kurfürstenstraße war. Ich erlebte, wie ein jüdischer Junge, der ebenfalls in der Kurfürstenstraße tätig war, dort von einem SS-Mann mit der Reitpeitsche geschlagen wurde, weil er, wie ich hörte, vor Günther nicht stramm gestanden habe. Einmal hatte ich auch Möbel in einen Raum des Dienstgebäudes der Kurfürstenstraße zu bringen, der als Wohnraum für Günther eingerichtet wurde. Bei dieser Gelegenheit sah ich Günther, der zwei Schäferhunde bei sich hatte.

Außer den Einsätzen in der Kurfürstenstraße war ich auch einmal am Bahnhof Quitzow Straße eingesetzt, als dort Deportationstransporte abgingen. Ich war als Ordner tätig und trug eine rote Binde. Meine Aufgabe war es, den Deportierten ~~Lebensmittel~~ Lebensmittel auszuhändigen, die vom Krankenhaus zum Bahnhof gebracht worden waren. Die Deportierten wurden in Viehwagen weggeschafft. Einmal befanden sich auch Patienten des jüdischen Krankenhauses unter den Transportteilnehmern. Die Umstände, unter denen diese Transporte stattfanden, sind mir heute noch in trauriger Erinnerung.

Während meiner Tätigkeit innerhalb des jüdischen Krankenhauses bin ich zweimal dem Amtmann Wöhrn aus der RSHA Dienststelle in der Kurfürstenstraße begegnet. Wöhrn kam häufiger in die Iranische Straße und machte dort Rundgänge, nachdem er zunächst meist die Diensträume der RV im Verwaltungsgebäude aufgesucht hatte, um dort Dr. Lustig zu treffen. Wöhrn war nach meiner Erinnerung der Ranghöchste RSHA Bedienstete, der in die Iranische Straße kam. In der Regel kündigte Dobberke Wöhrn Besuch Dr. Lustig gegenüber vorher an. Dr. Lustig gab diese Nachricht dann jeweils an Selma Neumann oder den Hausinspektor MAX Chaskel weiter. Herr Chaskel überbrachte die Warnung dann dem gesamten Bediensteten in der Iranischen Straße, damit jeder sich darauf einrichten konnte. Die Ankündigung Dobberkes mag ungefähr 10 bis 20 Minuten vor dem Eintreffen Wöhrns erfolgt sein, ohne dass ich mich insoweit noch festlegen konnte. Wir richteten uns auf Besuche Wöhrns dadurch ein, daß wir den festen Sitz unseres Judensternes überprüften - dieser mußte angenäht sein - tüchtig und fleissig arbeiteten oder, was am besten war, uns irgendwohin "verdrückten" & soweit das nach Lage der Sache möglich war.

Bei solchen Besuchen Wöhrns habe ich diesen insgesamt zweimal gesehen.

Das erste Mal war zu einem Zeitpunkt als bei uns im Garten bereits Tomaten und Kartoffeln gepflanzt, jedoch noch nicht reif waren bzw. Früchte trugen. Wenn ich gefragt werde, ob es im Juni 1943 gewesen sein kann, so möchte ich meinen, daß das zutrifft. Wöhrn kam ins Zivil hinaus in den Garten. Er trug einen ~~Exgrax~~ grauen Schlapphut, hatte eine Aktentasche unterm Arm und Handschuhe in der Hand. Er war schon von Station zu Station gegangen, ganz wie gewöhnlich. Denn gewöhnlich ging er zuerst in die Räume der RV, wo er dann Dobberke oder einen andere SS-Mann aus dem Sammellager Schulstraße traf. Mit diesem zusammen machte er dann seinen Rundgang durch den Krankenhauskomplex, der in der Regel eine bis 1 1/2 Stunden dauerte. Nach meiner Erinnerung machte Wöhrn seinen Rundgang nie allein. An dem fraglichen Tage kam er nun auch in den

Garten und entdeckte die Kartoffeln und Tomatenpflanzen. Nach seiner Meinung standen die ~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~ Kartoffelpflanzen zu weit auseinander und bei den Tomaten war zuviel Mist verwendet worden. Er sah das offenbar als Verschwendung an, erhob ein "Riesengeschrei" deswegen, grölte uns an und belegte uns mit allen möglichen Schimpfworten, die mir im einzelnen nicht mehr erinnerlich sind. Ich kann mich zwar an einzelne dieser Schimpfworte heute nicht mehr erinnern, weiss jedoch noch, daß der Charakter der Beschimpfungen antisemitisch war und daß insbesondere wir Juden durch ~~die~~ spezielle Schimpfworte von Wöhrn herabgesetzt wurden.

Nachdem Wöhrn das Krankenhaus verlassen hatte, wurde ich zu Dr. Lustig bestellt, der mir eröffnete, daß der Gestapo-beamte, der mich soeben wegen der Tomaten- und Kartoffelpflanzen beschimpft habe, der Amtmann Wöhrn gewesen sei, der ein "großes Tier" von der Kurfürstenstraße sei. Daher kann ich mich auch noch mit Bestimmtheit an den Namen Wöhrn erinnern. Dr. Lustig kanzelte mich nun seinerseits wegen des Vorfalles ab und eröffnete mir, daß ich, wenn ich noch einmal einen derartigen Zusammenstoß mit Wöhrn haben sollte, ich damit rechnen müßte, daß Wöhrn mich abholen liesse.

Meine zweite Begegnung mit Wöhrn fand - wie ich noch genau weiss, am 20. April 1944 statt. ~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~ ~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~ Einige Tage vorher hatte gerade ein Bomben-angriff u.a. auch auf das Krankenhausbauwerk stattgefunden. Die Krankenhausverwaltung hatte uns angewiesen, die Bomben-trichter auf dem Krankenhausbauwerk nicht zu beseitigen, offenbar - wie ich vermüde - um das Ausmaß der Schäden des Krankenhauses dazutun zu können. Am 20. 4. 1944 war ich gerade im Garten, wo sich die Trichter befanden, als Wöhrn erschien. Als er die Bomben-trichter entdeckte, erhob er ein "Riesengeschrei" weil die Trichter nicht zugeschüpft waren. Wöhrn ordnete daraufhin an, daß das gesamte Krankenhauspersonal - Ärzte, Schwestern, Verwaltungsangestellte usw. - in den Garten kamen und die Trichter zuschüpften. Lediglich Dr. Lustig war von dieser Anordnung ausgenommen. Wir schüpften also alle im Garten die Trichter zu. Neben mir arbeitete Dr. Hein-z Elkan, der sich mit der ihm ungewohnten Arbeit recht schwertat. Da ich Halschmerzen verspürte und außerdem sah, daß Dr. Elkan eine Pause guttun würde, bat ich ihn, einmal wegen der Halschmerzen in mein Hals zu sehen. Er tat das auch und stellte eine schwer Diphtherie fest. Ich kam dann noch am gleichen Tage ins Krankenhaus hinauf, ~~wo~~ wo ich am 21. 4. 1944 so schwer krank war, daß die Ärzte mich schon aufgaben. Wegen meiner Diphtherie kann ich mich auch noch so genau an das Datum dieses Besuches von Wöhrn erinnern. Wöhrn überwachte nicht das Zuschüpfen der Trichter, sondern kam etwa eine bis zwei Wochen später, um zu überprüfen, ob sein Anordnung ausgeführt worden sei. Bei dieser Gelegenheit sah ich Wöhrn jedoch nicht, weil ich ja in der Krankenstation war und Wöhrn an diesem Tage dort jedenfalls nicht hinkam.

Direktor

Mein Vater war als Finanzdezernent bei der Reichvereinigung in der Iranischen Straße tätig. Vorher war er Finanzdezernent bei der jüdischen Kultusgemeinde in der Oranienburger Straße. Dort war er auch zur Zeit der sog. Gemeindeaktion, als alle antreten mußten und eine Reihe von Bediensteter der jüdischen Gemeinde zur Deportation eingeteilt werden. Zum Zeitpunkt der Gemeindeaktion wurde Selmar Neumann, ~~Wirtschaftsleiter~~ des jüdischen Krankenhauses als Nachfolger von Herrn Schönfeld, der anlässlich dieser Aktion zur Deportation eingeteilt worden war und sich deswegen das Leben genommen hatte. Mein Vater wurde, weil er in Mischehe verheiratet war, nicht deportiert, sondern blieb zunächst weiterhin als Finanzdezernent in der Oranienburger Straße. Ich kann nicht mehr sagen, wann er, nunmehr als Finanzdezernent der RV, seinen Dienst in der Iranischen Straße antrat. Es muß jedoch vor Ende Juni 1943 gewesen sein und war nach meinem Dienstantritt in der Iranischen Straße.

Mein Vater erzählte mir ~~EINERLEI~~ eine Begebenheit, die sich anlässlich des Besuchs Wöhrens in der Iranischen Straße, bei der ich ihn kennenlernte, in den Räumen der RV abgespielt hatte. Ich erinnere mich an diese Begebenheit noch deshalb so genau, weil wir häufig darüber diskutierten und weil sie uns eine Warnung war. Es ging nämlich darum, daß ein Mädchen, die als Büroangestellte in der RV in der Iranischen Straße tätig war, ihren Judenstern nicht fest genug angenäht hätte. Als Wöhrn bei dem von mir bereits in anderem Zusammenhang geschilderten Besuch durch die Diensträume der RV ging, entdeckte er, daß der Stern des Mädchens nicht fest angenäht war. Nach der Erzählung meines Vaters hat dieser den Vorfall selbst miterlebt. Mein Vater sagte, das Mädchen sei, nachdem Wöhrn den unkorrekten Sitz des Sternes festgestellt hatte, auf dessen Anordnung verhaftet und am gleichen Tage in die Polizeistation des jüdischen Krankenhauses eingeliefert worden. Von dort aus wurde sie dann abgeholt und deportiert. Ich kann nähere Einzelheiten zu diesem Vorfall nicht mehr mitteilen, weil ich mich nur an das erinnere, was mir mein Vater darüber erzählt hat. Mit Bestimmtheit weiss ich jedoch, daß mein Vater sagte, das Mädchen sei auf Anordnung von Wöhrn verhaftet worden. Die Einzelheiten mag er mir damals gar nicht erzählt haben, jedenfalls weiss ich darüber heute nichts mehr. Auch ich kannte das verhaftete Mädchen gut. Sie war, wie ich als Geltungsjüdin aus der Rosenstr. in die Iranische Straße gekommen, wo ich mit ihr wiederholt gemeinsam Brandwache geleistet hatte. Nachdem mir der Name Wagner vorgehalten worden ist, fällt mir ein, daß das Mädchen so hiess. Ihrer Vornamen entsinne ich mich auch nach Vorhalt nicht. Zutreffend ist es, daß Frä. Wagner Ende Juni 1943 verhaftet wurde. Wenn ich mich recht entsinne, wurde Wöhrn bei diesem Vorfall wie üblich von einem Gestapobeamten aus der Schulstraße begleitet, ich vermag aber nicht zu sagen, wer das war. Ich kenne diesen Vorfall

ja auch nur vom Hörensagen.

Ich entsinne mich noch eines weiteren Vorfalles mit Wöhrn, den ich ebenfalls nur vom Hörensagen mitbekommen habe. An den Zeitpunkt kann ich mich nicht mehr erinnern, weiss aber, daß dieses Ereignis wie ein Lauffeuer durch unser Krankenhaus ging. Wöhrn war, wie ich erfuhr, allein und in Zivil zum Krankenhaus gekommen, wo gerade Kurt Bukofzer, ein junger Geltungsjude, aushilfsweise Pfortnerdienst versah. Bukofzer kannte Wöhrn damals nicht. Dieser fragte wo lustig sei. Da damals für die Bediensteten die Anweisung bestand, Dr. Lustig mit seinem Titel "Oberregierungsrat Dr. Dr.) zu nennen, antwortete Bukofzer, Herr Oberregierungsrat Dr. Lustig sei da und da. Dadurch muß sich Wöhrn irgendwie "geschulmeistert" gefühlt haben. Am nächsten Tage jedenfalls wurde Bukofzer, obwohl er Geltungsjude war, abholt und in ein Lager gebracht. Ohne mir insoweit sicher zu sein, glaube ich, daß er nach Walkow kam. Nach einiger Zeit kam Bukofzer mit ~~schwerer~~ schwerer TB in das k jüdische Krankenhaus zurück, wo er kurz darauf starb. An nähere Einzelheiten dieses Vorfalles kann ich mich nicht erinnern.

Etwa im Oktober 1943 suchte Wöhrn wieder einmal das jüd. Krankenhaus auf und begab sich bei seinem Rundgang auch auf die neurologische Station, wo eine Reihe von geisteskranken Patienten untergebracht war. Ich selbst war nicht zugegen, habe von dem Vorfall jedoch später durch die Krankenschwestern der neurologischen Station erfahren. Mir fällt ein, daß die Oberschwester der damaligen neurologischen Station, deren Vorname Minna ist, heute in NewYork, Riverside Drive lebt, ihre genaue Adresse und insbesondere ihren jetzigen Nachnamen werde ich mitteilen. Die Schwestern erzählten, Wöhrn sei auf der Station plötzlich von einem Patienten namens Jakob beschimpft worden. U.a. soll Jakob Wöhrn als "Hure" bezeichnet haben. Jakob wurde von uns allen Jakob genannt, an seinen Nachnamen erinnere ich mich nicht. Er war ungefähr 10 Jahre älter als ich, ohne das ich mich jedoch insoweit noch festlegen kann. Ich kannte ihn, weil er hin und wieder im Garten spazieren gehen durfte und mir war auch bekannt, daß sein "Lieblingwort" das Wort "Hure" war, mit dem er dann Wöhrn bezeichnete. Nachdem Wöhrn beschimpft worden war, suchte er zurück und ordnete zunächst an, daß sich kein Patient in der neurologischen Station mehr frei im Krankenhaus bewegen dürfte, was bis dahin für einige Patienten möglich war. Kurz darauf, nach meiner Erinnerung noch im Oktober 1943, wurden die gesamten Patienten der neurologischen Station nach Theresienstadt deportiert. Auch einige Krankenschwestern kamen mit ihnen zusammen dort hin.

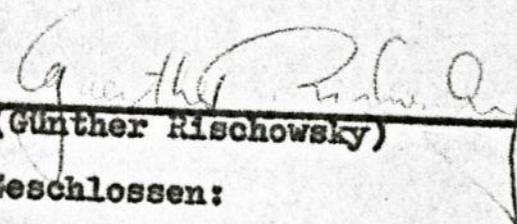
Mir fällt noch ein, daß Wöhrn bei seinem Besuch in der neurologischen Station von einem höheren Stapobeamten in SS-Uniform aus der Burgstraße begleitet wurde. Der Name dieses Beamten könnte Müller, ~~WIKIEXX~~ Möller oder auch ähnlich gelautet haben. Auch die Tatsache, daß Wöhrn von jenem Beamten begleitet wurde, weiss ich nur vom Hörensagen.

Da der Abtransport der geisteskranken Patienten ~~kurz~~ nur kurze Zeit nach dem Besuch Wöhrns in der neurologischen Station erfolgte, brachten wir die Deportation der Geisteskranken mit dem Besuch Wöhrns und dem Vorfall, der sich dabei ereignet hatte, in Verbindung.

Ich war damals noch ein sehr junger Mann und machte mir eigentlich keine großen Gedanken darüber, wie es den deportierten Juden an den Deportationszielorten ergehen würde. Ich wußte aber, daß Theresienstadt ein leichtes Lager war, in das bevorzugte Juden kamen, während Auschwitz ein schwereres Lager war. Mir kamen damals allerdings Gerüchte zu Ohren, daß Juden ~~vergasen~~ in Auschwitz vergast worden sein sollten. Diese Gerüchte erzählte ich meinem Vater, der darauf mit Empörung reagierte; denn er wollte nicht glauben, daß so etwas sich ereignen könne. Ich selbst habe mir dann keine großen Gedanken mehr darüber gemacht, was an diesen Gerüchten evtl. Wahres daran sein könne. Von wem ich diese Gerüchte seinerzeit hörte, kann ich heute nicht mehr sagen. Es war so eine Art Übermittlung durch "Mundfunk" unter der jüdischen Bevölkerung Berlins. Wenn ich mich rechts entsinne hörte ich die Gerüchte erstmalig ungefähr zur Zeit der Fabrikaktion im Februar 1943.

Die mir vorgehaltenen Namen BoShammer, Hartmann, Hunsche und Jenisch kenne ich nicht.

Die Niederschrift wurde in ~~EGANWERT~~ Gegenwart des Zeugen laut diktiert, von ihm selbst durchgelesen, genehmigt und wie folgt unterschrieben.

  
(Günther Rischowsky)

Geschlossen:

(Dr. Wolfgang Hoffmann)  
Konsul

20  
Chamoin

New York

RH SE 50193/18/68 CLVIII

New York, den 10. September 1969

VERNEHMUNGSNIEDERSCHRIFT

Verhandelt am 10. September 1969 in den Amtsräumen des Generalkonsulats der Bundesrepublik Deutschland in New York, N.Y./USA.

Gegenwärtig:

1. Dr. Wolfgang Hoffmann  
Konsul
2. Landgerichtsrat Greinert
3. Landgerichtsrat Palhoff
4. Erster Staatsanwalt Nagel
5. Staatsanwalt Hälzner
6. Rechtsanwalt Scheid
7. Rechtsanwalt Hentschke
8. Helga Doyle, Schriftführerin.

Vor dem unterzeichneten, zum Anhören von Zeugen und zur Abnahme von Eiden ermächtigten Konsul, erscheint freiwillig in der ~~Sach~~Sache gegen Wöhrn, anhängig bei dem Schwurgericht des Landgerichts Berlin unter dem Aktenzeichen: (500) 1 Ks 1/69 (RHSA)26/68, der Zeuge

Herr Günther Rischowsky

(ausgewiesen durch Sachkunde).

Der Zeuge wurde mit dem Gegenstand der Vernehmung vertraut gemacht, zur Wahrheit ermahnt, auf die Freiwilligkeit seiner Aussage hingewiesen sowie über die strafrechtliche Bedeutung einer falschen eidlichen und uneidlichen Aussage belehrt.

Er erklärte zur Person:

Ich heiße Günther Rischowsky, bin 45 Jahre alt, Datenverarbeitungsfachmann, wohne in Central Islip, N.Y., ich bin mit dem Angeklagten nicht verwandt und nicht verschwägert.

Zur Sache:

Im Februar 1943 bin ich im Rahmen der Fabrikaktion aus einem Rüstungsbetrieb herausgenommen worden. Ich war Geltungsjuden und Sternträger. Mein Vater war Volljude und meine Mutter Arierin im Sinne der Nürnberger Gesetze. Ich kam über das Sammellager Rosenstrasse zur Reichsvereinigung. Ab Anfang März war ich in der Iranischen Strasse. Ich habe dort bis zum Kriegsende als Gärtner gearbeitet. Die ganze Zeit habe ich zuhause gewohnt.

Wöhrn ist mir bekannt. Er hatte damals den Titel eines Amtmanns, glaube ich. Er war mir als Gestapobeamter bekannt, der, soweit ich weiss, in der Kurfürstenstrasse amtiert hat. Seinen Aufgabenbereich kenne ich nicht.

Nach persönlichen Erlebnissen mit Wöhrn befragt: Am 20. Juli, das Jahr weiss ich nicht mehr, ~~xxxxxxx~~ habe ich Wöhrn persönlich im Krankenhaus gesehen. Es war Hitler Geburtstag. Wenn mir gesagt wird, daß dieser Geburtstag am 20. April war, fällt mir ein, daß es am 20. April war. Wenn mir vorgehalten wird, daß ich bei meiner früheren konsularischen Vernehmung das Jahr 1944 genannt habe, so fällt mir jetzt wieder ein, daß es 1944 war. Es war ein Jahr vor der Befreiung. Es hatte einen Bombenangriff gegeben, überall waren Bombentrichter. Wöhrn hat das Krankenhaus inspiziert. Er hat angeordnet, daß

das gesamte Personal, auch Ärzte und Schwestern, beim Zuschütten helfen sollte. Ich war selbst dabei. Am Nachmittag wurde ich allerdings mit Diphtherie in die Diphtheriestation eingeliefert.

Wöhrn hat verschiedene Anordnungen im Krankenhaus getroffen. Ich weiss nicht, ob das an demselben Tag war, oder bei meiner ersten Begegnung mit ihm. Wöhrn kam ins Krankenhaus und ein Mädchen in der Reichsvereinigung mit dem Namen Wagner, an den Vornamen kann ich mich nicht erinnern, ein junges Mädchen, damals in unserem Alter, hat ihren Judenstern bei der Inspektion nicht richtig angenäht.

An dieser Stelle wird dem Zeugen während des Diktats von Rechtsanwalt Hentschke vorgehalten, daß der Gebrauch des ~~Imperat~~ Indikativ "Hat" in dem vorigen Satz eine feststellende Wirkung habe, während er doch ausdrücken wolle, daß er dieses Geschehen nicht selbst erlebt, sondern nur davon gehört habe. Darauf erklärte der Zeuge: Ich habe das von meinem Vater gehört. Ich muss dabei bleiben, daß das Mädchen einen Judenstern getragen hat. Mein Vater hat uns das sehr eindringlich mehrfach erzählt. Er hat erzählt, daß Wöhrn mit dem Bleistift unter den Judenstern gefahren sei und daß der Stern direkt los gewesen sei.

Der Zeuge ergänzte, daß auch Juden, die sonst keine Sternträger waren, verpflichtet waren, im Dienst im Krankenhaus den Stern zu tragen.

Zur zeitlichen Einordnung ergänzte der Zeuge, daß ihm nunmehr eingefallen sei, daß dieser Vorfall zur Zeit seiner ersten Begegnung mit Wöhrn stattgefunden habe. Er selbst sei nämlich zu dieser Zeit zur Inspektion vorgerufen worden.

Das Mädchen Wagner wurde auf Anordnung von Wöhrn abgeholt. Mein Vater war bei dem Vorfall mit dem Judenstern

zugegen. Der Grund, warum ich so genau Bescheid weiss, ist, daß uns dieser Vorfall als Beispiel von unseren Eltern immer wieder eingetrichtert wurde, weil wir auch hin und wieder die Judenstern nicht richtig getragen oder verdeckt haben. Es war im Krankenhaus eine gut bekannte Tatsache, daß Wöhrn das Mädchen bei der Inspektion gesehen hatte und daß das Mädchen an diesem Tag abgeholt wurde und nicht mehr wiederkam.

Auf Frage der Staatsanwaltschaft:

Mein Vater war Finanzdezernent bei der Reichsvereinigung. Sein Dienstzimmer lag im I. Stock im ~~Hauptgebäude des~~ ~~Krankenhauses~~ Verwaltungsgebäude des Krankenhauses. Nach meiner Erinnerung lag das Zimmer neben dem Zimmer des Personaldezernenten Kleemann. Auf der anderen Seite des Zimmers von Kleemann, lag das Zimmer von Dr. Lustig.

Auf Frage von Rechtsanwalt Hentschke: woher der Vater des Zeugen wusste, daß Frau Wagner am selben Tag weggebracht worden sei: Ja, sie ist am selben Tag vom Büro abgeholt worden. Wenn ich nach der Anordnung durch Wöhrn gefragt werde, so muss ich zunächst sagen, daß Wöhrn sie nicht gleich mitgekommen hat. In dem Gebäude an der Schulstrasse, oder war es an der Oranienburgerstrasse, war ein Sammellager abgezäunt. Wöhrn ist nicht allein gewesen. Dobberke und vielleicht noch ein paar andere SS-Offiziere waren dabei. Es kann auch sein, daß Dobberke allein dabei war. Abgeholt wurden die Leute immer von den Leuten von der Schulstrasse und niemals von der Gestapo selbst. Wenn ich nochmals nach der Anwesenheit von Dobberke gefragt werde, so weiss ich nicht, ob er bei diesem Vorfall dabei war. Gewöhnlich hat Dobberke schon auf Wöhrn am Portal des Krankenhauses gewartet und hat ihn begleitet.

Auf die Frage, woher er wisse, daß Wöhrn die Abholung veranlasst hat: Wahrscheinlich hat Wöhrn die Anordnung

Dobberke oder wer auch immer zu der Zeit bei ihm war gegeben. Das ist meine Vermutung. Es ist eine Tatsache, daß sie am selben Tag abgeholt wurde. Wem Wöhrn die Anordnung gegeben hat, weiss ich nicht.

An den Tag, an dem Frau Wagner abgeholt wurde, erinnere ich mich deswegen genau, weil ich an diesem Tag selbst ein Erlebnis mit Wöhrn hatte. Wöhrn hat an diesem Tag beanstandet, daß die Kartoffeln, die wir im Garten des Krankenhauses angebaut hatten, zu weit auseinander angebaut waren und daß die Tomaten falsch angepflanzt waren. Ich war zu jung, ich habe nicht verstanden, was das sollte. Er hat grosse Schimpfworte benutzt. Ich habe geantwortet, was ich da getan hatte. Später haben der Inspektor und Lustig mich gewarnt, daß meine Abholung selbst bevorstand. Ich habe damals nicht gewusst, was die Funktion von Wöhrn war.

Wenn ich gefragt werde, welche Worte Wöhrn benutzt hat, so kann ich mich daran nicht erinnern. Er hat die gewöhnlichen Worte benutzt, wie ein Offizier dieser Zeit damals mit den Leuten umgesprungen ist. Die Worte waren gegen die Judenjüngens gerichtet. Er hat zum Ausdruck bringen wollen, daß er mit der Inspektion nicht zufrieden war. Er hat auf Juden Bezug genommen. Er hat nur mit Juden zu tun gehabt im Krankenhaus.

Wenn ich gefragt werde, in welcher Hinsicht Wöhrn geschimpft habe, so weiss ich einzelne Worte nicht mehr. Er hat darauf Bezug genommen, daß <sup>für</sup> die Leute, die ihre Sache nicht verstehen, kein Platz wäre. Er hat mit Abholung gedroht. Ich kann mich nicht an Einzelheiten erinnern.

Auf Vorhalt der konsularischen Vernehmung vom 29.10.1968 Blatt 5 oben; erster Absatz: Das ist richtig. Selbstverständlich hatten seine Äusserungen antisemitischen Charakter,

wenn er auf die Judenjungen schimpfte.

Auf Vorhalt von Rechtsanwalt Scheid, daß es unlogisch sei, wenn Wöhrn einerseits für den besseren Anbau der Kartoffeln und Tomaten gesorgt haben sollte, andererseits aber antisemitische Äusserungen gemacht haben sollte: Ich möchte bestreiten, daß Wöhrn daran interessiert war, den Kindern im Krankenhaus mehr Kartoffeln zu bieten. Er hat geschimpft, weil von seinem Standpunkt aus, was dort angebaut worden ist, nicht seinen Wünschen entsprach. Er hatte den Anbau nicht angeordnet. Meiner Ansicht nach war er an diesem Tag nur gekommen, um zu monieren, was immer gemacht worden ist, um zu zeigen, daß er der Fachmann auf jedem Gebiet ist und daß er das Recht zu monieren hatte. Das Geschah aus Geltungstrieb. Das ist meine persönliche Ansicht.

Auf Frage von Rechtsanwalt Scheid, ob Wöhrns Bemerkungen antimemitisch gemeint gewesen seien oder ob das eine allgemeine Meckerei gewesen sei: Ich habe das nicht als Meckerei aufgefasst.

Auf Frage von Rechtsanwalt Hentschke, ob er sich diese Antworten ausgedacht habe, weil er die ihm gestellten habe beantworten wollen: Es ist schwer für jemanden, sich an einzelne Worte zu erinnern, die vor 25 Jahren gefallen sind, wenn sie diese Worte täglich gehört haben und nicht nur von Wöhrn sondern auch von anderen.

Auf Frage von Rechtsanwalt Hentschke: Ich kann meine Angaben, daß von Abholen die Rede war und davon, daß für Jungens, die nicht fähig seien, kein Platz wäre, nicht einschränken. Ich möchte sagen, so war es. An die Satzstellung, an die Formulierung, kann ich mich nicht erinnern. Was in diesem Zusammenhang gesagt wurde, daran kann ich mich erinnern.

Auf Frage von Rechtsanwalt Scheid, ob es sich um die üblichen Redensarten gehandelt habe oder ob die Worte aus dem Rahmen gefallen seien: Das habe ich oft gehört. Auf Vorhalt von Rechtsanwalt Hentschke, daß es eigenartig sei, daß er sich an diese beiden Worte erinnere, andererseits sich aber nicht an Einzelheiten erinnere, sagte der Zeuge: Wenn ich sage, ich kann mich an einzelne Worte nicht erinnern, so heisst das nicht, daß ich mich an den Sinn der Sache, an die Art und Weise, wie es vorgebracht worden ist, nicht erinnern kann. Ich kann mich an verschiedene Sachen erinnern, an verschiedene andere nicht. Wenn ich gesagt habe, daß die Äusserungen antisemitisch gewesen seien, so kann ich zum Beispiel im einzelnen nicht sagen, ob er "Judenschwein" oder "Judensau" gesagt hat. Mit Abholen ist uns oft gedroht worden, vielleicht zu oft. Mit Abholen ist an diesem Tag gedroht worden. Ich war damals sehr jung, deswegen hat es vielleicht auf mich so einen Eindruck gemacht. Wenn Wöhrn da war, war er der Boss, der Sprachführer. Dobberke hat schön schramm gestanden und die anderen auch, wenn Wöhrn oder Günther kamen. Die Unterhaltungen sind von Wöhrn geführt worden. Ich kann nur sagen, daß Wöhrn derjenige war, der der aktive Teil war.

Auf Frage, ob er einen Irrtum ausschliessen könne: Nach 25 Jahren glaube ich nicht, daß Sie sich an Einzelheiten erinnern können.

Auf Frage der Staatsanwaltschaft, wie Wöhrn an diesem Tag gekleidet gewesen sei: Er hatte eine lederne Aktentasche unter dem Arm, Handschuhe in der rechten Hand, er war in Zivil. Ich glaube, er hatte einen grauen Schlapphut. Er trug entweder einen grauen Anzug oder einen Trenchcoat. Ich habe ihn zweimal in Grau gesehen und einmal im Trenchcoat.

Ich erinnere mich an einen Vorfall, bei dem ein junger Mann in unserem Alter, ein Geltungsjude, auf die Weisung von Wöhrn wegkam. Sein Name war Bukofzer. Wir nannten ihn Bubi Bukofzer, vielleicht war sein wirklicher Vorname Kurt. Er hat Pförtnerdienste geleistet. Wir sind zu allen möglichen Arbeiten eingesetzt worden. An diesem Tag, in dieser Woche hat er Pförtnerdienst gehabt. Wöhrn ist in Zivil gekommen. Das weiss ich vom Hörensagen. Ich weiss das von dem Inspektor Chaskel, der unser Aufseher, unser Vorgesetzter war, der die Arbeit eingeteilt hat. Das Krankenhaus war wie eine Familie, einer kannte den anderen. Es ging wie im Lauffeuer herum, wenn irgend solche Sachen passierten. Bubi Bukofzer wurde von Wöhrn nach Lustig gefragt, dem Leiter der Reichsvereinigung. Wir waren angehalten, Lustig mit Dr. Dr. Lustig anzureden. Bubi Bukofzer hat wohl gesagt, der Dr. Dr. Lustig sei oben. Wir hatten den Eindruck, daß Wöhrn sich dadurch geschulmeistert fühlte. Das einzige was wir genau wissen, ist, daß Bubi Bukofzer abgeholt wurde. Die Geltungsjuden wurden damals nicht abgeholt, wenn nichts Besonderes vorlag. Er wurde in dieser Nacht abgeholt und ist auch an den Folgen der Verfolgung gestorben. Er kam aus dem Lager Wulkow noch einmal zurück ins Krankenhaus. Er hatte TB, er kam auf die Polizeistation und ist dort gestorben. Ich habe ihn nicht mehr gesehen. Mein Bruder hat mit ihm noch kurz gesprochen. Mein Bruder hat für ihn Blut gespendet.

Über den Abtransport der Kranken aus der neurologischen Abteilung weiss ich folgendes aus eigener Anschauung: Der Transport ging bei Nacht, am späten Abend, es war schon dunkel. An das Datum kann ich mich nicht erinnern. Ein Möbelwagen erschien am Hauptportal und wurde rückwärts reingedrückt. Ich war selbst unten, weil ein Teil der Patienten der neurologischen Station im Garten mitgearbeitet hatte. Wöhrn war nicht zugegen.

Auf die Frage der Staatsanwaltschaft, ob Wöhrn die Anordnung zur Trichterbeseitigung sachlich, korrekt und ruhig gegeben haben oder ob er geschrieen habe. In der Tat, er hat in ziemlicher Art und Weise gedroht, wenn die Trichter nicht innerhalb von acht Tagen zugeschippt wären, würde er das ganze Krankenhaus abholen lassen. Aus diesem Grunde mussten alle im Krankenhaus beim Schippen mithelfen. Ich habe diese Anordnung selbst gehört.

Auf die Frage, ob er sich Besuche von Wöhrn vorbereitet habe: Man ist nach Möglichkeit verschwunden, um nicht ins Blickfeld zu kommen. Das tat man auch, wenn andere als Wöhrn kamen. Inspektor Chaskel hat per Mundfunk versucht, die Leute aus dem Blickfeld verschwinden zu lassen. Jeder hat geprüft, ob sein Judenstern richtig sass und ob sein Arbeitsfeld in Ordnung war.

Dem Zeugen wurde die Lichtbildmappe Beistück VI vorgelegt. Er erklärte: Ich erkenne Wöhrn auf den mir vorgelegten Bildern nicht wieder. Wenn mir gesagt wird, daß Bild 55 Wöhrn darstellt, so halte ich das für möglich, kann es aber nicht mit Sicherheit sagen.

Laut diktiert, vom Zeugen nach Diktat genehmigt und unterschrieben.

  
\_\_\_\_\_  
(Günther Rischowsky)

Der Zeuge wurde ordnungsgemäß vereidigt.

Geschlossen:

\_\_\_\_\_  
(Dr. Wolfgang Hoffmann)  
Konsul

Vierter Zeuge:Zur Person:

Ich heiße Rischkowsky, Günther, 47 Jahre alt, leitender Angestellter, verheiratet, wohnhaft: 55 Julie Crescent Street South, Nord Great River, L.I., N.Y., Tel.: 516-581-8095, amerikanischer Staatsbürger, mit den Angeklagten nicht verwandt und nicht verschwägert.

Zur Sache:

Ich bin in Berlin geboren. Mein Vater war Jude, meine Mutter Arierin. Nach der damaligen Terminologie war ich ein sogenannter Geltungsjuden, weil ich im jüdischen Glauben erzogen worden war. Nach meiner Erinnerung muss<sup>te</sup> ich aus rassistischen Gründen 1936 die Schule verlassen, es kann auch 1935 gewesen sein. Von 1939 bis 1941 erlernte ich auf einem Lehrgut in Schlesien den Beruf eines Landwirts. 1941 kehrte ich nach Berlin zurück und wurde von dem für Juden zuständigen Arbeitsamt in der Fontanepromenade einer Metallfabrik als Arbeiter zugewiesen. Dort arbeitete ich bis zu der als sogenannte Fabrikaktion bekannten Großaktion im Februar 1945. Ich meine, daß es an einem Sonnabend, den 27. Februar 1945 war. Mein Bruder und ich wurden in das Sammellager in der Rosenstrasse gebracht. Offenbar weil wir Geltungsjuden waren, wurden wir nicht abtransportiert, sondern als Arbeitskräfte dem Jüdischen Krankenhaus zugeteilt. Anfangs war ich als Gärtner tätig, später habe ich auch alle möglichen anderen Arbeiten verrichtet. Das Kriegsende erlebte ich als Arbeiter im Jüdischen Krankenhaus, ~~wann~~ 1947 wanderte ich aus.

25

Die Namen Bovensiepen, Dr. Venter und Grautstück sagen mir nichts. Diese drei Angeklagten kenne ich nicht. Ich habe Gestap~~o~~-Angehörige mit den folgenden Namen während meiner Tätigkeit im jüdischen Krankenhaus einmal oder mehrfach gesehen: Haupt-scharführer Dobberke, der ständig ins Krankenhaus kam, die Herren Greindl und Wenzel, die mehrfach Personen abholten, einen Herrn Rote, einen Müller oder Möller sowie die Herren Stark und Stock aus der Burgstrasse. Weiter einen Herrn Stuchka, Kurfürstenstrasse, ~~einen~~ Herrn Woehn sowie Herrn Günther. Einen Herrn Bock kenne ich persönlich nicht, meine mich aber zu erinnern, daß mein Vater im Zusammenhang mit der Gemeinde-aktion im Jahre 1942, mehrfach den Namen Bock erwähnte.

Im Krankenhaus waren wir wie eine kleine Familie, d.h. man hörte untereinander sehr viel. Mir sind zwei Fälle bekannt, in denen Einzelpersonen von der Gestapo abgeholt wurden. Einmal wurde eine ganze Station verladen, nachdem ein Gestapomann dagewesen war. Später wurde ein Gebäude des Krankenhauses beschlagnahmt und als Sammellager der Gestapo benutzt.

Zu der Deportationen einer ganzen Abteilung des Krankenhauses kann ich noch folgendes sagen: Es handelte sich um die neurologische Abteilung, die im wesentlichen aus Insassen ~~bestand~~ bestand, die von Seiss bei Koblenz nach Berlin verlegt worden waren. Natürlich waren auch einzelne Berliner darunter. Diese Gruppe wurde geschlossen mit ärztlichem und pflegerischem Personal abtransportiert. Diesem Abtransport ging eine Besichtigung durch Gestapobeamte voraus, unter denen auch Dobberke und Woehn waren. Woehn war der Leiter dieser Gruppe.

Ich weiss nicht, ob die Transporte nach dem Osten und nach Theresienstadt von Gestapobeamten begleitet und bewacht wurden. Ich hatte einmal Gelegenheit, vor dem Abgang eines Transportes auf dem Güterbahnhof in der Quitzowstrasse zu

26  
25

sein - ich musste einen Essenskübel dorthin bringen - und sah Gestapo- und Polizeibeamte auf dem Güterbahnhof herumlaufen. Wie und von wem die Transporte begleitet wurden, vermag ich jedoch nicht anzugeben.

Darüber, ob den Gestapobeamten, mit denen ich in Berührung kam, bekannt war, was mit den deportierten Juden geschah, kann ich nichts sagen, da ich mit Ausnahme des Herrn Woehn niemals eine Unterredung mit Gestapobeamten hatte. Im Gegenteil versuchte ich, stets einer Begegnung aus dem Wege zu gehen. Auch Herr Woehn hat nicht zu erkennen gegeben, daß er sich über das Schicksal der deportierten Juden im klaren war. Zwar war es gang und gäbe, daß mit Auschwitz oder anderen Lagern gedroht wurde, aber was damit gemeint war oder was einen Juden in Auschwitz erwartete, wurde nicht gesagt. Wir Insassen des Krankenhauses waren uns allerdings darüber im klaren, daß die deportierten Juden in den Lagern vernichtet wurden.

Ich meine, daß nach der sogenannten Fabrikaktion ~~xxxxxxx~~ ~~xxxxxxx~~ unter uns im Krankenhaus allgemein bekannt war, was in den Lagern im Osten vor sich ging. Wir waren der Überzeugung, daß diejenigen, die nach Auschwitz kamen, getötet wurden, während ~~der~~ Theresienstadt mehr als eine Art Internierungslager angesehen wurde. Woher wir diese Kenntnisse im einzelnen hatten und welche Tatsachen ihnen zugrunde lagen, kann ich heute bei bestem Willen nicht mehr angeben. Ich kann mich aber noch entsinnen, daß ein Dr. Hans Fabian, der leitend in der Jüdischen Gemeinde in Berlin tätig gewesen war und eng mit meinem Vater zusammengearbeitet hatte, aus Theresienstadt zurückkam, weil er offenbar krank war ~~und~~ meinem Vater erzählt hat, daß seine <sup>- meines Vaters -</sup> Verwandten von Theresienstadt nach Auschwitz gebracht worden waren. Seither haben wir von diesen Verwandten nichts mehr gehört.

Quenter, R. [Signature]

27  
26

v.g.u.

~~(Günther Rischowsky)~~

Auf Anregung sämtlicher anwesenden Prozessbeteiligten  
blieb der Zeuge als Verletzter unvereidigt.



Helga Weyl

Elmar Rauf

HJ H6<sup>n</sup>

36e

Katharina Roesnick *geb. von Rohr*

Wohnort: (1968) 1 Berlin 31,  
Paulsborner Str. 11

1Js 9-65  
Stapoleit - Bln

V e r h a n d e l t

In der Wohnung aufgesucht und befragt, erklärt die Pensionärin

Katharina R o e s n i c k  
geb. von Rohr,  
10.2.87 Berlin geb.,  
1 Berlin 31,  
Paulsborner Str. 11 wohnh.,  
Tel.: 887 60 36,

nach Belehrung gem. §§ 52 und 55 StPO folgendes:

Ich bin damit einverstanden, daß die Protokollierung meiner Angaben im Stenogramm erfolgt.

Die von meiner Tochter gemachten Angaben zu ihrem Lebenslauf sind mit mir durchgesprochen worden. Ich bestätige die Richtigkeit. Bis zum Jahre 1944 kamen wir mit der damaligen Geheimen Staatspolizei überhaupt nicht in Berührung. Ich wußte lediglich vom Hörensagen, daß es eine unangenehme Behörde war.

Es trifft zu, daß meine Tochter M a r g a r e t e von zwei Zivilisten in unserer Wohnung in Berlin-Friedrichshagen, Klutstraße 12, aufgesucht und in das Lager Schulstraße für den 11.9.1944 bestellt wurde. Einer der Zivilisten wohnte seinerzeit ebenfalls in Friedrichshagen, und zwar in der Friedrichstraße. Den Namen dieses Mannes habe ich vergessen. Ich weiß, daß er mit einer blonden Frau verheiratet war, die ich nach dem Kriege noch oft in Friedrichshagen gesehen habe.

Wenn ich gefragt werde, ob dieser Mann L e w e c k geheißen haben könnte, so kann ich dies nicht mit Sicherheit bestätigen. Er kam öfter zu mir in die Wohnung und fragte mich, ob er meiner Tochter einige Sachen mit in die Schulstraße nehmen könnte. Die von mir mitgegebenen Gegenstände hat er regelmäßig meiner

Tochter abgeliefert. Irgendwelche Geldbeträge oder Wertsachen hat er niemals von mir verlangt. Auch hat er mir niemals irgendwelche Versprechungen gemacht.

Als meine Tochter am Montag, dem 11.9.1944, das Lager aufsuchte, war sie noch voller Optimismus und glaubte, daß ihr nichts passieren könnte. Der Begriff "Schulstraße" war uns vollkommen fremd.

Etwa 1942 oder 1943 hörte ich von einem Hausbewohner in Friedrichshagen, der den Besuch eines in Rußland eingesetzten Nefen erhielt, daß man dort getötete Juden mit der Eisenbahn direkt bis zur Grube gefahren und dort ausgeladen habe. Der betreffende Hausbewohner schenkte diesem Bericht keinen Glauben; ich zweifelte jedoch und glaubte, daß an dieser Erzählung doch etwas Wahres dran sein könnte.

Über Judendeportationen kann ich nicht viel berichten, denn in Friedrichshagen fanden so gut wie keine Aktionen statt. Ich habe erlebt, daß man eine jüdische Familie namens L e v i mit einem Lastwagen abgeholt hat. Diese Familie ist nicht mehr zurückgekehrt.

Als meine Tochter an dem bewußten Tage die Schulstraße aufsuchte, teilte sie mir noch am gleichen Tage fernmündlich mit, daß sie dableiben müsse, weil sie angeblich Jüdin sei. Ich bin noch am gleichen Tage hingefahren und habe ihr die von ihr erbetenen Gegenstände gebracht. Vor dem Lagertor stand ein Polizeibeamter als Wachtposten. Dieser schickte mich zu einem jüdischen Herrn, dessen Name R e s c h k e war. Herr R. war damals Schullektor an der jüdischen Schule. Er ließ meine Tochter kommen, damit er ihr die Gegenstände übergeben konnte. Anschließend mußte ich einen Büroraum aufsuchen und die Lebensmittelkarten für meine Tochter abgeben. Ich glaube, ein Fräulein R a p h a e l nahm mir die Lebensmittelkarten ab und war noch so anständig, -einige Fleisch- und Buttermarken abzuschneiden und mir zurückzugeben. Im darauffolgenden Monat, also im Oktober, mußte ich erneut die Lebensmittelkarten bei Frl. R. abgeben. Bei dieser Gelegenheit lernte ich erstmalig den Gestapoangehörigen

D o b b e r k e kennen. Er zeigte sich mir gegenüber korrekt und höflich und räumte mir ein, daß ich außer an den normalen Besuchszeiten -mittwochs und sonntags- meine Tochter dreimal wöchentlich besuchen dürfte. Im Gebäude Schulstraße befand sich im Parterre ein sog. Besucherraum, in dem der vorerwähnte R e s c h k e jedesmal zugegen war. Er saß auf einem Podest und hatte ein kleines Pult vor sich. Während meiner ziemlich häufigen Besuche habe ich niemals erlebt, daß D o b b e r k e oder ein anderer Gestapoangehöriger Juden geschlagen oder angeschnauzt hat. Ich sprach D o b b e r k e auch in Bezug auf die Herkunft meiner Tochter an und versuchte natürlich alles, um sie aus dem Lager herauszubekommen. Etwa sinngemäß sagte er mir, daß meine Tochter gar nicht in das Lager gehören würde und er sie mir am liebsten gleich mitgeben würde. Aber er sei einem M ü l l e r (phon.) unterstellt und könne daher nichts machen. Wenn ich gefragt werde, ob der Vorgesetzte von D o b b e r k e M ö l l e r heißen habe, so kann ich dies nicht bestätigen. M ü l l e r hat auf einer Gestapodienststelle in der Charlottenstraße gesessen, denn mein Mann hat diese Dienststelle aufgesucht und hat mit dem M ü l l e r eine Unterredung geführt, um eine Besuchserlaubnis zu erlangen.

Anlässlich eines Besuches weinte meine Tochter und teilte mir mit, daß sie für einen Transport nach Auschwitz vorgesehen sei. Unter den jüdischen Häftlingen in der Schulstraße war allgemein bekannt, daß ein Abtransport nach Auschwitz keine Überlebenschance bot. Ich kann heute nicht mehr genau sagen, wer mir den Rat gab, zur Gestapo nach der Kurfürstenstraße zu fahren, um dort die Absetzung meiner Tochter vom Auschwitztransport zu erwirken. Mein Mann und ich suchten diese Dienststelle in der Kurfürstenstraße auf. Der Pförtner verwies uns zu einem Zimmer, welches sich in der großen Vorhalle auf der rechten Seite befand. Wenn mich nicht alles täuscht, muß es das zweite Zimmer auf der rechten Seite gewesen sein. Ich glaube, mich noch erinnern zu können, daß an der Zimmertür der Name des Gestapoangehörigen angebracht war. Ich habe ihn in der Zwischenzeit leider vergessen. Der uns empfangende Herr trug eine graue Uniform. Ich kann heute

nicht mehr genau angeben, ob er Offiziersschulterstücke trug. Ich hatte jedenfalls das Gefühl, daß er ein Vorgesetzter gewesen sein könnte. Er war zwar nicht sehr freundlich und nicht sehr zugänglich, aber er hörte sich unser Anliegen mit an und ich versuchte, ihm klarzumachen, daß meine Tochter als angebliche Jüdin doch in einem rein "arischen" Haushalt aufgewachsen sei. Ich versuchte, diesen Herrn an seine Gefühle zu appellieren und fragte ihn, ob er selber Kinder habe. Er bejahte dies und versprach mir, meine Tochter vom Auschwitztransport herauszunehmen und einem Transport nach Theresienstadt anzuschließen. Ich habe seinen Angaben keinen Glauben geschenkt und bin sofort nach der Schulstraße gefahren. Dort traf ich den D o b b e r k e und fragte, ob telefoniert worden sei. D o b b e r k e bestätigte mir den Telefonanruf und daß meine Tochter nunmehr für einen Theresientransport vorgesehen sei.

Meine Tochter erhielt dann im Lager Schulstraße einen Posten als Krankenpflegerin und konnte somit einer sofortigen Verschickung entgehen. Dazu möchte ich sagen, daß sie mit dem eigentlichen Krankenhaus nichts zu tun hatte, sondern die kranken Menschen innerhalb des Lagers betreuen mußte.

Nach einiger Zeit erkrankte meine Tochter und kam in die Krankenabteilung des Lagers. Die Türen zu dieser Abteilung wurden stets verschlossen gehalten. Außerdem wurde die Eingangstür stets von einem Wärter im weißen Kittel bewacht. Bei diesem mußte ich mich melden, wenn ich meine Tochter mal besuchen wollte.

Meine Tochter erzählte nach ihrer Rückkehr nach Friedrichshagen, daß sie mit einem Herrn U n g e r, der ebenfalls Häftling gewesen sei, aus dem Lager geflüchtet ist.

Mir wird hier eine Mappe mit Lichtbildern ehemaliger Angehöriger der Gestapo, Dienststelle Kurfürstenstraße (Ermittlungsverfahren 1 Js 7/65 -RSHA-), zur Durchsicht vorgelegt. Ich habe niemanden wiedererkannt.

Ich kann deshalb den Gestapoangehörigen leider nicht bezeichnen,

mit dem ich in der Kurfürstenstraße gesprochen habe. Außerdem wird mir hier eine Mappe mit Lichtbildern ehemaliger Angehöriger der Stapoleitstelle Berlin zur Durchsicht vorgelegt. Ich habe die darin abgebildeten Personen niemals gesehen. Obwohl mir besonders das Bild des **D o b b e r k e** gezeigt wurde, vermag ich ihn nicht wiederzuerkennen. Weitere Namen von ehemaligen Angehörigen der Gestapo aus dem Lager Schulstraße sind mir nicht bekanntgeworden.

Auf Befragen: Ich möchte ergänzend noch eine Begebenheit aus der Schulstraße schildern, die ich anlässlich eines Besuches bei meiner Tochter erlebt habe. Im Besuchsraum saß eine Jüdin und weinte furchtbar. Ich hörte von meiner Tochter, daß sie am nächsten Tage nach Auschwitz deportiert werden sollte. Wie ich weiterhin erfahren habe, soll sie mit einem arischen Mann verheiratet gewesen sein, der sich jedoch von ihr scheiden ließ, weil er Beamter war. Ich habe nicht nur den einen Fall gesehen, sondern mehrfach erlebt, daß die jüdischen Leute geweiht haben. Meine Tochter sagte dann stets darauf, daß wieder ein Abtransport in Sicht sei.

Mehr kann ich zu dem mit mir durchgesprochenen Komplex nicht angeben.

Ich konnte der Protokollierung gut folgen und habe jedes Wort, das hier im Stenogramm aufgenommen wurde, mitgehört. Ich verzichte deshalb auf das Durchlesen des Protokolles in Reinschrift.

Geschlossen:

*Thieler*  
.....  
(Thieler) KOM

Im Stenogramm diktiert, laut vorgelesen,  
genehmigt und unterschrieben:

gez. Katharina R o e s n i c k  
geb. von Rohr

Für die Richtigkeit  
der Abschrift aus dem  
Stenogramm:

*Mancke* PANG.

HJ H6

36 f

Paul R o n s f e l d

Wohnort: (1965) 1 Berlin 31,  
Bonner Str. 1

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint der Angestellte

Paul R o n s f e l d ,  
23.3.1908 Berlin geb.,  
Berlin 31 (Wilmerdorf), Bonner Str. 1 wohnh.,

und erklärt:

Der Grund meiner heutigen Vernehmung wurde mir in der Vorbesprechung bekanntgegeben. Ich kann zur Sache folgende Angaben machen:

Ich bin seit Geburt in Berlin ansässig. Bis zum Zeitpunkt der sogenannten Kristallnacht 1938, habe ich in meinem Beruf als kaufmännischer Angestellter unbehelligt arbeiten können. Bemerken möchte ich, daß ich nach den Nürnberger-Gesetzen insofern als Geltungsjuden angesehen wurde, als mein Vater jüdischen Glaubens war, ebenso wie ich, während meine Mutter christlich getauft war. Nach der Kristallnacht war ich arbeitslos und wurde ab 1.5.1940 über das jüdische Arbeitsamt, Fontanepromenade, zur Zwangsarbeit verpflichtet. Ich wohnte damals in Berlin-Charlottenburg, Niebuhrstr. 68 bei meiner Mutter, Mein Vater ist bereits 1932 verstorben. Am 27.2.1943, als die Fabrikaktion anlief, gelang es mir unterzutauchen. Als ich erfuhr, daß ich von der Festnahmeaktion nicht betroffen war, stellte ich mich im Lager Rosenstr., mußte dort eine Nacht zubringen und bekam am nächsten Tage von einem H'Scharf. S c h n e i d e r eine Bescheinigung, auf Grund <sup>derer</sup> ~~derer~~ ich meine Lebensmittelkarten beziehen konnte. Nach-dem Bombenangriff am 22.11.1943 ging ich in die Illegalität und konnte mich bis zum 7.5.1944 unter anderem auch in Schmöckwitz verbergen. Am 7.5.1944 wurde ich auf Grund einer Denunziation im Geschäft eines Freundes in der Oranienstr. von einem Herrn S t e c h e r und einem Kriminalbeamten T i t z e verhaftet. Ich wurde von dort aus in das Lager Schulstr. eingeliefert und sogleich dem Lager-

leiter ~~D o b b e r k e~~ vorgeführt ~~xxxxxx~~. Eine bei mir durchgeführte Leibesvisitation förderte einen falschen Wehrpaß und Lebensmittelkarten ohne den Aufdruck "J" zu Tage. Dobberke reagierte darauf mit einem Faustschlag, der mich einige Zähne kostete. Zur Aufdeckung der Herkunft der Lebensmittelkarten wurde ich nach einigen Tagen in Begleitung des Titze an eine von mir fingierte Adresse (Aschinger-Bierquelle, am Bahnhof Friedrichstr.) geführt. Dort wollten wir den von mir erdichteten Überbringer der Lebensmittelkarten erwarten, der natürlich nicht erschien. Obwohl Titze die Unwahrheit meiner Angaben erkannt haben mußte, verhielt er sich völlig korrekt. Er machte mir keine Vorhaltungen. In einem Strafverfahren bezüglich des Wehrpasses wurde ich anschließend noch vor dem Kriegsgericht als Zeuge gehört. Etwa Mitte Juli 1944 wurde ich nach Theresienstadt deportiert. Im Rahmen eines Arbeitstransportes ging ich etwa um den 20.8.1944 mit etwa 250 Häftlingen nach Wulkow, Krs. Lebus. Dort mußten wir für die seinerzeit ausgebombte Gestapo Burgstr. ein Barackenlager errichten. Dort waren ein H'Stuf. A l b r e c h t und ein ~~Kxxxx~~ ~~xxxx~~ ~~xxxx~~ O'Stuf. S t u s c h k a oder <sup>n</sup> ähnlich, als unser Lagerführer tätig. Ende Januar 1945 wurde das Lager nach erfolgter sowjetischer Offensive aufgelöst und wir wurden wieder nach Theresienstadt zurücktransportiert. Nach meiner Befreiung kam ich dann nach Berlin zurück. 1945 heiratete ich Eva Sieburg, 27.6.1911 geboren. Meine Ehefrau hat hier ebenfalls heute ausgesagt.

In der mir hier vorgelegten Lichtbildmappe habe ich die ehemaligen Gestapoangehörigen D o b b e r k e und S t a r k , unter lfd. Nummern 10 und 46, wiedererkannt. Als weiteren Gestapoangehörigen ist mir dem Namen nach S a s s e bekannt, der in der Schulstr. tätig war und später in der Französischenstr., dem sogenannten Kirchenreferat tätig war. Von weiteren hier genannten Gestapoangehörigen sind mir keine weiteren bekannt. Nähere Angaben über die Verhältnisse in der Schulstr. müßte der damalige Ordner D a n z i g e r (nicht Walter), Berlin-Wilmersdorf, Adresse unbekannt, machen können.

Über weitere Tatkomplexe vermag ich keine Angaben zu machen. ~~zuz~~ Nächste Angehörige von mir sind nicht umgekommen, da sie rechtzeitig emigrieren konnten.

Weitere konkrete Angaben vermag ich nicht zu machen.

Geschlossen: laut diktiert, genehmigt und unterschrieben

...gez. Hillert.....  
( H i l l e r t ) KM

.....gez. Paul Ronsfeld.....

Bl.

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

Berlin 21, den 10. Dezember 1968  
Turmstraße 91

1 Ja 9/65 (Stapoleit.Bln.)

Gegenwärtig: Staatsanwalt      K o u r i l  
Justizangestellte A d r y a n

In der Strafsache gegen Otto B o v e n s i e p e n u. a.  
wegen Beihilfe zum Mord erscheint vorgeladen der Zeuge

Paul R o n s f e l d

- Personalien bekannt -

und erklärt zur Sache vernommen folgendes:

Wie ich in meinen früheren Vernehmungen schon angegeben hatte, lebte ich ab November 1943 illegal.

Zu dieser Zeit hatte ich über Frau S t i l l s c h w e i g erfahren, welches Schicksal die deportierten Juden im Osten erlitten hatten.

Frau Stillschweig's Ehemann war als Jude bereits deportiert worden.

Sie traf etwa im November 1943 einen Bekannten, der zuvor im Osten bei der SS Dienst getan hatte. Dieser erzählte Frau Stillschweig, was man im Osten mit den Juden getan hatte. Frau Stillschweig erzählte es mir weiter. Ich selbst kannte diesen SS-Mann nicht.

Ich habe jedoch nur wenige Monate illegal leben können. Durch Verrat wurde ich am 6. oder 7. Mai 1944 bei Friedrich Z e h in der Oranienstraße festgenommen. Mit mir wurde auch die damals etwa 20-jährige Nanny T u c h l e r festgenommen. Nanny Tuchler lebte ebenfalls illegal und hatte sich, wie ich, bei Friedrich Zeh verborgen.

Sie wohnte dort auch. Wir beide wurden von dem Gestapo-Beamten T i t z e und von dem Fahnder S t e c h e r festgenommen und dem Sammellager Schulstraße zugeführt, von wo aus Nanny Tuchler am 19. Mai 1944 nach Auschwitz deportiert wurde. Mit Nanny Tuchler wurde auch deren Mutter Sidonie Tuchler, geborene Goldstein nach Auschwitz verschleppt. Dort müssen beide den Tod gefunden haben, denn seitdem haben wir nie wieder etwas von ihnen gehört. Ich bin sicher, daß sich beide bei mir gemeldet hätten, wenn sie Auschwitz überlebt hätten.

Nanny Tuchler's Onkel, Siegwart G o l d s t e i n, wurde mit seiner Ehefrau Beate Goldstein, geborene Wall und deren gemeinsamer Tochter Bela wenige Wochen später mit mir zusammen nach Theresienstadt, so um den 12./13. Juli 1944, deportiert. Von dieser Familie haben Beate Goldstein und Bela Goldstein überlebt und eine weitere, in Theresienstadt geborene, Tochter Tana. Frau Goldstein lebt jetzt, inzwischen wieder verheiratet, unter dem Namen Beate K u d e l k a in 14, White Gate Gardens, Harrow-Weald, Middx/England.

Außer an Titze erinnere ich mich noch an D o b b e r k e, der damals Lagerleiter war. Die Namen R o t h e und S a s s e kommen mir bekannt vor, was die beiden in einzelnen getan haben, kann ich heute nicht mehr angeben.

Mir sind eben fünf Herren vorgeführt worden. Der Herr in der Mitte - der Zeuge deutete auf den Angeschuldigten T i t z e - ist jener Gestapo-Beante, der mich und Nanny Tuchler damals verhaftet hat.

Er war es auch, der mich dann einige Tage nach meiner Verhaftung zu Aschinger ausführte.

v.

g.

u.

gez. Paul Ronsfeld

Geschlossen:

gez. Kouril  
Staatsanwalt

gez. Adryan  
Justisangestellte

Vermerk:

Dem Zeugen Paul R o n s f e l d wurde heute während seiner Vernehmung der Angeschuldigte Herbert T i t z e und vier gleichaltrige, ähnlich aussehende Herren vom Strafregister Berlin vorgestellt. Der Zeuge Ronsfeld zeigte, ohne zu zögern, schon nach wenigen Sekunden auf den Angeschuldigten Herbert Titze und meinte: "Das ist Herr Titze."

gez. Kouril  
Staatsanwalt

HS H8

36 g

Dr. Wilhelm Rosenau

DURCH DR. KUBUSCHOK:

F: Sagen Sie bitte Ihre Namen, Ihren Nachnamen und Ihren Vornamen.

A: Dr. Rosenau Wilhelm.

F: Welchen Beruf haben Sie und welche Dienststellung bekleiden Sie zur Zeit?

A: Ich bin Arzt, Facharzt fuer Psychiatrie und bekleide zur Zeit den Hauptarztposten und Leiter des Gesundheitsamtes in Dietz an der Lahn.

F: Sind Sie auch einmal in einer Nervenheilanstalt taetig gewesen?

A: Ich war Arzt in der Heil- und Pflegeanstalt in Bunzlau und spaeter Leiter der Heil- und Pflegeanstalt der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland in Seine/Rhein.

F: Bitte, erklaren Sie die Bedeutung dieser letzteren Anstalt in Seine.

A: Die Anstalt war zunaechst ein grosses juedisches Privat-Sanatorium. Im Jahre 1939 wurde die Reichsvereinigung der Juden beauftragt, fuer alle Juden in Deutschland die geistes- oder nervenkrank waren, eine Anstalt einzurichten, die in der Lage war, allmaehlich alle diese Juden in einer einzigen Anstalt aufzunehmen. Aus einer Reihe Aerzten, die als Leiter in Aussicht genommen waren, wurde mir Anfang 1940 die Leitung der Anstalt uebertragen.

F: Kann man also sagen, dass in der Zeit, in der Sie die Leitung dieser Anstalt gehabt haben, saemtliche nervenkranken Juden aus ganz Deutschland in dieser Anstalt konzentriert wurden?

A: Sowiet diese Juden die Aufnahme in einer geschlossenen Heilanstalt finden mussten, mussten sie in unsere Anstalt gebracht werden. Zum Teil habe ich selbst auf Reisen in den juedischen Krankenhaeusern die dazu notwendigen Gutachten verfasst.

F: Sind Sie, Herr Zeuge, im Sinne der Nuernberger Gesetze

selbst Volljude?

A: Jawohl.

F: War die Belegzahl in der Anstalt gross?

A: Die Belegschaft betrug anfaenglich um 200 und war zuletzt auf erheblich ueber 400 gestiegen, wobei zu bedenken ist, dass wir auch zahlreiche Verluste an Toten und auch zahlreiche Geheilte entlassen hatten.

F: Sind an den Insassen der Anstalt auch Sterilisierungen auf Grund des Gesetzes zur Verhuetung erbkranken Nachwuchses vorgenommen worden?

A: Als ich die Anstalt uebernahm, erzuehlten mir die damaligen Besitzer und Leiter der Anstalt, die Gebrueder Jakobi, dass die Insassen der Anstalt, genau wie alle anderen deutschen Staatsangehoerigen den Erbgesundheitsgesetzen unterworfen seien, dass die notwendigen Anzeigen von dem Leiter der Anstalt erstattet werden mussten, und dass die Verhandlungen des Erbgesundheitsgerichtes im Hause selbst stattfinden. Ich war anfangs sehr unangenehm beruehrt davon, in der Anstalt selbst die Verhandlungen mitmachen zu muessen. Ich wurde aber beruhigt, es wurde mir gesagt, dass die Verhandlungen durchaus sachlich und anstaendig gefuehrt waerden.

F: Haben Sie dann waehrend Ihrer Taetigkeit die Erfahrung gemacht, dass diese Verfahren tatsaechlich faerrund durchaus entsprechen den gesetzlichen Bestimmungen durchgefuehrt worden sind ?

19

A: Sie wurden durchaus fair und entsprechend den Gesetzen durchgefuehrt. In allen zweifelhaften Faellen nahm das Gericht einen Standpunkt ein, der weit ueber das von mir Erwartete hinaus ging. Wir wurden geraedezu in zweifelhaften Faellen auf die Moeglichkeit hingewiesen, dass wir zu Gunsten des Betroffenen irgendwie eine Aussage machen koennten, zum Beispiel in allen Faellen von Epilepsie, wo irgend ein Zweifel, auch nur der allergeringste bestand, ob es sich um eine genuine Epilepsie haendelte oder bei allen fraglichen Schizophrenien.

F: Deckte sich diese Tendenz der freien und gewaessenhaften Durchfuehrung des Verfahrens beim Erbgesundheitsgericht mit der gleichen Tendenz beim zustaendigen Erbgesundheits-Obergericht der zweiten Instanz?

A: Bei der zweiten Instanz habe ich nur wenige Faelle erlebt, weil die meisten unserer Patienten, und wenn nicht selbst, dann deren fuer sie zustaendigen Angehoerigen mit den Entscheidungen zufrieden waren. Einige meiner allzu Depressiven waren erleichtert, dass die gefuerchtete Fortpflanzung nicht mehr zu erwarten sei. Es sind daher nur wenige Faelle an die zweite Instanz gekommen. In der zweiten Instanz war die Verhandlung genau so, eher noch vorsichtiger wie in der ersten. Ich moechte bemerken, dass ich nur von dem Erbgesundheitsgerichte sprechen kann, mit denen ich persoendlich zusammengearbeitet habe, und von denen ich durch direkten Verkehr mit den entsprechenden Aerzten Aussagen bekommen habe.

F: Ist Ihnen in Ihrer ganzen Praxis ein einziger Fall bekannt geworden, bei dem Sie auch nur den Eindruck hatten, dass das Erbgesundheitsgericht in der ersten Instanz oder das Erbgesundheitsgericht in der zweiten Instanz aus politischen oder rassischen Gruenden seine Entscheidung gefaellt hat ?

A: Eine derartige Erfahrung habe ich nicht gemacht. Ich glaube auch nicht, dass den Juden gegenueber dieser Weg gewaehlt worden waere,

DURCH HR. L. FOLLETTE:

F: Herr Doktor, Waren Sie waehrend der ganzen Kriegszeit in Deutschland

A: Ja.

F: Waren Sie in dem Spital waehrend der ganzen Zeit?

A: Nein.

F: Wann haben Sie Ihr Spital verlassen?

A: Ich wurde 1942, nachdem alle Insassen unseres Hospitals mit fast dem ganzen Personal, bis auf vier von uns, nach Polen deportiert waren

F: Verzeihung, Ich habe den englischen Text nicht gehoert. Ich muss noch einmal um Ihre Antwort bitten.

A: 1942 wurde die Anstalt aufgeloeset. Alle Insassen der Anstalt und das gesamte Personal, bis auf vier, zu denen ich gehoerte, wurden nach Polen deportiert. Wir haben nie wieder etwas von diesen Leuten gehoert. Ich selbst wurde in der Anstalt als Heizer und Nachtwaechter eingesetzt, und wurde nach vielen Vorladungen bei der Gestapo nur dadurch am Leben erhalten, dass durch die haeufigen Angriffe der alliierten Luftwaffe die nationalsozialistischen Stellen, die sich fuer mich in negativen Sinne interessierten, keine Moeglichkeit hatten, ihre Vorsatzgeigen zu uns auszufuehren.

F: Ja. Ist Ihnen ein Herr Dannhausen bekannt, der gegenwaertig Landrat in Lunburg ist?

A: Nein.

F: Sie haben Ihre Akten hier. Laesst sich daraus ersehen, wer der Praesident des ersten Gerichtes in Lunburg war?

A: Jawohl.

F: Der Landrat Dannhauser?

A: Ich weiss nicht, ob es der Landrat war. Es gab einen Herrn Dannhauser.

F: Dannhauser, ja.

A: Ja.

HS HO<sup>u</sup>

Alexander Rotholz

Wohnort: (1966) 1 Berlin 39,  
Bismarckstr. 42

Ans. 1 P. KL 3/52 WA Berlin

Protokoll

Es erscheint Herr Alexander Rothholz, Berlin-Charlottenburg, Servinusstr. 20 und gibt folgendes an Eidesstatt bekannt:

Stammbannführer Stock übernahm das Judendezernat, nachdem Kom. Isser Brunner nach Paris versetzt wurde. In den Monaten November/Dezember 1942 besaf er mehrere Versammlungen ein, wo die Inhaber von jüdischen Angestellten und Arbeitern zu erscheinen hatten. Dort erklärte Stock, dass trotz Aufforderung des Arbeitsamtes, Fontanepraxende, die Inhaber sich nicht genügend um arische Arbeitskräfte als Ersatz für die jüdischen Arbeiter interessiert hätten. Er mache sie darauf aufmerksam, dass dieses mit Hochdruck zu geschehen sei, da am 1. März 1943 das Judenproblem von ihm aus gelöst sei. Tatsächlich erfolgte auch am 27. Februar 1943 die berühmte Fabrikaktion, wo ca. 14000 Juden zur Evakuierung gebracht wurden. Diese Aktion war keiner Stelle in der damaligen Jüdischen Kultusvereinigung bekannt, sodass alles unvorbereitet eintraf. Es wurden schlagartig die Hermann-Göring-Kasern, die Reithalle in der Rathenower-Kaserne, das Tanzlokal Clou und a. m. bereitgestellt. Katastrophal wirkte es sich auf die einzelnen Menschen aus, die getrennt arbeiteten, Kinder tagelang allein in den Wohnungen verblieben, was schon an und für sich ein Verbrechen war. Bei dieser Aktion setzte Stock Taffen-SS Leute neben den ständigen Gestapo-Leuten ein. Die Menschen in den obengenannten Lagern waren ca. 1 1/2 Tag ohne jegliche Nahrungsmittel und mussten, wie die bei der Verhaftung eingeliefert wurden, ~~sitz~~ auf den Zementfußboden zusammengepfercht, schmerz wie die Tiere, liegen. Selbst für Notdurft war nicht gesorgt. Unter den Augen des Stammbannführers Stock wurden diese unglücklichen Menschen auf Lastwagen, unter Gewehrkolbenhieben der Taffen-SS, zusammengepfercht nach dem Bahnhof Quitzowstr. verladen. Stock leitete auch die Auflösung der damaligen jüdischen Kultusvereinigung, wo er danach als Militarist von einem anderen Gestapo-Beamten abgelöst wurde. Unterzeichneter hatte die Gelegenheit als Jüdischer Handwerker von einer arischen Firma aus, obige Lager wegen Verdunklungsarbeiten zu betreten. Nachträglich wurde mir bekannt, dass Kommissar Stock über Verbindungsleute Geld für Bierbleiben einiger Juden entgegengenommen hat.

Berlin, den 11. 10. 48

*Gewinnhardt*

*A. Rothholz*

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint der Hausverwalter

Alexander Rothholz,  
16.6.04 Santer/Posen geb.,  
Bln.-Charlottenburg, Gervinusstr. 20 wohnh.,  
z.Zt. Repräsentant der Jüdischen Gemeinde,

und erklärt:

Als Handwerker bei der Fa. Lothar Hermann, Bln. NO, Elsäßer Str. 54, die Aufträge der Bauabteilung der Jüdischen Gemeinde auszuführen hatte, kam ich in den Jahren 1939 - 1945 in sämtl. Häusern der Jüdischen Gemeinde und Kreisvereinigung der Juden in Deutschland hinein. Der Hauptauftraggeber für die Maler- und Verdunklungsarbeiten, die die Fa. Hoffmann auszuführen hatte, war die Geheime Staatspolizei, Abt. Judenreferat. So lernte ich nach und nach fast sämtl. leitenden Personen, die den Judenabteilungen vorstanden, kennen. U.a. Günter, Kaltenbrunner, Wörn, Prüfer usw. Im Jahre 1941 wurde die Synagoge, Levetzowstr. Ecke Jagowstr. als Evakuierungslager für Juden eingerichtet. Von dieser Stelle aus gingen die ersten Judentransporte nach Litzmannstadt. Diese Aktion leitete Kommissar Prüfer, Gestapo-Leitstelle Burgstraße. Nach und nach wurden diese leitenden Personen abgelöst. Gegen Prüfer lief ein Disziplinarverfahren, Komm. Brunner der aus Wien kam, wurde nach Paris versetzt. Eine kurze Zeit leitete das eingerichtete Lager Große Hamburger Str. die beiden Haupt-scharführer Walter Doberke und Stark. Diese beiden setzten die Evakuierung im Lager Große Hamburger Straße fort. Alle Transporte gingen nach dem Osten resp. nach Theresienstadt. Die in meinem Protokoll, jetzt Fotokopie, v. 11.10.48 und 7.9.49 - (Hülle Bl. 3 und Bl. 21 d.A.) gemachten Erklärungen, daß Komm. Stock -er wurde von allen hier in Berlin so genannt- Versammlungen einberufen hatte, stimmen, da er selbst die Einladungen für diese Sitzungen unterschrieben hatte. Mein damaliger Meister, Lothar Hermann, jetzt wohnh. Bad Freienwalde/Oder, Neukietz 9, ist dieser Ein-ladung gefolgt und hat nach der Rückkehr die Worte uns gegenüber geäußert (wir waren ca. ständig 12-15 jüdische Ang.), daß die Firmeninhaber sich schnellstens um nichtjüdische Arbeiter be-mühen sollen, da das Judenproblem am 1.3.43 von Stock aus gelöst sei. Tatsächlich wurde auch schlagartig am 20.2.43 eine Juden-aktion in ganz Berlin eingeleitet. Es wurden Lager improvisiert, die zur Aufnahme der festgenommenen Juden dienen sollten, so u.a. Hermann Göring-Kasernen, Rathenower Reitkaserne, Clou in der Mauerstraße usw. In sämtl. Lagern, wo ich a tempo für Ver-dunklungsarbeiten eingesetzt wurde, hatte Komm. Stock die Leitung. Alle Schar- und Oberscharführer, die den einzelnen Lagern vor-standen, erhielten die Anweisung von Komm. Stock. Ich interessiert mich selbst für alle näheren Einzelheiten umso mehr, da ich einer illegal arbeitenden Gruppe Freies Deutschland angehörte und der Verbindungsmann zwischen der Gruppe draußen und den Lagern war. So leitete auch Hauptscharführer Krell, der zuerst in der Hermann-Göring-Kaserne und nachher in der Rosenstraße eingesetzt wurde, die Mischehenaktion von 25 Juden in Auftrage des Komm. Stock. Über dieses kann genauestens mein Koll. Fredy Wolf nähere Angaben machen. Er wohnt jetzt Bln. N 58, Greifenhagener Str. 38. Soweit mir bekannt ist, sollten auch die Juden, die in Mischehe und privilegiierter Ehe lebten, auch evakuiert werden. Erst auf Betreiben der arischen Ehehilfen, die in der Umgebung des Lagers Rosenstraße große Protestversammlungen abhielten und a- auch bei Komm. Stock vorsprachen, wurden diese Juden nach und nach freigelas-sen.

J

H

Alexander Rothholz

Es waren insgesamt ca. 2.000 Juden, die in Misch- und privilegierter Ehe lebten, festgenommen. In diesen Tagen wurden ca. 9-10000 Juden nach dem Osten vom Güterbahnhof Quidzowstr. aus, transportiert. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Komm. Stock vom Reichssicherheitshauptamt die Anweisung für diese Aktion hatte. Er selbst hat aber diese Aktion mit Hilfe seiner Untergebenen Kroll, Stark, Doberke, Schneider, Sasse usw. geleitet. Ich selbst war aus dem Güterbhf. Quidzowstr. nicht und kann aus diesem Grunde nicht sagen, ob Stock sich an Verhandlungen gegenüber Juden beteiligt oder solche angeordnet hat. Obgleich ich selbst als Jude einige Male verhaftet worden bin, wurde ich immer wieder freigelassen und möchte dazu bemerken, daß meine Inhaftierung nicht während der Amtstätigkeit des Stock durchgeführt wurde. Ich persönlich blieb aufgrund meiner Handwerksstätigkeit von der Verschickungsaktion verschont und hatte auch mit Stock keine Zusammenstöße.

Die Aussage des Stock ist mir bekanntgegeben worden und es ist mir verständlich, daß er jetzt die ihn belastenden Punkte abstreitet, und damit nichts zu tun haben will. Jedoch möchte ich nochmals darauf hinweisen, daß ich aus eigenem Erleben die vorstehenden Angaben gemacht habe und daß also Stock allgemein als Leiter der Evakuierungsaktion angesehen wurde. Dieses war nur dann möglich, weil Stock die unmittelbare Befehlsgewalt in diesen Evakuierungsaktionen hatte und auch entsprechende Anordnungen gab. Auf den Fotos, die mir heute vorgelegt wurden, erkenne ich den Gestapo-Kommissar Stock einwandfrei wieder. Er hat sich nur geringfügig verändert.

Sollte es erforderlich sein, daß noch mehr Zeugen namhaft gemacht werden müssen, so bin ich gern bereit, unter Hinweis des Sachverhaltes in der jüdischen Zeitschrift "Berliner Allgemeine" zu veröffentlichen. Als Repräsentant der Jüdischen Gemeinde in Berlin habe ich das Recht, und die Verantwortung dazu.

Selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben:

Geschlossen:

*Lavor*  
H. Sekr.

*Alexander Rothberg*

Nachtrag:

Ich erinnere mich noch folgender Anordnung, die während der Fabrikaktion Februar-März 1943 getroffen wurde. Sämtl. Ang. der Jüdischen Gemeinde wurden als Helfer für Evakuierungszwecke von der Gestapo eingesetzt. Diese Angestellten bekamen einen Ausweis, der sie vor dieser Aktion schützte. Ich selbst kam mit ca. 15 anderen Handwerkern ein Schreiben, unterschrieben von dem damaligen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, Henschel, das ungefähr folgenden Wortlaut hatte:  
Der Vorzeiger dieses Schreibens ist vor dieser Aktion geschützt, da er für dringende Zwecke eingesetzt wird. Im Zweifelsfall ist das Sekretariat Komm. Stock -Tel.-Nr. und Anschrift war angegeben- anzurufen. Wir Handwerker waren für dringende Verdunklungsarbeiten in diesen Tagen eingesetzt. Ich selbst war während dieser Aktion 2 mal verhaftet worden und wurde aufgrund dieses Schreibens wieder auf freien Fuß gesetzt.

*Lavor*

*Alexander Rothberg*

Verhandelt

Vorgeladen erscheint der Rechtsbeistand

Alexander R o t h o l z ,  
geb. 16.6.1904 Samter,  
Bln.-Schlachtensee, Marinesteig 21 wohnh.,

und erklärt zur Sache folgendes:

Mit meinen Aussagen, die sich gegen die Stella K ü b l e r richten, will ich mich insbesondere an den von mir verfaßten Bericht vom 3.2.1956 an die Jüdische Gemeinde anschließen.

Ich verfüge über ein umfangreiches Wissen der damaligen Verhältnisse, insbesondere deswegen, weil ich als Maler und Verdunklungsarbeiter bei einer Firma beschäftigt war, die wiederum im Auftrage der ~~Gestapo~~ <sup>Bauleitung d. Jüdischen Kultusvereinigung</sup> arbeitete. ~~Hauptauftraggeber~~ <sup>Hauptauftraggeber</sup> war die Gestapo. So wurde ich als Handwerker in sämtlichen Evakuierungslagern Berlins eingesetzt.

Bei den Taten der K ü b l e r war ich nicht unmittelbar zugegen, habe aber oft beobachten können, wie sie gemeinsam mit Rolf Isaaksohn illegal lebende Juden in das Lager Gr.Hamburger Str. bzw. Schulstr. brachte. Weiteres weiß ich aus dem Munde der eingebrachten Juden, die mir über die Handlungsweise der K ü b l e r berichteten. Mir lag es seinerzeit insbesondere daran, meinen jüdischen Glaubensgenossen zu helfen, und darum habe ich mich bemüht, mit den Beauftragten der Gestapo, insbesondere SS-Führer D o b b e r k e , und den jüdischen Ordnern Kontakt herzustellen und zu halten. Mein Wissen gab ich meinen jüdischen Glaubensgenossen bekannt. Speziell berichtete ich Herrn Werner S c h a r f , der mit mir einer Widerstandsgruppe angehörte.

Über das Auftauchen der K ü b l e r im Jahre 1946 habe ich bereits in meinem Schreiben vom 3.2.1956 berichtet. Die Kübler wollte damals als Odf anerkannt werden und hatte ihren damaligen Wohnsitz in Liebenwalde. Sie nannte sich damals Stella M e i - B l und ich konnte sie auf Grund dieses Namens als die Fahnderin Stella Kübler identifizieren, weil ich von ihrer früheren Verbindung zu M e i B l im Lager Schulstr. wußte. Im übrigen war die Kübler im Fahndungsbuch der Kriminalpolizei schon seit

Mitte 1945 ausgeschrieben. Von der Kriminalpolizei Liebenwalde wurde Stelle Kübler festgenommen und zunächst zur Jüdischen Gemeinde in der Oranienburger Str. gebracht. Es hatte sich inzwischen herumgesprochen, daß ich die Stella Kübler aufgespürt hätte und es sammelten sich daher eine große Anzahl von Juden in der Jüdischen Gemeinde an, die bei Eintreffen der Kübler sie lynchen wollten. Ich entsinne mich, daß ihr beispielsweise die Haare abgeschnitten wurden. Ich selbst hatte ihr damals vorgehalten, auf ihre Frage hin, was ich von ihr will, daß jetzt das Eintreffen würde, was ihr seinerzeit durch das ihr zugestellte "Todesurteil" angekündigt worden war. Erläuternd hierzu möchte ich sagen, daß dieses "Todesurteil" ein Schreckschuß sein sollte und auch war, weil die Kübler und der Isaaksohn zum Zeitpunkt der Zustellung dieses "Urteils" 14 Tage lang das Lager Gr. Hamburger Str. nicht verlassen durften.

Die Kübler wurde dann von mir und dem früheren Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, Herrn Erich ~~N~~e h l h a n s , und dem Sachbearbeiter, Herrn Heinz B i c k e l , zur damaligen Kriminalpolizei in der Dirksenstr. gebracht und dem diensttuenden Kommissar B l o m é übergeben. Herr ~~N~~e h l h a n s ist z.Zt. nicht auffindbar, Herr Bickel lebt in USA.

Gegenstand der Untersuchung waren Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

x der O.d.F. Stelle

Geschlossen:

laut diktiert, auf Selbst- bzw. Vorlesen verzichtet, genehmigt, unterschrieben:

*Grund*  
(Grund, KrimK)

*Oheim*  
(Oheim, KrimA)

*Alfred Rothberg*

I 1 - KJ 2

1 Berlin 42, den 1.2.1965

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint der Rechtsbeistand für Entschädigung und Rückerstattung

Alexander R o t h o l z,  
16.6.1904 Samter/Posen geb.,  
Berlin-Wannsee,  
Bismarckstr. 42,  
Büroanschrift:  
Berlin-Schöneberg,  
Winterfeldstr. 97,

und erklärt:

Ich bin Jude und lebe seit 1933 mit einer Nichtjüdin zusammen; wir sind verheiratet. Durch diese sogen. Mischehe und meine Tätigkeit bei einer Malerfirma ist es mir gelungen, der Deportation zu entgehen. Die Malerfirma arbeitete im Auftrage der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Hauptauftraggeber war aber die Geheime Staatspolizei. Für diese Firma habe ich Arbeiten in den Besitzungen der Reichsvereinigung ausgeführt. Während der Zeit der Deportationen, also von Oktober 1941 bis Kriegsende, war ich überwiegend in den Sammellagern in Berlin tätig. Ich habe in all diesen Lagern die Verdunklungsarbeiten ausgeführt. Insgesamt beschäftigte die Firma Lothar H e r m a n n, jetzt Bad Freienwalde/Oder, in Berlin 12 bis 15 jüdische Arbeitnehmer.

Die Deportationen der in Berlin ansässigen Juden begann am 16. Okt. 1941. Einige Tage zuvor war ich mit Kollegen der genannten Firma daran beteiligt, die Synagoge in Berlin-Tiergarten, Levetzow<sup>W</sup>str., als Sammellager herzurichten. Hier trat als leitender Gestapoangehöriger ein Kommissar P r ü f e r in Erscheinung. Er kam von der Stapodienststelle in der Burgstraße. Am Abend des 16.10.41 wurden die ersten Juden auf von der Gestapo gemieteten Lkw's zur Levetzowstr. gebracht. Der erste Abtransport von ca. 1 000 Personen erfolgte am 18.10.41 vom Bhf. Grunewald aus. Im Jahre 1941 erfolgten dann noch etwa 3 weitere Transporte mit je 1 000 Personen. Diese ersten vier Transporte kamen nach Litzmannstadt. Bis zur sogen. "Fabrikaktion" im

Februar 1943 sind insgesamt etwa 70 bis 80 Transporte mit jüdischen Einwohnern Berlins -in unterschiedlicher Stärke - abgegangen. Hierbei sind von den ca. 100 000 Juden, die vorher in Berlin lebten, etwa 70-bis 80 000 deportiert worden. Die Zahl von etwa 100 000 gilt für das Jahr 1941.

Vor der sogen. "Fabrikaktion" wurden u.a. die jüdischen Altersheime nach und nach geräumt.

Die "Fabrikaktion", bei der etwa 10- bis 12 000 Personen deportiert wurden, leitete man mit der Einrichtung weiterer Sammellager ein. Hierzu gehörten Gebäude der Reichsvereinigung in der Gr. Hamburger Straße, Rosenstraße, Artilleriestraße, Auguststraße, Gerlachstraße,; außerdem wurden Sammellager in der Hermann-Göring-Kaserne, im Reitstall Rathenower Straße und im Clou in der Mazarstr. errichtet. Die Aktion begann am 27. Februar 1943. Dazu kann ich noch erwähnen, daß etwa im Dezember 1942 alle Unternehmer, die jüdische Arbeitskräfte beschäftigten, zu einem Gebäude in Berlin beordert wurden. Mein Arbeitgeber, Lothar Hermann, war auch dort und erzählte mir später, daß der Kommissar Stock von der Stapostelle Burgstr. den Unternehmern gesagt habe, die Judenfrage sei bis zum 1. März 1943 in Berlin gelöst und sie sollten sich rechtzeitig um andere Arbeitskräfte bemühen. Erst zu Beginn der "Fabrikaktion" habe ich diese Worte richtig verstanden.

In den vorerwähnten Sammellagern waren Gestapoangehörige aus der Burgstr. als Lagerleiter. In der Gr. Hamburger Str. waren Hauptscharführer Dobbek, Hauptscharführer Stark, Oberscharführer Sasse, Oberscharführer Tietze und Oberscharführer Schneider zeitweilig. Die Gestapoangehörigen Gogol, Krell, Lachmuth, Schwöbel und Wenzel habe ich im Laufe der Zeit entweder auch in diesem oder anderen Lägern namentlich und persönlich kennengelernt. Außer den bereits erwähnten leitenden Gestapoangehörigen Prüfer und Stock, sind mir noch bekannt: Brunner (vermutl. Amt Eichmann), Worm (Amt Eichmann?), und Möller von der Stapo Burgstr.

Sie alle waren in irgendeiner Form an den Deportationen beteiligt. Die Namen B o o k, S c h l e g e l und S c h i f f e r sind mir heute nicht mehr geläufig. Zu den vorher genannten Personen kann ich/<sup>noch</sup>folgendes sagen:

Kommissar S t o c k leitete die "Fabrikaktion". Er war bei der Stapo Burgstr. Nachfolger von P r ü f e r bzw. nach P r ü f e r zuständig für die Deportationen. Als Nachfolger von S t o c k ist mir ab etwa Ende 1943 Sturmbannführer M ö l l e r bekannt. Er kam fast täglich von seiner Dienststelle Französische Str. zum Lager Schulstr., dem einzigen, das dann noch bestand. Einflechten möchte ich hier gleich, daß die Gestapodienststelle Burgstr. etwa Ende 1943 vermutlich wegen Bombenschadens zur Französischen Str. verlegt worden war.

Als Leiter der Deportationen fungierten nacheinander P r ü f e r, B r u n n e r, S t o c k und M ö l l e r. D o b b e r k e und S t a r k waren wohl die dienstältesten Beamten des allgemeinen Dienstes, die für kurze Zeit vor und nach dem Auftreten des S t o c k alle Maßnahmen im Hinblick auf die Deportationen leiteten. Von D o b b e r k e ist mir bekannt, daß er mit einer jüdischen Krankenschwester ein Verhältnis hatte. Den Namen dieser Frau kann ich noch mitteilen. Er fällt mir eben ein, es handelt sich um eine Elli K ö n i g s f e l d. Über den Verbleib des D o b b e r k e weiß ich nichts. S t a r k wurde im Jahre 1956 von mir in Berlin erkannt und der Polizei nahhaft gemacht. Ich weiß, daß er sich kurz nach seiner Vernehmung im Bezirk Wedding erhängt hat. Über den Verbleib von P r ü f e r, B r u n n e r und M ö l l e r kann ich nichts sagen.

Über das Schicksal der vorerwähnten ehem. Angehörigen des Allgemeindienstes der Gestapo ist mir außer T i e t z e nichts bekannt. Letzter<sup>e</sup> trat in einem Strafverfahren gegen ehem. jüd. Spitzel - A b r a m s o h n - in Berlin-Moabit als Zeuge auf. Er soll nach dem Kriege bzw. er war nach dem Kriege bei der Berl. Polizei beschäftigt. T i e t z e verhielt sich von allen Gestapoangehörigen noch am anständigsten. Zur Person des S c h n e i d e r kann ich noch sagen, daß er gelernter Frisör war. L a c h m u t h wurde etwa 1943 zur Wehrmacht eingezogen und kam nach Jugoslawien. W e n z e l war schon sehr alt, er dürfte nicht mehr am Leben sein; er wohnte außerhalb Berlins.

K r e l l war auch sehr anständig und nur etwa 10 Tage bei der Deportierung in Erscheinung getreten. Er war im Lager in der Hermann-Göring-Kaserne und in der Rosenstr.

Bei den Deportationen wirkte die Reichsvereinigung der Juden als Hilfsdienst der Gestapo mit. Sie mußte die Lager stellen und einrichten und die Insassen betreuen. Genaue Auskunft über ihre Tätigkeit kann Dr. Erich F a b i a n, jetzt bei der URO in New York tätig, geben. Er war damals bei der Reichsvereinigung tätig. Als weitere Zeugen kann ich benennen

Hans-Peter M e s s e r s c h m i d t,  
Berlin-Charlottenburg,  
Gervinusstr. 20 wohnhaft.

Er wurde im April 1943 mit seiner Frau und seinen Eltern deportiert. Bis zu diesem Zeitpunkt war er bei der vorerwähnten Firma H e r m a n n tätig. Als weitere Überlebende der Deportation Luzie L e v y, Berlin-Charlottenburg, Neue Kantstr., wohnhaft, Otto F r i e d, K r t B l a u s t e i n und Martin B r i e n i t z e r. Angaben über den jetzigen Aufenthalt dieser Personen kann ich noch machen.

Als weiteren Angestellten der Reichsvereinigung kann ich noch Selmar N e u m a n n benennen, der in Berlin wohnt.

M.W. haben nur etwa 1 500 Personen die Deportation aus Berlin überlebt. Alle anderen sind nicht zurückgekehrt und vermutlich ermordet worden oder verstorben. Als Einzelfall kann ich meinen Bruder Julian R o t h o l z erwähnen, der 1942 in Mathausen bei Wien umgekommen ist. Eine Sterbeurkunde ist in meinem Besitz. Er war 1941 schon in Berlin festgenommen worden.

Etwa Ende 1942 sind in Berlin 17 Männer und 1 jüdische Frau von der Gestapo festgenommen worden. Alle waren Angestellte der Reichsvereinigung. Zumindest bei der Frau weiß ich, daß ihre Festnahme erfolgte, weil sie dem S c h a u s p i e l e r Alfred B e r l i n e r angeblich zur Flucht verholfen hat.

Diese Frau wurde Baby M e n d e l s o h n genannt. Sie soll sich nach ihrer Verhaftung aus dem KL Birkenau gemeldet haben. Über das Schicksal der Männer ist mir nichts bekannt. Ich glaube, unter ihnen war Dr. B l u m e n t a l, Sohn eines Rabiners aus Berlin.

Etwa Mitte 1942, es kann auch schon früher gewesen sein, sollen in Berlin etwa 250 jüdische Männer verhaftet und in den SS-Kasernen in Berlin-Lichterfelde erschossen worden sein. Näheres, insbesondere den Grund ihrer angeblichen Erschießung habe ich nicht gehört.

Mir ist noch bekannt, daß anlässlich der Ausstellung "Das Sowjetparadies" in Berlin eine jüdische Widerstandsgruppe von etwa 30 Personen verhaftet wurde. Führer dieser Gruppe war ein gewisser Herbert B a u m. Diese Widerstandsgruppe hatte in der Ausstellung eine Bombe gelegt. M.W. sind alle Angehörigen der Gruppe, - ich berichtige - 18 Angehörige ca. festgenommen und hingerichtet worden, darunter auch einige nahe Verwandte von mir. Auf dem Jüd. Friedhof in Berlin-Weißensee ist für diese Opfer ein Ehrenmal errichtet worden.

Weitere Festnahmeaktionen jüdischer Einwohner Berlins waren am 13.6.1938 und anlässlich des "Grünspanattentats" im November 1938. Zum erstgenannten Zeitpunkt wurden sogen. asoziale Juden verhaftet und in Konzentrationslager (KL Buchenwald und Sachsenhausen) deportiert. Bei der "Grünspanaktion" waren es Angehörige der jüd. Intelligenz und auch vermögende Juden. Zahlen kann ich für beide Fälle nicht nennen.

Hinsichtlich der Angehörigen des Judenreferats der Stapostelle Burgstr. kann ich noch erwähnen, daß 1941/1942 der Kommissar P r ü f e r und die Beamten P e l l e k e und H a n s e n wegen des Verdachts der Bereicherung an jüdischem Eigentum verhaftet wurden. Ich muß richtigstellen, nur von P r ü f e r weiß ich, daß er verhaftet wurde. Die beiden anderen waren auf jeden Fall aber in dieser Angelegenheit verwickelt; sie waren für die Einziehung des jüdischen Vermögens zuständig.

P r ü f e r soll noch während des Krieges bei einem Bombenangriff in der Haft ums Leben gekommen sein.

Das sind die Angaben, die ich heute noch zum Sachverhalt machen kann. Eine weit bessere Erinnerung hatte ich anlässlich meiner Vernehmung im Jahre 1951 und möchte mich daher auch auf diese Aussage beziehen. Ebenfalls ausführliche Angaben habe ich zum Strafverfahren gegen die Stella K ü b l e r gemacht.

Geschlossen:                    selbst ..... gelesen, genehmigt, unterschrieben:

gez. Butzin

.....  
(Butzin), KM

gez. Alexander R o t h o l z

.....

Ma

V e r h a n d e l t

In seinen Büroräumen aufgesucht und befragt, erklärt der Rechtsbeistand für Entschädigung und Rückerstattung

Alexander R o t h h o l z,  
16.6.04 Samter/Posen geb.,  
Berlin 39, Bismarckstr. 42 wohnh.,  
Büro: Berlin 62, Winterfeldtstr. 97,  
Tel.: 24 08 24,

folgendes:

Der Gegenstand meiner nochmaligen Vernehmung ist mir bekannt. Wie ich bereits in meiner ersten Vernehmung am 1.2.1965 erwähnt habe, war ich während der Zeit der Deportationen von Oktober 1941 bis zum Kriegsende in den Sammellagern jüdischer Bürger in Berlin als Handwerker eingesetzt.

In dem Sammellager Synagoge Levetzowstr. traf ich erstmalig mit dem Gestapoangehörigen P r ü f e r schon vor den ersten Einlieferungen der jüd. Bürger zusammen. Schon zu diesem Zeitpunkt machte P r ü f e r uns gegenüber eine eigenartige Bemerkung, die auf das weitere Schicksal der jüd. Bürger schließen ließ. Er sagte etwa sinngemäß zu uns Handwerkern: "Wenn Sie etwas gehört haben und ausplaudern, dann kommen Sie auch weg". Innerhalb der Jüd. Bevölkerung Berlins war bekanntgegeben worden - ich Berichtige, ging das Gerücht, daß alle jüd. Bürger zum Arbeitseinsatz nach dem Osten abtransportiert werden sollen. Durch meine Tätigkeit im Sammellager Synagoge Levetzowstr. habe ich auch Einblick in das dortige Leben nach den ersten Einlieferungen gehabt. Der dort herrschende P r ü f e r trat meiner Erinnerung nach immer in Zivilkleidung auf. Neben ihm fungierten noch weitere mir namentlich nicht mehr bekannte SS-Leute. In einem Nebenraum waren Angehörige der Ordnungspolizei als Bewachung untergebracht.

Die Unterbringung der jüd. Bürger kann man als unmenschlich bezeichnen, sie wurden visitiert und mußten sich anschließend ihrer gesamten Kleidung entledigen, ohne Rücksicht auf Geschlechter. Erst später

wurde der Raum durch eine spanische Wand getrennt. Daß man mit den Inhaftierten wenig Aufhebens machte, geht schon daraus hervor, daß man den Kleinstkindern die notwendigsten Nahrungsmittel, wie Milch, vorant hielt. Gelagert werden mußte auf dem nackten Fußboden. Mir ist noch ein SS-Angehöriger im schwarzen Ledermantel bekannt, der mit einer Lederpeitsche umherlief. Ob er damit geschlagen hat, kann ich nicht sagen. Mir ist auch bekannt, daß im Frühjahr 1942 auch ein Transport dänischer Juden in der Levetzowstr. eintraf. Befragt, ob es in der Levetzowstr. auch zu Selbsttötungen gekommen ist, kann ich nicht beantworten. Ich kann nicht sagen, ob es im Sammellager Levetzowstr. überhaupt zu Mißhandlungen gekommen ist, denn ich war dort als Handwerker eingesetzt und war froh, nach getaner Arbeit das Lager wieder unbehelligt verlassen zu können.

Ich war nicht nur im Sammellager Levetzowstr., sondern überhaupt in sämtlichen Häusern, die der damaligen Reichsvereinigung unterstanden, zu Arbeiten herangezogen worden. Mitte 1942 wurden die Altersheime geräumt, z.B. Gr. Hamburger Str., Gerlachstr., Artilleriestr., Auguststr. Nachdem das Lager Gr. Hamburger Str. geräumt war, wurde dieses dann im Herbst 1942 als Sammellager eingerichtet, wovon dann die Transporte nach dem Osten bzw. Theresienstadt abgingen.

Ich habe natürlich auch abgehende Transporte miterlebt.

Von der Levetzowstr. aus wurden die älteren jüd. Bürger bzw. gebrechlichen jüd. Bürger mittels Lkw zum Bahnhof Grunewald gebracht. Mir sind auch Transporte zu Fuß von der Levetzowstr. zum erwähnten Bahnhof bekannt. Ich kann mich noch erinnern, daß anlässlich eines solchen Transportes der Begleiter der Ordnungspolizei einer älteren Jüdin den Pelzkragen vom Mantel abtrennte mit den Worten: "Mutchen, den kannst Du doch nicht mehr gebrauchen". Dieser Vorfall geschah in dem Moment, als der Fußtransport die Synagoge Levetzowstr. verließ und ich in unmittelbarer Nähe dabeistand. Der Zeitpunkt war etwa Januar oder Februar 1942, es war jedenfalls sehr kalt; es lag noch Schnee.

Ende Februar/Anfang März begann dann die große Fabrikaktion, wo schätzungsweise ca. 10 000 Juden nach dem Osten abgingen. Im übrigen beziehe ich mich auf meine Aussagen in dem Verfahren gegen den damaligen Kommissar, Sturmannführer S t o e k, wo ich erklärte, daß mein damaliger Meister, Lothar H e r m a n n, Bad Freienwalde/Oder, eine Aufforderung im No-

November bzw. Dezember 1942 erhielt zu einer gemeinsamen Information von Firmen, die jüd. Arbeiter beschäftigten. Mein damaliger Meister unterrichtete mich, daß Kommissar S t o c k in dieser Versammlung erklärte, daß das Judenproblem am 1. März 1943 in Berlin gelöst sei. Erst aufgrund der damaligen Fabrikaktion, die am 28.2.1943 begann, fiel mir dieser Ausspruch wieder ein. Für diese Fabrikaktion wurden folgende vorhandenen Läger und auch weitere Sammelplätze vorgesehen: Gr. Hamburger Str., Levetzowstr., Gerlachstr., Hermann-Göring-Kaserne, Clou, Rathenower Reitstall u.a. Von diesem Transport wurden sämtliche Juden nach einem gelben resp. weißen Schein gefragt und wurden diese dann aussortiert; sie kamen zum großen Teil, sofern sie auch in Mischehen lebten, in die Rosenstr. Der gelbe und der weiße Schein wurde von der damaligen Reichsvereinigung mit der Unterschrift von S t o c k versehen an Angestellte und an die Fa. Lothar H e r m a n n, wo ich als Handwerker tätig war, ausgegeben. Ich glaube, mich noch dunkel erinnern zu können, daß noch an eine zweite arische Firma, die auch jüdische Handwerker beschäftigte, solch ein weißer Schein abgegeben wurde.

Schon vor der sogen. Fabrikaktion habe ich die Abholung jüd. Bürger Berlins aus ihren Wohnungen selbst miterlebt. Ich kann mich zwar nicht erinnern, daß es dabei zu irgendwelchen Mißhandlungen kam, aber es ging alles sehr forsch zu. Auch die ~~Ankunft~~ <sup>mit</sup> festgenommenen jüdischen Bürgern vollgepfropften Möbelwagen und Lastwagen habe ich bei der Ankunft in der Gr. Hamburger Str. gesehen. Das weitere Verfahren im Lager selbst ging nach der Ankunft leidlich normal zu. Ich kann mich nicht erinnern, daß es bis zum Abschluß der sogen. Fabrikaktion zu irgendwelchen Mißhandlungen gekommen ist oder Äußerungen von seiten der Gestapoangehörigen gefallen sind, die irgendwie auf das bevorstehende Schicksal der zur Deportierung heranstehenden jüd. Bürger schließen ließen. Die Aussortierung, wohin die einzelnen jüd. Bürger deportiert werden sollten, wurde m.E. nach in der Gr. Hamburger Str. von D o b b e r k e, S t o c k und später von M ö l l e r getroffen. Unter den Inhaftierten galt es als besonderes Privileg, wenn jemand nach Theresienstadt kam statt nach Auschwitz. Daß viele anstatt in Theresienstadt zu bleiben, nach Auschwitz kamen, konnten sie auch nicht wissen. Der größte Teil der Deportierten vermutete, daß sie, sofern sie nach Auschwitz oder nach dem Osten schlechthin kamen, in den Tod gingen, denn es befanden sich darunter auch ältere bzw. kränkliche Personen, die für einen sogen. Arbeits-

einsatz nicht mehr infrage kamen.

Über den Abtransport in den Eisenbahnzügen kann ich nichts aussagen. Nach Abschluß der sogen. Fabrikaktion befanden sich fast keine jüd. Bürger mehr hier in Berlin, das außer jüdischen Bürgern, die in Mischehen oder illegal lebten. Das Leben in den Lagern hatte sich dann auch etwas normalisiert. Im April oder Mai 1943 sind auch die jüd. Bürger abgeholt worden, die bei der Fabrikaktion den gelben Befreiungsschein erhielten. Dies waren alle Angestellte bzw. Beamte der damaligen Reichsvereinigung, nebst Angehörigen. Erst nach der Fabrikaktion bildete die Geheime Staatspolizei jüd. Bürger als sogen. Fahnder aus, die den Auftrag hatten, illegal lebende Juden aufzuspüren und festzunehmen.

Anlässlich meiner handwerklichen Tätigkeit in der Oranienburger Str. habe ich die Festnahme von 17 Männern und 1 jüd. Frau durch die Gestapo in Erfahrung gebracht. Es waren alle Angestellte der damaligen Reichsvereinigung. Die Festnahmen erfolgten z.T. im Lager - ich berichtige - in den Gemeindefhäusern der Reichsvereinigung. Über den Verbleib der Festgenommenen kann ich nichts sagen. Auch über die etwa Mitte 1942 stattgefundene Exekution von etwa 250 jüd. Männern in Berlin-Lichterfelde kann ich nichts Konkretes angeben. Was ich in meiner ersten Vernehmung über den Komplex Widerstandsgruppe Baum ausgesagt habe, ist alles, was ich darüber wußte.

Abschließend möchte ich einen weiteren evtl. Zeugen benennen, nämlich Herrn Alfred Metz, Berlin 45, Chlumer Str. 3 wohnhaft, der seinerzeit in einer privilegierten Mischehe lebte, Angestellter der Reichsvereinigung war und als Friseur im Lager Gr. Hamburger- und Schulstr. funktionierte. Weiterhin gebe ich die Personalien und Anschrift der damaligen jüd. Krankenschwester Elli Königsfeld an, die jetzt Ulrike, Elli Adelson heißt und in

1158 Kealaola Avenue  
Kahala Honolulu  
Hawaii 96 816

wohnt.

Geschlossen:

*[Signature]*  
.....  
(Thieler), KM

*selbst* gelesen, genehmigt, unterschrieben:

*[Signature]*  
.....

1 Berlin 42, den 20.10.1966

V e r m e r k

In seiner Dienststelle aufgesucht wurde der Rechtsbeistand für Entschädigung und Rückerstattung, Herr

Alexander R o t h o l z,  
16.6.04 in Samter/Posen geb.,  
1 Berlin-Wannsee,  
Bismarckstr. 42 wohnh.,

und zu seiner Kenntnis über Angehörige des RSHA, Referat IV B 4, befragt.

Da Herr R o t h o l z keine wesentlichen Angaben diesbezüglich machen konnte, wurde von einem Vernehmungsprotokoll abgesehen. Herr R. war als Jude in privilegierter Mischehe zu einer Baufirma dienstverpflichtet worden. Diese Firma hatte insbesondere bei Gestapogebäuden Verdunklungsanlagen anzubringen. Auf diese Weise kam er auch zweimal in das Dienstgebäude in die Kurfürstenstraße. Rein zufällig hat er dort den SS-Offizier W ö h r n gesehen, ihn aber nicht näher kennengelernt. Andere SS-Offiziere des Referats IV B 4, mit Ausnahme von E i c h m a n n, waren ihm nie bekanntgeworden. In diesem Zusammenhang gab Herr R. die Adresse des ehem. Leiters der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland an:

Dr. Hans-Erich F a b i a n,  
245 East Moshulu,  
Parkway N,  
Bronx 10467, NY USA.

Herr Dr. F a b i a n ist in New York bei der URO für Entschädigung und Rückerstattung tätig.

Herr Dr. F. hatte seiner Meinung nach sehr viel in der Kurfürstenstraße zu tun. Aufgrund dessen müßte er detaillierte Angaben machen können.

HS HO<sup>a</sup>

36 i

Alice Safirstein

Wohnort: (1968) 227 Haven Ave. Apt. 1 B  
New York N.Y. 10033

Vfg.

1. Zu schreiben - per Luftpost; unter Beifügung von 3 internationalen Antwortcoupons à 0,60 DM -:

Mrs.  
Alice S a f i r s t e i n  
geb. Jacob

227, Haven Ave.

N e w Y o r k N. Y.

U S A

Sehr geehrte Mrs. Safirstein!

Ich führe hier ein Ermittlungsverfahren gegen verschiedene ehemalige Angehörige des früheren Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) in Berlin wegen des Verdachtes der Teilnahme am Mord im Zusammenhang mit der sogenannten "Endlösung der Judenfrage". Im Rahmen dieses Verfahrens bin ich bemüht, aufzuklären, inwieweit ehemalige Angehörige des früheren RSHA an den Deportationsmaßnahmen gegen jüdische Mitbürger beteiligt waren und inwieweit sie Kenntnis vom wirklichen Schicksal der Deportierten hatten. Beschuldigt werden von mir verschiedene frühere Sachbearbeiter des von Eichmann geleiteten Judenreferates IV B 4 des RSHA.

Nach Angaben von Frau Martha G u t f e l d , geb. Dacubas waren Sie von 1940 bis Kriegsende und auch noch danach als Krankenschwester im Jüdischen Krankenhaus in der Iranischen Straße in Berlin tätig. Da Sie aus diesem Grunde möglicherweise Angaben über die Beschuldigten, insbesondere den früheren SS-Hauptsturmführer Fritz W ö h r n , sowie über die Deportation von Patienten und Angestellten des Jüdischen Krankenhauses machen können, kommen Sie als Zeugin für die Ermittlungen in Betracht.

Ich bitte Sie deshalb, mir mitzuteilen, ob Sie gegebenenfalls bereit wären, auf dem für Ihren Wohnsitz zuständigen Konsulat der Bundesrepublik Deutschland zu erscheinen und vor dem zuständigen Konsulatsbeamten in Gegenwart des Unterzeichneten auszusagen.

Weiterhin bitte ich Sie, mir eine Erklärung darüber zuzusenden, ob Sie gegebenenfalls bereit wären, für den Fall, daß vor dem Schwurgericht in der Bundesrepublik Deutschland eine Hauptverhandlung gegen die Beschuldigten durchgeführt wird und Sie vom Gericht als Zeugin vorgeladen werden sollten, nach Deutschland zu kommen und vor dem Gericht auszusagen.

Sollten Sie eventuell beabsichtigen, aus anderem Anlaß in naher Zukunft ohnehin nach Deutschland zu reisen, wäre ich Ihnen für eine entsprechende Nachricht dankbar. Es wäre dann zur Kostenersparnis vielleicht möglich, einen Vernehmungstermin mit dem Unterzeichneten in Deutschland zu arrangieren.

Da Ihre Anhörung dringend erforderlich erscheint, wäre ich Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mir umgehend per Luftpost antworten könnten. Ich füge zu diesem Zwecke dem Schreiben drei internationale Antwortcoupons im Werte von je 0,60 DM bei.

Mit vorzüglicher Hochachtung

2. Besonderen Zettel für Briefannahme schreiben mit folgendem Text:

Briefannahme:

S o f o r t !

3 internationale Antwortcoupons im Werte von je 0,60 DM bei der Post besorgen und in anliegendes Schreiben an Mrs. Safirstein einlegen; dann zukleben und absenden.

3. z. d. A.

Berlin 21, den 26. März 1968

gef. 27. 3. 68 Ad.  
zu 1) Schrb.  
zu 2) Zettel f. Briefannahme

Alice Safirstein  
227 Haven Ave. Apt. 1B  
New York N.Y. 10033

April 16.68.

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
Gesch.Nr. 1 Js 1/65 (RSHA)  
1 Berlin 21  
Turm Str. 91  
Zimmer 505  
Germany

*Just. Behörden  
20. APR. 1968  
Leon 67*

Sehr geehrter Herr Staatsanwalt,

In Beantwortung Ihres Schreibens von 26. März 1967 teile ich Ihnen höflichst mit, dass ich nicht in der Lage bin Aussagen zu machen.

Es werden im Juli 1968 20 Jahre, dass ich Berlin und somit auch das Juedische Krankenhaus verlassen habe und nach so langer Zeit, kann ich mich nicht mehr an Einzelheiten erinnern, die ja noetig sind um Aussagen zu machen.

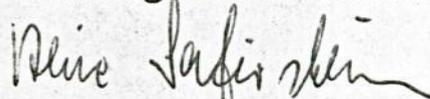
Ich habe waehrend der Nazi Zeit auf der Kinder-Station und auf der Infektions-Station des Juedischen Krankenhauses gearbeitet aber ich nehme an, dass es nicht genuegt, wenn ich mich erinnere, das man Babies von unserer Station auf Lastwagen geschmissen hat zur Deportation.

Ich werde voraussichtlich Mitte Juli in Berlin sein und dort 10 Tage bleiben. Sollten Sie trotz allem meine Hilfe brauchen hier ist meine Adresse:

Alice Safirstein c/o Mr. Selmar Neumann 1 Berlin 15  
Duesseldorferstr. 33a

Es tut mir leid, dass ich Ihnen keine bessere Informationen geben kann und

zeichne  
mit vorzueglichster Hochachtung



Alice Safirstein

1 Js 1/65 (RSHA)

1 Js 9/65 (Stapoleit-Bln)

Gegenwärtig: Erster Staatsanwalt K l i n g b e r g,  
Staatsanwalt K o u r i l,  
Justizangestellte K ö n i g.

Fernmündlich vorgeladen erscheint

die Hausfrau Alice S a f i r s t e i n geb. Jacob,  
geb. am 6. April 1921 in Berlin,  
wohnhaft New York, 227 Haven Avenue,

und erklärt zur Sache vernommen folgendes:

Ich stamme nach den damaligen Vorschriften von jüdischen Eltern ab.  
Ich bin in Berlin aufgewachsen, wo ich im Säuglingsheim Niedersend-  
hausen als Säuglingsschwester ausgebildet wurde.  
1940 trat ich im Jüdischen Krankenhaus in Berlin eine Stelle an,  
um dort das Staatsexamen als Säuglingsschwester ablegen zu können.  
Nachdem ich im September 1940 dieses Staatsexamen bestanden hatte,  
das mich damals nur zur Pflege von jüdischen Patienten berechnete,  
blieb ich weiter, und zwar bis zur Befreiung im Jahre 1945,  
im Jüdischen Krankenhaus tätig. Zunächst wurde ich dort als Säuglings-  
schwester beschäftigt. Diese Tätigkeit mußte ich aufgeben, nachdem  
infolge der Deportationen keine Kinderstation mehr existierte.  
Ich kann mich nicht mehr genau erinnern, glaube aber, daß die  
Kinderstation Ende 1942 bzw. Anfang 1943 aufgelöst worden ist.  
Damals kam auch der Chefarzt der Kinderabteilung Dr. R o s e n b e r g  
nach Theresienstadt. Dr. R o s e n b e r g hat die Deportationen  
nach Theresienstadt überlebt und ist erst jetzt vor etwa 2 Jahren  
gestorben. Nach Auflösung der Kinder- und Säuglingsstation kam ich  
zur Infektionsstation. Diese leitete damals Dr. C o h e n, und zwar  
bis zum Kriegsende. Dr. C o h e n ist nicht deportiert worden.  
Er wohnt jetzt in Amerika. Als ich 1940 zum Jüdischen Krankenhaus

kam, war - wie ich glaube - bereits Herr Dr. L u s t i g  
Chefarzt. Ich erinnere mich noch an den Beginn der Depor-  
tationen, weiß aber nicht mehr genau, wann das geschehen ist.  
Es ist möglich, daß die Deportationen im Oktober 1941 begannen,  
genau kann ich das nicht sagen. Langsam machte sich das auch  
im Jüdischen Krankenhaus bemerkbar. Nacheinander verschwanden  
Angestellte, Ärzte, Krankenschwestern und Patienten.  
Das geschah ganz besonders, nachdem eine Inspektion der Gestapo  
stattgefunden hat. Bei dieser Inspektion tauchten regelmäßig  
mehrere uniformierte Angehörige der Gestapo auf.  
Ich habe beide Lichtbildmappen durchgesehen; ich habe keinen  
darunter wiedererkannt. Mir ist auch keiner dieser Gestapo-  
Angehörigen namentlich bekannt geworden. Ich kann mich lediglich  
an D o b b e r k e, W e n z e l und W ö h r n erinnern.  
Von diesen dreien war W e n z e l der Anständigste.  
Dagegen hatte W ö h r n einen ausgesprochen schlechten Ruf.  
Jeder im Jüdischen Krankenhaus zitterte vor W ö h r n.  
Ich selbst kannte W ö h r n von Person nicht; er war mir  
lediglich dem Namen nach bekannt. Dennoch sprach man im  
Krankenhaus ganz allgemein darüber, daß man vor ihm besonders  
Angst haben müßte. Ich meine nicht, daß diese Angst schlechthin  
darauf zurückzuführen war, daß er Angehöriger der Gestapo war;  
vielmehr muß diese Angst in seiner Person und seinem Verhalten  
begründet gewesen sein, vielleicht deshalb, weil er Leute  
zur Deportation herausgesucht hat oder ähnliches.  
Den Gestapo-Angehörigen D o b b e r k e kannte ich vom  
Ansehen her. Ich weiß, daß er drei untergetauchte Glaubens-  
genossen, nämlich Alfred W a l l a c h und Bruder und  
Gerhard B e e k, die verhaftet worden waren, so geschlagen  
hat, daß man sie nicht wiedererkannt hat. Diese drei mußten  
wegen ihrer schweren Verletzungen in das Jüdische Krankenhaus  
gebracht werden, wo ich sie sah. Sie berichteten mir dabei,  
von D o b b e r k e so zugerichtet worden zu sein.  
D o b b e r k e war häufig im Jüdischen Krankenhaus zu sehen.  
In der Infektionsstation ließ er sich jedoch - wohl aus Furcht  
vor Ansteckung - nie sehen.

Die Gestapo-Angehörigen haben versucht, nur Gesunde zu deportieren. Sobald jemand erkrankte, mußte er gesundgepflegt werden, bevor er deportiert wurde. Auf diese Weise sind viele, die an einer infektiösen Krankheit litten, von den Deportationen verschont geblieben. So hat z.B. auch Charlotte P a e c h, die im Zusammenhang mit dem Attentat auf der Ausstellung "Das Sowjet-Paradies" verhaftet worden ist, das Naziregime überlebt, weil sie wegen Scharlachs nicht hingerichtet wurde.

Wohin damals diese Deportationen gingen, wußten wir zunächst nicht. Ich habe dann später im Laufe der Jahre selbst erfahren, daß einzelne Transporte nach Theresienstadt und Auschwitz gingen. Im einzelnen entsinne ich mich noch an die Fabrik-Aktion vom 28. Februar 1943, denn im Rahmen dieser Aktion wurden mein Bruder Paul J a c o b und seine Ehefrau Hilde J a c o b geborene Kohls, meine Tante Luise S t e r n b e r g, meine Kusine Marga S t e r n b e r g, mein Onkel Max J a c o b, meine Tante Grete J a c o b, meine Kusine Rita J a c o b, mein Cousin Adolph J a c o b, meine Tante Gunda J a c o b, mein Onkel Siegfried N e u m a n n, meine Tante Minna N e u m a n n, mein Onkel Fritz C o h n, meine Tante Linka und mein Cousin Heinz C o h n nach Auschwitz deportiert. Von diesen Verwandten hat nicht einer die Deportation überlebt. Ich erhielt von meinem Bruder aus Auschwitz noch eine Karte, auf der er mich bat, ihm Nahrungsmittel zu schicken und auf der er mitteilte, daß es ihm gut gehe. Mir war klar, daß es ihm in Wirklichkeit nicht gut gehen konnte, denn sonst hätte er keinen Anlaß gehabt, mich um Nahrungsmittel zu bitten. Ich glaube, daß damals schon Gerüchte aufkamen, daß die Juden in Wirklichkeit nicht zum Arbeitseinsatz verbracht, sondern getötet wurden. Je mehr ich mir die Dinge überlege, werde ich mir immer sicherer, daß damals bereits ein entsprechendes Wissen bestanden haben muß; andernfalls hätte man nicht - was der Fall war - eine solche Angst davor gehabt, nach Auschwitz deportiert zu werden. Andernfalls hätten sich diejenigen, die für eine Verschickung nach Theresienstadt vorgesehen waren, nicht so sehr darüber gefreut, statt in den Osten, dorthin zu kommen.

Andernfalls hätten auch nicht so viele derjenigen jüdischen Glaubensgenossen, die für eine Deportation in die Ostgebiete vorgesehen waren, zuvor noch Selbstmord begangen oder dies zumindest versucht. Sicher wurde ich mir dieser Tatsache, als ich von meinem Bruder und von meinen Verwandten nichts wieder hörte. Andernfalls war ich mir sicher, daß die Gestapo-Angehörigen genau Bescheid wußten, daß die Juden im Osten getötet werden sollten. Ich folgere das insbesondere aus ihrem Verhalten bei der Deportation der Kinder, unter denen sich sogar neugeborene Säuglinge befanden. Diese wurden z.T. in roher Weise fast wie Stückgut auf Lastwagen verladen und - wenn ich mich recht erinnere - direkt nach Auschwitz deportiert. Ich meine, daß Kleinkinder diesen Transport gar nicht erst überlebt haben. Ich habe auch später niemals erfahren, daß auch nur eins dieser Kinder die Deportation überlebt hat. Vor der Deportation hatte das Jüdische Krankenhaus für jeden einzelnen Säugling ein Päckchen mit Wäsche und Nahrungsmittel, insbesondere mit Flaschenmilch, das den besonderen Bedürfnissen jedes einzelnen Kindes angepaßt war, zurechtgemacht. Schon beim Abtransport der Kinder auf den Lastwagen war zu erkennen, daß es den Gestapo-Angehörigen völlig gleichgültig war, ob jedes einzelne Kind auch das ihm zugehörige und für sein Leben notwendige Päckchen erhielt. Allein daraus schon konnte der Schluß gezogen werden, daß es den Gestapo-Angehörigen, die mit dem Abtransport der Kinder befaßt waren, keinesfalls darum ging, die Kinder am Leben zu erhalten.

Ich weiß, daß damals auch von auswärts Kranke in das Jüdische Krankenhaus Berlin eingeliefert worden sind. Ich vermag mich aber nicht daran zu erinnern, ob jüdische Kranke aus der Heilanstalt Sayn bei Koblenz jemals in das Jüdische Krankenhaus verlegt worden sind.

Die "Gemeindeaktion", nach der ich gefragt worden bin, sagt mir etwas. Es mußten seinerzeit zahlreiche, bei der Jüdischen Gemeinde tätige Juden - wie ich glaube - zur Oranienburger Straße kommen, wo eine große Anzahl von ihnen für einen Deportationstransport ausgesucht wurden.

Zu den Ausgesuchten gehörten auch Mitschwestern aus dem Jüdischen Krankenhaus, an deren Namen ich mich im einzelnen aber nicht zu erinnern vermag. Ich weiß nur soviel, daß nach Abschluß der Aktion lediglich etwa 15 Schwestern und 5 Ärzte im Krankenhaus übrigblieben. Es handelte sich dabei um Dr. C o h e n, Dr. W o l f s s o h n, Dr. H e l i s c h k o w s k y, Dr. E l k a n und Dr. L u s t i g. Ohne es mit Sicherheit sagen zu können, meine ich doch, daß im Zusammenhang mit der Gemeindeaktion auch von W ö h r n die Rede war. Es kommen mir jetzt auch die Namen G ü n t h e r und B r u n n e r wieder in Erinnerung. Ob sie an der Gemeindeaktion beteiligt waren, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich weiß allerdings, daß sie schlechthin in die Judenmaßnahmen eingeschaltet waren und daß sie beide als Judenhasser bekannt waren. Von den Angeschuldigten des Verfahrens 1 Js 9/65 (Stapoleit-Bln) erinnere ich mich namentlich nur an Willy R o t h e. Ich weiß aber nicht mehr, in welchem Zusammenhang ich von dem Angeschuldigten Willy R o t h e hörte. Von den Beschuldigten des Verfahrens 1 Js 1/65 (RSHA) erinnere ich mich außer des schon genannten W ö h r n an sonst niemanden.

Laut diktiert, durchgelesen und als genehmigt unterschrieben:

Alice Safirstein

Geschlossen: Klingberg, EStA,  
Kouril, StA.

New York

RH SE 50193/18/68 CLVIII

New York, den 10. September 1969

VERNEHMUNGSNIEDERSCHRIFT

Verhandelt am 10. September 1969 in den Amtsräumen des Generalkonsulats der Bundesrepublik Deutschland in New York, N.Y./USA.

Gegenwärtig:

1. Dr. Wolfgang Hoffmann  
Konsul
2. Landgerichtsrat Greinert
3. Landgerichtsrat Palhoff
4. Erster Staatsanwalt Nagel
5. Staatsanwalt Hölzner
6. Rechtsanwalt Scheid
7. Rechtsanwalt Hentschkée
8. Helga Doyle, Schriftführerin.

Vor dem unterzeichneten, zum Anhören von Zeugen und zur Abnahme von Eiden ermächtigten Konsul, erscheint freiwillig in der Strafsache gegen Wöhrn, anhängig bei dem Schwurgericht des Landgerichts Berlin unter dem Aktenzeichen: (500) 1 Ks 1/69 (RSHA) 26/68, die Zeugin

Frau Alice Safirstein

(ausgewiesen durch Sachkunde).

Die Zeugin wurde mit dem Gegenstand der Vernehmung vertraut gemacht, zur Wahrheit ermahnt, auf die Freiwilligkeit ihrer Aussage hingewiesen sowie über die strafrechtliche Bedeutung einer falschen eidlichen und uneidlichen Aussage belehrt.

Sie erklärte zur Person:

Ich heiße Alice Safirstein geb. Jakob, bin 48 Jahre alt, Angestellte, wohnhaft in New York, mit dem Angeklagten nicht verwandt und nicht verschwägert.

Zur Sache:

Auf Frage: Ich war Volljüdin im Sinne der Nürnberger Gesetze, mein Vater und meine Mutter waren Juden. Seit 1940 habe ich im Jüdischen Krankenhaus in Berlin gearbeitet. Ich habe dort gelernt und dort mein Krankenschwesterexamen gemacht. Das Examen habe ich im September 1940 gemacht. Bis zum Kriegsende war ich im Krankenhaus.

Nach der Gemeindeaktion befragt: Ich war nicht dabei. Ein paar Leute mussten immer zurückbleiben. Ich bin bei den Kindern auf der Säuglingsstation geblieben. Ich weiss nur, daß alle meine Kolleginnen zu dem Appell gegangen sind.

Auf Frage der Staatsanwaltschaft, wieviele nach dieser Aktion übrig geblieben seien: Das kann ich nicht genau sagen. Ich weiss nur, daß Direktor Schönfeld bei dieser Aktion weggeschickt werden sollte. Er hat sich dann das Leben genommen. Sein Nachfolger war Herr Neumann. Wenn ich früher einmal die Zahl von 15 Schwestern und fünf Ärzten angegeben habe, so ist das die Zahl der zum Kriegsende übriggebliebenen. Nach der Gemeindeaktion waren noch mehr zurückgeblieben. 1

Auf Frage, ob sie Namen von beteiligten Gestapo-Leuten nennen könne: Woehr war dabei soviel ich weiss. Meine Kolleginnen haben das gesagt. Es waren acht bis zehn Schwestern auf der Kinderstation, es können auch nur sieben gewesen sein.

Auf Frage von Herrn Rechtsanwalt Hentschke: Wenn mir gesagt wird, daß über diese Gemeindeaktion schon etliche Zeugen gehört worden sind, von denen noch niemand den Namen Wöhrn in diesem Zusammenhang genannt hat, so muss ich erklären, ich war nicht da. Es kann sein, daß Wöhrn dabei war, es braucht nicht so zu sein, es kann auch Günther gewesen sein und nicht Wöhrn. }

Zur Fabrikaktion befragt: Diese Aktion war am 27. Februar 1943, wenn ich mich nicht irre. Beim Diktat erklärt die Zeugin, es war an einem Sonnabend, an dem sie alle von der Fabrik abgeholt worden sind. Mein Bruder und meine ganze Familie waren dabei. Namen von SS-Leuten kann ich in diesem Zusammenhang nicht nennen. Es waren auch von unserem Krankenhaus viele in der Levetzow-Strasse. ~~Rixx~~  
~~Aktionxfandxanxxierxederxx~~

Nach der Krankenhausaktion befragt: Das war sehr oft, ich weiss nicht, was Sie da meinen. Wenn mir das Datum vom 10. März 1943 genannt wird, muss ich sagen, daß ich mich an kein Datum erinnern kann. Es war so oft, es ist dauernd passiert. Sie sind hereingekommen, haben die Türen abgeschlossen, haben die Leute aufgestellt und haben gesagt, "Du gehst, Du gehst, Du gehst". Wenn ich gefragt werde, ob an einem Tag mal besonders viele abgeholt worden sind, so kann ich nur sagen, es sind mal mehr, mal weniger abgeholt worden. So etwas kam jeden Monat oder alle zwei Monate vor, es war nicht nur eine Aktion, es war dauernd.

In diesem Zusammenhang nach SS-Angehörigen befragt: Wöhrn ist gekommen und hat die Leute <sup>ausgesucht</sup> ~~angehört~~. Wenn ich gefragt werde, wer mir das gesagt hat, so muss ich erklären, wir waren alle da, wir wussten es. Er hat sich nicht vorgestellt, vielleicht hat er sich doch vorgestellt. Herr Zwilsky hat die Listen von ihm bekommen. Wir kannten ihn.

Beim Diktat ergänzte die Zeugin: Ich weiss nicht genau, ob Wöhrn die Leute immer selbst ausgesucht hat oder ob er Zwilsky gesagt hat, er solle ihm eine bestimmte Anzahl Leute geben. Manchmal hat Wöhrn sicherlich die Leute ausgesucht, manchmal musste das Zwilsky tun.

Auf die Frage, ob sie Wöhrn selbst gesehen habe: Es waren soviele da. Selbst Dopferke, den ich dauernd gesehen habe, könnte ich heute nicht erkennen. Einer hat wie der andere ausgesehen. Ich weiss nicht, wie Wöhrn aussah.

Der Zeugin wurde die Lichtbildmappe Beistück VI vorgehalten. Sie erklärte: Ich will sie nicht sehen. Es wird mir schlecht, wenn ich sie sehe. Mir sind die Bilder schon einmal gezeigt worden. Ich habe niemanden erkannt. Auch das Bild von Wöhrn ist mir früher gezeigt worden, ich habe ihn nicht wiedererkannt.

Auf Frage, was aus denen geworden sei, die bei den Krankenhausaktionen ausgesondert worden sind: Mein Bruder hat mir einmal aus Birkenau geschrieben, ich solle ihm Essen schicken, sonst gehe es ihm gut. Ich habe ihm was geschickt. Ich habe nie wieder etwas gehört. Von meinen anderen Verwandten habe ich auch nichts mehr gehört. Vom Krankenhaus sind einige wenige zurückgekommen. Ein paar sind vorher geflüchtet, bevor die Sache schlimm wurde. Alle anderen sind umgekommen.

Auf die Frage, was über das Schicksal der Deportierten bekannt gewesen sei: Das Schicksal war nicht sofort bekannt. Zuerst dachte man, sie kämen in Arbeitslager. Nach und nach hat man gewusst, daß es nicht wahr ist. Während des Krieges hat man langsam erfahren, ich weiss nicht woher, daß es Gasöfen gab und daß die Menschen vergast wurden. Das haben wir 1943, nein eher 1944 gewusst, daß sie nicht zur Arbeit gingen, sondern vergast wurden.

Kinder hatten überhaupt keine Chance. An den Kindern war ich besonders interessiert, weil man alle Kinder an einem Tag abgeholt hatte von der Kinderstation, auf der ich gearbeitet hatte.

Nach dem Abtransport der Kinder befragt: Das Datum kann ich nicht sagen, es war vielleicht im Jahre 1943, ich möchte mich nicht festlegen. Es waren Kinder da von Neugeborenen bis zu 14 Jahren. An einem Tag hat man uns gesagt, daß wir etwas für die Kinder vorbereiten sollten, sie würden morgen wegkommen. Ich kann nicht sagen, ob das Währn war. Es ist möglich, aber ich weiss es nicht. Wir haben Flaschen mit besonderen Milchpräparaten vorbereitet, haben alles Notwendige in Säckchen getan, haben den älteren Kindern etwas anzuziehen mitgegeben. Als am nächsten Tag die Lastwagen kamen, sind die Kinder, die gehen konnten, rauf-gegangen, die anderen wurden raufgeschmissen. Ich weiss nicht, ob sie diesen Tag überhaupt überlebt haben. Ein Mann von der Gestapo war dabei, ich weiss nicht wer. Damit war die Kinderstation aufgelöst. Ich kam dann auch die ~~SS~~ Infektionsstation. Dahin sind die SS-Leute nie gekommen. Sie hatten Angst vor den ansteckenden Krankheiten.

Nach der Auflösung der neurologischen Station befragt: Damit hatte ich nichts zu tun. Minna Stern hat dort gearbeitet. Sie war dort Oberschwester.

Auf Vorhalt von Rechtsanwalt Henschke: An ein bestimmtes Datum hinsichtlich der Krankenhausaktionen kann ich mich nicht erinnern. Es sind dort mehrere SS-Leute gekommen und haben dort öfters mal jemanden herausgeholt. Das ist erzählt worden. Ich weiss nicht, ob Währn dabei war, es waren mehrere SS-Leute. Dobberke ist dauernd gekommen. Er war so ein SS-Mann. Für mich waren sie alle SS.

Kennen Sie Wenzel? Sie kamen in diesen Uniformen. Sie haben einer ausgesehen wie der andere und einer war schlimmer als der andere. Für mich trugen sie SS-Uniformen. Wir hatten alle Angst vor ihnen. Besonders haben wir uns gefürchtet, wenn die Türen abgeschlossen wurden.

Ich war nicht dabei, wenn Leute ausgewacht wurden. Ich war oben auf der Station und habe runtergeguckt. Die anderen haben gesagt, siehste, das ist Wöhrn. Ich kannte ihn nicht persönlich, die anderen haben ihn mir gezeigt. Vor ihm hatten sie alle am meisten Angst. Zwischen 1940 und 1945 war Wöhrn hundertmal im Krankenhaus, ich will damit sagen, er war vielfach im Krankenhaus. Ich habe es nicht gezählt, es war sehr oft.

Auf Frage von Rechtsanwalt Scheid, ob sie gesehen oder gehört habe, wer bei den Aktionen die Türen abgeschlossen hätte: Es ist gesagt worden, daß Wöhrn die Türen hat abschliessen lassen.

Ich habe Wöhrn zwar gesehen, als er mir gezeigt wurde. Ich kann aber nicht mehr sagen, wie er aussah. Ich habe ihn nicht wissentlich gesehen. Damit will ich sagen, mit dem Wort "wissentlich", daß ich nicht mehr sagen kann, ob er gross oder klein war, ich kann ihn nicht beschreiben und kann ihn nicht in der Lichtbildmappe erkennen. Für mich war er die Verkörperung eines SS-Mannes, und zwar eines schrecklichen.

Auf Zwischenfrage von Rechtsanwalt Scheid während des Diktats: Ich kann mich nicht erinnern, wer mir Wöhrn gezeigt hat. Wenn ich gefragt werde, was ich mit "schrecklich" meine: Wöhrn war der Mann, der die Leute am meisten weggeschickt hat. Der SS-Mann Wenzel hat zum Beispiel den Leuten beim Wegschicken ein bisschen

mehr Zeit gelassen und hat auch mal mit den Leuten ein Wort gesprochen. Wenzel hat die Ausgesuchten weggebracht, er hat sie aber nicht selbst ausgesucht. Ich habe keine eigenen Erlebnisse mit Wöhrn gehabt, ich habe über Wöhrn nur von anderen gehört. Wenn gesagt wurde, Wöhrn sei im Haus, haben alle gezittert.

Nach dem Schicksal von Ruth Ellen Wagner befragt: Ich kann mich an eine Frau dieses Namens nicht erinnern. Die Person auf dem mir vorgelegten Bild, Seite 232 des Personenheftes Wöhrn I, kenne ich nicht.

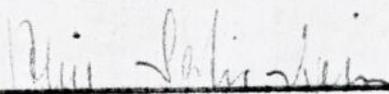
Nach dem Schicksal von Dr. Windmüller befragt: Ich weiss, daß er ein Arzt war. Ich kenne ihn, er ist weggekommen, das weiss ich auch. Wann und unter welchen Umständen weiss ich nicht. Er ist weggekommen wie auch Dr. Fischer, alle sind sie weggekommen. Ich weiss nichts Näheres. Ich weiss, nicht, ob er zusammen mit anderen weggekommen ist. Er war Leiter der inneren Abteilung. Sein Nachfolger war Dr. Cohen, der war bis zuletzt da.

Auf Frage von Rechtsanwalt Hentschke: Ich hatte mit Dr. Windmüller nichts zu tun.

Nach dem Schicksal von Herrn Bukofzer befragt: Bubi Bukofzer war ein junger Mann. Ich kann nur sagen, was ich über sein Schicksal gehört habe. Ich war nicht dabei. Ich habe gehört, daß Wöhrn ihn geschlagen hat. Ich kann nicht sagen, wann. Soviel ich weiss, ist er dann weggekommen. Wöhrn hat ihm ein paar Backpfeifen gegeben. Dann soll er weggekommen sein. Ich war nicht dabei. Ich habe ihn später nicht mehr wiedergesehen. Ich habe nichts davon gehört, daß er noch einmal zurückgekommen ist. Ich habe keine Ahnung, wann und wie er weggekommen ist.

Nach der Aufgabe des Bukofzer befragt: Er hat so überall geholfen, soviel ich weiss. Wenn mir gesagt wird, daß er als Pförtner gearbeitet haben soll, so fällt mir das jetzt wieder ein. Wenn mir vorgehalten wird, daß Herr Neumann Bukofzer die Backpfeiffe gegeben haben soll, so weiss ich das nicht.

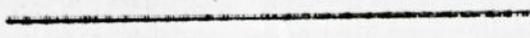
Laut in Gegenwart der Zeugin diktiert, von ihr genehmigt und unterschrieben.



(Alice Safirstein)

Die Zeugin wurde ordnungsgemäß vereidigt.

Geschlossen:

(Dr. Wolfgang Hoffmann)

Konsul

HS Hö

36 j

Harry Schnapp

Wohnort: (1967) 1 Berlin 65,  
Ghanastr. 11

Ans: PKs 9/48 STA Berlin

**Landgericht.**

Berlin NW 40 , den 3. Oktober 1947.  
Turmstr. 91

W. 117.47

wärtig:

**Strafsache**

Landgerichtsrat Brandenburg

gegen

als Untersuchungsrichter,

Bruno Goldstein

Stellvertreterin Wruck

wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

V.

Der zu heute geladene Zeuge Abraham Zajdmann ist nicht erschienen. Die ordnungsmäßige Ladung konnte nicht nachgewiesen werden. Ebenfalls war die Zeugin Edith Ehrlich nicht erschienen. Bezüglich dieser Zeugin ist die Ladung mit dem Vermerk zurückgekommen, daß die Empfängerin nach Amerika ausgewandert ist.

Es erschien en

die nachbenannte — Zeugen — Sachverständigen —

Die Zeugin Nöcker hat als weitere Zeugen benannt:

Die — Zeugen — Sachverständigen —, mit

a) Frl. Erika Niehoff, Bln.-Wilmerdorf, Ravensbergerstr.4,

dem Gegenstande der Untersuchung und der Person

b) Frau Martha Blairon, Bln.-Lichterf.-West, Paulinenstr.20. (82 Jahre alt).

des Beschuldigten bekannt gemacht, wurde n, — und

2.) Termin zur Vernehmung am 23.10.47

zwar die Zeugen — einzeln — und in Abwesenheit

a) des Frl. Christa Bart, Bln.W, Bayreutherstr.19, um 9 1/2 Uhr, ✓

der später abzuhörenden Zeugen, — wie folgt,

b) des Frl. Gertraud Goldschmidt, Bln.-Charl., Dahlmannstr.7 um 10 1/2 Uhr, ✓

vernommen:

c) des Edgar de Vries, Bln.-W 35, Ludendorffstr.79 um 11 1/2 Uhr. ✓

1. Zeuge — Sachverständige

Harry S c h n a p p

3.) Termin zur Vernehmung am 24.10.47

NOT.

a) des Abraham Zajdmann, Bln.-Charl., Leonhardtstr.5, um 9 1/2 Uhr

Ich heiße Harry S c h n a p p ,  
Kriminalobersekretär

b) der Erika Niehoff, Bln.-W. (s.oben) um 11 Uhr.

bin 46 Jahre alt, 3.6.07-

4.) Laden bezügl. 2 a-c) und 3 a und b) mit Z.U.

in Berlin N 58,

5.) Zum Termin.

Kastanienallee 13/14,

3.10.47.

mit dem Angeschuldigten nicht verwandt und nicht verschwägert.

*Handwritten notes:*  
4 (5 Lad) 2 U) Brandenburg  
not fall 4/10/47  
St. P.

Zur Sache:

Ich bin seit 1924 in der Jüdischen Gemeinde tätig gewesen und zwar seit 1927 als Leiter der Schulabteilung. Seit dieser Zeit ist mir der Angeschuldigte Bruno Goldstein bekannt. Als ~~xxx~~ im Jahre 1942 die Schulabteilung aufgelöst wurde und ich als Ordner im sogenannten Abwanderungslager in der Großen Hamburger Straße 26 eingesetzt wurde, lernte ich dort den Angeschuldigten näher kennen. Goldstein war im Lager sozusagen als Wachhabender tätig. Er war für die Disziplin der Ordner den Lagerinsassen gegenüber und der Gestapo andererseits verantwortlich. Nach den damals geltenden Bestimmungen kam ein gewisser Teil der Juden ausnahmsweise nicht in ein Vernichtungslager, sondern in das sogenannte Vorzugslager Theresienstadt. Zu den Bevorzugten zählten Kriegsteilnehmer mit hohen Ordensauszeichnungen in Verbindung mit dem Besitz eines Verwundetenabzeichens, ferner Juden, die ~~xxxxxxx~~ früher einmal mit einem arischen Ehegatten verheiratet waren und Juden, die das 65. Lebensjahr vollendet hatten. Nach meinen damaligen Beobachtungen hat Goldstein mit der Gestapo unter einer Decke gesteckt und in vollster Ergebenheit Handlangerdienste überster Art geleistet. So hat Goldstein z.B. die zum Abtransport bestimmten Juden auf dem Wege zum Bahnhof zu besonderer Eile angetrieben und des öfteren Nachrichten, die ihm von den zur Evakuierung vorgesehenen Juden als letztes Lebenszeichen für deren Angehörige anvertraut waren, gesammelt und sie dann der Gestapo ausgehändigt. Ich muß mich berichtigen. Wenn ich gesagt habe, daß Goldstein die Briefe anvertraut worden sind, so ist das nicht richtig. Die Vorgänge beim Abtransport haben sich etwa folgendermaßen zugetragen: Es kam häufig vor, daß die zum Abtransport bestimmten Juden noch im letzten Augenblick ihre Angehörigen benachrichtigen wollten. Sie schrieben dann meistens im Lager noch schnell ein paar Zeilen, um dann den Brief oder die Karte auf dem Wege zum Bahnhof wegzuwerfen. Sie hofften und rechneten damit, daß irgend ein vorüberkommender Fußgänger den Brief oder die Karte aufheben und der Post zur Beförderung übergeben würden. Dies war dem Goldstein bekannt. Außerdem wußte er, daß es den Lagerinsassen strengens von der Gestapo verboten war, ihre Angehörigen zu benachrichtigen. Beim Antreten zum Abtransport stellte sich Goldstein

67

gewöhnlich vor die angetretenen Juden hin und forderte sie auf, alle Karten und Briefe abzugeben. Er hatte zu diesem Zweck einen Papierkorb in der Hand und sammelte dann die Nachrichten in diesen Papierkorb ein. Er wies dabei darauf hin, daß jeder, der ~~bei~~ ~~seinem~~ ~~Ankunft~~ jetzt noch im Besitz einer Nachricht ~~angetroffen~~ ~~würde~~ oder unterwegs beim Fortwerfen von Postsachen angetroffen würde, mit einer strengen Bestrafung zu rechnen hätte. Er ist dabei in auffallend zynischer Weise den Lagerinsassen gegenübergetreten. In Gegenwart der Gestapomänner baute er sich breitbeinig wie ein Feldwebel vor den Angetretenen auf und sagte etwa: "Hört mal zu, ich gebe Euch eine letzte Chance, laßt das Herausschmuggeln von Postsachen sein, liefert sie ab oder vernichtet sie selbst und tut sie hier in den Papierkorb hinein."

Im Dezember 1942 erfolgte die Verhaftung des bekannten Conditoreibesitzers Isidor Dobrin und dessen Ehefrau. Ich war damals zugegen, als die Eheleute Dobrin in der Großen Hamburger Straße zum Abtransport eingeliefert wurden und weiß deshalb, daß sie zum Abtransport in das Vorzugslager Theresienstadt vorgesehen waren. Der Hauptscharführer Dobberke hatte angeordnet, daß die Eheleute Dobrin mit anderen zusammen zunächst in das Altersheim in der Gerlachstraße am Alexanderplatz gebracht werden sollten. Das jüdische Altersheim wurde zu dieser Zeit nur noch als Sammellager für Abwanderungen benutzt. Ich habe diesen Trupp selbst nach der Gerlachstraße begleitet. Ich war selbst zugegen, wie sich Goldstein zu dem Hauptscharführer Dobberke begab und ihn darauf aufmerksam machte, daß das Lebensalter der Eheleute Dobrin nicht richtig angegeben sei, und daß sie ihrem Alter nach nicht für das Lager Theresienstadt in Betracht kämen. Daraufhin hat dann Dobberke die Rückführung der Eheleute Dobrin aus der Gerlachstraße nach dem Sammellager in der Großen Hamburger Straße angeordnet. Auch in diesem Falle war ich als Begleitperson bestimmt und war bei der Rückführung der Eheleute aus der Gerlachstraße dabei. Ein oder zwei Tage später sind dann die Eheleute Dobrin mit einem der nächsten Transporte nach dem Osten in ein Vernichtungslager gebracht worden. Im Juli 1943 hat mich der Hauptscharführer Dobberke in sein Zimmer gerufen und mich gefragt, ob ich nicht in Berlin <sup>ich sei</sup> bleiben wolle und von der Evakuierung verschont werden möchte, ~~ich sei~~ doch früher bei der Jüdischen Gemeinde tätig gewesen und müßte ~~mir~~ viele jetzt

versteckt lebende Juden kennen. Er sagte wörtlich zu mir: Wenn Sie mir laufend Juden bringen, können Sie und Ihre Familie hier bleiben, dann können Sie Ihren Stern sofort abtrennen." Ich habe daraufhin erwidert, daß ich das mit meinem Gewissen nicht vereinbaren könne und im übrigen auch wenig Bekannte hätte. Dobberke gab daraufhin zurück, daß er das von mir nicht anders erwartet habe. Ich sollte ihm am nächsten Tage meine Militärpapiere geben. Einige Tage darauf bin ich dann mit meiner Familie zusammen nach Theresienstadt abtransportiert worden. Ich kam zunächst nach Theresienstadt, weil ich Frontkämpfer aus dem ersten Weltkriege/und das schwarze Verwundetensymbol besitze.

Ich nehme an, daß Goldstein seine Tätigkeit als Fahnder für die Gestapo übernommen hatte, um von der Evakuierung verschont zu werden.

v.

g.

u.

Narry Schramm

2. Zeugin:

Ich heiße Frau ~~Eda~~ N ö c k e r geb. Schramm, Witwe, 63 Jahre alt, wohnhaft in Berlin-Charlottenburg, Kantstr. 86, mit dem Angeschuldigten nicht verwandt und nicht verschwägert.

Zur Sache:

Ich bin Jüdin. Ich habe im Jahre 1906 geheiratet. Mein Mann ist im Jahre 1928 gestorben. Aus meiner Ehe ist ein Sohn hervorgegangen. Im Jahre 1943 wurde ich ~~am~~ schon einmal verhaftet, aber wieder entlassen, weil ich wegen meiner Heirat mit einem Arier, - mein Mann war Katholik - als ~~privilegierte~~ sogenannte privilegierte Jüdin ~~anzusehen~~ galt. Nachdem meine Geschwister evakuiert worden waren, nahm ich meinen damals 16 jährigen Neffen auf und suchte auf Anraten meines Sohnes ~~einen~~ Versteck, in dem wir uns gegebenenfalls verborgen halten wollten. Durch eine Bekannte meines Sohnes fanden wir einen Raum in einer kleinen Villa in Woltersdorf bei Berlin. Ich wohnte damals noch in der Martin Lutherstr. 20. Im November 1943 wurde ich dort ausgebombt. Ein

B e r i c h t

von

Harry Schnapp, Berlin N 65, Chanenstr. 11

---

I.

Das Abwanderungslager Berlin Gr. Hamburger Str. 26  
=====

Die frühere Berliner Jüdische Gemeinde zu Berlin, unterhielt in der Gr. Hamburger Str. 26 ein Altersheim! Der Hof dieses Altersheimes ging über auf den ältesten Berliner jüdischen Friedhof! Hier ruht der bekannte jüdische Philosoph Moses Mendelssohn!

Im April 1942 wurde von der damaligen Gestapo aus diesem Heim der erste Berliner Alterstransport nach Theresienstadt zusammengestellt! Nachdem der erste Insassentransport das Haus verlassen hatte, wurden nunmehr zunächst aus anderen jüdischen Altersheimen, weitere Transporte zusammengestellt und nach Theresienstadt verbracht! Die Sache wurde nunmehr zur Norm, denn täglich gingen sogenannte einhundert Transporte mit dem gleichen Ziel aus Berlin ab!

Die Gestapo, Abteilung IV D I Berlin C 2 Burgstr. 28/30, Leiter des Jugendzernats, SS Hauptsturmführer Stock und Kriminal-Inspektor Prüfer, richteten nunmehr in dem Haus des früheren Altersheimes ganz systematisch ein Sammellager mit dem Zweck des umgehenden Abtransportes aus Berlin ein! Es kamen von diesem Hause nur Menschen über 65 bis 70 bzw. 90 Jahre zum Abtransport! Man wollte den Menschen die Deportierung wohl etwas "schmackhafter" machen, indem man ihnen sogenannte Heimeinkaufsverträge in ganz heuchlerischer Weise zur Unterschrift vorlegte! Der Unbefangene konnte zunächst tatsächlich daraus folgern, daß trotz der bisher gezeigten Art der Vernichtungswillens, noch ein Fünkchen Hoffnung zu bestehen evtl. doch in Aussicht stand! Viele Menschen, glaubten in ihrem Rechtsgefühl nicht enttäuscht worden zu sein, denn man konnte ja den kursierenden Gerüchten - über eine Vernichtung nicht recht glauben schenken! Man war ja in Deutschland geboren, erzogen und konnte es einfach nicht als wahre Münze hinnehmen, daß jegliche staatliche Schutzhoheit für sie aufgehört hatte! Jedoch langsam dümmerte bei den meisten Menschen doch ein dumpfes Gefühl herauf, daß alles, aber alles hier in dem Hause nur auf Ausbeutung und Vernichtung eingestellt war! Man durchsuchte das letzte Hab und Gut, nachdem sowieso schon die Wohnräume mit allen beweglichen und unbeweglichen Sachen unter Siegel zurückgeblieben waren! Darüber hinaus wurde von einem ganzen Stab Stapobeamten nochmals eine genaueste körperliche Durchsuchung unter Verwendung raffiniertester Methoden angewandt! Zunächst wurden im Anfang noch körperliche Durchsuchungen getrennt von männlichen und weiblichen Gestapoangehörigen unternommen! Später, darauf komme ich noch zurück, wurden ganz andere Machenschaften vorgenommen! In der sogenannten Schleuse, dort wurden alle bereits untersuchten Menschen festgehalten, - in der zweiten Etage des Hauses - verblieben alle ge-

sondert bis zum Abtransport in der folgenden Nacht! Die Transporte gingen um 3.15 morgens zunächst per Fuß zum Monbijou-Platz! Dort standen 2 extra Straßenbahnen mit Angehörigen des Pol.-Bataillons Göring! Von dort fuhr der Transport zum Anhalter Bahnhof und um 5.58 wurden zwei Waggon alltäglichen Dresdener Zug mit den Gefangenen angehängt! Fahrtroute Tetschen Bodenbach-Aussig Theresienstadt! Die Verpflegung war zu damaliger Zeit noch recht ordentlich! Beim Verlassen ihrer Wohnungen wurden verderbliche Lebensmittel mit zum Abwanderungslager genommen und für die Allgemeinheit verwendet! So gingen die Menschen noch mit relativ guter Verpflegung dem Verderben entgegen!

Von der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland war zu damaliger Zeit der Gerichtsassessor Werner Simon als Jüdischer Lagerleiter eingesetzt! Simon wiederum mußte auf Veranlassung der Stapo für einige Kolonnen jüdischer Helfer (sogenannte Ordner) Sorge tragen. Diese Leute spielten zunächst eine nebensächliche Rolle! Sie mußten bei den abzuholenden Menschen in den Wohnungen Hilfsdienste leisten, einpacken der Wäsche, Kleidung, Decken zusammenrollen etc.!! Gestapo-beamte stellten in den Wohnungen alles Kopf, um nach Wertsachen, Gold etc. zu suchen! Ganz besonders hat sich dabei ein gewisser de Bühl (Bühlei) hervorgetan! Selbst die Asche in den Öfen mußte von den jüdischen Ordnern herausgeholt werden, um vermeintliche Wertsachen zu suchen!

Bei den Abholungen waren SS-Leute der Burgstr. IVD I in Zivilkleidung am Werke! Sie machten dort im Hause bei der Judenabteilung ihren sonstigen Dienst! Scharführer Lachmuth, Schneider, der zuvor genannte de Bühl, Sasse, Wenzel, Bolz, Heimbach, Dobberke, holten immer in Gruppen von 2 Beamten die alten Menschen aus ihren Wohnungen.

Im "Abwanderungslager Gr. Hamburger Str. 26", inzwischen so benannt, hatten die Ordner in drei Gruppen ihre sogenannten "Wachräume"! Sie mußten das durchsuchte Gepäck der Menschen im Hause bewegen, es wurde hin- und hergeschleppt, dann zum in der Frühe stattfindenden Abtransport auf Pferdefuhrwerke verladen und am Anhalter Bahnhof noch in den Zug bringen!

Ferner waren im Hause anwesend zwei Ärzte, zwei Krankenschwestern, die die zum Abtransport bestimmten Leute betreuten! Man kannte sehr oft Selbstmorde und Selbstmordversuche vor! Die Ärzte versuchten alles mögliche, um die Menschen am Leben zu erhalten, denn es ja von ihnen verlangt, die erforderliche Transportzahl zum Morgen fertig zu halten! Manchmal gelang dies alles jedoch nicht und dann wurden noch mitten in der Nacht ahnungslose andere Personen herangeschafft, um die Sollzahl zu halten!!

Dr. med. Fritz Sternberg, inzwischen im Ostsektor Berlins verstorben, soll weit über seine Kompetenzen als Arzt hinausgegangen sein, um der Stapo "Menschenmaterial" zu liefern! Der andere Arzt hingegen, Dr. med. Salomon, war den ihm gestellten Forderungen nicht willig und kam am 1. Juli 1943 mit mir gemeinsam zum Abtransport nach Theresienstadt! Dazu möchte ich noch bemerken, daß außer der Norm, 63jährige als Mindestalter für Theresienstadt vorgesehen, noch Beamte der Jüdischen Gemeinde, Frontkämpfer des ersten Weltkrieges etc. nach Theresienstadt abtransportiert werden konnten!! Dies galt als Vorzug, jedoch wußte hier in Berlin keiner, daß man von dort unter Umständen

sofort weiter ins Gas nach Auschwitz abtransportiert werden konnte. Und so geschah es auch entsprechend, selten überlebte ein Häftling in Theresienstadt, meistens gingen sie weiter in die Vernichtungslager nach dem Osten!!

Der jüdische Lagerleiter hatte in erster Linie zu damaliger Zeit - vor Brunner aus Wien - nur administrativ zu wirken! So oblag ihm die Beaufsichtigung der Küche, es waren zwei Köchinnen und entsprechendes Hilfspersonal vorhanden -. Außerdem versah er die Diensterteilungen der "Ordner". Alle Beschäftigten standen unter dem Druck der Stapo und ging dauernd die Drohung um sich, wenn etwas nicht klappt, dann gehen sie mit "auf Transport"!!

Im Keller des Gebäudes waren schon frühzeitig einzelne Verschlüsse als Strafbunker umgestellt, dort kamen sich widersetzende Häftlinge zunächst isoliert hinein! Einige - wenn sie willfährig geworden, wurden dann später zu Fahnderszwecken seitens der Stapo verwendet! Mithin verschoben sie ihren Abtransport, blieben zunächst in Berlin und versuchten sich und ihren Anhang vor dem Abtransport zu retten!

Darauf hatte natürlich der jüdische Lagerleiter keinerlei Einfluß, jedoch wurde auch er in gewissen Dingen von Dobberke zur Stellungnahme geholt. Es konnte doch so manchesmal evtl. eine spätere Verschickung durchgedrückt werden! Vielleicht bedeutete sie eine Lebensrettung! Wenn man heute davon spricht, daß Werner Simon mit der Stapo Hand in Hand gearbeitet haben soll, so muß ich dies strikt verneinen! Das Fluidum des Lagers war ganz dazu angetan, daß auch Simon nicht ganz den Ton der Umgebung vermeiden konnte! Es ging alles entsprechend militärisch zu; wenn ein "Bchar- oder gar Hauptscharführer durch den Korridor ging, wurde auf Veranlassung der Stapostelle - von Anfang an - "Achtung" gerufen! Man machte dies wohl auch schon, um die alten Menschen auf das Kommende vorzubereiten!

Ich möchte ausdrücklich heute hierzu bemerken, daß dies alles nur ein ganz geringes und harmloses Vorspiel bedeutet, denn mit dem am 11. 11. 1942 nach Berlin aus Wien gekommenen Hauptsturmführer Brunner begann für alle, die dieses Haus betraten, ein Martyrium ganz besonderer Art!

---

## II.

- Abwanderungslager Berlin W 24, Gr. Hamburger Str. 26 -  
Bericht über die sogenannte "Brunnerzeit"!  
-----

Am 11. November 1942 kamen plötzlich die Wiener Gestapolente mit einem Stab von Wiener "Helfern" in das Abwanderungslager an! Teils waren sie uniformierte Waffen-SS, teils in Zivil! Es waren der Hauptsturmführer Brunner, Hauptscharführer Weisl, Hauptscharführer Krell und noch ca. sechs andere, deren Namen nicht bekannt wurden! Ferner waren in diesem Gefolge noch etliche Herren der Wiener isr. Kultusgemeinde! Man hat erst nach und nach von den zu-

letzt genannten Personen in Erfahrung gebracht, daß sie keine "Arier" waren. Federführend war bei diesen Leuten ein gewisser Gerö! Insofern war er federführend, indem sich später herausstellte, daß dieser Mann im Auftrage der Stapo und im engsten Zusammenhang mit den Wiener SS-Leuten Handlangerdienste bei der "Jagd auf Juden" leistete!

Zunächst erfolgte eine Lagebesprechung mit der preußischen Stapo aus der Burgstr. Ich war selbst im Hause zu diesem Zeitpunkt und hörte alsbald die Ergebnisse durchsickern!

Das ganze Gebäude wurde zunächst völlig auf Großeinsätze sofort umgestellt! Als erstes wurden die noch vorhandenen Möbel aus den Einzelzimmern des früheren Altersheimes entfernt! Es blieben lediglich in jedem Zimmer die Matratzen auf dem kahlen Erdboden zurück! Räume, die noch in weitem Ausmaß vorhanden waren und keine Matratzen hatten, wurden mit einer losen Strohschicht ausgestattet!

Dann wurde sofort der Küchenbetrieb in der bisher gehaltenen Art eingestellt! Es kamen für die folgenden Transporte nur noch Esskübel per Fuhrwerk aus der Jüdischen Volksküche Berlin C 2, Gormanstr., zur Abfertigung der festgenommenen Menschen an!

Als zweite Maßnahme wurden im ganzen Gebäude die Türen der Toiletten entfernt, die Benutzung mußte sowohl für Männer wie Frauen öffentlich vor sich gehen!

Zum Beginn dieser Aktionen war noch der zuvor genannte Werner Simon der "Jüdische Lagerleiter"! Brunner ließ die ganzen anwesenden Jüdischen Helfer, nunmehr bald Ordner genannt, antreten! Dieses Antreten erfolgte in der nunmehr teilweise stillgelegten Großküche des Hauses! Brunner gab in ganz arroganter Art und Weise zu verstehen, daß nunmehr die letzten Juden in Kürze Berlin verlassen werden! Wer sich auch nur das Geringste bei den Hilfsleistungen zuschulden kommen lassen würde, geht sofort mit auf "Transport"! Dann erfolgte die Frage, wer von den Anwesenden im ersten Weltkrieg an der Front war und darüber hinaus eine Charge führte! Der frühere Schulleiter und Dipl. Handelslehrer Max Roschke wurde an Ort und Stelle alsdann auch sofort mit der zweiten jüdischen Lagerführung betraut, da er die verlangten Voraussetzungen erfüllte! Ob zu damaliger Zeit der Stern bereits im Sinken war, ich meine, ob diese Wahl im Zusammenhang mit Werner Simon stand, entzieht sich meiner Kenntnis! Jedoch die Tatsache war vollzogen, es gab nunmehr außer Werner Simon, der vom Reichssicherheitshauptamt, Kurfürstenstr. 126, durch Obersturmbannführer Michmann über die IVDI Burgstr. zu diesem Posten auserwählt war, noch einen zweiten jüdischen Lagerleiter! Ich möchte gleich darauf hinweisen, daß auch tatsächlich, kaum nach der Kommandoübernahme durch Brunner, einige Tage später, Assessor Werner Simon unter Hausarrest gestellt wurde und von einem SS-Posten auf einem Zimmer extra bewacht wurde! Inzwischen gingen die Großabholungen der Juden in Berlin verstärkt vor sich! Wurden bisher aus Betrieben, Werken etc. die jüdischen Menschen herausgeholt, so ging man nunmehr ganz anders vor! Man begann, die Stadt Häuserblockweise von Juden zu "säubern"! Da gingen nunmehr die SS-Leute unter Führung der mitgebrachten Wiener "Herren" der israel. Kultusgemeinde, drei an der Zahl außer Gerö, ganz systematisch - so wie es zuvor wohl in Wien geschah, vor! Und jeden Tag, genau alle 24 Stunden, verließen eintausend jüdische Menschen Berlin mit dem Ziel nach Osten! Abfahrt vom Güterbahnhof Grunewald, jedoch vorwiegend Güterbahnhof

Quitowstr. (Beusselstr.!).

Als Häuserblockaktionen nicht mehr die so gewünschten Erfolge brachten, wurde plötzlich folgendes angeordnet:

Sämtliche Fuhrunternehmer, die an den Judenaktionen beteiligt waren, indem sie die Abtransporte zu den Güterbahnhöfen durchführten, es waren Preiß, Scheffler, Degen, mußten mit ihren großen Lastautos leer vor der Hamburger Str. vorfahren! Dann bestiegen je 2 SS-Männer mit einem Schäferhund, 2 Stapomänner und ein Ordner die Automobile!

Die Autos fuhren dann in langsamen Tempos durch die Straßen Berlins! Osten, Westen, Norden, Süden!! Wenn ein Stapomann einen jüdisch aussehenden Menschen sah, sprang er herunter mit seinem Schäferhund und verfolgte ihn! Dann ließ er sich auf der Straße die Ausweise zeigen; wenn irgendwelche Zweifel bestanden, d. h. wenn die Ausweise nicht hundertprozentig stimmten, dann wurden die festgehaltenen Menschen gewaltsam auf das Lastauto gezerrt!

Es gab an diesem Tag speziell am Kurfürstendamm und in der Tauentzienstraße gewaltige Menschenansammlungen und sehr laute Proteste, besonders wenn das Publikum merkte, um was es sich handelte. Das Ergebnis dieser Aktionen war sehr mager und ich glaube heute noch, daß sich die Wiener damit eine große Schlappe in Berlin geholt haben!

An diesem Tage hat die Wiener SS noch ein ganz großes Photoatelier am Kurfürstendamm, dessen Besitzer angeblich jüdisch war, durchsucht und volle drei Lastautos mit wertvollen Antiquitäten, Delikatessen, Möbel etc. etc. nach der Burgstr. zu IV DI gebracht. Das Abladen dieser Dinge dauerte eine ganze Nacht. Es blieb zunächst wohl alles bei der Berliner Stapo!

---

Die Festnahmen erfolgten in der rigorosesten Weise. Ob schwangeren Frauen das Gehen oder hinaufsteigen auf die vorgefahrenen Lastautos schwer fiel, oder ob Greise nicht hinaufklettern konnten, egal, alles wurde vor dem deutschen Publikum auf öffentlicher Straße vollzogen, mitunter wurden sogar noch Beifallskundgebungen für die SS-Leute laut! Jedoch manche Menschen hingegen gingen schweigend um die nächste Häuserrecke, um nicht alles sehen zu müssen! Die Gewehrkolben feierten den größten Triumph; an der Spandauer-Brücke wurde bei einer Abholung eine Zahnarzt-Ehefrau eines jüd. Zahnarztes beim Aussteigen aus der Badewanne bei der Abholung erschossen, weil sie nicht schnell genug nach Auffassung der SS herauskam!

Das Gebäude wurde immer mehr dem Charakter nach ein Gefängnis! Die jüdischen Ordner mußten sich einem angeordneten Wachdienst in drei Gruppen a 8 Stunden unterwerfen! Sie mußten um das Haus patrouillieren, inzwischen wurden auch die gesamten Fenster mit Gitter versehen, um Fluchtversuche zu unterbinden! Eine Polizeiwache wurde eingerichtet, diese hatte jedoch nur einen wenig exekutiv gedachten Sinn, denn der Vollzug der Bewachung der Juden etc. wurde von der SS ausgeführt! Wenn tatsächlich einmal ein Ausbruchversuch vor einem Abtransport von einem jüngeren Menschen versucht wurde, dann mußten die Ordner die Polizeiwache alarmieren! Die weiteren Maßnahmen bei geglücktem oder nicht geglücktem Fluchtversuch wurden dann von der SS durchgeführt. Wie besonders wichtig

der SS das Abwanderungslager war, ist am besten dadurch dokumentiert, daß bis zum Sommer 1943 das Lager von außen an den Fenstern mit Leuchtkörpern versehen war. Selbst bei Fliegeralarm durften diese Lampen, wegen der evtl. bestehenden Fluchtgefahr, nicht gelöscht werden!

Das Abwanderungslager hatte inzwischen die ganzen Kellerräume als Strafbunker eingerichtet! Dort war ein gewisser Koplowitz, Zöllner, u. a. mehr als Aufsichten tätig. Sie alle führten dort unten einen richtigen Gefangenenaufsichtsdienst durch! Nur bei besonderen Anlässen erschien die SS! Es ist wohl ganz klar, daß diese Menschen sich bei den zur Vernichtung festgenommenen jüdischen Menschen verhaßt machten. Es mag sein, daß manchesmal Unrecht geschah, und manchesmal berechnete Vorfälle registriert wurden!

Die Ordner selbst muß man klar unterscheiden, zwischen denen, die wirkliche Ordnerdienste leisteten, und denen, die sich sehr leicht - um das Leben und die Freiheit zu behalten - dazu hergaben, für die SS Spitzeldienste zu leisten! Für alle Ordner, die sich nicht für derartige Spitzeldienste bereitfanden, hieß es ganz unerbittlich: Mit einem der nächsten Transporte gehen sie mit!!

Im Februar 1943 endete das "Gastspiel" der Wiener Gestapo und mit dem gleichen Augenblick waren wieder die Berliner Stapoleute wie zuvor Dobberke, Stock, Prüfer federführend! Aber es waren dann wohl nur noch Aufspürungsarbeiten für in die Illegalität gegangene Juden erforderlich! Zunächst gingen noch gewisse Fabrikaktionen von jetzt freigestellten Juden weiter!

Man stellte immer weiter Transporte von täglich 100 Menschen nach Theresienstadt sowohl Osttransporte von vielen Hunderten zusammen! Ich selbst bin dann am 1. Juli 1943 zunächst nach Theresienstadt, von dort nach Auschwitz-Birkenau, dann Vernichtungslager Gollerschau und auf dem Todesmarsch durch Deutschland nach Brünzlitz OSE gebracht worden. Am 8. Mai 1945 wurde ich von alliierten Truppen dort befreit!

Zusammengefaßt möchte ich noch folgendes speziell zu den Tätigkeiten des jüdischen Lagerleiters und den Ordnern sagen! Es waren durchweg Beamte und Angestellte der früheren jüdischen Gemeinde, die durch die Auflösung der Gemeinde im Jahre 1942 dorthin verschlagen wurden. Alle haben sich nach meinen Beobachtungen so verhalten, wie es sich gehört. Sie leisteten nunmehr in dieser Form ihre weitere Arbeit. Manche haben sich vergessen und versucht, unter Außerachtlassung ihrer Würde, dem fluchbeladenen Regime mehr zu dienen, als es erforderlich gewesen!

Als solche bekannt waren in erster Linie: Stargardter, Meyer, Koplowitz, Zöllner, Blond, Goldstein; letzterer ist bereits zu einer erheblichen Zuchthausstrafe in Berlin-Moabit verurteilt gewesen! Den jüdischen Lagerleiter Roschke kenne ich als ganz gewissenhaften Menschen; Vorwürfe jeglicher Art - er hatte nach 1945 von den Sowjets eine Zuchthausstrafe von 10 1/2 Jahren in Magdeburg und Bautzen verbüßt - kann ich nicht bestätigen! Ich selbst ging, wie gesagt, 1943 bereits auf Transport und kann ich natürlich nicht sagen, was noch bis 1945 hier in Berlin im Lager geschah! Schulstraße ??

III.

Aktion der Mischehen in der Rosenstr. 2/4 am 27. II. 1943  
-----

Die bisher von den Abholungen freigestellten Mischehen wurden erstmalig an diesem Tage von den Nazis angegriffen! Die jüdischen Eehälften wurden aus den Arbeitsbetrieben herausgeholt und im 2. Verwaltungsgebäude der Jüdischen Gemeinde gesammelt. Tatsächlich ist in diesem Fall, nachdem alle Männer und Frauen im Gebäude eingetroffen waren, von den arischen Eehälften der schwache Versuch unternommen worden, vor dem Gebäude zu demonstrieren! Es hätte natürlich nur einer ernsthaft gemeinten Aufforderung seitens der Polizeistreifen bedurft, um die Menschen auseinander zu treiben! Aber es war doch sicherlich das erste Mal, daß ernsthaft Proteste auf öffentlicher Straße gegen das Regime der Nazis unternommen wurden. Zu Abtransporten nach Vernichtungslagern ist es m. E. nur in ganz verschwindend geringen Fällen bei dieser Aktion gekommen, die Festgenommenen wurden fast alle wieder alsbald zu ihren Familienangehörigen entlassen! (Federführend für Berlin Sasse!!) Aktionsleitung Wiener Gestapo! Hauptscharführer Krell und von der Berliner Stapo, Schneider. (In wiederholten Fällen haben die nachher freigelassenen Juden sich geäußert, von Schneider und Krell durch große Geldzuwendungen laufengelassen worden zu sein! Jedenfalls hatten sich die "arischen" Eehälften derart bewährt, daß es immerhin zu den gesagten Demonstrationen vor dem Gebäude auf einige Zeit kam.

---

IV.

Die Kristallnacht, so genannt im Volksmunde, führte auch zu dem Vorfall, daß das große Berliner Kaufhaus M. Israel, Berlin C 2, Königstraße, auf ca. 40 - 50 Schaufenstern mit JUDE beschriftet wurde! Israel, englischer Staatsbürger, setzte sein Konsulat in Kenntnis und einige Stunden später mußte die Berliner Feuerwehr sämtliche beschrifteten Fenster wieder völlig reinigen. (Später kam es jedoch am gleichen Tage zu Plünderungen dieser selben Schaufenster!!)

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint der KOS. i.R.

Harry, Max S c h n a p p,  
3.6.1901 Berlin geb.,  
Berlin 65, Ghanastr. 11 wohnh.,

und erklärt:

Der Gegenstand der Verhandlung wurde mit mir eingehend durchgesprochen und ich bin bereit, nach bestem Wissen und Erinnerungsvermögen entsprechende Angaben zu machen.

1918 wurde ich Soldat und ging anschließend zum Freikorps (Freischützenkorps.Berlin). Anschließend, 1919, trat ich in die Berliner Schutzpolizei, PI Linden, ein. Auf eigenen Wunsch ersuchte ich 1924 um meine Entlassung und ging im März d.J. hauptamtlich zur Jüd. Gemeinde als Expedient und später als Bürovorsteher in der Schulverwaltung. Ich hatte die Eigenschaft eines Beamten auf Lebenszeit.

1933 wuchs die Arbeit in meinem Sachgebiet sehr stark an, da 15 000 Kinder jüdischer Eltern aus den öffentlichen Schulen entfernt und in jüdischen Schulen untergebracht werden mußten. In weiterer Folge dieser Aktionen wurden im Mai 1942 sämtliche jüdische Schulen in Berlin geschlossen. Bis 1938 trat nun eine relative Ruhe seitens der Nationalsozialisten ein, wobei es stets zu kleineren Zusammenstößen zwischen der Gestapo und der Jüd. Gemeinde kam, jedoch dürfte dies für den hier anhängigen Vorragang belanglos sein.

In meiner Eigenschaft als Bürovorsteher der Schulverwaltung mußte ich mehrmals bei der Gestapo Alexanderplatz vorsprechen, um dienstliche Belange zu erörtern. Ich kann mich an die seinerzeitigen Gesprächspartner nicht mehr erinnern.

1938 wurde ich von der Jüd. Gemeinde beauftragt, mit einem Kraftfahrzeug durch das Stadtgebiet zu fahren, um festzustellen,

welche jüdischen Gebäude (Synagogen) in Brand gesteckt worden sind und welche noch unversehrt sind. Hierbei wurde ich mehrmals von SA, SS- und Gestapoleuten kontrolliert. Meine Personalien wurden festgestellt und einige Tage später erhielt ich eine Vorladung zur Burgstraße. Dort mußte ich zu Herrn P r ü f e r, der mir in scharfer Form derartige Fahrten durch das Stadtgebiet verbot und mir androhte, daß ich im Wiederholungsfalle mit einer KZ-Einweisung rechnen muß. In diesem Jahr schrumpfte die Jüd. Gemeinde erheblich zusammen, bedingt durch Auswanderungen Jüd. Bürger aus Berlin und Evakuierungen in KZ-Lager, die aber zu diesem Zeitpunkt nur vorbestrafte Juden betraf, wobei erwähnt werden muß, daß Übertretungen bei diesem Personenkreis als Vorstrafen gewertet wurden.

In der Zeit von 1938 bis 1942 trat wiederum einigermaßen Ruhe ein, wobei die Nadelstiche seitens der Gestapo gegen die Jüd. Gemeinde unerwähnt bleiben sollen. In dieser Zeit war jedoch schon klar erkennbar, daß der Untergang der Jüd. Gemeinde nicht mehr aufzuhalten war.

Im Jahre 1940 begannen die ersten Evakuierungen (Riga-Transporte) im Reichsgebiet.

Im Mai 42 wurden von der Gestapoleitstelle Berlin -Dienststelle IV D 1 - das Jüd. Altersheim in der Gr. Hamburger Str in ein Abwanderungslager umgewandelt. Angehörige der Jüd. Gemeinde wurden dort als Ordner eingesetzt. Zu diesem Personenkreis gehörte auch ich. Federführend für die Gr. Hamburger Str. war m.W. KK S t o c k, der in der Bur<sup>g</sup>str. saß und sich nur gelegentlich in diesem Abwanderungslager zeigte. Personell war dieses Lager besetzt durch den Lagerleiter, KS- und SS-Hauptscharführer D o b b e r k e, der mit seinem Vertreter, KS L a c h m u t h, in einem Zimmer saß. Der KA und SS-Oberscharführer B o l z hatte die Funktion die Wertsachen von zu Deportierenden abzunehmen und die Personen körperlich nach evtl. versteckten Wertsachen zu durchsuchen. Von diesen Durchsuchungen waren auch Frauen betroffen. Die KA S c h n e i d e r und W e n z e l hatten die Aufgabe, die Juden aus ihren Wohnungen zu holen und die Wohnungen zu versiegeln. S c h n e i d e r führte stets einen Dienst

hund mit. Auch L a c h m u t h hatte die Aufgabe, jüdische Bürger aus den Wohnungen zu holen.

Ich kann mit Sicherheit sagen, daß zu dieser Zeit täglich 1 000 Juden vom 65. Lebensjahr ab nach Theresienstadt deportiert wurden. Diese Transporte gingen jede Nacht vom Anhalter Bahnhof ab. Zwischendurch fanden gelegentlich "Osttransporte" mit jeweils 1 500 Personen statt, deren Ziele uns nie bekannt wurden.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich, daß es an einem Tage im Sommer 1942 zu einer Straßenaktion kam, in deren Verlauf jüdisch aussehende Menschen von der Straße weg festgenommen, auf Lkw's geworfen und zur Gr. Hamburger Str. transportiert wurden. Dort erfolgte dann eine entsprechende Überprüfung der Personen. Je nach Schläge wurden sie dann wieder entlassen oder deportiert. Eine solche Aktion hat sich dann in der Folgezeit nicht wiederholt. Zwischen dem 7. und dem 10. November 1942 kamen Angehörige der Wiener Gestapo zur Gr. Hamburger Str. und unterbanden die Tätigkeit der Berliner Gestapo. Wir selbst hörten harte Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Gestapogruppen. Selbst D o b b e r k e durfte nicht mehr das Lager betreten. Leiter der Wiener Gestapoleute war der Hauptsturmführer B r u n n e r. Außerdem gehörte zu seiner Gruppe der Hauptscharführer W e i s l und der Oberscharführer K r e l l. Es waren noch einige andere Gestapoleute dabei, an deren Namen ich mich jedoch nicht mehr erinnern kann. Darüber hinaus waren Angehörige der österr. israelischen Gemeinde (Wiener) mit-gekommen unter Leitung eines Herrn G e r ö. Dieser wurde am 8.5.1945 in Gollischau/OS von Glau- - besengenossen als Verräter erhängt. Durch die Wiener Gestapo wurde die sogen. Häuseraktion in Szene gesetzt, d.h., die jüdischen Bürger Berlins wurden häuserblockweise aus ihren Wohnungen geholt zum Abwanderungslager Gr. Hamburger Str. transportiert und von dort aus deportiert. Von diesen Leuten habe ich niemals jemanden wiedergesehen.

Im Januar 1943 wurden die Wiener wieder von den Berliner Gestapoleuten abgelöst, da die Wiener ihre Aufgabe als beendet bezeichneten.

Ende Januar 1943 erfolgten die Festnahmen illegal lebender jüdischer Bürger durch Verrat jüdischer Helfer der Gestapo. Besonders hervorgetan hat sich hierbei Stelle K ü b l e r.

Am 1.7.1943 wurde ich mit meiner Ehefrau

Betty S c h n a p p, geb. Kadisch,  
4.3.1903 zu Posen geb.,

nach Theresienstadt deportiert. Wir hatten den Vorzug, nach Theresienstadt zu kommen, da ich Frontsoldat war und das Verwundetenabzeichen sowie das EK II hatte.

Am 6.9.1944 kam ich nach Auschwitz. Dort blieb ich etwa 4 bis 5 Tage und kam dann mit einem Transport nach Golischau zum Steinbruch (Rrtland-Zementfabrik). Einige Tage nach meinem Abtransport in Richtung Auschwitz wurde meine Ehefrau ebenfalls nach Auschwitz gebracht und dort vergast. Mir ist von Überlebenden gesagt worden, daß der gesamte Transport, in dem sich auch meine Frau befand, vergast worden sei.

Von Golischau mußten wir Anfang Januar 1945 zu Fuß nach Brünnlitz CSR marschieren. Dort verblieben wir bis zum 8.5.45. An diesem Tage wurden wir von sowjetischen Truppen befreit.

Zu den mir hier gestellten besonderen Fragen kann ich folgendes angeben:

Die Deportationen waren durch die Gestapo organisiert unter zwangsweiser Mitarbeit des Personals der Jüd. Gemeinde, insbesondere durch die Wohnungsberatungsstelle unter Leitung von Eri. Dr. M o s s e. Durchgeführt wurden die Deportationen hier in Berlin durch die Stapoleitstelle, Ref. IV D 1.

Der Verantwortliche für die Auswahl der zu Deportierenden war m.E. D o b b e r k e. Inwieweit er entsprechende Weisungen durch die Stapoleitstelle hatte, entzieht sich meiner Kenntnis. Federführend in der Burgstr. dürfte Hauptsturmführer S t o c k gewesen sein. Dieser erschien stets an den Zügen, wenn diese Transporte abgingen. Es handelte sich dabei um die Güterbahnhöfe Moabit und Grundwald. Die Theresienstadttransporte, die grundsätzlich vom Anhalter

Bahnhof aus abgingen, wurden von D o b b e r k e abgefertigt.

Die Kontaktleute bzw. Gesprächspartner der Gestapo in der Jüd. Gemeinde waren m.W. Herr Direktor S t a h l, Frl. Dr. M o s s e und der Gemeindevorstand.

Wenn ich gefragt werde, was die zur Deportation ausersehenen jüdischen Mitbürger von ihrer Evakuierung erwarteten, so kann ich nur sagen, daß dies sehr verschieden war. Viele waren der Meinung, daß sie am Ziel der anzutretenden Reise umgebracht werden würden, andere hingegen hielten es nicht für möglich, daß Deutsche derartiges fertigbringen könnten.

Am 27./28.2.1945 fand die sogen. Fabrikaktion statt, d.h., alle jüdischen Arbeiter wurden aus ihren Arbeitsstellen geholt und zur Gr. Hamburger bzw. zur Synagoge Levetzowstr. gebracht und von dort vom Güterbahnhof Moabit mit unbekanntem Ziel abtransportiert. Hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang, daß es sich hierbei um Zwangsarbeiter gehandelt hat, d.h. um die jüdischen Mitbürger, die durch das Sonderarbeitsamt Fontanepromenade zu schwerster körperlicher Arbeit in die verschiedensten Betriebe verpflichtet wurden. Ich schätze, daß es sich bei der Fabrikaktion um etwa 5- bis 6 000 Personen gehandelt haben könnte, möglicherweise liegt die Zahl noch höher.

In der Synagoge Levetzowstr war es der SS-Hauptscharführer S t a r k, der die Auswahl der zu Deportierenden traf.

Mir ist bekannt, daß aufgrund des Attentats auf den SS-Obergruppenführer H e y d r i c h eine Vergeltungsaktion stattfand. Um wieviele Personen es sich dabei gehandelt hat, ist mir nicht bekannt, Man sprach von 500 Juden, die in Sachsenhausen/Oranienburg erschossen wurden. D runter befand sich mein Schwiegervater.

Anlässlich des Attentats auf von R a t h forderte Hermann G ö r i n g von der Reichsvereinigung der Juden 1 Milliarde Reichsmark als Kontribution, außerdem wurden eine mir nicht bekannte Anzahl jüdischer Bürger erschossen.

Das wäre alles, was ich zu diesem Fragenkomplex zu sagen hätte.

Mir ist hier eine Lichtbildmappe vorgelegt worden. Ich erkannte in dieser unter der lfd. Nr. 10 Herrn D o b b e r k e, Nr.18 Herrn L a c h m u t h, unter 46 Herrn S t a r k wieder.

Unter der Nr. 9 glaubte ich, Herrn S t o c k zu erkennen. Mir wurde aber gesagt, daß es sich bei dem Abgebildeten um einen Herrn B o v e n s i e p e n handelt. Dieser Name ist mir völlig unbekannt. Die unter den Nummern 16, 23, 51, und 12 Abgebildeten kommen mir sehr bekannt vor, mir fallen aber im Moment die Namen nicht ein. Mir wurden daraufhin die Namen genannt und ich bestätige, daß es sich dabei in der o.a. Reihenfolge um die Herren K r e l l, M ö l l e r, S t o c k und E x n e r handelt.

In der Burgstr. saß im Referat IV D 1 ein Gestapomann namens B u l e y. Dieser tat sich besonders bei Festnahmen jüdischer Bürger in deren Wohnungen als Schläger hervor und drohte stets mit Erschießen. Mir ist außerdem noch Frau H e i m als ehem. Sekretärin von D o b b e r k e bekannt. Frau H e i m war nach Kriegsschluß Schreibkraft beim russ. Kommandanten in der Prenzlauer Straße. Später wurde sie durch die Russen nach Sachsenhausen gebracht. Über ihr weiteres Schicksal ist mir nichts bekanntgeworden.

In der mir vorgelegten Lichtbildmappe ist unter der Lfd.Nr. 44 ein gewisser S c h n e i d e r abgebildet. Dieser Mann ist jedoch nicht mit dem von mir genannten S c h n e i d e r identisch.

Mir ist hier eine Reihe von Namen genannt worden. Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an Herrn G r o ß, Frau B a s t e l und Herrn S t r e h l o w, sämtlich aus der Burgstraße. S t r e h l o w erschien stets in der Gr. Hamburger Str. kurz bevor Transporte weggingen. Außerdem erinnere ich mich an Herrn P r o k o p p, der eine leitende Funktion gehabt hat. Obwohl er mir auf dem Lichtbild gezeigt wurde, kann ich nicht mit Sicherheit sagen, daß es derjenige ist, den ich hier namhaft mache. Aus der Gr. Hamburger Str. sind noch folgende Gestapoleute zu erwähnen, die als Schläger bekannt waren und sehr gefürchtet wurden: dazu gehört S t a a t z, (s), S c h w ö b l, S a s s e und E x n e r. E x n e r tat sich insbesondere bei Transporten als Schläger hervor. Hingegen möchte ich besonders betonen, daß der Gestapobeamte T i t z e sich stets anständig und menschlich uns gegenüber verhalten hat.

T i t z e machte nie ein Hehl daraus, daß er seinen Dienst in der Gr. Hamburger Str. nur widerwillig versieht. Er hat, soweit mir bekannt ist, niemals jemanden geschlagen oder menschenunwürdig behandelt.

Nachtragen möchte ich, daß alle, die deportiert wurden, vor ihrer Abreise einen sogen. Au bürgerung bescheid ausgehändigt bekamen, der zum Inhalt hatte, daß ihnen aufgrund eines Gesetzes die deutsche Staatszugehörigkeit aberkannt wurde (dies betraf nur Juden und Kommunisten). Ich selbst erhielt ebenfalls einen solchen Bescheid, der mir aber in Munchwitz sofort abgenommen wurde.

Nach meiner Befreiung aus Brünchwitz trat ich am 20.6.1945 in den Dienst der Berliner Kriminalpolizei. Mein letzter Dienstgrad war KOS bei der KI M II 2. Meine vorzeitige Pensionierung erfolgte am 1.1.1951, bedingt durch Krankheit.

Das wäre alles, was ich zu den gesamten Fragenkomplexen zu sagen hätte.

Geschlossen: auf Vorlesen ausdrücklich verzichtet, da laut diktiert, genehmigt, unterschrieben:

gez. Schultz  
(Schultz), KM

gez. Harry Schnapp

Der Untersuchungsrichter IV. Berlin 21, den 20. Juni 1967  
bei dem Landgericht Berlin Turmstraße 91.

Gegenwärtig: Voruntersuchungssache  
Landgerichtsdirektor gegen  
Klamroth B o v e n s i e p e n u.a.  
als Untersuchungsrichter, wegen  
Justizangestellte Drews Verdachts der Beihilfe zum  
als Urkundsbeamter der Mord.  
Geschäftsstelle.

Auf ordnungsgemäße Ladung erscheint der Zeuge Harry

S c h n a p p . Der Zeuge wurde mit dem Gegenstand der Un-  
tersuchungen und den Personalien der Angeschuldigten bekannt  
gemacht.  
Er wurde nach § 57 StPO belehrt und wie folgt vernommen:

Ich heiße Harry S c h n a p p , bin 66 Jahre alt, Pensionär,  
wohnhaft in Berlin 65, Ghanastraße 11, Telefon 46 05 64,  
- mit den Angeschuldigten nicht verwandt und nicht verschwä-  
gert - .

Zur Sache:

Mir ist soeben meine Aussage vom 27. April 1965 Bd V Bl. 33  
bis 43, der Gerichtsakten Bl. 2 bis 7 Eckklammer meines Zeu-  
genheftes vorgelesen worden. Die Angaben, die ich darin ge-  
macht habe, sind richtig. Um Wiederholungen zu vermeiden,  
bin ich damit einverstanden, daß diese Aussage nach Form  
und Inhalt als heutige Aussage gilt.

Auf Befragen ergänze ich diese Angaben im einzelnen wie  
folgt:

Wenn ich auf Seite 2 gesagt habe, daß die Betroffenen auch  
körperlich durchsucht wurden, so stand für die Durchsuchung

der Frauen eine weibliche Hilfskraft zur Verfügung. Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an Fräulein Raphael, die mit dieser Aufgabe wiederholt betraut worden ist. Bei der Gepäckkontrolle, die ebenfalls erfolgt ist, wurden Wertsachen weggenommen, darunter auch Fotoapparate, Ferngläser usw. Daß auch Textilien und Seife weggenommen worden sind, habe ich nicht beobachtet. Ebenso beließ man den Betroffenen ihre Trauringe. Diese sind, wie ich aus persönlicher Erfahrung weiß, erst in Auschwitz abgenommen worden.

Zu Seite 3 kann ich als weiteren Angehörigen der Wiener Gestapo, die seinerzeit nach Berlin gekommen war, noch den Namen S l a w i c k (phonetisch) angeben, seine genaue Schreibweise kenne ich nicht.

Nachdem die Wiener Gestapobeamten wieder durch die Berliner abgelöst worden waren, war die Stadt praktisch judenfrei. Es gab also nur noch die sogenannten getauchten Juden und solche, die aus irgendeinem anderen Grunde bevorzugt waren.

Auf Seite 6 sprach ich davon, daß mir eine Reihe von Gestapobeamten aus der Großen Hamburger Straße als Schläger bekannt gewesen sind. Hierzu möchte ich sagen, daß ich als persönliches Erlebnis nur einen Auftritt mit Kriminalrat P r o k o p p hatte, der mich schlug. Sonst bin ich nicht geschlagen worden. Wenn ich also von anderen Gestapobeamten von Schlägern gesprochen habe, so hatten diese bei uns Betroffenen diesen Ruf. Konkret gesehen habe ich jedoch nicht, daß insbesondere

S t a a t z sich solcher Übergriffe schuldiggemacht hat. Das mag daran liegen, daß inzwischen bald die Zeit einer Generation vergangen ist. Nach meiner allgemeinen Erinnerung ist wohl jedem Gestapobeamten einmal die Hand ausgerutscht. Aber heute im konkreten Fall eine entsprechende Aussage zu machen, ist mir nicht möglich. Generell war der Ton uns gegenüber beleidigend. Aber im Vergleich mit dem, was man später erleben mußte, kann ich Berlin nur die Ouvertüre nennen. Hier holte man die Betroffenen nur zusammen und wollte sie möglichst schnell wieder loswerden. Zwischen der Abholung des Betroffenen aus seiner Wohnung und der Abfahrt des Zuges können bis zu 12 Stunden gelegen haben.

Wenn ich in meiner Vernehmung weiter davon sprach, das D o b b e r k e die Möglichkeit der Auswahl hatte, so meine ich das im wahrsten Sinne des Wortes, d.h. also, er konnte z.B.

H Herrn A zurückstellen und dafür Herrn B wegschicken. Dies geschah gelegentlich auch auf Vorschlag von R e s c h k e , der der jüdische Lagerleiter gewesen ist. Danach befragt, wie die Lager Levetzowstraße und Große Hamburger Straße sowie Gerlachstraße zueinander standen, so ist es meines Wissens so gewesen: Ständiges Sammel- und Abgangslager war die Große Hamburger Straße. Levetzowstraße und dann auch Gerlachstraße waren Zusatzlager, wenn die Kapazität der Großen Hamburger Straße nicht ausreichte. Außerdem war es so eingeteilt, daß die Transporte, die von der Großen Hamburger Straße ihren Anfang nahmen, grundsätzlich nach Theresienstadt gingen.

Die Bedingungen für Theresienstadt waren ein Alter von 65 Jahren, bei Ehepaaren zusammen 120 Jahre, Frontsoldatentum des ersten Weltkrieges und Mischlinge mit jüdisch erzogenen Kindern. Sollten unter den Insassen der Großen Hamburger Straße auch solche gewesen sein, für die diese Bedingungen nicht zutrafen, dann wurden sie gesondert gehalten, bis auch von ihnen eine entsprechende Anzahl beisammen war, die einen Transport lohnte. Dieser ging dann in den Osten. Unter "Osten" verstand man damals Auschwitz. Dieser Name stand für alle Lager. Wie viele solcher Lager es im Osten gegeben hat, wußten wir damals nicht.

Danach befragt, was der einzelne Betroffene für Vorstellungen über sein künftiges Schicksal gehabt hat, so war zunächst einmal entscheidend, welches Reiseziel ihm bevorstand. Theresienstadt stand im besseren Ruf als Auschwitz. Das war schon daran zu erkennen, daß die Betroffenen, die nach dort gebracht wurden, selbstverständlich mit damaligen Augen gesehen, in irgendeinem Punkt bevorzugt waren und man nicht annehmen konnte, daß diesen Bevorzugten ein schlechteres Schicksal bereitet wurde als den anderen.

Unter "Osten", also Auschwitz, hatten wohl viele, ob alle, kamman natürlich nicht wissen, die Vorstellung, daß es das Ende sein würde, und zwar nicht etwa das Ende durch natürlichen, vielleicht etwas beschleunigten Ablauf, sondern das Ende durch Gewaltanwendung.

Nunmehr erscheint der Angeschuldigte **S t a a t z** zum Zwecke der Gegenüberstellung wegen der widersprechenden Einlassungen. Der Zeuge **S c h n a p p** erklärt: Staatsz kenne ich als früheren Gestapobeamten wieder. Ich habe ihn gesehen in der Levetzowstraße; ob ich ihn auch in der Großen Hamburger Straße gesehen habe, kann ich nicht sagen. Mit welchen Funktionen Staatsz in der Levetzowstraße betraut war, weiß ich nicht. Was ich bereits vorher zu meiner damaligen Aussage bezüglich der als Schläger bekannten Gestapobeamten angegeben habe, ist richtig. Ich verbleibe auch jetzt dabei. Diese Stelle ist mir nochmals vorgelesen worden. Sie ist richtig, mehr kann ich guten Gewissens nicht sagen. Ich wiederhole also nochmals, selbst gesehen habe ich körperliche Übergriffe von Herr Staatsz nicht.

Der Angeschuldigte **S t a a t z** hierzu gehört erklärt: Daß ich in der Levetzowstraße eine Zeitlang Dienst gemacht habe und mit welchen Funktionen ich dort betraut gewesen bin, habe ich im einzelnen am 18. Mai ds. Js. hier erklärt. Ich wiederhole, nachdem ich die Aussage des Zeugen **S c h n a p p** gehört habe, daß ich mich niemals einer Mißhandlung schuldig gemacht habe. Ich habe heute gehört, daß der Zeuge Schnapp zumindest wegen des Zeitablaufs heute nicht mehr beedigen kann, daß ich geschlagen hätte. Der Widerspruch dürfte damit ausgeräumt sein.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben:

Für meine Aussage:

**Harry Schnapp**

Für meine Aussage:

**Karl Staatsz.**

Nachdem der Angeschuldigte S t a a t z entlassen worden ist, wird die Vernehmung des Zeugen S o h n a p p fortgesetzt:

Hierfür war ein Merkmal ja schon der Umstand, daß bei der Gepäck- und Körperdurchsuchung, die bei Ost-Transporten sehr viel ernster genommen wurden als bei Theresienstadt-Transporten, neben den Wertgegenständen auch die Toilettenartikel abgenommen wurden. Diese Leute durften nur eine warme Decke mitnehmen. Man nahm ihnen also selbst die Aktentaschen fort. Wenn man also einem Menschen die Zahnbürste wegnimmt, kann das doch nur bedeuten, daß er sie nicht mehr benötigt, und ein kultivierter Mensch benötigt sie nur dann nicht, wenn er nicht mehr lebt.

Im übrigen funktionierte auch der Mundfunk.

Man wird sagen müssen daß diejenigen, die auf den Ost-Transport kamen, ich will mich vorsichtig ausdrücken, überwiegend gewußt haben, welches Schicksal ihnen bevorstand.

Von der Gemeindeaktion -Näheres darüber ist heute besprochen worden, kann ich zunächst einmal bestätigen, daß sie stattgefunden hat. Ich habe dabei aber insofern eine Sonderrolle gespielt, weil alle die, die entsprechende Militärpapiere hatten, rechts rausgeschickt wurden. Ich habe daher Einzelheiten dieser Aktion nicht selbst miterlebt, habe aber von den Erschießungen gehört, und außerdem sind diese Betroffenen ja auch nie wieder aufgetaucht. Sonst kann ich darüber nichts sagen.

Über Zigeuner-Deportationen befragt, so muß ich sagen, daß mir so etwas von Berlin aus nicht bekanntgeworden ist. Dagegen habe

ich, nachdem ich später selbst in Birkenau, dem Außenlager von Auschwitz, gelandet war, dort Zigeuner angetroffen; sie wurden der Vernichtung zugeführt wie die Juden. Sie bekamen auch die Tätowierung im Gegensatz zu Ariern und Halbariern. Zu Anfang wurden die Tätowierungen wohl in der üblichen Weise vorgenommen, jedoch später maschinell erledigt.

Die Transporte nach Theresienstadt gingen vom Anhalter Bahnhof und fanden allgemein in Personenwagen statt. Diese Wagen wurden an reguläre Züge angehängt, die jeweils morgens 6.<sup>02</sup> Uhr ab Anhalter Bahnhof gingen. Zum Bahnhof kamen die Betroffenen mit der Straßenbahn. Ab Monbijou-Platz wurde eine Sonderstraßenbahn mit zwei Anhängern eingesetzt. Diese fuhr die Betroffenen zur Bahn. Ihr Gepäck wurde mit Pferdefuhrwerken der Firma P r e i s s und in geringerem Umfange auch der Firma K e e m s , die der Gemüselieferant des Lagers Große Hamburger Straße gewesen ist, zum Bahnhof transportiert, und zwar gegen Mitternacht. Diese Gepäckfahrten mußten von Ordnern begleitet werden. Die Ordner hatten auf- und abzuladen und unterwegs aufzupassen, daß nichts verlorenging. Derartige Gepäcktransporte gab es, wenn es in den Osten ging nicht. Die Betroffenen wurden in geschlossenen Lkw's, worunter sich auch Möbelwagen befanden, und zwar der Firmen S c h e f f l e r und D e e g e n , weitere Firmennamen habe ich nicht mehr in Erinnerung, zur Verladerrampe gebracht. Für diese Transporte kamen nur die Güterbahnhöfe Grunewald und Quitzowstraße in Frage.

Nunmehr wurden mir die angaben vorgelesen, die ich am 10. und 20. Dezember 1965 Bd.XIV Seite 8 bis 17, Zeugenheft Bl. 15 ff, gemacht habe. Diese Angaben sind selbstverständlich richtig. Ich bestätige sie dadurch, daß ich damit einverstanden bin, daß sie nach Form und Inhalt zum Gegenstand meiner heutigen Anhörung gemacht werden. Dabei möchte ich jedoch auf folgendes hinweisen:

Auf Seite 2 der Vernehmung vom 20. Dezember 1965 habe ich erklärt, daß bezüglich der Ost-Transporte bei den Betroffenen vielerlei Vermutungen herrschten und daß man sich über das wahre Schicksal nicht recht klar war, während ich heute eine Aussage gemacht habe, die hierzu im Widerspruch zu stehen scheint. Dieser scheinbare Widerspruch erklärt sich dadurch, daß ich mit meiner Aussage vom 20. Dezember 1965 Seite 2 am Ende die Zeit gemeint habe, die ich noch im Büro der Jüdischen Gemeinde tätig gewesen bin. Später, nach meiner Abkommandierung zum Abgangslager Große Hamburger Straße kam ich durch die dort gemachten Erfahrungen und gewonnenen Einblicke zu der Erkenntnis, die ich heute zum Gegenstand meiner Aussage gemacht habe.

Ich habe soeben die Lichtbildmappen durchgesehen und dabei unter Nr. 10 Dobberke, unter Nr. 12 Exner, unter Nr. 18 Lachmuth, unter Nr. 14 Hansen, jedoch ohne daß ich den Namen weiß, unter Nr. 16 Krell, unter Nr. 23 Kriminalrat Möller, ohne daß ich seinen Namen hätte angeben können, ich erinnere mich aber,

daß ich ihn an der Verladerrampe auf dem Güterbahnhof Grunewald oder Quitzowstraße gesehen habe, unter Nr. 32 Prokopp, unter Nr. 46 Stark, unter Nr. 51 Stock, unter Nr. 68 Schwöbel, ohne daß ich seinen Namen hätte sagen können, und unter Nr. 422 Wenzel wiedererkannt, dessen Namen ich ebenfalls nicht gewußt habe.

Auf Befragen erkläre ich abschließend, daß ich den Leiter der Gestapo Berlin meines Wissens nie gesehen habe. Der Name B o v e n s i e p e n sagt mir gar nichts. Auch sein Vertreter Dr. V e n t e r ist mir völlig unbekannt. Diese Leute sind bei mir nicht in Erscheinung getreten. Für mich war der Oberste, den es damals gab, S t o c k und seine Umgebung.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben:

gez. Harry S c h n a p p .

G e s c h l o s s e n :

gez. Klamroth.

gez. Drews.

Für die Richtigkeit der Stenogrammübertragung:

Justizangestellte  
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle  
des Landgerichts Berlin.

V e r h a n d e l t

Zum Komplex Schutzhaft ( 1 Js 7/65 - RSHA ) vorgeladen  
erscheint die Hausfrau

Rose - Marie S c h n a p p geb. Heilbrunn,  
28.11.1921 in Berlin geb.,  
Berlin 65, Ghanastr. 11 whft.,  
Tel.: 46 05 64

im Beisein ihres Ehemannes , des KOS i. R.

Harry S c h n a p p,  
3. 6.1901 in Berlin geb.,  
wohnhaft w. o.

und erklärt auf Befragen folgendes :

Der Gegenstand meiner Vernehmung wurde mir im Zuge einer Vorbesprechung bekanntgegeben. Gleichzeitig bin ich über die Bedeutung der §§ 52, 55 StPO belehrt worden.

Ich bin bereit vor der Kriminalpolizei auszusagen und wesentlich nichts zu verschweigen.

Ich gehöre heute noch dem jüdischen Glauben an. Meine Eltern sind nach der damals herrschenden NS - Terminologie als sog. Volljuden eingestuft worden. Meine Mutter starb bereits am 15.2.1929 in Berlin.

Mein Vater

Otto H e i l b r u n n,  
4.10.1878 in Bodenburg geb.,

ist am 27.5.1942 anlässlich einer von der Gestapo durchgeführten Aktion gegen die jüdische Bevölkerung Berlins festgenommen und in das KL Sachsenhausen gebracht worden. Etwa Mitte oder Ende Oktober 1942 erhielten wir durch einen Polizeibeamten die Nachricht, daß mein Vater am 4.10.1942 ( an seinem Geburtstage ) an den Folgen einer Ruhrerkrankung gestorben sei. Ich bin damit einverstanden, daß der in meinem Besitz befindliche Totenschein fotokopiert zu meinen Akten genommen wird .

Auffallend an diese mysteriösen Umstände, die angeblich zum Tode meines Vaters geführt haben sollen, ist, daß er noch kurz vor seinem Tode eine Postkarte mit dem Poststempel vom 2.10.1942 an meine Mutter gerichtet hatte, in der er nichts von einer Krankheit schrieb und um die Übersendung einiger Kleidungsstücke gebeten hat. Seine Anschrift war immer die gleiche geblieben und in seinem Absender war von einem Krankenhau, in dem er angeblich gestorben sein soll, keine Rede. Ich bin einverstanden, daß diese Postkarte ebenfalls fotokopiert zu meinen Akten genommen wird.

Ich habe hier in Berlin die Schule besucht und wurde 1936 aus dem Mozart - Oberlyzeum entlassen. Das damalige System erlaubte es mir nicht, einen Beruf zu erlernen. Ich habe daher in dem jüdischen Altersheim, Berlin NW 87, Altonaer Str. 4, Kochen gelernt.

Die Insassen des jüdischen Altersheimes wurden etwa Mitte April 1942 " nach dem Osten ", ich glaube nach Riga, deportiert. Man erzählte es sich jedenfalls damals, daß die Transporte nach Riga abgegangen sind. Ich selbst war nicht Zeuge dieser Abtransporte, sondern wurde etwa acht Tage vorher zum jüdischen Altersheim Gr. Hamburger Str. als Köchin versetzt. Die Insassen dieses Altersheimes sind etwa nach drei Tage nach meiner Ankunft nach Theresienstadt deportiert worden. Ich habe in Erinnerung, daß der Gestapo - Angehörige P r u f e r aus der Burgstr. den Auftrag hatte, das Altersheim freizumachen und als Auffanglager herzurichten. Zu diesem Zeitpunkt herrschte eine große Ungewissheit und keiner wußte, was überhaupt los war.

Zwischenvermerk des Ehemannes :

Wie ich bereits in meinen Vernehmungen erwähnt habe, war ich als Beamter mit lebenslänglicher Anstellung bei der Jüdischen Gemeinde - Abteilung Schulverwaltung - tätig. Es schlug bei uns wie eine Bombe ein, als wir von der Räumung des Altersheimes in der Gr. Hamburger Str. erfahren hatten. Man sprach später von sog. Heimeinkaufsverträgen für Theresienstadt.

Angaben der Ehefrau :

Mir ist aus dieser Zeit nur der Name P r u f e r in Erinnerung. Dieser Gestapo - Mann bewirkte, wie bereits erwähnt, die Räumung des jüdischen Altersheimes. Die alten Leute erhielten die Auflage, nur soviel Gepäck mitzunehmen, wie sie tragen konnten. Die im Hause tätigen Angestellten mußten den alten Leuten beim Packen behilflich sein. Der Abtransport erfolgte von dem in der Nähe liegenden Monbijouplatz aus mit der Straßenbahn. Bettlägerige und kranke Personen wurden gestützt zur Straßenbahn gebracht. Die Entfernung betrug etwa 80 Meter. Es herrschte natürlich eine große Aufregung. Viele alte Leute haben geweint, weil sie hier ihre Familien zurücklassen mußten.

Ich bin bis Ende Juni im Auffanglager Gr. Hamburger Str. als Köchin tätig gewesen und wurde am 1.7.1943 mit meiner Stiefmutter zusammen mit dem 99. Alterstransport nach Theresienstadt deportiert werden. Mein jetziger Ehemann wurde mit dem gleichen Transport am gleichen Tage nach Theresienstadt " evakuiert ". Ich habe es zwar nicht mehr in Erinnerung, aber mein Mann weiß, daß wir mit Lkw, deren Seiten mit Plane verdeckt waren, zum Anhalter Bahnhof gebracht und dort in Personenwagen 3. Klasse verladen wurden. Auf dem Anhalter Bahnhof sind meiner Erinnerung nach D o b b e r k e und der SS - H' Stuf S t o c k anwesend gewesen. Über die Begleitung befragt, glaube ich mich zu erinnern, daß der Gestapo - Angehörige L a c h m u t h diesen Transport begleitet hat. Ich glaube, daß L a c h m u t h als Transport - Begleiter mitgefahren ist, weil seine jüdische Freundin Hilde B e r l o w i t z mit ihren Schwestern Else und Lacie sowie ihrem Bruder Leo nach Theresienstadt " evakuiert " wurden. Es trifft zu, daß die drei Schwestern als Stenotypistin bei der Stapo - Dienststelle Burgstr., obwohl sie Juden waren, tätig waren. Die Tätigkeit des Bruders, ist mir nicht bekanntgeworden. Die Geschwister B e r l o w i t z sind meiner Meinung nach später von Theresienstadt aus vermutlich nach Auschwitz gekommen und dort umgebracht worden.

In Theresienstadt habe ich mit den drei Schwestern B e r -  
l o w i t z gemeinsam in einem Raum auf dem Dachboden cam-  
pieren müssen. Ich habe des Öfteren von den Geschwistern  
B e r l o w i t z erfahren, daß L a c h m u t h wiederholt  
Transporte nach Theresienstadt begleitet habe und mit der  
Hilde B. zusammengekommen sei. ~~Wahrscheinlich~~ Dieses Zusammentreffen  
kann meiner Meinung nach nur innerhalb des Lagers erfolgt  
sein, denn von uns war niemand außerhalb der Kasematten  
Theresienstadt in einem Arbeitseinsatz tätig.

Während meiner Tätigkeit als Köchin in der Gr. Hamburger Str.  
bin ich Gestapo - Angehörigen, außer gelegentlich mit W e n -  
z e l, niemals zusammengekommen. W e n z e l erschien öfters  
in der Küche und verschwand in der Speisekammer, um sich  
sattzuessen.

Als diensttuende Gestapo - Angehörige im Lager Gr. Hamburger  
Str. sind mir D o b b e r k e , S c h n e i d e r ,  
S t o e k und S t a r k in Erinnerung. Ich könnte mich  
aber nicht mehr erinnern, wie sie ausgesehen haben. Ich kann  
nicht sagen, daß diese Leute Schläger waren, oder häufig zu  
Mißhandlungen geneigt haben. Es wurde erst schlimm, als Ange-  
hörige der Wiener Gestapo, darunter der SS - H' Stuf B r u n -  
n e r , das Auffanglager vom 11. November 1942 bis etwa bis  
zur Fabrik - Aktion übernahmen . B r u n n e r , W e i s l  
und S l a w i k, scheuten sich nicht davor, gerade ältere  
Juden mit Füßen zu treten oder ins Gesicht zu schlagen. Es  
führte soweit, daß B r u n n e r und seine Leute auch die  
jüdischen Ordner wegen geringer Anlässe schlug.

#### Auf Befragen :

Die Bedeutung einer Deportation in das KL Auschwitz war mir  
damals schon bekannt. Ich möchte sogar sagen, daß Auschwitz  
schon damals als Vernichtungslager bezeichnet wurde. Aller-  
dings machte man sich über die Art der Vernichtung verschie-  
dene Vorstellungen. Ein Transport nach dem Osten, war das  
Schlimmste was einem passieren konnte. Es kam auch nie Nach-  
richt von irgendeinem Deportierten zu uns. Diese Umstände  
führten zu dem Glauben, daß niemand mehr zurückkehren würde.  
Ich wurde im Mai 1944 vom KL Theresienstadt aus mit einem  
Transport von etwa 1000 Männer, Frauen und Kinder dem KL  
Auschwitz - Birkenau überstellt und kam in das sog. Familien-  
lager.

Vermutlich aus Zeitmangel fand die sog. Selektion erst nach etwa sechs Wochen im Frauenlager - Hauptlager Auschwitz - statt. Ich kam anschließend in das Arbeitslager Christianstadt in Oberschlesien. Beim Herannahern der russischen Truppen, mußten wir zu Fuß das Lager verlassen. Ich nahm an dem sog. Todesmarsch bis in das KL Bergen - Belsen teil, wo ich dann von den englischen Truppen befreit wurde.

Angaben des Harry Schnapp :

Ich möchte ergänzend zu meinen damaligen Vernehmungen folgendes angeben :

Während der sog. Brunner - Zeit mußten alle als Ordner im Auffanglager Gr. Hamburger Str. tätigen Personen bei Abholungen jüdischer Bürger aus ihren Wohnungen Hilfsdienste leisten, indem sie das letzte Hab und Gut zusammengerollt und zum bereitstehenden Lkw getragen haben. Diese Abhol - Aktionen sind größtenteils von Angehörigen der Waffen - SS durchgeführt worden, die mit Karabinern und Stahlhelmen ausgerüstet waren. Den nun folgenden Vorfall könnte ich vor Gericht bezeugen. An einem Tage, es kann etwa Ende 1942 oder Anfang 1943 gewesen sein, mußte ich aus den vorerwähnten Gründen mit einer Gruppe von vier oder fünf Waffen - SS Leuten mitfahren. Außer mir wurde noch ein namentlich nicht mehr bekannter Ordner zu diesem Hilfsdienst gezwungen. Ich mußte mit dem Ordner zusammen und den SS - Leuten die Wohnung eines jüdischen Zahnarzt - Ehepaares in der Neuen Promenade, direkt am Bahnhof Börse, aufsuchen. Im gleichen Hause befand sich die Ärztliche Instrumentenhandlung WURACH ( phon. ). Den Namen des Zahnarzt - Ehepaares, weiß ich heute nicht mehr. Er kann etwa Nathan o.ä. gelautet haben. Die SS - Leute, wieviel es waren weiß ich nicht stürmten mit einem Angehörigen der Wiener Gestapo die Treppen hinauf und drangen auf einer mir unbekanntem Art in die Wohnung ein. Als ich mit meinem Kollegen nachkam und auf den letzten Stufen des Podestes vor der Wohnungstür anlangte, fiel in der Wohnung ein Schuß. Ich konnte bei meinem Blick durch die geöffnete Wohnungstür sehen, daß ein SS - Mann das Badezimmer rückwärts gehend mit angewinkeltem Karabiner verließ und aus der Karabinermündung noch leichter Pulverdampf emporstieg.

Ich bin vor lauter Schrecken ganz starr stehen geblieben. Ich weiß nicht mehr, wer nun eine Decke geholt hat und den leblosen Körper der Frau darin einwickelte. Warum der SS - Mann die Frau erschossen hatte, weiß ich nicht. Ich habe auch die Gründe in der Folgezeit niemals erfahren. Die Leiche wurde sofort von den SS - Männern auf den Lkw gebracht und unverzüglich unter Mitnahme des Ehemannes die Fahrt fortgesetzt. Die Leiche wurde dann zum Auffanglager Gr. Hamburger Str. mitgenommen. Von irgendwelchen nachträglichen Folgen für den Schützen ist mir nie etwas bekanntgeworden. Mir fällt jetzt ein, daß sich die vorerwähnte Angelegenheit doch zu Beginn der Brunner - Ära zugetragen haben müßte, denn B r u n n e r hatte während der Durchführung seiner Maßnahmen die Taktik, Straßenweise die Häuserblocks judenfremd zu machen.

Der von mir geschilderte Vorfall führte letztlich zu der Erkenntnis, daß das weitere Schicksal der jüdischen Bürger am Deportierungs - Zielort genauso aussehen würde .

gez. selbst  
..... gelesen, genehmigt und unterschrieben

Rose-Marie Schnapp geb. Heilbrunn

gez. selbst  
..... gelesen, genehmigt und unterschrieben

Geschlossen : Harry Schnapp  
.....

gez. Thieler  
( Thieler ) KOM

Chm

I - A - KI 3

1 Berlin 42, den 22. 12. 1967

V e r m e r k

Herr S c h n a p p wurde bei seiner Schilderung über die Erschießung einer Jüdin in Bln. C 2, Neue Promenade 5, mehrfach auf die Bedeutung seiner Aussage hingewiesen.

Er versicherte, daß er seine diesbezüglichen Angaben bei einer evtl. Gerichtsverhandlung wiederholen würde und auch beideln könnte.

Die von hier aus durchgeführten Ermittlungen haben ergeben, daß zur angegebenen Zeit in Bln. C 2, Neue Promenade 5, eine Firma zur Herstellung chirurg. Instrumente unter dem Namen Reinhold W u r a c h vorhanden war. Ein Zahnarzt konnte jedoch als Hausbewohner in diesem Hause nicht festgestellt werden.

lt. Adressbuch der Stadt Berlin, Jahrgang 1939, war als einziger Zahnarzt in dieser Straße der

Dr. Walter O s c h e r,  
16.4.1890 Königsberg/Ostpr. geb.,  
Neue Promenade 7, vorn 2. Stock,

wohnhaft.

Der Vorgenannte gehörte dem jüdischen Glauben an und ist mit seiner Ehefrau

Thekla geb. Spiewkowski,  
28.10.1894 Berlin geb.,  
whft. w. o.,

am 17. 5. 1943 mit dem 38. Osttransport (Bl. 18, lfd. Nr. 338 u. 339) deportiert worden. Am 14. 5. 1943 hat Frau O s c h e r eine Einziehungsverfügung der Stapoleit. Bln. mit ihrem Namen unterzeichnet. Die beim Treuhänder f. Rückerstattungsvermögen vorhandene GFP - Akte, Nr. 5 433 903 enthält keinerlei Hinweise, daß die Vorgenannte in Berlin verstorben ist. Ein derartiger Hinweis oder eine Streichung ihres Namens ist in der Transportliste des 38. Osttransportes ebenfalls nicht vorhanden.

Nach diesem Ermittlungsergebnis erscheint es sehr fraglich, ob das Zahnarzt - Ehepaar identisch ist und ob es sich bei der angeblich Getöteten tatsächlich um die Ehefrau des Zahnarztes gehandelt hat. Die in damaliger Zeit gegen jüdische Bürger gerichteten Maßnahmen sahen u. a. vor, jüdische Familien in Berlin auf engstem Raum zu konzentrieren und mehrere Familien gleichzeitig in eine sogenannte Judenwohnung unterzubringen.

Es wäre daher nicht auszuschließen, daß <sup>es</sup> sich bei dem Opfer um einen Mitbewohner dieser Wohnung gehandelt haben könnte. Weitere Anhaltspunkte, die zur Aufklärung der Tat und zur Identifizierung des Opfers führen könnten, sind vorerst nicht vorhanden. Der angebliche Tatort liegt im Bereich des SBS.

gez.

(Thieler), KOM

2/1

36

jj

Bruno Schultz  
(1970) Berlin 12  
Goethes. 37/38

V e r h a n d e l t

Ebenfalls in der Wohnung der Zeugin, Frau Gertrud S t o c k h a u s e n, in Berlin 61, Monumentenstr. 28, aufgesucht, erscheint der 1. Vorsitzende der Vereinigung der "Katzenfreunde in Deutschland", Herr

Bruno S c h u l z,  
5.10.1904 Stuhm/Westpr. geb.,  
1 Berlin 12,  
Goethestr. 37/38 wohnh.,  
Tel.: 881 60 21,

und erklärt, nachdem er mit dem Gegenstand der Verhandlung vertraut gemacht wurde, zur Sache folgendes:

Mir ist der Inhalt der Vernehmung von Frau S t o c k h a u s e n bekannt. In Ergänzung dazu kann ich folgende Angaben machen:

Ich bestätige, daß mir Frau S t o c k h a u s e n im Jahre 1956 eine Aktennotiz mit der Originalunterschrift von Herrn A r n o l d übergeben hat. Ich habe den vollständigen Inhalt dieser Aktennotiz in unserer Verbandszeitung "Unsere Katze", 28. Jahrgang, Nr. 8, im August 1956 veröffentlichen lassen. Die Notiz ist unter der Überschrift "Das sollten wir nicht vergessen" veröffentlicht worden. Der Nachsatz dazu stammt von mir.

Ich versichere hier nochmals, daß die Veröffentlichung voll und ganz mit dem Inhalt der Aktennotiz übereinstimmt. Über den Verbleib der Aktennotiz kann ich folgendes sagen:

Etwa seit 1954 arbeitet die Druckerei

"Druck und Verlag Hermann Schütz"  
Berlin 61, Segitzdamm 36,

für unseren Verein. Alle Manuskripte für die Vereinszeitung "Unsere Katze" werden der Druckerei übergeben und verbleiben dort überlicherweise. Wenn wichtige Dinge dabei sind, dann bitte ich ausdrücklich um Rückgabe und erhalte dann im Einzelfall diese Stücke von der Druckerei zurück. Auch im vorliegenden Falle habe ich der Druckerei die Aktennotiz zusammen mit meinem Manuskript übergeben. Die Unterlagen sind bei der Druckerei verblieben. Aufgrund der Nachfrage der Kriminalpolizei habe ich mich persönlich in dieser Angelegenheit mit der Druckerei in Verbindung gesetzt und von dort erfahren, daß aus dem Jahre 1956 keinerlei Unterlagen mehr vorhanden sind. Dies ist bei dem anfallenden Material auch ganz verständlich. Ich bin bereit, meine Angaben vor einem ordentlichen Gericht zu wiederholen und zu beeden.

Geschlossen:                    selbst  
                                  ..... gelesen, genehmigt u. unterschrieben:

gez. Zimniak  
(Zimniak) KEM

                                  gez. Bruno Schulz  
                                  .....

HS HO<sup>u</sup>

36 k

Gertraud S c h u m a n n geb. Goldschmidt

Wohnort: (1968) 1 Berlin 37  
Treibjagdweg 3

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

Berlin 21, den 10. April 1968  
Turmstraße 91

1 Js 1/65 (RSHA)

Gegenwärtig: Staatsanwalt H ö l z n e r  
Justizangestellte A d r y a n

Vorgeladen erscheint als Zeugin um 9.00 Uhr die

Hausfrau Gertraud S c h u m a n n ,  
geborene Goldschmidt,  
geboren am 8. Mai 1920 in Berlin,  
wohnhaft Berlin 37 (Zehlendorf), Treibjagdweg 3,  
Telefon: 811 37 70,

- mit den Beschuldigten nicht verwandt und nicht verschwägert -  
und erklärt, mit dem Gegenstand der Vernehmung vertraut gemacht,  
folgendes:

Meine Mutter ist Halbjüdin, ich bin uneheliches Kind. Ob mein Vater  
Volljude oder Arier war, ist mir nicht bekannt; damals - vor 1945 -  
gingen die amtlichen Eintragungen dahin, daß mein Vater Volljude sei.  
Dies stimmte jedoch möglicherweise nicht. Ich selbst gehörte der katho-  
lischen Religionsgemeinschaft seit 1940 an. Ich schloß mich der katho-  
lischen Kirche deshalb an, weil ich damals ein Kind erwartete und  
wollte, daß dieses Kind katholisch sein sollte.

Der Vater meines unehelich geborenen Kindes war ein katholischer  
"arischer" Ungar. Mein Sohn wurde am 23. August 1940 geboren.

Ungefähr in der zweiten Märzhälfte des Jahres 1943 kam ich als Steno-  
typistin zur Reichsvereinigung der Juden in Deutschland. Ich arbeitete  
in der Dienststelle Kantstraße 154 in der von Herrn Dr. Hans-Erich  
F a b i a n geleiteten Abteilung. Wir hatten dort u. a. Statistiken

über jüdische Gemeinden zu fertigen. Während meiner Tätigkeit bei der Reichsvereinigung kamen ungefähr zweimal SS-Leute in Zivil durch unser Dienstzimmer. Sie hielten sich in dem Zimmer jeweils nur wenige Minuten auf. Ich habe deshalb keinerlei Erinnerung mehr an ihr Aussehen; schon damals wußte ich nicht, von welcher Dienststelle diese SS-Leute kamen. Ihre Namen wurden mir nicht genannt. Erinnerunglich ist mir noch, daß wir beim Eintritt der SS-Leute aufstehen mußten.

Nachdem ich einige Zeit bei der Reichsvereinigung tätig war, wurde mein Sohn krank. Ich erhielt aus diesen Gründe die Erlaubnis, meine Arbeiten zu Hause zu erledigen. Ich mußte täglich bei der Reichsvereinigung erscheinen, bekam Diktate und ging dann nach Hause, wo ich meine Arbeiten fertigte. Am nächsten Tage hatte ich dann die fertigen Arbeiten abzuliefern. Ungefähr im Mai 1943 - das genaue Datum ist mir nicht mehr in Erinnerung - wollte ich wiederum bei der Reichsvereinigung in der Kantstraße Arbeiten abliefern. Als ich dorthin kam, war die Tür verschlossen und versiegelt. Ich erfuhr dann, daß alle Angestellten der Reichsvereinigung abgeholt worden seien. Einige Zeit später wurde ich dann selbst verhaftet, in das Sammellager in der Großen Hamburger Straße eingeliefert und von dort aus wenige Tage später nach Theresienstadt deportiert. Festgenommen wurde ich am Fronleichnamstag des Jahres 1943. Meine Deportation erfolgte ungefähr eine Woche später. Meinen Sohn nahm man mir vor meiner Deportation weg. Erst 1/2 Jahr später erfuhr ich in Theresienstadt, daß man meinen Sohn in ein katholisches Kloster gebracht habe.

Zur Zeit meiner Deportation war mir klar, daß eine Deportation nach dem Osten gleichbedeutend mit dem Tode für die Deportierten sei. Anders war das bei einer Deportation nach Theresienstadt, das als Vorzugslager galt und eine Überlebenschance bot. Ich war deshalb erleichtert, nach Theresienstadt zu kommen und hatte die Hoffnung, von dort einen Tag

wiederkommen und meinen Sohn wiedersehen zu können.

Ich will nun schildern, wie ich zu der Überzeugung kam, daß im Falle der Deportation nach dem Osten den Deportierten der Tod bevorstehen könne. Bereits vor dem Kriege war mein Onkel in das KL Buchenwald gebracht worden. Einige Zeit später - kurz vor oder nach Ausbruch des Krieges - erhielten wir einen Pappkarton mit seiner Asche übersandt. Als im Herbst 1941 die Transporte aus Berlin begannen, war ich zwangsweise bei der Firma Pertrix als Arbeiterin eingesetzt. Auf dieser Arbeitsstelle kam ich eigentlich zum ersten Mal in meinem Leben näher mit Juden in Verbindung. Meine jüdischen Kolleginnen und Kollegen erhielten gelegentlich Karten von Verwandten oder Bekannten aus Litzmannstadt, die dann bei uns die Runde machten. (Auch wir erhielten einmal die Karte einer Bekannten aus Litzmannstadt.) Ein Teil dieser Karten hatte einen verschlüsselten Inhalt. Die Absender hatten mit den in Berlin gebliebenen Empfängern vorher irgendwelche Zeichen verabredet, die dann auf den Karten verwandt wurden, ohne daß sie bei der Zensur als Verschlüsselungen oder Code bemerkt werden konnten. Es handelte sich um bestimmte Worte oder Zeichen, wie Punkte u. ä. Aus solchen verschlüsselten Mitteilungen ergab sich, daß die nach Litzmannstadt Deportierten wenig zu essen erhielten, hart arbeiten mußten und auch geschlagen wurden. Außerdem wurde mitunter auch mitgeteilt, daß der eine oder andere Deportierte inzwischen verstorben sei. Ich entsinne mich, daß solche Sterbemitteilungen in der Form gemacht wurden, daß der Absender, der in Litzmannstadt war, anfragte, ob eine bestimmte Person in Berlin noch lebe bzw. wie es einer bestimmten Person hier gehe. In Wirklichkeit brachte er mit dieser Frage zum Ausdruck, daß der, nach dem er scheinbar fragte, in Litzmannstadt verstorben sei.

Wir kannten damals eine Familie Möller. Einer der Söhne, Rudi Möller, war bei der SS und in Polen eingesetzt. Anlässlich von Urlaubsaufent-

halten in Berlin besuchte er uns mitunter und brachte uns bei solchen Gelegenheiten auch etwa eine Gans oder andere Lebensmittel aus Polen mit, weil er wußte, daß wir nicht viel zu essen hatten. Rudi Möller erzählte mir, daß er in Polen fürchterliche Dinge, u. a. Übergriffe gegen Juden und Vergewaltigungen von Polinnen durch zahlreiche Deutsche miterleben habe müssen. Er sagte, aufgrund solcher Erlebnisse könne man über Nacht grau werden. Er selbst könne nachts nicht mehr schlafen und möchte am liebsten davonlaufen. Er erzählte zwar, möglicherweise um uns zu schonen, keine weiteren Einzelheiten. Der Sinn seiner Erzählungen ging jedoch eindeutig dahin, daß er mir bedeuten wollte, daß man in Polen u. a. Juden tötete. Ich verstand ihn auch in diesem Sinne und ging davon aus, daß es in Polen tatsächlich zu massenweisen Judentötungen käme. Der Vater von Rudi Möller, Paul Möller, hatte eine Mitropa-Gaststätte in einer Stadt im Osten, deren Anfangsbuchstabe "K" lautete. Ich glaube, die Stadt war Kattowitz, kann es aber nicht mehr mit Sicherheit sagen. Paul Möller erzählte meiner Mutter in ähnlichem Sinne, wie es Rudi Möller mir gegenüber tat. Auch Paul Möller, von dessen Erzählungen ich über meine Mutter erfuhr, berichtete zwar keine konkreten Einzelheiten, brachte aber in allgemeiner Form ebenfalls zum Ausdruck, daß im Osten Juden getötet würden. Ich hatte damals keinen Zweifel, daß die Berichte der Familie Möller zuträfen. Aus anderer Quelle, von wem, weiß ich allerdings nicht mehr, erfuhr ich, daß es im Osten Massenerschießungen von Juden durch deutsche Einheiten gegeben hätte, die nicht zur Wehrmacht gehörten, sondern irgendwie die Wehrmacht kontrollierten und wohl hinter der Front operierten. Ich kann mich auf die Bezeichnung dieser Einheiten nicht besinnen; es könnte sein, daß es sich um Feldpolizei-Einheiten handelte; es können aber auch andere Einheiten gewesen sein. Irgend jemand, an den ich mich nicht mehr näher zu besinnen vermag, erzählte mir eines Tages - es muß etwa 1941 oder 1942 gewesen sein, jedenfalls war es vor meiner Festnahme -

daß im Osten Juden riesige Gräben als Massengräber hätten ausheben müssen. Im Anschluß daran seien diese Juden dann durch Genickschlag getötet und in die Gräben geworfen worden. Auf die Leichen habe man Chlorkalk geschüttet und die Gräben dann mit Erde zugeschüttet. Ein Teil der Opfer sei jedoch nicht tot gewesen; man habe sich auch nicht davon überzeugt, ob bei jedem der Tod eingetreten sei. Diese noch lebenden Opfer hätten sich bewegt und versucht, herauszukommen. Dadurch habe sich die Erde bewegt und es hätten sogar Hände aus der Erde herausgeragt. Ich will mit Bestimmtheit sagen, daß ich diese Erzählung 1941 oder 1942 gehört habe. Ich bringe auf keinen Fall Dinge, die ich nach dem Kriege hörte, damit in Verbindung und verwechselt auch nichts. Ich kann mich nur nicht an den erinnern, von dem ich diese Information damals erhielt.

Im August 1942 wurde meine Mutter von der Levetsowstraße aus nach dem Osten deportiert. Drei Tage später sickerte durch, daß der Transport in den Raum Riga gegangen sei. Ich versuchte, Näheres über das Schicksal meiner Mutter zu erfahren und hörte in unserer Firma von jüdischen Kollegen, ein Eisenbahner, der solche Transporte in den Raum Riga zu begleiten hätte, habe erzählt, ein Teil der Züge ginge gar nicht bis Riga oder bis zu dem entsprechenden anderen Zielort. Man halte die Züge teilweise vielmehr auch schon vorher an und töte die Transportteilnehmer, indem man irgendwie Gas in die Waggons leite; es kämen auch Erschießungen vor. Ohne daß ich mich noch festlegen kann, könnte es sein, daß diese Dinge ein Meister oder Vorarbeiter bei Pertrix erzählte. Außerdem sickerte dieses oder jenes andere Gerücht über Judentötungen, an das ich mich im einzelnen nicht mehr erinnern kann, damals durch. Wenn ich mich recht entsinne, wurden solche Gerüchte gerade auch von Ariern, die irgendwie im Osteinsatz waren, erzählt. Es gab auch Arier, die solche Dinge von im Ostein-

satz befindlichen Verwandten oder Bekannten hörten und das dann weitererzählten. Alle diese Berichte, Gerüchte und sonstigen Informationen ließen mir keinen Zweifel daran, daß einem Juden, der in den Osten deportiert wurde, der Tod bevorstand. Dies war damals bereits vor meiner Verhaftung meine feste Überzeugung.

In Theresienstadt wurde von tschechischen "arischen" Polizisten erzählt, daß Juden, die sich beim Arbeitseinsatz geringe Verstöße hatten zuschulden kommen lassen, auf die kleine Festung gebracht würden wo man sie dann tötete. Wenn aus Theresienstadt Transporte nach Auschwitz oder Birkenau abgingen, dann stellte ich mir vor, daß diese Leute dem Tode entgegengingen. Es hatte sich in Theresienstadt herumgesprochen, daß in Auschwitz Juden vergast würden. Als Teilnehmer solcher Transporte nach Auschwitz/Birkenau suchte man meist alte, schwache oder auch kranke Leute aus, die von dem Wenigen, was sie nach Theresienstadt hatten mitbringen dürfen, so gut wie nichts nach Auschwitz mitnehmen konnten. Ich konnte mir vorstellen, was diese Leute am Zielort erwartete; denn arbeiten konnten sie ja meist aufgrund ihres Alters oder Zustandes nicht mehr. Unsere Informationen in Theresienstadt über Judentötungen stammten überwiegend von "arischen" Tschechen, etwa von den tschechischen Polizisten. Mit diesen Leuten konnte man als Jude damals, wenn auch heimlich und sozusagen hinter der vorgehaltenen Hand, reden. An Einzelheiten solcher Gespräche vermag ich mich allerdings nicht mehr zu erinnern. Der Sinn der Gespräche ging aber dahin, daß Deportation nach Auschwitz den Tod für die Deportierten bedeuten könne.

Etwa im August 1944 kam ich nach Wulkow. In Wulkow wurden wir von S t u s c h k a empfangen, der eine kurze Rede hielt, in der er zum Ausdruck brachte, wenn wir ordentlich arbeiteten, "sei er nicht so".

Stuschka war der Kommandant des Lagers Wulkow. Mir werden nunmehr 5 Lichtbilder (Nr. 118 bis Nr. 126 der Lichtbildmappe 1 Js 1/65 (RSHA)) vorgelegt. Ich erkenne auf keinem der Lichtbilder Stuschka wieder. Auch wenn mir nunmehr gesagt wird, daß die auf Bild Nr. 125 abgebildete Person Stuschka ist, muß ich sagen, daß ich ihn auf dem Bild nicht wiedererkenne. Ich möchte hierzu bemerken, daß ich Stuschka damals eigentlich immer nur mit seiner Uniformmütze sah und ihn deshalb anders in Erinnerung habe. Zum Lagerpersonal gehörte auch ein SS-Mann namens S t a s n y, der aus Österreich stammte. Sekretärin Stuschkas war ein kleines, blondes Fräulein, die eigentlich zu mir immer recht nett war. Auf Vorhalt des Namens P r e u ß entsinne ich mich auch dieses Namens wieder. Stuschka fuhr häufig nach Berlin. Was er dort zu verrichten hatte, erfuhr ich nicht. Während ich in Wulkow war, wurde Stuschka um eine Rangstufe befördert.

Im Lager waren insgesamt 250 bis 300 Juden - fast alles Mischlinge - inhaftiert, davon etwa 25 Frauen. Wir waren damit befaßt, Baracken zu erstellen. Die technische Leitung des Barackenbaues oblag dem jüdischen Ingenieur K o s i n e r, der heute in Prag 7, Veletržni 67 wohnt. Herr Kosiner hat mir vor 2 Monaten erst einen Brief geschrieben, in dem er mir u. a. mitteilte, Stuschka habe sich bei ihm nach dem Kriege für sein Verhalten entschuldigt.

Stuschka beauftragte uns gelegentlich mit Arbeiten, die als reine Schikane anzusehen waren. Er trug in seinen Stiefel einen Fahrradschlauch mit sich herum, mit dem er ab und an jüdische Häftlinge ins Gesicht schlug. Ich hörte, daß er vor meiner Ankunft in Wulkow einmal einen Galgen habe aufstellen und jüdische Häftlinge darunter Aufstellung habe nehmen lassen. Dann aber habe er die Juden wieder gehen lassen. Stuschka schlug sehr häufig jüdische Häftlinge oder ließ jüdische Häftlinge auch durch Mithäftlinge schlagen. Hinterher verteilte er

dann an alle Ölsardinen. Er war überhaupt ein etwas eigenartiger Charakter. Herrn Kosiner schlug er einmal so heftig, daß dessen Auge verletzt war. Danach fuhr er dann selbst mit Kosiner nach Berlin und ließ das Auge behandeln. Jedenfalls ist es mir so noch in Erinnerung wobei ich aber bemerken möchte, daß ich Einzelheiten dieses Vorfalles nicht mehr richtig im Gedächtnis habe. Sonst ließ Stuschka Herrn Kosiner allerdings in Ruhe.

Ich selbst mußte auf Befehl Stuschkas einmal zwei Tage und zwei Nächte hintereinander ohne Kleidung im Splittergraben zubringen. H a n k e , der ebenfalls dem SS-Personal des Lagers angehörte und wohl aus Österreich stammte, holte mich dann, als Stuschka nach Berlin gefahren war, aus dem Graben heraus. Anlaß für diese "Bestrafung" war, daß Stuschka mit mir wegen einer mir übertragenen Arbeit unzufrieden war. Hanke ging im Lager immer mit einem Schäferhund umher.

Später begann Stuschka mich dann zu bevorzugen. Er äußerte, die Juden seien alle "Drecksäue", diese "Drecksau" - womit er mich meinte - habe jedoch Stolz, sie könne deshalb ins Büro. Ich kam daraufhin in das Büro zu Herrn Kosiner, wo unter anderem technische Zeichnungen gefertigt wurden. Ich erinnere mich daran, daß wir - daß heißt, alle inhaftierten Frauen im Lager - im November mit den Händen den Matsch im Lager in Eimer werfen und aus dem Lager tragen mußten. Den Befehl dazu hatte Stuschka gegeben. Die Männer mußten dazu in Form eines Appells Aufstellung nehmen und zusehen. Die ganze Sache dauerte Stunden.

In Wulkow hatte ich keine Gelegenheit, mit Stuschka oder auch Fräulein Preuß oder einem anderen Angehörigen der Lagerwache ein Gespräch darüber zu führen, was diese vom wirklichen Schicksal der Juden wußten. Ein solches Gespräch war insbesondere mit Stuschka, aber auch mit den anderen, völlig undenkbar. Wenn überhaupt Gespräche möglich waren,

dann nur heimlich und über völlig neutrale Dinge. Ein Gespräch mit SS-Leuten über das Schicksal der Juden zu führen, war ganz unvorstellbar. Ich kann deshalb auch nicht sagen, was Stuschka, Hanke oder Fräulein Preuß über das wirkliche Schicksal der Juden wußten.

Eines Tages flüchtete aus dem Lager ein jüdischer Häftling, der dann gefaßt und zunächst wieder in das Lager zurückgebracht wurde. Er wurde in eine Baracke geschafft und dort blutig geschlagen. Ich selbst habe dann nachher in der Baracke das Blut wegwaschen müssen. Ich habe während meiner ganzen Zeit in Wulkow jedoch niemals erlebt, daß ein Jude getötet wurde.

Ich habe dem Diktat, das in meiner Gegenwart ins Stenogramm gegeben worden ist, aufmerksam zugehört. Alle gewählten Formulierungen entsprechen voll und ganz meinen Angaben. Ich verzichte deshalb auf nochmaliges Vorlesen und auf eine Durchsicht der Reinschrift.

Laut in Gegenwart der Zeugin ins Stenogramm diktiert und von ihr dort als genehmigt unterschrieben.

Schluß der Vernehmung: 11.45 Uhr.

gez. Gertraud Schumann geb. Goldschmidt

gez. Hölzner  
Staatsanwalt

gez. Adryan  
Justizangestellte

HS Ho<sup>u</sup>



26 kb

Max Schwartzwälder

1 Berlin 13

am Heidebusch 11

146

V e r h a n d e l t :

Vorgeladen erscheint der Friedhofs-Inspektor

Max S c h w a r s w ä l d e r,  
26. 12. 02 in Heilbronn/Neckar,  
Berlin 22, Weinholdweg Nr. 3

und erklärt auf Befragen folgendes:

Der Gegenstand meiner Vernehmung wurde mir in einer Vorbesprechung bekanntgegeben. Mir ist erläutert worden, daß sich das Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige der Stapoleitstelle Berlin richtet.

Dazu kann ich gar nichts aussagen, weil ich mit diesen Leuten niemals Kontakt gehabt habe. Nur vom Hörensagen ist mir der Name D o b b e r k e, vom Lager Schulestr., in Erinnerung, ohne daß ich über diesen Gestapoangehörigen nähere Angaben machen kann. Gesprächsweise ist mir seinerzeit bekannt geworden, daß die Gestapoangehörigen S t a r k, S t o c k u. B r u n n e r in der Burgstr. ihren Dienstsitz gehabt haben. Persönlich habe ich niemand gekannt. Aus den vorerwähnten Gründen habe ich auch niemanden in der mir hier vorgelegten Lichtbildmappe erkannt.

Ich gehöre von Geburt an dem jüdischen Glauben an.

Im Jahre 1926, ich verbessere mich, im Jahre 1925 heiratete ich eine Christin. Aus unserer Ehe sind 2 Kinder hervorgegangen. Meine Frau sowie meine Kinder sind Dissidenten. Ich besaß bis 1934 ein Süßwarengeschäft in Freiburg/Breisgau. Dieses Geschäft mußte ich wegen des herrschenden Systems schließen und ich mußte anschließend meine Familie als Vertreter ernähren.

1939 ging ich allein zwecks Auswanderung nach Landwerk/Heuendorf bei Fürstenwalde, um mich als Gärtner umschulen zu lassen. Aus der Auswanderung wurde nichts mehr, weil zwischenseitlich der Krieg mit Amerika ausbrach. Nach meiner Rückkehr nach Freiburg wurde mir von der dortigen Gestapo eröffnet, sofort die Stadt wieder zu verlassen, obwohl ich nach den damaligen Gesetzen in einer sog. Mischehe lebte.

Ich verließ daraufhin unter Zurücklassung meiner Familie Freiburg und ging erst wieder nach Langwerk/Neuendorf zurück. Durch einen Bekannten der auch in Neuendorf aufhältlich war, bekam ich eine Stelle auf dem Jüd. Friedhof in Weißensee als Gärtner. Der Zeitpunkt meiner Arbeitsaufnahme kann etwa Juni 1940 gewesen sein.

Etwa im April 1942 wurde ich vom Amt VII des RSHA zur Zwangsarbeit in der Eisenacher Str. (Logengebäude) direkt angefordert. Ich wollte mich anfangs weigern, aber der zuständige Personalchef teilte mir mit, daß ich namentlich bereits gemeldet worden bin und bei einer etwaigen Arbeitsverweigerung mit den schlimmsten Maßnahmen rechnen müßte. Ich möchte dazu bemerken, daß ich schon damals Angestellter der Reichsvereinigung war und auch von dort entlohnt wurde. In der ersten Zeit haben wir lediglich Bauarbeiten ausgeführt. Später wurde ich als Obmann einer Baugruppe eingeteilt. Es war zu dem Zeitpunkt, als im Jahre 1943 die großen Festnahmeaktionen von der SS durchgeführt wurden. Soweit ich mich noch erinnern kann, wurden zu diesem Zeitpunkt ca. 15 mir namentlich nicht mehr bekannte Glaubensgenossen ebenfalls deportiert. Die Arbeitsgruppe wurde dann von sogen. Mischlingsjuden bzw. von Mischehepartnern aufgefüllt. Darunter befand sich ein gewisser P h i l i p p s o h n , der später ebenfalls deportiert wurde, weil sein Rassegrad von der Gestapo nicht genau geklärt werden konnte. Soweit ich mich noch erinnern kann, versuchte der damalige Obersturmbannführer -ich berichtige- Sturmbannführer R i c h t e r diesen Mann noch zu halten.

Welche Rolle die Jüd. Gemeinde von Berlin bei den Deportationen gespielt hat, kann ich nicht mit Bestimmtheit sagen. Mir war bekannt, daß im Gemeindebüro Oranienburger Str. sogen. Transportlisten zusammengestellt wurden. Ich möchte mich dazu konkret ausdrücken. Ob die Transportlisten von der Jüd. Gemeinde gefertigt wurden, weiß ich nicht, denn im gleichen Gebäude in der Oranienburger Str. befand sich auf einem anderen Flügel die Gestapodienststelle. Ebenso gut können die Transportlisten auch von dieser Dienststelle zusammengestellt worden sein. Ich kann auch nicht sagen, nach welchen Grundsätzen diese Listen zusammengestellt wurden.

Ich möchte über einige Dinge berichten, die sich zu dem Zeitpunkt zugetragen haben, als die ersten Deportierungen meiner Glaubensgenossen von Berlin aus in die Wege geleitet wurden. Es kann etwa Ende 1941 oder Anfang 1942 gewesen sein. Ich war noch als Angestellter des Jüd. Friedhofes in Weißensee tätig. Mit mehreren Glaubensgenossen wurde ich zur Synagoge Levetzowstr. bestellt. Ein höherer SS-Führer verlangte von uns unbedingte Verschwiegenheit über bevorstehende Umsiedlungsaktionen jüdischer Bürger. Einzelheiten darüber kann ich heute nicht mehr wiedergeben.

Anfangs mußten sich die jüdischen Bürger selbst in der Levetzowstr. zwecks ihrer angeblichen Umsiedlung melden. Später wurden sie abgeholt und mit Lkw's zum Lager gebracht.

Ich bekam mit anderen Glaubensgenossen den Auftrag, bei Eintritt der Dunkelheit von den einzelnen Polizeirevieren die zurückgelassenen Gepäckstücke, nur Koffer, abzuholen und zur Levetzowstr. zu bringen. Diese Aktion hat sich bis zum Morgengrauen abgespielt. Ich bin der Meinung, daß die Koffer niemals wieder ihren Eigentümern ausgehändigt wurden.

Ich kann natürlich auch nicht angeben, mit welchen Angehörigen der Gestapo die Jüd. Gemeinde zusammenarbeiten mußte.

Mit mir wurden die 3 Komplexe Gemeindeaktion, Exekutionen von etwa 150 Juden als angebliche Vergeltungsaktion für das auf Heydrich begangene Attentat, und die Exekution von Angehörigen der jüdischen Widerstandsgruppe B a u m durchgesprochen. Konkretes kann ich dazu nicht angeben. Ich weiß, daß wir im Jahre 1947 oder 1948 die sterblichen Überreste des hingerichteten Herbert B a u m auf dem Städt. Friedhof Marzahn exhumiert und auf dem Jüd. Friedhof in Berlin-Weißensee beigesetzt haben.

Weitere Angaben zur Sache kann ich nicht machen.

Geschlossen:

gef.:... gelesen, genehmigt, unterschrieben:

gez. Thieler  
.....  
(Thieler), KM

...gef.:... Max. S. c. h. w. a. r. z. w. ä. l. d. e. r.

V e r h a n d e l t

Bestellt erscheint der Rentner

Max S c h w a r z w ä l d e r ,  
26.12.1902 Heilbronn/Neckar geboren,  
1 Berlin 13, Am Heidebusch 11,  
Tel.: 369 80 94,

und erklärt, nach Belehrung gemäß § 52,55 StPO auf Befragung folgendes:

Der Gegenstand meiner zeugenschaftlichen Vernehmung wurde mir im Zuge einer Vorbesprechung erläutert. Ich bin bereit, vor der Kriminalpolizei wahrheitsgemäße Angaben zu machen.

Zu den mir hier gestellten Fragen betreffs der ehemaligen RSHA-Angehörigen H a r t m a n n , H u n s c h e und B o B h a m m e r kann ich keinerlei Angaben machen, weil ich dem sogenannten Arbeitskommando Kurfürstenstraße niemals angehört habe. Der Name K r y s c h a k sagt mir in diesem Zusammenhang ebenfalls nichts. Mir wird hier gesagt, daß diesem ehemaligen RSHA-Angehörigen das hier in Rede stehende Arbeitskommando unterstanden haben soll.

Wie aus meiner zeugenschaftlichen Vernehmung zum Ermittlungsverfahren gegen Angehörige der Stapo-Leitstelle Berlin vom 7.10.1965 zu entnehmen ist, habe ich einem Arbeitskommando des Amtes VII in der Eisenacher Straße angehört. Die Leitung des Arbeitskommandos hatte der damalige SS-OSTubaf. D i t t e l . Unser Arbeitskommando wurde in zwei Gruppen aufgeteilt. Die eine nannte sich "Intellektuellen-Gruppe" unter der Leitung des SS-Stubaf. B u r m e s t e r , die andere war die sogn. Baugruppe unter Aufsicht des SS-Stubaf. R i c h t e r . Ich gehörte der sogn. Baugruppe an, die ausschließlich handwerkliche Bauarbeiten verrichten mußte.

Außerdem fungierte noch ein SS-Ustuf. B r ü d e r l e als Aufsichtshabender der Baugruppe. Dieser Mann war m.E. der anständigste von den vorgenannten SS-Leuten. Ich habe nie erlebt, daß irgendeiner aus unserer Gruppe mißhandelt wurde, allerdings fielen die üblichen Schimpfworte, die man gegen uns Juden angebracht hatte, wie z.B. Drecksjude usw.

Zu einem mir nicht mehr bekannten Zeitpunkt wurden meine damals etwa 8 und 17 Jahre alten Kinder von SS-Soldaten aus der Wohnung abgeholt. Ich war gerade von meiner Arbeitsstelle nach Hause gekommen und versuchte dem SS-Mann klarzumachen, daß meine Ehe als sogn. privilegierte Mischehe anzusehen sei und meine Kinder ebenfalls geschützt seien. Meine Hinweise halfen jedoch nichts. Meine Kinder wurden einfach auf einen vor der Haustür wartenden Bus verladen. Ich fuhr selbstverständlich mit und erst im Sammellager Levetzowsstraße gelang es mir, meine Kinder freizubekommen.

Zu Beginn der Deportierungen jüdischer Bürger aus Berlin sprach man davon, daß die Juden zum Zwecke eines Arbeitseinsatzes in den Ostgebieten ausgesiedelt werden sollten. Am Anfang glaubte man vielleicht daran. Ich möchte meinen, daß im Jahre 1943 durch ausländische Nachrichten die Wahrheit über Sinn und Zweck der Deportierungen bekannt wurde. Obwohl man uns Juden den Besitz von Radio-Apparaten verboten hatte, haben wir in der ~~Königsplatz~~ Münchener Straße heimlich den Londoner Rundfunk abgehört. Ich bin leider nicht mehr in der Lage, diese Nachrichten etwa sinngemäß wiederzugeben. Es ging dann von Mund zu Mund, daß die deportierten Glaubensgefährten in den Tod gegangen seien. Ich kann mich erinnern, daß bei diesen Gesprächen offiziell die Begriffe Gaskammern und KZ geläufig waren. Etwas Konkretes war allerdings niemandem bekannt. Ich bin der festen Meinung, daß die damaligen Gestapo-Angehörigen genau gewußt haben, welchem Schicksal die deportierten Juden entgegen gegangen sind. Ich schließe es daraus, daß man nicht so ohne weiteres zehntausende von Juden verschwinden lassen kann, ohne daß es bemerkt wird und ohne daß man das Schicksal verheimlichen könnte.

Es ist mir allerdings heute nicht mehr möglich, zeitliche Angaben zu machen. Ich möchte dazu auch sagen, daß die eigentlichen Quellen garnicht - jedenfalls mir nicht - bekannt geworden sind.

Geschlossen

gelesen, genehmigt  
und unterschrieben

gez.

(Thieler) KHM

.....selbst Max S c h w a r z w ä l d e r

HS Ho<sup>a</sup>

36 l

Willi S c h w e i g

Wohnort: (19<sup>70</sup>) ~~1-Berlin 33,~~

~~Königin-Luise-Str. 34~~

Losone bei Locarno/Schweiz

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint der Haupttreuhänder für Rückerstattungsvermögen

Willi S c h w e i g,  
27.1.1898 in Weißwasser/Oberlausitz geb.,  
Berlin 33, Kömigin-Luise-Str. 34 whft.

und erklärt :

Der Gegenstand meiner Vernehmung wurde mir im Zuge der Vorbesprechung bekanntgegeben. Gleichzeitig wurde mir eröffnet, daß ich im Sinne des § 52 StPO als Angehöriger das Recht zur Zeugnisverweigerung habe und gem. § 55 StPO die Auskunft auf solche Fragen verweigern kann, durch deren Beantwortung ich mir selbst oder einem meiner in § 52 Abs. 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung zuziehen würde.

Ich bin bereit, vor der Kriminalpolizei wahrheitsgemäße Angaben zu machen und wissentlich nichts zu verschweigen.

Ich habe in Görlitz die Schule besucht und habe ~~hier~~ auch mein Abitur abgelegt. Anschließend habe ich, ~~weil~~ ~~ich~~ ~~in~~ ~~Weißwasser~~ unterbrochen durch die Militärdienstzeit, teils in Weißwasser und teils in Berlin meine Ausbildung als Kaufmann bei der Porzellanfabrik Weißwasser ( SIEMENS & SCHUCKERT ) erhalten. Bis zum Jahre 1938 war ich als Fabrikdirektor der vorgenannten Firma tätig. Durch die politischen Ereignisse in Kristallnacht habe ich als Jude meinen Posten verloren und bin mit meiner Familie nach Berlin übersiedelt. Meine Ehefrau gehört dem christlichen Glauben an und meine Tochter wurde evangelisch getauft. Ich kann mich heute nicht mehr mit Sicherheit festlegen, aber ich glaube, daß ich im Jahre 1941 vom jüdischen Arbeitsamt Fontanepromenade zur Zwangsarbeit bei der Firma DERNBURG - feinmechanische Apparate - vermittelt wurde.

Ich kann heute nicht mehr genau angeben, wo sich der Sitz dieser Firma befunden hat; es muß in der Nähe des Alexanderp-latzes gewesen sein. Diese Firma beschäftigte etwa 10 bis 12 jüdische Bürger. In den Morgenstunden des 27.2.1943 erlebte ich meinen ersten Kontakt mit der Geheimen Staatspolizei und mußte erleben, daß man uns jüdische Arbeiter völlig überraschend auf dem Fabrikhof zusammenholte und auf einen Lastwagen verlad. Diese Aktion wurde von 2 SS - Männern in schwarzen Uniformen durchgeführt. Es ging sachlich zu. Zu Mißhandlungen ist es nicht gekommen. Ich glaube mich noch zu erinnern, daß der eine SS - Mann, der mir später bekannt gewordene S c h n e i d e r war, weil dieser später im Auffanglager Rosenstr. tätig war.

Nachdem dieser Lkw den Fabrikhof mit uns verließ, wurden noch weitere Arbeitsstellen aufgesucht und die dort Beschäftigten jüdischen Arbeiter aufgenommen. Zu irgendwelchen Zwischenfällen ist es dabei nicht gekommen. Man brachte uns in das als Auffanglager hergerichtete ehemalige Verwaltungsgebäude der Jüdischen Gemeinde in der Rosenstr. Dort wurden wir registriert und wurden unter haftähnlichen Umständen festgehalten. Ich wurde mit etwa 10 weiteren Leidensgefährten in einem Raum untergebracht, der mit Strohsäcken ausgelegt war. Ich kann mich nicht erinnern, daß wir unter Platzmangel gelitten haben. Ich kann heute nicht mehr mit Bestimmtheit sagen, ob die Heizung funktionierte. Ich glaube nicht, daß wir gefroren haben. Von einem Verbot an das Fenster zu treten oder hinauszusehen, habe ich nichts gehört. Auf alle Fälle habe ich es nicht mehr in Erinnerung. An eine Protestaktion der arischen Frauen vor dem Lager Rosenstr. kann ich mich noch erinnern. Über die Einzelheiten vermag ich heute nach so langer Zeit keine Angaben mehr zu machen.

Auf Befragen :

Es trifft nicht zu, daß ich im Lager Rosenstr. sofort in die Büroverwaltung gelangt bin. Der Name Dr. P r a g e r ist mir erst nach dem Kriege bekanntgeworden, als dieser eine richterliche Tätigkeit beim Land- oder Kammergericht ausübte.

Der Oberbundesanwalt a. D. R e m a k ist mir dagegen gut bekannt. Ich habe ihn vrrmtl. im Lager Rosenstr. kenn-engelert und ihn nach dem Kriege, bis etwa vor zwei Jahren, wiederholt getroffen.

Ich wiederhole nochmals, daß ich im Lager Rosenstr. nie etwas mit der büromäßigen Bearbeitung der Lagerverwaltung zu tun hatte. Wenn dies Herr R e m a k behauptet hat, so muß er sich geirrt oder mißverständlich ausge-drückt haben.

In die Zeit meiner Inhaftierung im Lager Rosenstr. fielen die Deportationen der Funktionäre ( Volljuden ), die bis dahin bei der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, der Reichsvereinigung der Juden ( Kantstr. ), bei der Stapo in der Burgstr. und beim OFP ( Vermögensverwertungsstelle - jüdisches Vermögen ) tätig waren. Diese Fehlstellen wurden nunmehr durch jüdische Mischehepartner aufgefüllt.

In Anbetracht der Tatsache, daß meine Ehefrau Christin war und meine Tochter christlich getauft wurde, lebte ich in einer sogn. privilegierten Mischehe und gehörte somit zu dem Personenkreis, der als jüdischer Hilfsarbeiter beim OFP verpflichtet wurde. Es kann zutreffen, daß jeder einzelne auf seine Fähigkeit und Berufsausübung befragt wurden, um die Eignung als jüdischer Hilfsarbeiter festzustellen. Ich möchte mich nicht festlegen, aber ich glaube, daß der Gestapo - Angehöriger S c h n e i d e r die Befragung und die Auswahl durchgeführt hat.

Die Auswahl muß meiner Meinung nach etwa innerhalb meiner Inhaftierung von einer reichlichen Woche gewesen sein. In den letzten Tagen bis zur vollständigen Auflösung des Lagers Rosenstr. konnte ich abends das Lager verlassen. Anfangs befand sich mein Büro-raum im Gebäude Rosenstr.. Die Instruktionen zur Arbeit gab uns ein Finanzbeamter namens S a r n o, der sich uns gegenüber sehr sachlich zeigte. Außer mir war noch als jüdische Hilfskraft ein Walter H e i n beim OFP beschäftigt. M. W. ist H e i n im vorigen Jahr oder Anfang dieses Jahres verstorben.

Auf Befragen :

Ich kann nicht mit Bestimmtheit sagen, ob der Gestapo - Angehörige S c h n e i d e r als Lagerleiter in der Rosenstr. fungiert hat. Sicherlich war er in der Lagerleitung tätig. Er war damals sehr jung und zeigte ein ausgesprochen militärisches Verhalten. Er war sehr rege und ging viel durch die Zimmer bzw. hielt auf dem Hof laufend Appelle ab. Wir hatten den Eindruck, daß die Zahl der Inhaftierten und die von ihm aufgestellte Statistik niemals übereinstimmte.

Es kann durchaus zutreffen, daß S c h n e i d e r den jüdischen Inhaftierten gegenüber unwürdige Bemerkungen machte, mit dem Ziel, sie herabzusetzen. Ich habe aber niemals erlebt, oder vom Hörensagen erfahren, daß er sich zu Mißhandlungen hinreißen ließ. Wenn das eine Anzahl von Zeugen bekundet haben sollen, so vermag ich dies nicht zu bestätigen. Über seine Familieinverhältnisse bzw. über sein Schicksal ist mir nie etwas bekanntgeworden. Weitere Angehörige der Stapo, die ebenfalls im Lager Rosenstr. tätig waren, sind mir außer K r e l l, namentlich nicht mehr in Erinnerung. Sie traten aber im Gegensatz zu S c h n e i d e r wenig in Aktion und hielten sich stets im Hintergrund und hatten wenig Kontakt mit den Häftlingen. Wie bereits erwähnt, bin ich nach einer reichlichen Woche aus dem Lager Rosenstr. entlassen worden und mußte anschließend meine Tätigkeit als Hilfskraft beim OFP aufnehmen.

Die vorbezeichnete Dienststelle wurde im Frühjahr 1943 im damaligen jüdischen Hilfskrankenhaus in der Elsässer Str. eingerichtet und diente ausschließlich für die Abwicklung Bezirksstelle Berlin der Reichsverwinnigung in Deutschland. Diese Dienststelle wurde als Unterabteilung des OFP Berlin - Brandenburg - Vermögensverwertungsstelle - Berlin NW 87, Alt-Moabit 143 - gebildet. Dieses Büro hatte die Aufgabe, die Vermögen der Jüdischen Gemeinde Berlin und der deportierten Juden zu verwerten. Darunter fiel z. B. die Aufnahme und Verbuchung von Versteigerungserlösen, die aus Versteigerungen von Einrichtungsgegenständen aus Wohnungen jüdischer Bürger entstanden waren. M. W. wurde das Inventar einer Wohnung, deren jüdischer Inhaber bereits deportiert war, von einem Beamten des OFP aufgenommen. ~~und ausschließlich~~ Bis dahin war die Wohnung von einem Gestapo - Angehörigen versiegelt worden. Weiterhin wurden jüdische Steuereinnahmen ( geschuldete ), so wie Bankkonten, vom OFP eingezogen. Die in diesem Zusammenhang gefertigten Schreiben wurden bei uns buchhalterisch verwertet. Ein direkter Kontakt mit der Gestapo und unserem Büro bestand nicht. Die Gestapo hat ausschließlich ihren Schriftwechsel mit dem Hauptbüro in Alt-Moabit 143 geführt. Auf unserer Dienststelle befanden sich zwei Beamte des OFP, die uns beaufsichtigten und <sup>uns</sup> unsere Arbeiten anwiesen.

Mir sind in diesem Zusammenhang die namentlichen Aufstellungen in Erinnerung, die von der Geheimen Staatspolizei - Stapoleit. Berlin - an den OFP - Vermögensverwertungsstelle Alt-Moabit 141 - ~~gingen~~ <sup>hauptsächlich</sup> ~~Erinnerung~~ und ~~jeder~~ mit dem Namen " P r o k o p " unterzeichnet waren.

Mir werden hier Fotokopien derartiger Listen zur Ansicht vorgelegt. Ich erkenne sie wieder, nicht im einzelnen, aber als übliche Form. Es trifft zu, daß das Vermögen verstorbener Juden aufgrund der 13. Verordnung zum Reichsbürgergesetz dem Reiche verfallen war und eingezogen wurde. Aufgrund der 11. Verordnung wurde das Vermögen ~~der verstorbenen Juden nach ihrer Deportation~~ mit der Deportationsverfügung eingezogen. In diesen Fällen erhielten wir vom Hauptbüro die Vermögensaufstellungen zur Abwicklung. Meistens kamen diese Aufstellungen nach ~~dem~~ ein Transport abgegangen war. Die Hauptarbeit bezog sich bei uns auf die Verwaltung und teilweise Verwertung des Vermögens der Reichsvereinigung der Juden - Bezirksstelle Berlin.

Auf Befragen :

Ich ~~meine~~ <sup>glaube</sup> im Oktober 1941 war man tatsächlich noch der Meinung, daß die jüdischen Bürger zu Zwangsarbeit in die besetzten Ostgebiete kamen. Es war jedermann klar, daß die Leute unter den härtesten Bedingungen und ohne ausreichender Lebensmittelversorgung arbeiten müßten. Es war allgemein klar, daß alte und schwächliche Menschen den Anforderungen nicht gewachsen waren. Ich bin der Meinung, daß zu Beginn der Deportationen ~~niemand~~ die Betroffenen niemals geglaubt haben, sie würden gewaltsam getötet werden. Es bestand m. W. auch kein Anlaß, als Ziel der Deportation die systematische Tötung zu vermuten. Über Theresienstadt bestand die Version, daß es sich um ein groß angelegtes Altersheim handeln würde, während die Osttransporte ausschließl~~ich~~ <sup>ich</sup> harte Zwangsarbeitslager bedeuteten. Nähere Einzelheiten sind mir nie richtig bekanntgeworden. Es schwirrten damals viel Gerüchte umher, so daß ich mir ein richtiges Bild nicht machen konnte. Ich hatte schon die Vorstellung, daß die harten Arbeitsbedingungen für viele Juden den Tod bedeuteten. Über die wahren Ziele und der Ausweitung einer systematischen Massenvernichtung bin ich erst nach dem Kriege durch die üblichen Publikationsmittel unterrichtet worden.

Auf Befragen :

Wie ich bereits erwähnt habe, bestand zwischen unserem Büro und der Stapoleit. Berlin bzw. dem RSHA kein Kontakt. Aus diesem Grunde ist unsere Dienststelle niemals von Angehörigen der Gestapo besucht worden. Die mir hier genannten Namen ehemaliger Angehöriger der Stapoleit. Berlin bzw. des RSHA sind mir nur vom Hörensagen bekanntgeworden. Über die Zusammenarbeit des RSHA und der Stapoleit. Berlin kann ich demzufolge keine Angaben machen. M. W. hat der OFP Berlin - Brandenburg nur in direkter Verbindung mit der Stapoleit. Berlin gestanden. Inwieweit das RSHA in Einzelfällen eingegriffen hat, weiß ich nicht.

Auf Befragen :

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, glaube ich mit Sicherheit angeben zu können, daß es sich bei den mir hier in Fotokopie vorgelegten Sterbemitteilungen, die die Stapoleit. Berlin an den OFP gerichtet hat, nicht um Sterbefälle aus den KL gehandelt hat oder im Zusammenhang mit den Deportationen gestanden haben, sondern es sich nur um Juden gehandelt haben kann, die in Berlin verstorben sind. Im Deportationsfalle wurde ja schon gem. der 11. VO das Vermögen mit den Deportierungsbescheid eingezogen. Es trifft auch keinesfalls zu, daß der OFP Listen von deportierten und verstorbenen Juden erhalten bzw. uns zur Weiterbearbeitung gegeben hat.

Über die sog. Heimeinkaufsverträge kann ich lediglich sagen, daß diese seinerzeit von der Reichsvereinigung abgewickelt wurden. M. W. hat man damit versucht, Vermögenseinziehungen zu legalisieren.

Aus meinem Verwandtenkreis ist lediglich meine Mutter aus Berlin nach Theresienstadt deportiert worden. Sie wurde an ihrem Deportierungstag, am 16.6.1942, 74 Jahre alt und verstarb 1943 in Theresienstadt. Aus meinem Bekanntenkreis ist der RA

Franz Eugen F u c h s,  
zul. whft. Kurfürstenstr. Nr. ?

1941 oder 1942 nach dem Osten deportiert worden und seit dieser Zeit verschollen. Mir sind keine ~~weiteren~~ Personen bekannt, die eine Deportation aus Berlin nach dem " Osten " überlebt haben.

Meine Mutter

Regina S c h w e i g geb, Natt

wurde als stationäre Patientin des jüdischen Krankenhauses Ira-  
nische Str. mit einem Sammeltransport deportiert. Nähere Einzel-  
heiten, z. B. ob es sich um einen Krankenhaustransport gehandelt  
hat, kann ich darüber nicht angeben.

Mir wird hier eine Mappe mit Lichtbildern ehemaliger Angehöriger  
der Stapoleit. Berlin zur Durchsicht vorgelegt. Ich habe nur  
den unter Bild Nr. 16 abgebildeten Gestapo - Angehörigen  
K r e l l mit gewissen Einschränkungen wiedererkannt. Er trug  
seinerzeit eine schwarze SS - Uniform.

*selbst*  
..... selbst gelesen, genehmigt und unter-  
schrieben

*W. Kreis*  
.....

Geschlossen:

*Thieler*

( Thieler ) KOM

Chm



42

Giudice Istruttore  
della Giurisdizione Sopracenerina  
Bellinzona

Avanti al l'avv. Fausto Celio

Giudice Istruttore della Giurisdizione Sopracenerina, sedente nel proprio  
Ufficio di Locarno - Pretorio

ed assistito dal sottoscritto segretario  
in Anwesenheit der Herren

Citak , compare

Amtsgerichtsdirektor Falge ,  
erster Staatsanwalt Dr. Sczos-  
tak, Rechtsanwalt Dr. Kempner  
als Vertreter der Nebenkläger  
und Rechtsanwälte Weimann,  
Dulde und Korbmacher als Ver-  
teidiger

Citato , compare

Willi Schweig, 72 Jahre alt, von Beruf Pensionär, wohn-  
haft in Losone, mit den Angeklagten nicht verwandt und  
nicht verschwägert.

Der Zeuge wurde über seine Wahrheitspflicht belehrt und  
auf die Strafbarkeit einer falschen auch uneidlichen  
Aussage hingewiesen. Er wurde ferner mit dem Gegenstand  
des Verfahrens und mit dem gegen die Angeklagten erhobe-  
nen Vorwurf bekanntgemacht.

Der Zeuge erklärte: Ich bin bereit, hier vor dem Unter-  
suchungsrichter auszusagen.

Zur Sache: Ich bin Jude und ~~XXIX~~ im Sinne der Nürnberger  
Gesetze. Während der Nazizeit wohnte ich in Berlin. Ich  
lebte in sog. privilegierter Mischehe. Von Beruf bin ich  
Diplomkaufmann. In dieser Eigenschaft war ich bis 1938  
Leiter der Zentralwerksverwaltung für Keramische Fabriken  
bei der Firma Simens Schuckert AG, in Berlin. Etwa 1942  
oder 1943 wurde ich zur Zwangsarbeit in eine Feinmechani-  
sche Fabrik (Firma Derenburg) verpflichtet. Zusammen mit  
allen anderen jüdischen Arbeitskräften wurde ich Ende  
Februar 1943 auf dem Arbeitsplatz verhaftet und in ein  
Lager in der Rosenstrasse verbracht. Dort war auch ein  
Bekannter von mir, namens Walter Hein. Hein war Ange-  
stellter der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland.  
Im Auftrage der Reichsvereinigung der Juden in Deutsch-  
land - vielleicht auch der geheimen Staatspolizei -  
suchte er unter anderem mich heraus um Personalien und  
Anzahl der Untergebrachten festzustellen.



*F. Celio*      *Heinrich Falge*      *Max Kempner*

*L. Leliv*

Auf diese Weise wurde ich Angestellter der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland. Als solcher kam ich dann nach etwa einer Woche zusammen mit ca. zwölf bis fünfzehn jüdischen Schicksalsgefährten zur Vermögensverwaltungsstelle des Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg, die anfangs in der Kantstrasse und später in der Elsässerstrasse untergebracht war. Dort mussten wir eine verhältnismässig untergeordnete Tätigkeit, die sich in der Hauptsache auf die Abwicklung von Organisationsvermögen bezog, ausüben. Mein Monatsgehalt betrug 125 Reichsmark. Ich durfte zu Hause wohnen. Einen sog. Judenstern brauchte ich nicht zu tragen. Bei der genannten Behörde war ich bis Kriegsende tätig. Nach dem Kriege wurde ich Haupttreuhänder für das Rückerstattungsvermögen in Berlin.

Die Verhaftung im Februar 1943 erfolgte durch uniformierte SS-Leute, von denen es hiess, dass sie Gestapobeamte seien. Misshandlung oder Beschimpfung habe ich nicht wahrgenommen. Die Behandlung war nicht gerade sanft, aber korrekt und soldatisch. Auch im Lager Rosenstrasse habe ich keine Misshandlungen erlebt. Auch an Beschimpfungen kann ich mich nicht erinnern. Während der Zeit, da ich im Lager Rosenstrasse war, habe ich keine von dort nach dem Osten oder nach Theresienstadt abgehenden Transporte erlebt. Das Lager Rosenstrasse schien mir so eine Art Sieb zu sein. Wie ich damals hörte, ist das Gros der dort inhaftierten entlassen worden und sind die anderen zu Beschäftigungen bei der jüdischen Gemeinde oder bei der Reichsvereinigung, vielleicht auch bei anderen jüdischen Organisationen, herangezogen worden.

Den Namen Brunner habe ich irgenwo mal gehört, ich weiss aber nicht mehr in welchem Zusammenhang. Wenn mir soeben gesagt wird, dass Brunner als wiener Gestapomann im Herbst 1942 nach Berlin gekommen sein und dort die Deportationen forciert haben soll, so kann ich hierzu keine Angaben machen.

Von der Ausstellung "das Sovietparadis" habe ich nichts gehört. Mir ist auch nichts darüber bekannt, dass auf diese Ausstellung damals ein Bombenanschlag verübt worden ist und dass die nationalsozialistischen Machthaber als Vergeltung für das Attentat jüdische Menschen - vielleicht gar in einer Anzahl von 250 - erschossen haben sollen. Ich meine davon hätte man gehört, da es damals eine sehr rege sog. Mundpropaganda unter uns verfolgten Juden gegeben hat. Ich weiss auch nichts davon, dass man als Vergeltung auf das Attentat auf Heydrich jüdische Menschen erschossen haben sollte.

Mit Gestapobeamten habe ich nie zu tun gehabt, abgesehen von denjenigen mit welchen ich anlässlich meiner Verhaftung in Berührung gekommen bin. Namen sind mir nicht mehr erinnerlich. Ich glaube auch, dass ich die Leute auf Bildern nicht mehr wiedererkennen würde, zumal mir diese damals auch nicht durch besondere Handlungen aufgefallen sind. Die Namen Bovensiepen, Dr. Venther und Grauthstück habe ich nie gehört. Ich kann daher über diese Leute nichts



*L. Leliv*

*R. Himmelfarb*

*Max Himmelfarb*

44  
sagen. Die Beamten beim Oberfinanzpräsidenten waren ausserordentlich freundlich zu uns jüdischen Menschen.

*J. Ellis*  
Von den Deportationen habe ich selbstverständlich erfahren, denn diese Vorgänge mit grosser Sorge verfolgt. Auch meine Mutter ist deportiert worden, und zwar am 16. Juni 1943 nach Theresienstadt. Dort ist sie umgekommen. Einer meiner besten Freunde der Rechtsanwalt Franz Eugen Fuchs aus Berlin, Sohn des bekannten Geheimrats Dr. Fuchs, ist Ende 1941 oder Anfang 1942 nach dem Osten deportiert worden. Von ihm habe ich von Brest-Litowsk noch eine Karte bekommen. Sie enthielt lediglich einen nichtssagenden Gruss. Das war das letzte Lebenszeichen von ihm. Unter uns rassisch Verfolgten wurde damals schon erzählt dass dieser Transport besonders brutal war und dass die Deportierten bei Ankunft in Minsk erschossen worden sind. Von den massenweise erfolgten Tötungen jüdischer Menschen habe ich 1942 oder 1943 erfahren. Ich glaube, es war um die Zeit da meine Mutter deportiert wurde. Ich erfuhr es durch den englischen Rundfunk. Es wurde darin nicht von Vergasung gesprochen, wohl aber von der Vernichtung der Juden. Bei uns Verfolgten galt Theresienstadt als eine Art Altersheim, während man glaubte, dass die Osttransporte in Arbeitslager gäbe. Es herrschte zumindest der Eindruck vor, dass die Arbeitslager so schwer waren, dass die wenigsten es überlebten. Während des Krieges habe ich von dem Lager Auschwitz oder von Vergasungen nichts gehört. Die Beamten beim Oberfinanzpräsidenten haben keinerlei Bemerkungen über das wahre Schicksal der Deportierten gemacht. Ich kann nichts darüber sagen, ob diese etwas über die Vernichtung wussten. Auch die Gestapobeamten im Lager Rosenstrasse haben sich nicht über das den Juden zgedachte Schicksal geäussert, d. h. sie haben überhaupt nicht mit uns gesprochen.

*J. Ellis*  
Auf Frage des ersten Staatsanwalts Dr. Sczostak: Ich habe mehrfach Thomas Mann im englischen Rundfunk sprechen gehört, daran erinnere ich mich ganz genau. Ich glaube allerdings, dass Thomas Mann den Nationalsozialismus als solchen angegriffen und verdammt hat, erinnere mich aber nicht, von ihm etwas über Judenvernichtung gehört zu haben.

Auf Frage von Rechtsawalt Dr. Kempner: Ich habe kurz nach dem Zusammenbruch beim Oberfinanzpräsidenten (Vermögensverwaltungsstelle), beim Finanzamt Wilmersdorf und bei der Gestapo (ich habe hier die Burgstrasse und nicht die französische Strasse in Erinnerung) Akten geborgen. Hierbei handelt es sich um Vermögensaufstellungen der betroffenen Juden, Einziehungsverfügungen der geheimen Staatspolizei, Transportlisten und auch um Eingliederungsverfügungen der jüdischen Gemeinden in die Reichsvereinigung der Juden.

Von der Vereidigung des Zeugen wird im allseitigen Einverständnis abgesehen.



*J. Ellis*

*Eug. Fuchs*

*W. Kempner*

*R. Sczostak*

HS Ho<sup>a</sup>

36 m

S e e l e n f r e u n d gesch.

Else O l s c h o w s k y  
gesch. Hannach geb. Broder

Wohnort: (1968) Tel-Aviv Israel  
Arnonstr. 4

r

V e r m e r k:

Die von hier aus durchgeführten Ermittlungen über den Aufenthalt der

Else H a n n a c h geb. Brode,  
2. 1. 1915 in Berlin geb.,

ergaben bei den einschlägigen Behörden in Berlin (West) keinerlei Hinweise. Es wird versucht, den jetzigen Aufenthaltsort über einen evtl. gestellten Entschädigungsantrag bei der Bundeszentral-kartei in Düsseldorf zu erlangen.

Außerdem erscheint es erforderlich, ergänzend zu dem von ihr im Jahre 1944 gefertigten Erlebnisbericht Anfrage beim Internationalen Suchdienst Arolsen zu halten, da keinerlei Erkenntnisse über Frau H a n n a c h hier vorliegen.

*Thieler*  
(Thieler), KOM

V e r m e r k:

Wie durch Herrn L ö w e n b e r g bekannt wurde ist die Vorgenannte geschieden und war zuletzt in Israel aufhältlich. Die Personalien lauten:

Else O l s c h o w s k y gesch. Hannach geb. Broder,  
2. 1. 1915 in Berlin geb.,  
wohnhafte zum 19. 5. 1954 in  
Jehuda, Ben - Jehuda - Str. 171,  
Tel - Aviv, Israel.

Nach den neuen Erkenntnissen konnte beim Entschädigungsamt Berlin festgestellt werden, daß ein Entschädigungsvorgang unter Nr. 75 356 für Else O l s c h o w s k y vorhanden ist. Da das EA - Bln. im Umzug begriffen ist, kann eine Anforderung der Akte erst in ca. 10 Tagen erfolgen.

*Thieler*  
(Thieler), KOM

DARSTELLUNG UEBER DEN VERLAUF MEINER LEBENS IN DEN JAHREN 1933-1944

Meine Leidenszeit waehrend der nationalsozialistischen Herrschaft begann im Maerz 1933: waehrend meine Eltern im Auslande waren, setzten die Boykottmassnahmen gegen juedische Geschaeftle ein und das meinem Vater gehoernde Warenhaus Gebr. Barasch in Magdeburg war als grosstes Einzelhandelsunternehmen am Platze eines der Hauptangriffsobjekte. Ich war damals 18 Jahre alt und damals schon begannen die Ereignisse, meine Nerven zu zerruetten. Der am 1. April 1933 durchgefuehrte totale Boykott der juedischen Geschaeftle war von besonderem Eindruck. Um mich von diesen Eindruecken zu entfernen, schickten mich meine Eltern im Mai 1933 ins Ausland. Die Nachrichten in der mir zugaeenglichen auslaendischen Presse bewirkten aber in ihrer ungeschminkten Darstellung der Ereignisse in Deutschland staendige Aufregungen, sodass ich vor dem beabsichtigten Termin wieder nach Deutschland zurueckkehrte. Von Fruhjahr 1934 bis zum November 1935 arbeitete ich im Geschaeft meines Vaters und musste dort von naechster Naehem miterleben, mit welchen Mitteln gegen juedische Unternehmungen gekaempft und vorgegangen wurde. Im Herbst 1935 wurden gegen fuehrende Mitarbeiter des Geschaeftes meines Vaters "Rassenschande-Prozesse" inszeniert, um meinen Vater unter Druck zu stellen, sein Geschaeft zu verkaufen. Dauernde Verladungen meines Vaters, der damals schon im Jahre 1935 ueber 60 Jahre alt war, zur Gestapo und Staatsanwaltschaft, veranlassten neue Aufregungen fuer mich. Voruebergehende Geschaeftsschliessungen durch Polizei (einmal waehrend der Weihnachtszeit) und Schikanen jeder Art liessen uns nicht mehr zur Ruhe kommen. Schliesslich wurde ein "Treuhaender" eingesetzt und mein Vater konnte nur mit dessen Zustimmung geschaeftliche Transaktionen durchfuehren. Im Sommer 1936 wurde schliesslich unter Druck natuerlich das Geschaeft fuer einen laecherlichen Bruchteil seines Wertes in arische Haende uebergeleitet. Im Februar 1937 heiratete ich am 20. April 1937 - ich war bereits in anderen Umstaenden - wurde im Rahmen der Logen-Aufloesungsaktion - frueh um 6 Uhr mein Mann, in seiner Eigenschaft als Vice-Praesident der oertlichen B'ne Brith-Loge - nach erfolgter Haussuchung - verhaftet (allerdings bald wieder entlassen). In der Nacht vom 8. zum 9. November 1938 wurden Steine in unsere Wohnung geworfen und nur durch ein Wunder entging meine damals 1jaehrige Tochter einem grossen Unglu ck, denn die grossen Steine fielen neben ihrem Bett nieder. Am naechsten Morgen wurde mein Mann um 6 Uhr frueh von der Gestapo verhaftet und in das Konzentrations-Lager Buchenwald eingeliefert. Zur gleichn Zeit schwebten die Verhandlungen beugl. des Verkaufs der Pumpen-Fabrik meiner Schwiegereltern. Die Tatsache, dass mein Mann sowohl wie sein Bruder - beide leiteten gemeinsam mit meinem Schwiegervater die Fabrik in Buchenwald waren, nutzte der Kaeufer aus, um unter Drohungen und Denunziationen den Kaufpreis weiter herunterzudruecken. In dieser Situation verloren meine Schwiegereltern die Nerven und naemem sich gemeinsam durch Gift das Leben. Durch das einzige vorhandene Familienmitglied war - meine Eltern waren verreist - oblag es mir, alle Formalitaeten mit Polizei und Beerdigung allein zu erledigen. Mein Mann und mein Schwager konnten nicht bei der Beerdigung dabei sein, da sie inzwischen von Buchenwald nach Magdeburg in Gestapo-Gebueude ueberfuehrt worden waren. Zur Beerdigung erschienen 10 Gestapo-

16  
Maerz 1939 nach Palaestina auswanderten, versuchten wir mit allen Mitteln, wenigstens für meinen Mann - der seitens der Gestapo unter Auswanderungsdruck gesetzt wurde - eine Auswanderungsmöglichkeit zu finden. Er erhielt ein Visum nach Cuba. Das Schiff, mit dem er die Ausreise antrat, wurde von Antwerpen wieder nach Hamburg zurückgeschickt, da inzwischen Cuba die Einreise sperrte und nur mit grosster Mühe und langwierigen, nervenzerrüttenden Verhandlungen mit der Gestapo, wurde die Wieder-Einreise nach Deutschland ermöglicht. Eine Woche vor Kriegsausbruch gelang es meinem Manne ein englisches Einreise-Visum, das jedoch nur für das Kitchner-Camp galt, zu erlangen. Nunmehr blieb ich mit einem knapp 2jährigen Kind allein in Berlin, wohin wir inzwischen übergesiedelt waren, zurück und warte auf ein Einreise-Visum entweder nach Palaestina zu meinen Eltern oder zu Verwandten nach U.S.A. Inzwischen brach der Krieg aus.

Mein Mann wurde zunächst nach der Isle of Man und von dort nach Australien deportiert.

Von diesem Zeitpunkt ab war ich also dazu verurteilt, mit meinem Kind allein, alle Schrecken der Nazi- und Kriegszeit zu erleben. Die Aussichtslosigkeit herauszukommen, das Leben als alleinstehende Jüdin mit einem kleinen Kind in dem Berlin dieser Jahre - was das bedeutete, braucht wohl nicht geschildert zu werden.

Vom Sommer 1941 an wurde ich zur Zwangsarbeit eingezogen, ich arbeitete - als unglornte Arbeiterin - bei Siemens-Schuckert. Das Kind musste in einem Kinderheim untergebracht werden, da ich früh morgens um 4 aufstehen musste, um um 6 Uhr morgens mit der Arbeit in Siemensstadt zu beginnen, von der ich um 6 Uhr abends wieder zurückkam. Nach dieser Arbeit kamen die Nächte heran, die schon bald wegen der immer stärker werdenden Bombardements zum grossen Teil im Keller verbracht wurden.

Keine oder nur höchst seltenen Rote-Kreuz-Nachrichten von meinen Eltern und überhaupt keine Lebenszeichen von meinem Manne. - Im August 1943 wurde ich gemeinsam mit meinem Kinde von der Gestapo abgeholt und in ein Sammellager in der Grossen Hamburger Strasse gebracht. Dort blieb ich bis zum 30. Januar 1944. Während dieser Zeit wurden wir zu Aufräumungsarbeiten ins Sicherheits-Reichshauptamt (früheres Brüder-Vereinshaus in der Kurfürstenstrasse) beordert und arbeiteten dort unter der Bedrohung auf uns gerichteter Maschinengewehre. Jede zweite Nacht mussten wir dort im Keller - ohne Decken-schlafen - als --Feuerwache! Die Angst während der Bombenangriffe - während wir in der Grossen Hamburger Strasse waren wurde verstärkt durch die Tatsache, dass alle Ausgänge aus den Kellern von Gestapoleuten mit Maschinengewehren besetzt waren - ein Zeichen dafür, dass, wenn das Haus getroffen worden wäre, jeder Versuch ins Freie zu kommen, durch Maschinengewehrsalven vereitelt worden wäre.

Nachdem ich die Mitteilung erhielt, dass ein Palaestina-Einreise-Zertifikat für mich eingetroffen sei, wurde ich am 30. Januar 1944 in ein Sammellager nach Laufen im Allgäu gebracht, um dort meinen Austausch abzuwarten. Wir blieben dort bis Anfang Juni 1944, um nach Vittell in Frankreich weiterexpediert zu werden. Nach weiteren 3 Wochen in Vittell, wurde der Austauschzug zusammengesetzt, der uns über Wien, den Balkan - unter dauernden Bombardements - Istanbul nach Palaestina brachte.

Leh Blickstein

Schlußvermerk:

Die Auswertung der vom Entschädigungsamt Berlin angeforderten Entschädigungsakte hat ergeben, daß Frau Else O l s c h o w s k y zwischenzeitlich wieder geschieden ist und nunmehr nach Wiederverheiratung den Familiennamen

S e e l e n f r e u n d

führt.

Der hier bekannte Wohnort in Tel - Aviv, Ben - Yehuda Str. 171, konnte in der E. - Akte nur bis 1956 festgestellt werden. Ein Bescheid des Landesfinanzamtes Berlin vom 24. 8. 1965 weist aus, daß die Vorgenannte zu diesem Zeitpunkt in

Tel - Aviv/Israel,  
Arnonstr. 4,

wohnhaft war.

Die Geltungmachung ihrer Entschädigungsansprüche hat sie dem Rechtsanwalt, Herrn Dr. Fritz B a d t, 33, Lilienblum Street, Tel - Aviv/Israel, übertragen. Dies geht aus einem Schriftwechsel vom 14. 12. 1966 hervor.

Bl. 16 d. A. beinhaltet ein Erlebnisbericht der Frau S. aus den Jahren 1933 - 1944. U.a. schildert sie die zwangsweise ausgeübte Tätigkeit in der Kurfürstenstraße (RSHA), wo sie unter Bedrohung auf sich gerichteter Maschinengewehre Aufräumungsarbeiten leisten mußte. Dieser Umstand ist weder in dem hier noch in ähnlichen Ermittlungsverfahren bekanntgeworden und erscheint deshalb sehr zweifelhaft.

*Thieler*  
(Thieler), KOM

Untersuchungsstelle  
für NS-Gewaltverbrechen  
beim Landesstab der Polizei

Tel Aviv, den 17.4.1970

I s r a e l

Auf Grund des Rechtshilfeersuchens der Generalstaatsanwaltschaft  
Bei dem Kammergericht Berlin - Akz.: 1 Js 1 /65/RSHA/ und  
1 Js 3/69/RSHA/ vom 14.4.1970 wird heute in Anwesenheit des  
ersten Staatsanwalts KLINGBERG die Zeugin Elise Seelenfreund  
in der Sache gegen die früheren Angehörigen des ehemaligen  
RSHA Richard Hartmann, Friedrich Bosshammer und Otto Hunsche  
hieramts vernommen.

Untersuchungsreferentin: Radwker.  
Protokollführerin: Fink.

Zur Person:Name: Elise Seelenfreund geborene Broder, gesch. ~~Name~~  
Hannach und gesch. Olschowsky

Geburtsdatum: 2.1.1915

Geburtsort: Berlin

Beruf: Hausfrau

Wohnort: Tel Aviv,

Jehalalstrasse 4.

Zur Sache:

Ich bin Volljüdin. Als meine Eltern und mein Ehemann nach  
Palästina bzw. nach Gross Britanien auswanderten, kam ich  
mit meiner Tochter aus Magdeburg nach Berlin. Hier in Berlin  
lebte ich von 1939 bis zum 31 Januar 1944. Als Jüdin  
war ich allen Zwangsmassnahmen unterworfen, die seinerzeit  
schlechthin für Juden galten.

Auf Veranlassung meiner ausgewanderten Angehörigen war ich  
zusammen mit meinem Kinde auf die Austauschliste gesetzt worden,  
was mir selbst Anfangs Januar 1943 bekannt geworden ist.

Im Rahmen der sog. Fabrikaktion wurde ich festgenommen, ~~hier~~  
in Clou festgehalten, jedoch im Hinblick auf die laufende

*u. Radwker*

*Elise Seelenfreund*

Austauschaktion alsbald wieder ~~freigesetzt~~ entlassen.  
Dadurch wusste ich positiv, dass ich bei der Gestapo als Austauschjüdin gemeldet war.

Am 23 August 1943 wurde ich von einem Gestapoangehörigen, dessen Namen ich aber nicht kenne, zusammen mit ~~der~~ meiner damals 6 jährigen Tochter abgeholt und in der Grossen Hamburgerstr. untergebracht. Der Gestapobeamte, der mich abholte, eröffnete mir bei dieser Gelegenheit, dass die Abholung wegen des bevorstehenden Austausches erfolge.

In der Grossen Hamburgerstr. verblieb ich bis zum 31 Januar 1944. Dann wurde ich nach Laufen in Bayern verlegt. Nach dortigem 5 monatigem Aufenthalt wurde ich am Invasionsstage weiter nach Vittel verschubt. Von dort aus ging der Austauschtransport gegen in Palästina befindliche ~~tausende~~ Deutsche ab. Der Austausch selbst erfolgte in Istanbul.

Während meines Aufenthaltes in der Grossen Hamburgerstr. waren ich und meine Tochter zusammen mit verschiedenen anderen Personen <sup>handelte</sup> in einem Raum untergebracht. Bei diesen Personen ~~handelt~~ <sup>handelte</sup> sich um Juden, die für die Deportation nach dem Osten vorgesehen waren. Bereits damals wusste ich, welchem Schicksal diese Leute entgegen gingen, und dass sie an ihrem Deportationszielort der Tod erwartete. Darüber hatte ich von Soldaten gehört, die aus dem Osten auf Urlaub gekommen waren. Ich selbst z.B. hätte mich niemals nach dem Osten deportieren lassen. Deshalb hatte ich immer Veronal bei mir, ~~dass~~ das ich gegebenenfalls genommen hätte. Als Deportationszielorte waren mir seinerzeit Lublin, Riga und Auschwitz bekannt. Dass ich diese Kenntnis bereits damals hatte, kann ich mit Sicherheit aus dem Umstand belegen, dass ich nach erfolgtem Austausch in Palästina darüber erzählt habe.

~~Kann~~ Über die <sup>deportation</sup> z.B. ~~was~~ ~~Lublin~~ ~~oder~~ ~~im~~ ~~Raum~~ ~~von~~ ~~Lublin~~ in den Raum von Lublin habe ich z.B. durch Postkarten erfahren, die mir von einer aus Magdeburg dorthin deportierten Bekannten geschrieben worden waren. Diese Bekannte, die zunächst an einem kleinem Ort in der Nähe von Lublin untergebracht war, schrieb mir letztmalig aus Warschau. Danach kam von ihr keine Post mehr. Etwas entsprechendes erfuhr ich von einem jungen Mann, der zusammen

in Reol was

in Lublin

mit mir arbeitete. Sein Vater, der Arzt war, war aus Hannover gleichfalls in einem bei Lublin gelegenen Ort deportiert worden. Er schrieb von dort, unter welchen unerhört primitiven Verhältnissen er dort arbeiten müsse. Auch diese Postverbindung riss eines Tages vollständig ab.

In der Grossen Hamburgerstr. ~~xix~~ stellte eines Tages ~~Er~~ Dobberke eine Gruppe von Lagerinsassen zusammen, die den Auftrag erhielten, dem Dienstgebäude des Eichmann-Referates in der Kurfürstenstr. Aufräumarbeiten zu leisten. Der Grund für diese Aufräumarbeiten war darin zu suchen, dass das Dienstgebäude kurz zuvor wegen eines Bombenangriffes geschädigt war. Meiner heutigen Vorstellung nach könnte die Gruppe jüdischer Arbeitskräfte aus etwa 10 bis 15 Personen bestand haben. Wir gingen unter Bewachung jüdischer Ordner jeweils an unsere Arbeitsstelle in der Kurfürstenstrasse. Es kam jedoch auch vor, dass wir Nachts dort bleiben mussten. An einer Extrabewachung unserer Gruppe durch SS-Angehörige oder Personal der Gestapo kann ich mich nicht mehr erinnern.

Eines Tages als wir im Garten Splittergräben ausheben mussten, trat - wie ich noch weiss - Eichmann zusammen mit einigen anderen Leuten auf den Innenbalkon des Hauses und trieb uns zur schnelleren Arbeit an. Dass es sich bei der fraglichen Person ~~Eichmann~~ um den Eichmann handelte, ist uns damals vermutlich gesagt geworden. Der Name Eichmann war mir schon zuvor bekannt und zwar durch seine Tätigkeit im Zuge der jüdischen Auswanderung.

Den Zeitraum, über den ich in der Kurfürstenstr. arbeiten musste kann ich nicht mehr angeben. Wir arbeiten jedenfalls so lange, bis ich von Berlin wegkam. Als weitere Angehörige des Arbeitskommandos in der Kurfürstenstr. kam ich eine Frau Frueda Holländer namenthaft machen, die jetzt in Jerusalem lebt und deren Ehemann vor kurzem gestorben ist. Es handelte sich bei ihr gleichfalls um eine Austauschjüdin.

*M. Reichman*

*Vol. Schuch*

Der Name Stuschks, nachdem ich soeben gefragt wurde, ist mir eben-  
sowenig geläufig, wie die Namen der Beschuldigten Hartmann, Boss-  
hammer u. Hunsche. ~~Kie~~ Den Namen Hunsche habe ich lediglich in  
der Nachkriegszeit gehört.

Nach Vorerörterung in meiner Gegenwart laut diktiert, auf  
Vor- und Durchlesen verzichtet und las genehmigt unterschrieben.

Else Seelenfreund

/Zeugin/

*M. Radiwker*

M. Radiwker

/ Untersuchungsreferentin/

Fink *Fink*

/ Protokollführerin/

*Else Seelenfreund*

HS HO<sup>a</sup>

36 u

Leonore S h i f f geb. Baer

Wohnort: (1969) 4002 Labyrinth Road  
Baltimore 21 215 Maryland U.S.A.

A handwritten mark consisting of a vertical line on the left, a small hook at the top, and a horizontal line extending to the right.

1 Js 1/65 (RSHA)

Vfg.

Sofort! 231

- ✓ 1. Zu schreiben - per Luftpost - unter Beifügung von 3 internationalen Antwortcoupons à 0,60 DM:

Mrs.  
Leonore Lore S h i f f  
Geb. Baehr

Baltimore M. D. 21 215

4002 Labyrinth Road

U S A

Sehr geehrte Mrs. Schiff!

Ich führe hier ein Ermittlungsverfahren gegen verschiedene ehemalige Angehörige des früheren Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) in Berlin wegen des Verdachtes der Teilnahme am Mord im Zusammenhang mit der sogenannten "Endlösung der Judenfrage". Im Rahmen dieses Verfahrens bin ich bemüht, aufzuklären, inwieweit ehemalige Angehörige des früheren RSHA an den Deportationsmaßnahmen gegen jüdische Mitbürger beteiligt waren und inwieweit sie Kenntnis vom wirklichen Schicksal der Deportierten hatten. Beschuldigt werden von mir verschiedene frühere Sachbearbeiter des von Eichmann geleiteten Judenreferates IV B 4 des RSHA.

Nach Mitteilung von Frau Hilda K a h a n waren Sie Buchhalterin der Heil- und Pflegeanstalt Sayn und später im jüdischen Krankenhaus in Berlin. Da Sie aus diesem Grunde möglicherweise Angaben über die Deportation der Insassen der Heil- und Pflegeanstalt Sayn sowie über einige der Beschuldigten machen können, kommen Sie als wichtige Zeugin für die Ermittlungen in Betracht.

Ich bitte Sie deshalb, mir mitzuteilen, ob Sie gegebenenfalls bereit wären, auf dem für Ihren Wohnsitz zuständigen Konsulat der Bundesrepublik Deutschland zu erscheinen und vor dem zuständigen Konsulatsbeamten in Gegenwart des Unterzeichneten auszusagen.

Weiterhin bitte ich Sie, mir eine Erklärung darüber zuzusenden, ob Sie gegebenenfalls bereit wären, für den Fall, daß vor dem Schwurgericht in der Bundesrepublik Deutschland eine Hauptverhandlung gegen die Beschuldigten durchgeführt wird und Sie vom Gericht als Zeugin vorgeladen werden sollten, nach Deutschland zu kommen und vor dem Gericht auszusagen.

Sollten Sie eventuell beabsichtigen, aus anderem Anlaß in naher Zukunft ohnehin nach Deutschland zu reisen, wäre ich Ihnen für eine entsprechende Nachricht dankbar. Es wäre dann zur Kostenersparnis vielleicht möglich, einen Vernehmungstermin mit dem Unterzeichneten in Deutschland zu arrangieren.

Da Ihre Anhörung dringend erforderlich erscheint, wäre ich Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mir umgehend per Luftpost antworten könnten. Ich füge zu diesem Zwecke dem Schreiben drei internationale Antwortcoupons im Werte von je 0,60 DM bei.

Mit vorzüglicher Hochachtung

2. Besonderen Zettel für Briefannahme schreiben mit folgendem Text:

Briefannahme:

S o f o r t !

3 internationale Antwortcoupons im Werte von je 0,60 DM bei der Post besorgen und in anliegendes Schreiben an Mrs. Schiff einlegen; dann zukleben und absenden.

3. z. d. A.

Berlin, den 25. Oktober 1967

gef. 26. 10. 67 Ad.

- zu 1) Schrb.
- 2) Zettel f. Briefannahme

ab au

26. OKT. 1967

R

Ad.

239

Leonore Shiff

Baltimore Md. 21215, Oct.31,1967  
4002 Labyrinth Road

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
1 Berlin 21  
Turmstrasse 91, Zimmer 505

Att.: Staatsanwalt Hoelzner

Gesch.Nr. 1 Js 1/65 (RSHA).

Sehr geehrter Herr Staatsanwalt :

Hiermit bestaetige ich Ihr Schreiben vom 25. Oktober, das ich heute erhalten habe. Selbstverstaendlich bin ich bereit Aussagen zu machen, wenn Sie mir mitteilen, welche Personen in dieses Verfahren verwickelt sind. Nur dann bin ich in der Lage Ihnen zu sagen, ob ich mich an diese Personen erinnern kann. Hier in Baltimore ist kein deutsches Konsulat, das naechste von hier ist in Philadelphia, Pennsylvania, ungefaehr 2 Stunden mit dem Zug entfernt.

Wenn ich Ihnen mit der Aufklaerung des Verfahrens helfen kann, bin ich auch bereit, eine Erklaerung vor dem Schwurgericht in der Bundesrepublik abzugeben. Ich habe nicht die Absicht in der nahen Zukunft nach Deutschland zu fahren, denn ich bin hier als Office Manager taetig. In diesem Falle muesste ein Termin arrangiert werden, da mein Chef erst eine Aushilfskraft fuer mich finden muesste.

Sollten Sie weitere Fragen an mich haben, koennen Sie mir jederzeit schreiben.

Mit vorzueglicher Hochachtung

*Leonore Shiff*  
Leonore Shiff

1 Js 1/65 (RSHA)

Mrs. Leonore Lore Schiff  
geb. Baer

4002 Labyrinth Road  
Baltimore Md. 21215

USA

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen verschiedene ehemalige Angehörige des früheren Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) in Berlin wegen des Verdachts der Teilnahme am Mord im Rahmen der sogenannten "Endlösung der Judenfrage"

Bezug: Ihr Schreiben vom 31. Oktober 1967

Sehr geehrte Mrs. Schiff!

Ich bedanke mich für Ihr freundliches Schreiben vom 31. Oktober 1967 und teile Ihnen mit, daß Ihre Vernehmung voraussichtlich am 30. September 1968 in den Räumen des Konsulats der Bundesrepublik Deutschland in Philadelphia durchgeführt werden soll. Eine formelle Vorladung mit allen sonstigen notwendigen Angaben wird Ihnen zu gegebener Zeit noch zugehen. Die Unkosten und Auslagen, die Ihnen durch die Vernehmung in Philadelphia entstehen, werden Ihnen selbstverständlich ersetzt.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Im Auftrage

(Hölzner)  
Staatsanwalt

1 Js 1/65 (RSHA)  
Int AR 875/68

An das  
Konsulat der Bundesrepublik Deutschland  
zu Händen von Herrn Konsul M a i e r - o.V.i.A. -  
2623 PSFS Building  
12 South 12th Street  
Philadelphia 7, Pennsylvania 19 107  
Vereinigte Staaten von Amerika

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Friedrich B o s h a m m e r  
und andere wegen NS-Gewaltverbrechens - 1 Js 1/65 (RSHA) -:  
hier: katalogmäßige Befragung einer Zeugin;  
dortiges Aktenzeichen: V 4 SK 8734

Bezug: a) Mein Rechtshilfeersuchen vom 4. September 1968  
- Int AR 875/68 -  
b) Besprechung mit Herrn Ersten Staatsanwalt Klingberg  
und dem Unterzeichneten am 12. November 1968 in  
Philadelphia

Anlagen: 1 Fragenkatalog - 2 Stücke  
1 Schreiben an Mrs. Leonore S h i f f - 2 Stücke

Sehr geehrter Herr Konsul!

Unter Bezugnahme auf unsere Besprechung in Philadelphia darf ich Ihnen anliegend in jeweils zweifacher Ausfertigung wie abgesprochen den Fragenkatalog für Mrs. S h i f f sowie ein an diese gerichtetes Begleitschreiben übersenden. Ich bitte, in von dort aus geeignet erscheinender Form das Begleitschreiben und den Fragenkatalog Mrs. Schiff vorzulegen und für eine sorgfältige Ausfüllung des Kataloges durch diese Sorge zu tragen. Zweitstücke des Begleitschreibens an Mrs. Schiff und des Fragenkataloges sind für die dortigen Vorgänge bestimmt. Sollte Mrs. Schiff Wert darauf legen, ein Exemplar des

Fragenkataloges zu behalten, dann bitte ich, ihr das Zweitstück auszuhandigen oder eine Ablichtung von dort aus fertigen zu lassen.

Den ausgefüllten Katalog bitte ich, nach Möglichkeit direkt zu Händen des Unterzeichneten an die oben angegebene Anschrift (1 Berlin 21, Turmstraße 91) zu übersenden.

Mit den besten Wünschen für das Neue Jahr,  
freundlichen Grüßen  
und vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrage

Hölzner

Staatsanwalt

1 Js 1/65 (RSHA)

Mrs.

Leonore Schiff

4002 Lebyrieth Road

Baltimore Md. 21215  
USA

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige des früheren Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) in Berlin wegen des Verdachts der Teilnahme an Mord im Rahmen der sogenannten "Endlösung der Judenfrage"

Bezug: Bisheriger Schriftwechsel  
Ihre Ladung zur Vernehmung am 12. November 1968 auf das Konsulat der BRD in Philadelphia  
Ihr dortiger Anruf vom 12. November 1968

Sehr geehrte Mrs. Schiff!

Es war leider nicht möglich, für Ihre Vernehmung auf dem Konsulat der BRD in meiner Gegenwart einen neuen Termin anzusetzen, da ich bereits am Abend des 12. November 1968 nach Europa zurückfliegen mußte. Das Telegramm des Konsulates mit der Bitte um Ihren Anruf, das den Zweck hatte, festzustellen, ob die Möglichkeit bestand, wenigstens einige besonders wichtige Fragen fernmündlich mit Ihnen zu klären, hat Sie leider nicht sehr rechtzeitig erreicht. Da eine erneute Dienstreise in die USA mit außerordentlich hohen Kosten verbunden ist, will ich zunächst versuchen, die Klärung einiger besonders wichtiger Fragen auf schriftlichem Wege zu erreichen. Ich bitte Sie deshalb, die Fragen, die in den von mir aufgestellten und Ihnen vom Konsulat der BRD in Philadelphia übergebenen Fragenkatalog enthalten sind, so eingehend und genau, wie Ihnen das nach so langer Zeit noch möglich ist, zu beantworten. Dabei kommt es immer entscheidend darauf an, was Sie

Damals, also vor dem 8. Mai 1945, erlebt und erfahren haben.  
Ihre Antwort bitte ich Sie jeweils unter den Fragen in dem  
dafür freigelassenen Feld niederzuliegen. Sollte dieser Platz  
für die eine oder andere Antwort nicht ausreichen, bitte ich,  
die Antwort auf einer Anlage zum Fragenkatalog fortzuführen.  
Den ausgefüllten Fragenkatalog wird mir das Konsulat alsbald  
zuleiten.

Für Ihre Bemühungen darf ich Ihnen im voraus verbindlichst  
denken.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrage

Hölzner

Staatsanwalt

F r a g e n k a t a l o g

1. Schildern Sie bitte ganz kurz Ihren Lebenslauf (Ausbildung usw.):

Ich bin am 15. März 1915 als Tochter des Kaufmanns Samson Baer und dessen Ehefrau Bertha geb. Frenkel in Kusel/Pfalz geboren. Ich absolvierte 4 Jahre Volksschule und dann die Höhere Mädchenschule in Kusel. Dann zogen meine Eltern nach Neuwied/Rhein und ich lernte 3 Jahre bei der Lohmann A. G. (Pharmazeutische Fabrik) in Fahr/Rhein von April 1929 bis April 1932 und war dann noch angestellt bis 1935. Infolge des Naziregimes konnte die Firma mich nicht mehr halten und besorgte mir eine Anstellung bei dem Erwege-Kaufhaus in Neuwied, wo ich bis zur Arierisierung im Jahre 1937 angestellt war. Dann wurde ich angestellt von den Dres. Jacoby in den Israelitischen Kuranstalten in Bendorf-Sayn und bei der Uebergabe der Anstalten zu der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland bekam ich Leiterin der Anstalten.

2. Wann kamen Sie zu den "Israelitischen Kuranstalten für Nerven- und Gemütskranke Drs. Fritz und Paul Jacoby" (ab 1. März 1940 "Heil- und Pflegeanstalt der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland") in Bendorf - Sayn? Welche Funktionen bekleideten Sie dort und womit wurden Sie beschäftigt? Wie lange waren Sie dort?

Im Jahre 1937 kam ich zu den Israelitischen Kuranstalten nach der Arierisierung des Kaufhauses "Erwege". Dres. Jacoby waren Partner in diesem Kaufhaus und engagierte mich, nachdem ich meine Stellung verlor, fuer Sayn.

Ich war Leiterin in Sayn bis zur Aufloesung der Anstalten.

3. Was wissen Sie über die Deportation der Insassen der Heil- und Pflegeanstalt Sayn?

Alle Insassen der Heil- und Pflegeanstalt Sayn sind nach und nach deportiert worden bis auf einige, die eine auslaendische Staatsangehoerigkeit besaessen.

Ich erinnere mich noch, wenn ein Mr, Roeder (Polizeibeamter von Bendorf) zu Herrn Kochanek kam, soviel ich weiss, im Auftrage der Gestapo in Koblenz, und einen Transport zusammen setzte.

Die Insassen sind, soviel ich weiss, in Viehwagen nach dem Osten transportiert worden.

4. Nach den mir bisher vorliegenden Erkenntnissen sollen Sie am 11. (angekommen am 12.) November 1942 zusammen mit anderen Angestellten der Heil- und Pflegeanstalt Sayn sowie 20 Patienten nach Berlin in das jüdische Krankenhaus in der Iranischen Straße gekommen sein. Dabei soll es sich um den letzten Transport aus der zu diesem Zeitpunkt aufgelösten Anstalt gehandelt haben. Trifft das zu oder haben Sie es anders - wenn ja, wie - in Erinnerung? Erinnern Sie sich noch an Namen von Transportteilnehmern (Patienten und/oder Pflegepersonal), die mit Ihnen zusammen nach Berlin kamen? Wenn ja, an welche? Welche Nationalität besaßen die mit Ihnen zusammen nach Berlin gebrachten Patienten der Anstalt Sayn? Befanden sich darunter Ausländer und privilegierte bzw. in Mischehe lebende Juden?

Es stimmt, dass ich am 12. November 1942 zusammen mit etwa 20 Patienten und einigem Pflegepersonal nach Berlin gekommen bin. Herr Kochanek hat diesen Transport begleitet und in Berlin sind wir von einem Gestapo Beamten in Empfang genommen worden. Wir kamen alle in das Juedische Krankenhaus in der Iranischen Strasse, Fuer die Patienten wurde eine extra Abteilung im Juedischen Krankenhaus eingerichtet. Leider kann ich mich auf die Namen nicht mehr genau erinnern. Wenn ich die Namen hoeren wuerde, koennte ich mich wahrscheinlich wieder erinnern. Die Patienten hatte alle verschiedene Staatsangehoerigkeiten, aber leider waren die Paesse abgelaufen.

Unter dem Pflegepersonal waren u.a. auch meine Eltern, Robert und Herta Kallman, ein Pfleger namens Spiegel. An mehr Namen kann ich mich gerade nicht erinnern. Meine Eltern waren in Sayn in der Kleiderkammer angestellt.

5. Erinnern Sie sich an Dr. Dr. Lustig? Lernten Sie ihn bei Ihrer Ankunft in Berlin kennen? Welche Stellung bekleidete er zu der Zeit, als Sie nach Berlin kamen?

Ich erinnere mich gut an Dr. Dr. Lustig. Ich lernte ihn in Sayn bei der Uebergabe der Anstalten kennen. Auch waehrend meiner Taetigkeit in Sayn kam er zu Ueberpruefungen. Als ich nach Berlin kam, war Dr. Lustig Leiter der Gesundheitsverwaltung und hatte seine Bueros im 2. Stock des Verwaltungsgebaeudes in der Iranischen Strasse. Im 1. Stock waren die Bueros des Krankenhauses.

6. Haben Sie gleich nach Ihrer Ankunft im juedischen Krankenhaus in der Iranischen Strae an einem Essen zusammen mit Dr. Dr. Lustig, Paul Kochanek und einem Gestapoangehoerigen teilgenommen?

Soviel ich mich erinnere, habe ich an einem Essen zusammen mit Dr. Lustig, Paul Kochanek und dem Gestapo Beamten teilgenommen.

7. Wie hieß dieser Gestapoangehörige? Welche Dienststellung (Beamtenrang, SS-Dienstgrad) hatte er, welcher Behörde gehörte er an? Geben Sie bitte eine genaue Personenbeschreibung dieses Gestapoangehörigen (auch wenn Sie seinen Namen nicht mehr wissen sollten). Welche Haltung nahm er nach Ihren Beobachtungen gegenüber Juden ein (zum Beispiel freundlich oder abweisend oder abfällig oder ähnlich)? Würden Sie ihn auf einem Lichtbild aus damaliger Zeit wiedererkennen?

Der Name des Gestapo Beamten faellt mir gerade nicht ein. Wenn ich den Namen hoeren werde, koennte ich Ihnen sagen, ob es richtig ist. Es war ein ganz einfacher Name. Soviel ich weiss war er ein Angestellter der Gestapo, aber er war freundlich. Ich weiss nicht, ob ich ihn auf einem Lichtbild wiedererkennen wuerde.

8. Womit und in welcher Dienststellung wurden Sie im jüdischen Krankenhaus in der Iranischen Straße beschäftigt? Wer waren Ihre Vorgesetzten und Mitarbeiter? Waren Sie Sekretärin von Herrn Selmar Neumann? Wie lange blieben Sie im jüdischen Krankenhaus?

Ich war Sekraeterin von Selmar Neumann im Juedischen Krankenhaus.  
Ich war angestellt im Krankenhaus bis zum Kriegsende in 1945.

Die Namen meiner Mitarbeiter habe ich in der Zwischenzeit vergessen.

9. Was wissen Sie über Deportationsaktionen betreffend Patienten und Angestellte des jüdischen Krankenhauses in Berlin?

Die Deportationsaktionen betreffend Patienten und Angestellte des juedischen Krankenhauses begannen etwa im Maerz 1943. Und dann wieder am 7. Mai 43, wo ich selbst auch abgeholt wurde, aber dadurch, dass ich ein Austausch-Zertifikat fuer Palestina hatte, bin ich wieder frei gekommen. Und Herr Selmar Neumann hat sich auch fuer mich eingesetzt wieder frei zu bekommen. Eine neue Aktion war dann wieder im Juni 43. Ich erinnere mich, dass nach dieser Aktion nur noch Mischlinge und Mischehen uebrig blieben.

10. Was wurde später aus den mit Ihnen nach Berlin gebrachten Patienten der Anstalt Sayn?

Diese Patienten sind mit dem ersten Transport vom Judischen Krankenhaus nach dem Osten evakuiert worden und man hat keine Ruecksicht darauf genommen, dass diese Patienten Auslaender waren.

11. Haben Sie während des Krieges davon gehört, daß eine Anstalt für Geisteskranke in Chelm bei Lublin dem jüdischen Krankenhaus in Berlin eine Rechnung für die Verbrennung mehrerer hundert in Chelm verstorbener Juden übersandt hatte? Wenn ja, welche Einzelheiten wissen Sie noch darüber? Bestand irgend ein Zusammenhang mit aus Berlin eventuell weiter deportierten ehemaligen Insassen der Anstalt Sayn?

Davon ist mir nichts bekannt.

12. An welche Angehörige der Gestapo, insbesondere des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes erinnern Sie sich noch (geben Sie bitte an: Namen, Beamtendienstränge, SS-Dienstgrade, Dienststellen)? Welche Gestapoangehörigen kamen von der Dienststelle in der Kurfürstenstraße?

Es kamen immer 2 und 3 Beamte zusammen, aber ich erinnere mich nur an ~~ein~~ ein paar Namen. Die Dienstgrade waren mir nicht bekannt.

13. Erinnern Sie sich noch an:

a) den damaligen SS-Hauptsturmführer und Regierungsamtmann Fritz Wöhrn?

ja

b) den damaligen SS-Hauptsturmführer und Regierungsrat Otto Hunsche?  
der Name ist mir nicht gelauefig

c) den damaligen SS-Obersturmführer Richard Hartmann?

der Name ist mir nicht gelauefig

- d) den damaligen SS-Sturmbannführer und Regierungsrat Friedrich Boßhammer?

Der Name ist mir bekannt.

- e) den damaligen SS-Sturmbannführer Rolf Günther?

Dieser Name ist mir bekannt.

- f) den damaligen SS-Obersturmführer und Polizeioberinspektor Max Pachow?

Ich erinnere mich nicht an diesen Namen.

- g) den damaligen SS-Hauptsturmführer und Polizeioberinspektor Ernst Moes?

Ich erinnere mich nicht an diesen Namen.

- h) den damaligen SS-Hauptsturmführer Franz Novak?

Ich erinnere mich nicht an diesen Namen.

14. Geben Sie bitte genau und in allen Einzelheiten an, was Sie gegebenenfalls noch über Verhalten, Stellung und Tätigkeit der in Frage Nr. 13 genannten und Ihnen erinnerlichen Personen wissen. Von besonderem Interesse sind dabei alle Ihnen erinnerlichen Einzelheiten der Tätigkeit dieser Personen sowie eine genaue Charakterisierung ihres Verhaltens gegenüber Juden.

Woehr, Bosshammer und Guenther haben often Besichtigungen im Juedischen Krankenhaus gemacht.  
Es sind mehr Beamte gekommen, aber ich kann mich nicht an die Namen erinnern.

Jeder im Krankenhaus hat diese Commissionen gefuerchtet und jeder war froh und hat aufgeatmet, wenn sie wieder weg waren.

15. Wissen Sie etwas darüber, daß am 10. März 1943 etwa 300 Angestellte des jüdischen Krankenhauses, jüdischer Siechenheime und der jüdischen Gesundheitsverwaltung (50 % der gesamten damaligen Belegschaft) zur Deportation eingeteilt und wenig später deportiert wurden? Wann genau und wohin ging dieser Deportationstransport? Können Sie Namen von Teilnehmern an diesem Transport angeben?

An Namen kann ich mich nicht mehr erinnern. Der Transport wurde vorgenommen. Soviel ich weiss sind die meisten Personen nach dem Osten deportiert worden und nur die alten Menschen nach Theresienstadt.

16. Welche Gestapobeamte haben nach Ihrer Erinnerung diese Deportation veranlaßt oder waren an ihrer Durchführung beteiligt? Hat Wöhrn mitgewirkt? Wenn ja, in welcher Form?

Die Gestapo Beamte haben die Deportation veranlasst, wahrscheinlich order vom Reichssicherheitshauptamt.  
Die Namen sind mehr nicht gelaefig .

17. Haben Sie in der Nacht vom 10. zum 11. März 1943 zusammen mit Fräulein Hilda Kahan auf Diktat von Selmar Neumann und/oder Erich Zwilsky die Listen der zur Deportation Eingeteilten schreiben müssen? Wissen Sie sonst noch etwas über diese Aktion? Nach welchen Gesichtspunkten und von wem wurden die zu Deportierenden in die von Ihnen und Fräulein Kahan zu schreibenden Listen gebracht?

Eine Nacht bin ich dazu zugezogen worden, Listen mit der Schreibmaschine zu tippen zusammen mit Frl. Kahan. Die Order bekam ich von Dr. Lustig und Erich Zwilsky.

18. Was wissen Sie noch über die Festnahme eines jungen Mädchens mit Namen Ruth Ellen Wagner im jüdischen Krankenhaus? Wer veranlaßte die Festnahme, was war der Grund dafür usw.?

Soviel ich mich erinnere, ist Ruth Wagner bei einer Besichtigung von Gestapo Beamten festgenommen worden, da die Lippenstift an ihren Lippen hatte und dies fuer uns Juden verboten war. Das war Grund genug fuer diese Beamten, das Maedchen festzunehmen und zu evakuieren.

Soviel ich mich erinnere ist am gleichen Tag auch ein Junge, der Name war "Bukofzer" von den Gestapo Beamten im Portierhouse des Juedischen Krankenhauses festgenommen und weggeschickt worden.

19. Was wußten und erfuhren Sie vor dem 8. Mai 1945 über das Schicksal der deportierten Juden an den Deportationszielorten? Gab es einen Unterschied zwischen der Deportation nach Auschwitz und der nach Theresienstadt? Erfuhren Sie, daß man einen großen Teil der deportierten Juden in den Ostgebieten oder in Konzentrationslagern systematisch ums Leben brachte? Wenn ja, wann erfuhren Sie es, woher hatten Sie diese Kenntnis, auf welchen konkreten Tatsachen beruhte sie? Hörten Sie Gerüchte über Judentötungen? Wenn ja, von wem, wann und welcher Art? Wenn Sie damals keine positive Kenntnis vom wirklichen Schicksal der Deportierten erlangt hatten, vermuteten oder befürchteten Sie, daß die Deportierten mindestens teilweise ums Leben kommen würden? Wenn ja, warum, auf Grund welcher Tatsachen oder Überlegungen und ab wann? Welche Informationen über das Schicksal der Deportierten erhielten Sie von Selmar Neumann? Trifft es zu, daß Sie von einem bestimmten Zeitpunkt an ständig Gift bei sich trugen, um im Falle einer Deportation Selbstmord zu begehen?

Ich habe verschiedene Karten aus Theresienstadt und dem Osten erhalten und gehoert, dass viele Menschen nicht mehr am Leben waren. Ich habe immer Ziankali mit mir getragen, da ich in meinen eigenen Tod nicht gehen wollte. Am 7. Mai 43, es war ein Freitag, bin ich abends im Krankenhaus zum Essen gegangen und hatte mich frisch angezogen und hatte mein Ziankali in meinem Zimmer. An diesem Abend hat die Gestapo mich abgeholt und da ich verweigerte einen Koffer mit Kleidung mitzunehmen und ~~in~~ meinem Zimmer mein Ziankali nahm, haben die 2 Gestapo Beamte, die mich begleiteten, es weggenommen.

20. Schildern Sie bitte kurz Ihr weiteres Schicksal nach Kriegsende.

Nach Kriegsende lebte ich zusammen mit Herrn Selmar Neumann und seiner Frau bis ich im Jahre 1952 nach Amerika auswanderte.

Baltimore, den 26. Januar 1969

*Leonore Shiff geb. Baer*  
.....  
(Leonore Lore Shiff geborene Baer)

20  
Chamion  
15. September 1969

Vernehmungsprotokoll

In der Sache des Strafverfahrens  
gegen den Handelsvertreter Fritz Oskar Karl W ö h r n , geboren am  
12. März 1905 in Berlin, zur Zeit in Untersuchungshaft in der  
Untersuchungshaftanstalt Moabit, Gefangenenbuchnummer 1983/67  
wegen Mordes,

anhängig bei dem Schwurgericht des Landgerichts Berlin --(500) 1 Ks  
/69 (RSHA) 26/68-- erschien am 15. September 1969 um 10 Uhr vor dem  
mit der Zeugenvernehmung durch Rechtshilfeersuchen der General-  
staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin vom 4.8.1969 (Int  
AR 948-951.69) beauftragten Oeffentlichen Notar des Staates Mary-  
land

Dr. John W. Marcuse, Landgerichtsrat a.D.  
Attorney at Law, Vertrauensanwalt des Deut-  
schen Konsulats in Philadelphia, Pa. fuer  
den Staat Maryland,

in dessen in Baltimore, Maryland, USA, 209 Tower Building, gelegenen  
Büro die als Zeugin vorgeladene Frau Leonore Schiff,  
wohnhaft in Baltimore, Md. USA, 4002 Labyrinth Road, der Person  
nach ausgewiesen durch USA-Einbürgerungsurkunde Nr. 8527072.

Es waren anwesend:

Als Mitglied des Schwurgerichts: Landgerichtsrat Greinert,  
sowie der Ergänzungsrichter Landgerichtsrat Palhoff.

Für die Staatsanwaltschaft: Erster Staatsanwalt Nagel und Staats-  
anwalt Hölzner.

Für den Angeklagten: Rechtsanwaelte Hentschke und Scheid

Als Schriftführerin: Frl. Gudrun Schöttler, Angestellte des  
Deutschen Konsulats in Philadelphia, Pa.

Dr. Marcuse stellte fest, daß die Zeugenvernehmung auf Grund eines  
Beschlusses des Schwurgerichts Berlin vom 26.6.1969 erfolge.

Dr. Marcuse machte die Zeugin mit der Person des Angeklagten und

dem Gegenstand der Beweisaufnahme kurz bekannt. Er belehrte sie darüber, unter welchen Voraussetzungen sie nach deutschem Gesetz bzw. nach dem Gesetz des Staates Maryland das Recht habe, das Zeugnis ganz oder teilweise zu verweigern. Alsdann ermahnte Dr. Marcuse die Zeugin zur Wahrheit; er wies sie darauf hin, daß sie ihre Aussage zu beeidigen haben werde und belehrte sie über die Bedeutung des Eides und die strafrechtlichen Folgen einer unrichtigen oder unvollständigen Aussage nicht nur nach deutschem Recht, sondern auch nach dem Recht des Staates Maryland.

Hiernach erfolgte die Vernehmung der Zeugin zur Person und Sache:  
Dr. Marcuse: Ich bitte um Angabe Ihres Vor- und Zunamens, Ihres Mädchennamens, Ihres Alters, Ihres Berufs, Ihrer Wohnadresse und jetzigen und eventuellen früheren Staatsangehörigkeit.

Zeugin: Ich heiße **L e o n o r e S h i f f** geb. Baer  
geboren am 15. März 1915  
Beruf: Büroleiterin

ich wohne 4002 Labyrinth Road, Baltimore, Md.  
Ich habe jetzt die USA-Staatsangehörigkeit. Früher hatte ich die deutsche Staatsangehörigkeit.

Dr. Marcuse: Sind Sie mit dem Angeklagten Woehrner verwandt oder verschwägert?

Zeugin: Nein

Dr. Marcuse: Wo befanden Sie sich während der Jahre 1941 bis 1944?  
Wo waren Sie während jener Zeit tätig?

Zeugin: Von 1941 bis Nov. 1942 war ich als Leiterin der Heil- und Pflegeanstalt in Sayn tätig. Zusammen mit ausländischen Patienten und Pflegepersonal der Anstalt kam ich dann nach Berlin ins jüdische Krankenhaus.

Dr. Marcuse: Ist der Angeklagte Ihnen aus jener Zeit bekannt?

Zeugin: Ja

Dr. Marcuse: Waren Sie bei dem jüdischen Krankenhaus in Berlin tätig und welche Stellung hatten Sie dort?

Zeugin: Ich war Sekretärin im jüdischen Krankenhaus von Selmar Neumann und habe alle anderen bürotechnischen Arbeiten verrichtet. Ich blieb in dieser Stellung bis 1945. Ich war zwar Volljüding im Sinne der Nürnberger Gesetze, hatte aber ein Austauschzertifikat vom Internationalen Roten Kreuz in Genf.

Zur Auflösung der Neurologischen Station kann ich folgendes sagen: Diese Station bestand etwa ein Jahr, dann wurde sie in eine Polizeistation umgewandelt. Allgemein war es so, daß Transporte von Kranken und Begleitpersonal nach Besichtigungen abgingen. So war es auch bei der Neurologischen Station. Im Juni 1944 verließen die letzten Voßljuden das Krankenhaus, es blieben nur geschützte Juden. Allgemein war es so, daß bei den Besichtigungen Herr Woehr zu- gegen war. Anfangs war auch Herr Eichmann dabei. Wenn größere Ak- tionen stattfanden, kam Woehr nicht allein. Nur manchmal machte er allein eine Runde durch das Krankenhaus; dann wurde er begleitet von Dr. Lustig, <sup>und</sup> Selmar Neumann oder einem von beiden. Frage: Können Sie sich erinnern, ob der Auflösung der Neurologischen Station ein besonderes Ereignis vorausging?

Antwort: Nein.

Die Besichtigungen fanden etwa im Abstand von ~~4~~ 4 - 5 Wochen statt. Manchmal nach Anmeldung, manchmal unverhofft. Woehr war immer da- bei. Den Namen Woehr hatte ich von Selmar Neumann und Dr. Lustig erfahren. Ich habe ihn selbst gesehen. Ich konnte mich nicht ver- bergen. Er kam durch die Büros. Herr Woehr kam meistens zivil, aber auch manchmal in Uniform. Ich meine, er war mittelgroß, eher etwas mehr. Ich habe ein schlechtes Personengedächtnis. Ich habe ihm auch aus Angst nicht direkt ins Gesicht gesehen.

Der Zeugin wurde die ~~zwei~~ Lichtbildmappe -Beistück VI- vorgelegt. Ich müßte lügen, ich kann ihn nicht wiedererkennen. Lediglich Nr. 17 und Nr. 25 kommen mir im Zusammenhang mit den Gestapobeamten, die ich im Krankenhaus sah, bekannt vor.

Als Vorhalt: Jedoch sagen mir die Namen Hunsche und Lietz nichts. Wenn mir Bild Nr. 55 vorgehalten wird, so erkenne ich ihn auch nicht wieder. Ergänzend möchte ich noch sagen, daß ihn Herr Günther im Krankenhaus oft begleitete. Günther war größer als Woehr. Er war blond. Wenn mir sein Bild vorgehalten wird (Bild Nr. 11), so erkenne ich ihn auch nicht wieder.

Woehr war im Krankenhaus sehr gefürchtet. Über Herrn Woehr habe ich folgendes gehört: Eines Tages soll er im Krankenhaus ein Mäd- chen gesehen haben, und zwar in der Telefonzentrale, das die Lippen geschminkt hatte. Daraufhin soll er angeordnet haben, daß es ab- transportiert werden soll. Das Mädchen kam noch am selben Tag weg. Ich habe es nie wieder gesehen. Es hieß nach meiner Erinnerung Cohen. Am selben Tag wurde auch, so habe ich es gehört, wurde auch

auf Anordnung des Herrn ~~Wagner~~ Woehrns der Bukofzer abgeholt. Er war ~~der~~ Pförtner. Soviel ich mich erinnere, war der Anlaß, daß er eine Zigarette rauchte. Von diesen Vorfällen habe ich unmittelbar hinterher gehört. Es ging im ganzen Krankenhaus wie ein Lauffeuer herum. Der Zeugin wurde das Lichthild der Ruth Ellen Wagner vorgelegt. Sie erklärte: Dieses Mädchen ist mir bekannt. Sie war in der Telefonzentrale. Ich glaube, daß es sich bei diesem Mädchen um das Mädchen handelt, daß ich als das Mädchen Cohn in Erinnerung habe. Sie hatte ein volles Gesicht und trug geschminkte Lippen. Ich glaube jetzt, daß sie es hundertprozentig war.

Nach dem Kriege traf ich die Mutter von Bukofzer in Berlin. Sie erzählte mir, daß sie nie wieder etwas von ihrem Sohn gehört habe.

Auf Vorhalt der Staatsanwaltschaft: Mir ist nicht bekannt, daß Bukofzer noch einmal auf der Polizeistation lag und dort gestorben ist.

Auf Vorhalt der Staatsanwaltschaft: Ich weiß hundertprozentig, daß ein Mädchen wegkam, weil es sich geschminkt hatte, und daß dieses Mädchen ~~in~~<sup>aus</sup> der Telefonzentrale kam. Ich habe mit diesem Mädchen den Namen Cohn im Kopf. Wenn mir jetzt gesagt wird, daß die Ruth Ellen Wagner im Zusammenhang mit dem Stern-~~Wagner~~ tragen abgeholt wurde, dann scheint es mir doch so, daß es sich um zwei verschiedene Mädchen handelt. Ich betone nochmals, daß nach meiner sicheren Erinnerung das Fräulein Cohn und Bukofzer an einem Tage wegkamen. Die Cohn war eine Volljüdin. Der Vorfall muß sich also vor Juni 1944 ereignet haben. Allgemein ist mir in Erinnerung, daß es hieß, daß Woehrns auf das Tragen des Judensternes achtete. Wenn er durchs Büro kam, war es mir so, als wenn er nach dem Stern sah. Ich habe aber nicht gesehen, daß er bei Kollegen die Befestigung des Sternes überprüfte. Er tat es auch nicht bei mir.

Hinsichtlich des Dr. Windmüller weiß ich nur, daß er wegkam. Es war eine große Überraschung im Krankenhaus, da er für die Patienten dringend benötigt wurde. Was zu seiner Verhaftung führte, kann ich nicht sagen.

Auf die Frage des Rechtsanwalts Hentschke: Woehrns war der Schrecken aller, weil wir schon Erfahrungen darüber hatten, daß er Menschen weggeschickt hatte. Alle seine Begleiter waren aber ebenso gefürchtet. Die Begleiter wechselten; Woehrns war aber immer dabei.

Von den Sekretärinnen des Dr. Lustig dem Frl. Kahan und dem Frl. ~~Markus~~ Markus, erfuhr ich, daß Woehrns bestimmte, wer wegkommen sollte. Die hatten es wahrscheinlich von Dr. Lustig erfahren. Wie es zu der Auswahl kam, kann ich bis auf die von mir angeführten Einzelfälle nicht sagen.

Auf Frage der Staatsanwaltschaft: Von Selmar Neumann habe ich darüber nichts gehört. Er war nicht zugegen, als sich die von mir angeführten Ereignisse ereigneten, soweit ich es weiß. Woehrns tat sich im Krankenhaus groß. Er war sehr strikt. Mit ihm konnte man nicht reden. Insoweit war er das Gegenteil von dem Gestapomann Dobberke. Dobberke verhielt sich auch als Gestapomann noch etwas menschlicher. Woehrns verhielt sich an sich ruhig. Schimpfworte habe ich von ihm nicht gehört. Er hat es meiner Meinung nach faustdick hinter den Ohren.

Zu dem Begriff Krankenhausaktion kann ich folgendes sagen: Alle Aktionen richteten sich gegen die Patienten und das Pflegepersonal. Eine gezielte Aktion gegen das Pflegepersonal ist mir nicht in Erinnerung. Ich selbst wurde bei der ersten größeren Aktion am 7. Mai 1943 festgenommen und in das Lager in der Großen Hamburger Straße gebracht. Dieses Datum werde ich nie vergessen. Eine Woche blieb ich dort, dann kam ich frei. Danach kamen weitere Aktionen bis zum Juni 1944. Bei einer dieser Aktionen wurde ich noch<sup>mals</sup> ~~festgenommen~~ festgenommen. Das war eine Woche später. Bei einem dieser beiden Vorfälle mußte ich selbst mit Listen schreiben, zusammen mit Frl. Kahan und Frl. Markus in der Gesundheitsverwaltung. Wir schrieben die Namen nach meiner Erinnerung von Karteikarten ab. Es ist nicht diktiert worden. Auf einer der Listen stand dann auch mein Name. Das erfuhr ich hinterher; ich mußte nicht meinen eigenen Namen schreiben. Diese Aktion war auch vom Reichssicherheitshauptamt befohlen worden. Wer in diesem Fall die Anweisung gegeben hatte, kann ich nicht sagen, d.h. ich kann nicht sagen, ob Woehrns diese Aktion geleitet hat. Es waren nach meiner ~~Schätzung~~ Schätzung 500 Personen, die wegkamen. Sie kamen nach dem Osten. Namen kann ich nicht nennen. Ich weiß über ihr Schicksal nichts. (Um 12 Uhr entfernten sich die Rechtsanwälte Hentschke und Scheid. Rechtsanwalt Scheid war außerdem zwischen 11.02 und 11.13 Uhr abwesend.)

Bereits 1942 erfuhr ich in Sayn nach einem Osttransport von ~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~ Paul Kochanek, dem Leiter der Anstalt, daß die Juden, die nach dem Osten transportiert worden waren, dort mit Maschinengewehren erschossen worden waren, nachdem sie ihr eigenes Grab geschaufelt hatten. Dieses hatte Herr Kochanek von ~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~, ~~XXXXXX~~ Soldaten, die aus dem Osten zurückgekommen waren, gehört und mir erzählt. Seit diesem Tage trug ich Ziankali bei mir, weil ich nicht zu meiner eigenen Beerdigung fahren wollte.

Auf Frage der Staatsanwaltschaft: Nur einmal bin ich zum Listenschreiben hinzugezogen worden. Das weiß ich genau.

Zum Zeitpunkt des Listenschreibens ~~xxxix~~ will ich mich nicht so genau festlegen. Es kann sein, daß ich bereits im März das eine Mal zum Listenschreiben herangezogen wurde. Ich weiß nur, daß ich selbst am 7. Mai wegkam. Dr. Lustig kannte mich schon von früher her. Ich hatte von Anfang an insoweit sein Vertrauen, so daß es sein kann, daß ich bereits im März zu dieser Arbeit herangezogen wurde. Es kann sein, daß bereits im März eine kleinere Aktion stattfand.

V.g.u.

gez. Leonore Shiff

.....  
(Leonore Shiff)

Die Zeugin wurde vereidigt.

Die Vernehmung wurde um 12.35 Uhr geschlossen.

gez. Dr. John W. Marcuse

.....  
(Dr. John W. Marcuse)  
als Commissioner

gez. G. Schöttler

.....  
(Gudrun Schöttler)  
Schriftführerin

HS 40"

360

Walter S i n g e r

Wohnort: (1968) 1 Berlin 44,  
Innstr. 19

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

Berlin 21, den 13. Februar 1968  
Turmstraße 91

1 Js 1/65 (RSHA)

Gegenwärtig: Staatsanwalt H ö l s n e r  
Justizangestellte A d r y a n

Vorgeladen erscheint um 9.30 Uhr als Zeuge

der Verwaltungsangestellte

Walter S i n g e r ,

geboren am 21. November 1906 in Berlin,

wohnhaft in Berlin 44 (Neukölln), Innstraße 19,

- mit den Beschuldigten nicht verwandt und nicht verschwägert -  
und erklärt, mit dem Gegenstand der Vernehmung vertraut gemacht,  
folgendes:

Mein Vater war Volljude und meine Mutter Arierin, sodaß ich jüdischer  
Mischling ersten Grades bin. Ich gehörte seit meiner Kindheit bis 1949  
der jüdischen Religionsgemeinschaft an. Im Jahre 1949 wechselte ich  
zur evangelischen Kirche über. Im Jahre 1934 heiratete ich eine so-  
genannte Arierin.

Von 1912 bis 1922 besuchte ich in Berlin die Volksschule und das Gym-  
nasium bis zur mittleren Reife. Anschließend erlernte ich bis 1925 den  
Beruf des Bankkaufmannes und war danach als kaufmännischer Angestellter  
in wechselnden Stellungen tätig.

Im Rahmen der sogenannten Fabrik-Aktion - nach meiner Erinnerung muß  
das Ende Februar 1943 gewesen sein - wurde ich auf meiner damaligen  
Arbeitsstelle in Berlin-Weißensee - ich war dort zwangsweise zur

Arbeit eingesetzt und mit schweren körperlichen Arbeiten betraut - verhaftet und in das Lager Rosenstraße eingeliefert. Dort wurden wir, je nach dem ob wir Volljuden, Mischlinge oder privilegierte Mischehenpartner waren, ausgesondert. Ich kam nach wenigen Tagen in das Sammel-lager in der Großen Hamburger Straße. Dort wurde ich nach kurzer Zeit entlassen. In der Folgezeit wurde ich als sogenannter jüdischer Ordner zwangsweise zu Arbeiten für die Reichsvereinigung der Juden eingesetzt, und zwar mußte ich im Stapo-Dienstgebäude in der Kurfürstenstraße 116, dem früheren Logenhaus, schwerste Arbeiten verrichten. Ich gehörte mithin dem sogenannten "jüdischen Arbeitskommando" in der Kurfürstenstraße an.

Dieses Arbeitskommando war mit dem Bau von Bunkern im Gebäude Kurfürstenstraße 116 befaßt. Gegen Kriegsende hatten wir auch Barrikaden in der Innenstadt zu errichten. Ich gehörte dem Arbeitskommando Kurfürstenstraße bis Ende April 1945 an. Das Kriegsende erlebte ich in Berlin, danach ging ich nach Sachsen. 1947 kehrte ich nach Berlin zurück. Seit 1956 bin ich beim Bezirksamt Schöneberg als Verwaltungsangestellter tätig. Heute bin ich als Sachbearbeiter im Ausgleichsamt bei der Abteilung Finanzen eingesetzt.

Etwa im März 1943 wurde ich für das jüdische Arbeitskommando, das im Gebäude des Judenreferates in der Kurfürstenstraße 116 mit Arbeiten beschäftigt war, eingeteilt. Ich hatte mich dort bei einem arischen Polier zu melden, an dessen Namen ich mich nicht mehr erinnere. Wir waren dort etwa 20 - 30 Leute; wir mußten antreten, und dann erschien S t u s c h k a , den ich auf Bild Nr. 125 der Lichtbildmappe wieder-erkenne. Stuschka, der ein Wiener war, erklärte uns, wir seien als besonders begünstigte Juden hier im Dienstgebäude zur Arbeit eingeteilt und sollten recht gut arbeiten. Wenn einer nicht zum Dienst käme, werde

er geholt. Danach setzte uns der Polier unter der Oberaufsicht von Stuschka zur Arbeit ein. Wir hatten im Haus Kurfürstenstraße 116 einen Tiefbunker zu bauen und mußten die dabei anfallenden Arbeiten, wie Schippen, Zementmischen, Eisenträgertragen usw. verrichten. Es handelte sich um eine sehr schwere Arbeit. Wir mußten auch in sehr schnellem Tempo arbeiten, das sich gegen Kriegsende immer mehr verschärfte. Zunächst arbeiteten wir täglich etwa 10 - 12 Stunden, später sogar bis zu 18 - 20 Stunden, wobei allerdings der Luftschutzdienst eingeschlossen war. Wir wohnten zu Hause und mußten pünktlich zum Dienst erscheinen. Bei Luftangriffen durften wir nicht wie die Angehörigen der Gestapo in den Bunker, sondern mußten uns in einem nicht bombensicheren Verraum aufhalten. Außerdem mußten wir nach Luftangriffen Löscharbeiten und Aufräumungsarbeiten verrichten, die teilweise mit Lebensgefahr verbunden waren. Wir mußten so schwer arbeiten, daß uns sogar im Winter bei großer Kälte der Schweiß herunterlief. Ich habe seit dieser Zeit Lungenschäden.

Nach meiner Erinnerung wurde ich von Stuschka etwa drei- bis viermal geschlagen. Dazu kann ich noch folgende Einzelheiten schildern: Eines Tages inspizierte E i c h m a n n den Fortgang der Arbeiten. (Eichmann inspizierte überhaupt in unregelmäßigen Abständen alle paar Wochen unsere Tätigkeit.) Ich war gerade mit Reinigungsarbeiten befaßt und sprengte die Räume mit Wasser, bevor ich ausfegte. Eichmann lobte meine Arbeit und entfernte sich. Dann erschien Stuschka und rief: "Du Schwein, was machst Du denn hier?" Als ich ihm erklären wollte, was Eichmann kurz zuvor gesagt hatte, gab er mir eine wuchtige Ohrfeige, so daß ich mit dem Kopf gegen die Wand schlug und hinfiel. Stuschka sagte darauf: "Steh auf, Du Schwein, sonst schieße ich Dich nieder wie einen Hund." Offenbar wollte er mich dadurch veranlassen, schnell aufzustehen und weiterzuarbeiten. Bei einer anderen Gelegenheit hatte

ich von H a n k e , der, wie ich sagen kann, ein feiner Kerl war, zwei Tage Sonderurlaub erhalten. Als ich zur Kurfürstenstraße zurückkam, hörte ich, daß mich Stuschka schon gesucht hätte. Stuschka fragte mich, wo ich mich rumgetrieben hätte und schrie mich an: "Du amüsiert Dich, und die anderen verbluten an der Front" und gab mir daraufhin eine Ohrfeige.

Eines Tages hatte ich ein Zahngeschwür und fragte Stuschka, ob ich zum Jüdischen Krankenhaus in der Iranischen Straße gehen könne, um mich behandeln zu lassen. Mit den Worten: "Du Schwein willst Dich wohl vor der Arbeit drücken", gab mir Stuschka wieder eine Ohrfeige. Danach erlaubte er mir allerdings, unter Bewachung durch einen SS-Mann aus dem Juden-Referat zur Iranischen Straße zu gehen, d. h. ich wurde dorthin und wieder zurückgefahren. Wir hatten einen Lastwagen und mußten auf dem Rückwege aus der Prinz-Albrecht-Straße Zement mitbringen.

Eine weitere Ohrfeige erhielt ich von Stuschka, als er bemerkte, wie ich wegen einer Verletzung mir ein Stück Stoff zur Polsterung unter das Hemd schob.

Stuschka schlug nicht nur mich, sondern auch den Tischler Frita G r o ß . Einmal habe ich das selbst beobachtet und zweimal hörte ich, wie er nach Schlägen Stuschka's aufschrie. Der von mir beobachtete Fall, als Stuschka Herrn Groß schlug, war auch aus nichtigem Anlaß.

Andere Angehörige des jüdischen Arbeitskommandos in der Kurfürstenstraße waren B l o c k , K i n d e r m a n n und L e w i n . Weitere Namen fallen mir im Moment nicht ein. Herr Block müßte noch mehr Namen wissen. Mir fällt gerade noch ein Herr Z w i r n ein, der früher in der

Yorckstraße wohnte, jetzt aber wohl im Ausland lebt. Wir nannten ihn "Jack". Auch hierüber müßte Herr Block Näheres sagen können.

Als Angehöriger des Juden-Referates fällt mir auf Vorhalt Rolf G ü n t h e r ein, der der Zweithöchste nach Eichmann war. Ich erkenne ihn auf Bild Nr. 35 wieder. Gesprochen habe ich nie mit ihm. Ich kannte ihn nur vom Sehen und kann weiter über ihn nichts sagen.

Die auf den Bildern Nr. 10, 11 und 15 abgebildeten Personen kommen mir bekannt vor. Es könnte sein, daß ich sie im Hause mal gesehen habe. Die mir in diesem Zusammenhang genannten Namen B e y e r , Dr. B i l f i n g e r und B o s h a m m e r sagen mir allerdings nichts mehr. Es könnte sein, daß ich diese Namen einmal gehört habe, ich bringe sie jedoch mit den abgebildeten Personen nicht in Verbindung. Der mir vorgehaltene Name W ö h r n sagt mir nichts. Die auf Bild Nr. 142 abgebildete Person erkenne ich nicht wieder.

Die auf den Bildern Nr. 46 und 47 abgebildeten Personen kenne ich ebenfalls. Sie waren auch im Gebäude Kurfürstenstraße 116 tätig. Die mir im Zusammenhang mit diesen beiden Bildern genannten Namen H r o s i n e k und H u n s c h e sind mir noch geläufig, insbesondere Hrosinek. Ich bringe diese Namen jedoch nicht mit den Bildern Nr. 46 und 47 in Verbindung.

Der Name H a r t m a n n sagt mir nichts. Auf Bild Nr. 41 erkenne ich ihn nicht wieder. Auch der Name P a c h o w ist mir unbekannt. Ich kenne allerdings vom Sehen die auf Bild Nr. 93 abgebildete Person. Dieser Herr war ebenfalls in der Kurfürstenstraße tätig. Der Name Pachow sagt mir aber nichts mehr.

Ich habe mir soeben die Lichtbildmappe angesehen, erkenne aber außer den bereits vorstehend erwähnten Personen niemanden wieder.

Gegen Ende April 1945 - der Kampf um Berlin war bereits im Gange - wurde ich dazu eingesetzt, große Kästen mit Karteikarten auf den Hinterhof zu tragen. Daraufhin mußte ich wegtreten, konnte jedoch von weitem beobachten, wie Wachmannschaften aus dem Hause aus einem Kanister eine Flüssigkeit - wahrscheinlich Benzin - über die Kästen schütteten und sie in Brand steckten. Die Sachen brannten dann lichterloh.

Womit die Angehörigen des Eichmann-Referates im einzelnen befaßt waren, blieb mir unbekannt. Das war für uns alles streng geheim. Wir durften grundsätzlich nie in die Zimmer hinein, allenfalls gelegentlich einmal zum Säubern, dann jedoch unter Bewachung. Ich konnte nur beobachten, wie der eine oder andere Referatsbedienstete mit Akten über die Gänge lief.

Ich werde nunmehr danach gefragt, was ich bis Kriegsende über das Schicksal der deportierten Juden gehört oder erfahren habe und was ich mir insoweit für Vorstellungen gemacht habe. Dazu habe ich folgendes zu sagen:

Ich habe bis Kriegsende nie positiv erfahren, daß die Deportierten größtenteils ermordet werden sollten. Ich wußte jedoch, daß sie in Konzentrationslager eingeliefert wurden und hatte gehört, daß dort sehr harte Lebensbedingungen herrschten. Deshalb befürchtete ich, daß viele Deportierte bei den harten Lebensbedingungen in den KL sterben und nicht mehr zurückkommen würden. Das war allerdings meine gefühlsmäßige Einstellung. Anhaltspunkte für das wirkliche Schicksal der Deportierten konnte ich bis Kriegsende nicht gewinnen.

Es gingen allerdings damals - ich möchte sagen im Jahre 1944 - unter uns Gerüchte um, daß Juden umgebracht worden sein sollten. An Einzelheiten dieser Gerüchte kann ich mich heute nicht mehr erinnern. Es sickerte jedoch einiges über Judentötungen durch. Ich hatte damals keinen Anlaß, an der Richtigkeit solcher Gerüchte zu zweifeln, weil ich ja die ganzen Jahre hindurch erlebt hatte, wie schlecht Juden behandelt wurden. Deshalb hielt ich es für durchaus möglich, daß derartige Gerüchte zutrafen.

In der Kurfürstenstraße habe ich niemals Äußerungen von Referatsbediensteten gehört, aus denen zu folgern gewesen wäre, welches Schicksal die deportierten Juden damals hatten. Über diese Dinge sprachen die Referatsbediensteten nie mit uns. Ich kann nur meinen allgemeinen Eindruck schildern, den ich damals hatte, und der war der, daß das Leben und die Gesundheit von Juden damals auf's Äußerste gefährdet waren.

Ich habe dem Diktat, das in meiner Gegenwart ins Stenogramm gegeben worden ist, aufmerksam zugehört. Alles, was im Stenogramm niedergelegt worden ist, entspricht voll und ganz meinen Angaben, ich verzichte deshalb auf nochmaliges Vorlesen des Diktates und auf eine Durchsicht der Reinschrift.

Laut in Gegenwart des Zeugen ins Stenogramm diktiert und von ihm dort als genehmigt unterschrieben:

gez. Walter Singer  
- - - - -

Geschlossen:

gez. Hölzner  
Staatsanwalt

gez. Adryan  
Justizangestellte

1Js 9-65  
Stapoleit-Bln

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint der Verwaltungsangestellte

Walter S i n g e r,  
21.11.1906 Berlin geb.,  
Berlin 44, Innstr. 19 whft.

und erklärt, nach Belehrung §§ 52, 55 StPO, folgendes :

Der Gegenstand meiner heutigen zeugenschaftlichen Vernehmung wurde mit mir durchgesprochen. Ich bin Bereit, wahrheitsgemäße Angaben zu machen und wissentlich nichts zu verschweigen.

Die Niederschrift meiner am 13. Febr. 1968 vor der StA Berlin-Tiergarten gemachten Angaben ist mit mir durchgesprochen worden, insbesondere soweit sich diese auf die Tätigkeit der ehemaligen Stapoleitstelle Berlin beziehen.

Ergänzend führe ich aus:

Wie ich bereits erwähnt habe, gehörte ich zur fraglichen Zeit der jüdischen Religionsgemeinschaft an und war mit einer Christin verheiratet. Ich glaube, es dürfte noch erwähnenswert sein, daß ich während der Arbeit einen sog. Judenstern tragen mußte. Ebenso wurde ich unter Androhung von Strafen gezwungen, den zusätzlichen Vornamen "Israel" zu führen.

Etwa im Juni 1942 wurde ich bei meiner Rückkehr von der Arbeitsstelle von zwei Zivil-Beamten im Hauseingang empfangen und zum Pol.-Revier in die Alvenslebener Str. Ecke Potsdamer Str. gebracht. Auf dem Pol.-Revier machte man mir Vorhaltungen, weil ich keine für Juden bestimmte K-enkarte beantragt hatte und auch nicht den zusätzlichen Vornamen "Israel" führte. Mir wurde daraufhin ein Personalausweis mit dem obligatorischen "J" ausgehändigt und eröffnet, daß ich mit 14 Tagen Gefängnis zu rechnen habe. Ich kann mich noch mit Sicherheit daran erinnern, daß der Zivil-Beamte meine Personalien in ein vorgedrucktes Formular einsetzte und dabei hinzufügte, daß ich die für Juden vorgesehene Bestimmungen nicht eingehalten hätte.

Ich kann mich noch vage erinnern, daß der Text auf diesem Formular zum Ausdruck brachte, daß die Bestrafung lt. einem Gerichtsurteil erfolgen würde. Der Zivil-Beamte erklärte mir, daß eine Benachrichtigung erfolgen würde. Nach einigen Tagen erhielt ich eine Postkarte von der Strafanstalt Tegel mit der Aufforderung, mich zum Strafantritt zu melden. Ich kam dieser Aufforderung nach und mußte dort in Einzelhaft in einer Dunkelzelle einsitzen. In meiner Zelle befand sich keine Schlafgelegenheit. Ich mußte auf dem nackten Boden ohne Decke schlafen. Nach acht Tagen kam ich in eine Gemeinschaftszelle. Ich war dort den gemeinsten Schikanen ausgesetzt, so mußte ich z. B. die Runde auf dem Hof mit einem etwa 50 kg schweren Sandsack, den ich mir auf den Rücken schnallen mußte, machen. Verschiedentlichem ~~indxmrx~~ Male sind mir auch Mißhandlungen angedroht worden.

Nach meiner Entlassung aus der Strafanstalt Tegel mußte ich mich auf dem jüdischen Arbeitsamt in der Fontanepromenade melden. Von dort aus wurde ich zur Firma SCHERP & SCHWER in Berlin-Weißensee dienstverpflichtet.

Am 27. Febr. 1943 wurde ich im Zuge der sog. Fabrik - Aktion mit mehreren jüdischen Arbeitern verhaftet und zum Auffanglager Feldzeugmeisterstr. ( Rathenower Kaserne ) gebracht. Diese Aktion kam für uns überraschend und erfolgte während meiner Nachtschicht gegen 23.00 Uhr. Ich kann heute nicht mehr annähernd die Zahl der auf Lastwagen verladenen und abgefahrenen Juden bestimmen. Es müssen etwa drei oder vier Lastwagen gewesen sein, die uns zur Feldzeugmeisterstr. gebracht haben. Unsere Bewacher waren uniformiert und mit Karabinern bewaffnet. Ich kann nicht mit Sicherheit angeben, ob sie der Waffen-SS angehört haben. Es herrschte ein großes Durcheinander und eine große Aufregung. In der Dunkelheit konnte ich nicht den genauen Ablauf des Geschehens erkennen, deshalb kann ich in diesem Zusammenhang über eventuelle Mißhandlungen keine Angaben machen. Die Leute haben geweint und vor lauter Angst geschrien. In der Feldzeugmeisterstr. wurden wir in dortigen Tattersall der Kaserne untergebracht. Die Glasscheiben der Fenster waren entzwei, so daß es sehr kalt darin war. Wir waren ein paar Hundert Frauen und Männer, die dicht gedrängt untergebracht waren und stundenlang stehend warten mußten.

Es befanden sich viele alte Leute darunter und es spielten sich herzzerreißende Szenen ab. Die Angst vor dem ungewissen Schicksal steckten allen Menschen, die mit dort eingesperrt waren, in den Gliedern. Verschiedentlich ereigneten sich hysterische Ausbrüche und Ohnmachteeinfälle. Einige Leidensgefährten erwähnten, daß sie die nun folgenden Strapazen nicht mehr überleben würden. Ob es zu Selbsttötungen - bzw. Versuche dazu gekommen ist, weiß ich nicht.

Über dort fungierende Angehörige der ehemaligen Gestapo habe ich keine Erinnerungen mehr. Es liefen einige Uniformierte und in Zivil gekleidete Männer herum. Wenn sich nicht alles täuscht, befanden sich auch unter uns sog. Staatenlose, Zigeuner und Fremdarbeiter aus den östlichen Ländern. Nach einer erfolgten Registrierung kam ich mit einem Schub in das Lager Rosenstr. In der Rosenstr. war ebenfalls alles überfüllt. In den einzelnen Zimmern, die uns zur Verfügung gestellt wurden, war eine Möglichkeit zum Hinlegen nicht gegeben. Wir konnten nur dicht an dicht stehen. In der gleichen Nacht erfolgte sofort eine erneute Selektion. Sogenannte Volljuden wurden sofort abtransportiert. Während meines Aufenthaltes in der Rosenstr. habe ich mehrere Luftangriffe miterlebt. Wir durften in einer solchen Situation niemals die Zimmer verlassen und schwebten daher in großer Lebensgefahr. Als Lagerführer des Sammellagers Rosenstr. ist mir ein Gestapo-Angehöriger SCHNEIDER noch namentlich in Erinnerung. Vor diesem Mann hat alles gezittert. Ob er Gewalttätigkeiten gegen jüdische Bürger ausgeübt hat, vermag ich nicht anzugeben. Ich habe noch ganz vage in Erinnerung, daß die christlichen Ehefrauen eines Tages gegen die Inhaftierung ihrer jüdischen Ehemänner lautstark protestiert haben. Einzelheiten habe ich nach so langer Zeit nicht mehr in Erinnerung.

Am 6. März 1943 kam ich mit ca. 50 weiteren Leidensgefährten, die alle Mischehepartner waren, zum Sammellager Gr. Hamburger Str. Wir wurden unter Zwang in diesem Lager als sog. Ordner für den Tag- und Nachtdienst in Wechselschicht eingesetzt. Mein Wachhabender war ein gew. G o l d s t e i n. Wir mußten in erster Linie bei Abtransporten das Gepäck zum Wagen schaffen bzw. bei Eingänge Gepäckstücke zu den einzelnen Zimmern bringen. Außerdem bestand unsere Tätigkeit darin, Tag und Nacht Fluchtversuche zu unterbinden.

Eine Fluchtmöglichkeit war so gut wie gar nicht vorhanden, weil alle Fenster vergittert waren. Während meiner Freizeit konnte ich das Lager verlassen und zu Hause übernachten. Ich kann mich erinnern, daß die Neuangekommenen " geschleust " wurden, d. h. sie wurden durchsucht. Da ich aber mit diesen Dingen nichts zu tun hatte, kann ich darüber keine konkreten Angaben machen. Die Leidensgefährten trugen zumeist nur ihr notwendigstes Gepäck, wie Decken, Kissen, Kleidungsstücke und persönliche Gegenstände mit sich.

In der kurzen Zeit, die ich in der Gr. Hamburger Str. tätig war, habe ich auch einige Abtransporte miterlebt. Die Ziele waren mir nie bekannt geworden. Unter den Abtransportierten befanden sich ganze Familien mit Kindern, Kranke und alte gebrechliche Leute. Es spielten sich herzerreißende Szenen ab. Die Opfer wurden in Möbelwagen verladen und weggefahren. Von welchem Bahnhof der Abtransport jedesmal erfolgt ist, weiß ich nicht. Vom Hörensagen sickerte der Bahnhof Quitzowstr. als Abgangsort durch. Wer und wie die Abtransporte zusammengestellt wurden, vermag ich nicht anzugeben. Ich habe niemals erlebt, daß die Opfer vor ihrem Abtransport auf Arbeitsfähigkeit ärztlich untersucht wurden. Ich habe lediglich vom Hörensagen erfahren, daß es in der Gr. Hamburger Str. ein<sup>en</sup> Bog. Strafbunker gab. Ich hörte beiläufig, daß der eine oder andere Inhaftierte dort eingesperrt wurde. Die Gründe für die Strafinhaftierung, sind mir nicht g bekannt geworden. Im Zusammenhang mit dem Lager Gr. Hamburger Str. ist mir der Gestapo-Angehörige D o b b e r k e noch erinnerlich. Einzelheiten über ihn, vermag ich nicht anzugeben. Weitere mir hier genannte Namen sind mir nicht mehr erinnerlich.

Zum Abschluß wird mir hier eine Mappe mit Lichtbildern ehemaliger Angehöriger der Stapoleitstelle Berlin zur Durchsicht vorgelegt. Ich habe von selbst niemanden wiedererkannt.

gez. . . . . selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben

Geschlossen: . . . . . gez. Walter S i n g e r . . . . .

gez. Thieler

( Thieler ) KOM

360

Der Untersuchungsrichter III  
bei dem Landgericht Berlin

~~Amtsgericht Tiergarten~~

Berlin 21, den **2. Juni 1970**  
Turmstraße 91

III VU 16/69  
I Js 1/65 (RSHA)

### Strafsache

Gegenwärtig:

**Landgerichtsdirektor Halbedel**

als Richter,

**Justizangestellte Kraft**

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

gegen  
1. **Friedrich Boßhammer,**  
2. **Otto Hunsche**

wegen **vers. Mordes u.a.**

Beginn **9.30** Uhr

Ende \_\_\_\_\_ Uhr

Pause von \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ Uhr

Es erschien

~~der~~ nachbenannte — Zeug<sup>e</sup> — ~~Sachverständige~~ —

~~D~~ ~~er~~ — Zeug<sup>e</sup> — ~~Sachverständige~~ —  
wurde mit dem Gegenstand der Untersuchung und  
der Person ~~der~~ Beschuldigten bekannt gemacht. Er —  
~~er~~ wurde zur Wahrheit ermahnt und darauf hingewiesen,  
daß die Aussage zu beiden ist, wenn keine im Gesetz bestimmte  
oder zugelassene Ausnahme vorliegt. Er — ~~er~~ wurde ferner auf die  
Bedeutung des Eides, die strafrechtlichen Folgen einer unrichtigen  
oder unvollständigen eidlichen und auch uneidlichen Aussage  
sowie darauf hingewiesen, daß der Eid sich auch auf die Beantwortung  
der Fragen zur Person und der sonst im § 68 der Strafprozeßordnung  
vorgesehenen Umstände beziehe.

~~D~~ ~~er~~ Erschienene wurde, — ~~und zwar~~  
~~die Zeugen~~ einzeln und in Abwesenheit der später  
~~abzuhörenden Zeugen~~ — wie folgt vernommen:

~~1. Zeuge~~ — ~~Sachverständige~~ —

**Walter Singer**

Ich heiße  
bin **63** Jahre alt, **Verw.-Angestellter**  
wohnhaft in **1 Berlin 44 (Neukölln)**  
**Innstraße 19**

- mit den Angeschuldigten nicht verwandt und nicht verschwägert -

#### StP 17

Zeugen- und Sachverständigenvernehmung durch den Richter im vorbereitenden Verfahren und in der Voruntersuchung sowie durch den ersuchten Richter im Hauptverfahren (§§ 48 ff, 162, 185, 223 StPO) — Amtsgericht

Zur Sache :

Ich war nach den damaligen Bestimmungen Mischling I. Grades und mit einer sogen. Arierin verheiratet. Da ich als Geltungsjuden angesehen wurde, weil ich der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörte, unterlag ich den Judenbestimmungen und war bis zur sogen. Judenaktion im Frühjahr 1943 als Arbeiter in Berlin-Weißensee tätig. Nach der Fabrikation wurde ich über die jüdische Gemeinde einem Arbeitskommando in der Kurfürstenstraße 116 zugeteilt, das meiner Erinnerung nach aus etwa 30 Mann bestand. Dieses Arbeitskommando hatte u.a. die Aufgabe, Tiefbunker im Hause einzurichten und das Gebäude so umzugestalten, daß es auf die zunehmenden Luftangriffe eingerichtet war. Es war eine äußerst schwere Arbeit, die wir zu leisten hatten, auf Grund deren ich erhebliche gesundheitliche Schäden erlitt. Teilweise war ich auch damit beschäftigt, im Hause Reinigungsarbeiten auszuführen. Diese Arbeiten mußte ich unter Aufsicht ausführen und betrat gelegentlich dabei auch die Zimmer der Sachbearbeiter. Einige <sup>8</sup>Namen dieser Sachbearbeiter sind mir heute noch in Erinnerung. Ich erinnere mich konkret noch an den Namen H u n s c h e, den ich damals auch der Person nach gekannt habe. Der Name B o ß h a m m e r dagegen ist mir kein Begriff. Daß E i c h m a n n Leiter der Dienststelle und G ü n t h e r sein Vertreter war, war mir damals bekannt. Wir wußten auch, daß sich in der Kurfürstenstraße die Dienststelle befand, die sich mit Judenangelegenheiten befaßte, ohne allerdings damals nähere Vorstellungen hierüber zu haben. Neben den Arbeiten wurden wir auch zu Luftschutzwachen eingeteilt und mußten nach Angriffen bzw.

bei Angriffen das Gebäude in Begleitung von SS-Leuten, die ebenfalls Luftschutzdienst versahen, ~~das Haus~~ begehen, um auf Brandherde zu achten. Wir wurden nach den Angriffen auch zu Löscharbeiten bzw. Aufräumarbeiten eingesetzt. Während der Angriffe hielten wir uns nicht im Tiefbunker auf, sondern in einem nicht bombensicheren Vorraum. Leiter dieses Arbeitskommandos waren S t u s c h k a und später H a n k e. Während Hanke sich uns gegenüber sehr ordentlich benahm, wurden wir von Stuschka ständig angetrieben, bedroht und beschimpft. Teilweise wurden wir auch von Stuschka geschlagen. Mir passierte das etwa dreimal, und zwar ohne Grund. Ich erhielt von ihm hierbei schwere Ohrfeigen, auf ~~die~~ Grund deren ich Nervenschädigungen erlitt. Er bezeichnete mich bei diesen Gelegenheiten als Juden-  
"Schwein" und drohte auch einmal, mich zu erschießen, wobei er die Hand an seine Pistole legte und sagte mir einmal, als ich nach einem mir von Hanke bewilligtem Sonderurlaub zurückkam, "Du amüsiert Dich, während die anderen an der Front verbluten". Eine solche Behandlung, die, wie ich weiß, auch andere Angehörige des Arbeitskommandos erhalten haben, erfolgte jedoch nur durch Stuschka. Die übrigen Bediensteten des Referats in der Kurfürstenstraße verhielten sich uns gegenüber neutral. Sie beschimpften uns nicht, pöbelten uns auch nicht an und wurden auch nicht tötlich. Wir hatten durch sie keine Nachteile. Wer dafür verantwortlich war, daß wir uns ein bis zwei Tage bevor die Russen die Kurfürstenstraße erreichten,

und schon auf die Kurfürstenstraße geschossen wurde, auf dem Hofe aufstellen mußten, weiß ich nicht. Uns war befohlen worden, dort stehenzubleiben und uns keinen Schritt zu bewegen, andernfalls würden wir erschossen. Von der systematischen Vernichtung meiner Glaubensgenossen habe ich bis zum Kriegsende nichts Konkretes erfahren. Ich wußte zwar, daß es KZ's gab, damit hatte uns Stuschka auch mal gedroht, daß die Juden aus Berlin abtransportiert wurden und konnte mir auch vorstellen, daß in Anbetracht der allgemeinen Behandlung diese Abtransportierten zum großen Teil umkommen würden. Daß sie, wie wir später erfuhren, ganz systematisch vergast worden sind, wußten wir damals nicht.

Selbst gelesen:            genehmigt:            unterschrieben:

Walter Singer

Halbedel

Kraft

HJ Hö

36 p

Ruth S t a d e l m a n n

Wohnort: (1968) Frankfurt/Main  
Scheffelstr. 24

V e r h a n d e l t

Bestellt erscheint die Verlagsangestellte

Ruth S t a d e l m a n n ,  
8. 3. 09 Düsseldorf geb.,  
Frankfurt/M., Scheffelstr. 24 whft.,

und erklärt, mit dem Gegenstand der Verhandlung vertraut gemacht, nach Belehrung gem. §§ 52, 55 StPO folgendes:

Ich bin darüber belehrt worden, daß ich die Beantwortung ~~von~~ von Fragen verweigern kann, wenn ich mich durch wahrheitsgemäße Verantwortung selbst oder einen meiner Angehörigen der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aussetzen würde.

Mein erlernter Beruf ist Sekretärin. Von Geburt her bin ich, der NS-Terminologie entsprechend, Ariererin. Ich habe zu keiner Zeit dem jüdischen Glauben angehört, stand dem Judentum während der NS-Zeit sehr nahe. Viele Freundschaften von mir waren jüdischen Glaubens.

Sehr eng befreundet war ich mit dem Ehepaar Kurt und Johanna B u r c h a r d und deren Tochter Charlotte. Herr B u r c h a r d war Chordirigent der Synagoge Rykestr.

Von 1929 - 1948 lebte und arbeitete ich in Berlin.

Alle drei B u r c h a r d' s waren Volljuden; Charlotte B. wanderte 1939 nach England aus, wo sie noch heute lebt. Sie ist jetzt eine verheiratete L u b b o c k. Die letztbekannte Anschrift von ihr lautet H a m p s t e a d NW 3, London, Wedderburn Road.

Als ich am 18. 11. 1942 von meiner Arbeitsstelle kam, teilte meine Mutter mir mit, ich solle sofort zu Frau B u r c h a r d kommen. Ich kam diesem Wunsch sofort nach und erfuhr von ihr, daß ihr Ehemann in den Morgenstunden des gleichen Tages auf seiner Arbeitsstelle, der Kultusabteilung der Jüdischen Gemeinde in der Oranienburger Straße verhaftet worden sei. Ich suchte die jüdische Gemeinde am folgenden Tage auf und sprach mit dem Referenten, Herrn Dr. Oscar G o e t z .

Wir beratschlagten, wie Herrn B u r c h a r d zu helfen sei, der in das Lager Große-Hamburger-Straße eingeliefert wurde. Hierbei fielen von Herrn Dr. G o e t z die Namen S t o c k und D o b b e r k e . S t o c k soll der Verantwortliche für die Verhaftungsaktion und D o b b e r k e sein Assistent gewesen sein.

Wir kamen überein, daß Herr Dr. G o e t z einen Vorstoß bei der Gestapo machen sollte, mit dem besonderen Bemerkungen, daß Herr B u r c h a r d am 27. 10. 1942 sein 65. Lebensjahr vollendet hat, Freiwilliger des ersten Weltkrieges und Träger des Frontkämpferabzeichens war.

Wir wollten erreichen, daß er, wenn schon seine Freilassung nicht möglich ist, einem Theresienstadttransport zugeteilt wird. Uns war allgemein bekannt, daß die Lebensbedingungen in Theresienstadt erträglicher waren, als an anderen Deportationsorten.

Von Herrn Dr. G o e t z erfuhr ich dann, daß er mit S t o c k verhandelt hatte, dieser ihn aber in ironischer Weise abschlägig beschied. Ich selbst habe zu keiner Zeit in irgendeiner Form Kontakt mit einer Gestapo-Dienststelle aufgenommen, da dies von vornherein aussichtslos war und wir der Meinung waren, daß nur eine Intervention seitens der Jüdischen Gemeinde erfolgversprechend sein dürfte.

Herr B u r c h a r d wurde dem 23. Osttransport mit unbekanntem Ziel zugeteilt. Es liefen verschiedene Gerüchte über den Zielort; konkret konnte aber niemand Angaben darüber machen. Der Transport hatte eine Stärke von 1000 Personen, worunter sich auch 200 Waisenkinder befanden. Er verließ Berlin am 29. 11. 1942 gegen 16.00 Uhr auf dem Bahnhof Putlitzstraße. Bis zu diesem Zeitpunkt blieb Herr B u r c h a r d in der Großen-Hamburger-Straße. Ich war zwei- oder dreimal dort, um Wäsche und Toiletartikel für ihn abzugeben. Ich wurde an der Pförtnerloge abgefertigt, d.h. durch ein Fenster mußte ich die Sachen hindurchreichen. Ob der Entgegennehmende eine Uniform trug oder Zivilkleidung, vermag ich heute nicht mehr zu sagen. Herrn B u r c h a r d selbst durfte ich nie sprechen.

Mir ist nicht bekannt, ob außer Herrn Dr. G o e t z sich noch weitere Personen um Erleichterungen für Herrn B u r c h a r d bei der Gestapo bemühten.

Zur damaligen Zeit wußten wir nicht, welches Schicksal die deportierten

K  
- 3

Juden erwartete. Erst im Frühjahr 1943 vermuteten wir - wenn ich wir sage, so meine ich damit meine damaligen jüdischen Freunde, die Angehörigen der Jüdischen Gemeinde und mich selbst - daß die Angehörigen des 23. Osttransportes ums Leben gekommen sein könnten. Wir schlossen es daraus, weil Nachrichten von Angehörigen des 24. Osttransportes aus Auschwitz-Birkenau in Berlin eintrafen. Da wir also Lebenszeichen von diesen Menschen bekamen, sich aber vom 23. Osttransport niemand meldete, nahmen wir damals bereits an, daß diese Menschen eines gewaltsamen Todes gestorben sind. In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, daß ich im Oktober/November 1947 eine Anfrage an eine amerikanische Hilfsorganisation für Juden in Berlin-Zehlendorf, Kronprinzen Allee 247 richtete, um zu erfahren, ob es Überlebende aus dem 23. Osttransport gäbe. Diese Dienststelle - American Joint Distribution Committee - teilte mir mit dem 12. 11. 1947 mit, daß sich kein Überlebender dieses Transportes gemeldet habe - eine Fotokopie dieses Antwortschreibens stelle ich der Ermittlungsbehörde zur Verfügung - .

Als feststand, daß für Herrn B u r c h a r d keine Erleichterungen oder die Freilassung erreicht werden konnte, stellte ich Nachforschungen an, wann sein Transport von Berlin weggeht. Am Freitag, dem 27. 11. 1942 erfuhr ich dann, daß dieser Transport am Sonntag, dem 29. 11. 1942 in Marsch gesetzt werden soll. Ich selbst habe mich zum Abfahrtstermin auf dem Bahnhof Putlitzstraße eingefunden und habe die Abfahrt des Zuges beobachtet.

Mein Standort war in unmittelbarer Nähe des Zuges, und ich konnte das Einsteigen der letzten Gefangenen beobachten. Das Einsteigen selbst ging völlig normal und geordnet vor sich. Ich habe nicht gesehen, daß irgendwelche Schläge ausgeteilt wurden oder sonstige Mißhandlungen stattfanden; auch Beschimpfungen habe ich nicht wahrgenommen. Der Ort der Verladung dieser Leute war nicht besonders gesichert oder abgesperrt. Ich habe ungehindert meinen Beobachtungsort betreten können. Es waren nur wenige Uniformierte dort - ich habe graugrüne Uniformen in Erinnerung, möglicherweise trugen diese Leute Stahlhelme, Tschakos, die ich kenne, glaube ich nicht gesehen zu haben - die dann auf den Trittbrettern mitfahren. Ich hatte seinerzeit den Eindruck, daß es sich um Wehrmachtsangehörige handelt. Wenn mir hier gesagt wird, daß auch Polizeibeamte damals Stahlhelme hatten und diese möglicherweise bei einem solchen Anlaß getragen wurden, so kann es sich natürlich auch um Polizeibeamte gehandelt haben, zumal ich ihre Uniformen mehr grün als grau in Erinnerung habe.

Andere Uniformen habe ich dort nicht wahrgenommen; mir sind auch keine Zivilpersonen aufgefallen, aus deren Benehmen oder Verhalten zu schließen gewesen wäre, daß sie eine Sonderfunktion dort ausübten.

Bei den Waggonen, die von den Gefangenen bestiegen worden, handelte es sich ausschließlich um normale Personenwagen. Inwieweit diese normal oder überbelegt waren, kann ich nicht sagen, ich konnte nur beobachten, daß alle saßen.

Nachtragen möchte ich, daß Frau B u r c h a r d einige Tage nach der Festnahme ihres Ehemannes selbst verhaftet wurde. Wohin man sie brachte, entzieht sich meiner Erinnerung, ich nehme an, daß auch sie sich in der Großen-Hamburger-Straße befand. Untermauert wird meine Annahme durch die Tatsache, daß Herr B u r c h a r d die Transportnummer 23/34/23869 und seine Frau 23/35/23870 hatte. Diese Transportnummern erfuhr ich damals bei der Jüdischen Gemeinde und notierte sie. Ob die Schreibweise der Nummern in dieser Form richtig ist, kann ich nicht sagen.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Geburtsdaten und Wohnanschrift des Ehepaares B. nennen: Kurt B., 27.10.1877 Breslau geb., Johanna B. geborene Richter, 25.2.1882 Waldenburg geb.; sie waren zuletzt Berlin-Halensee, Kurfürstendamm 105 bei Schmoll wohnhaft.

Auch Frau B u r c h a r d wurde mit dem 23. Osttransport aus Berlin weggebracht; ich sah sie mit ihrem Ehemann in diesem Transportzug.

Da mir das Schicksal der Eheleute B u r c h a r d sehr nahe ging, versuchte ich Nachforschungen anzustellen. Aus diesem Grunde fuhr ich nach Auschwitz, und zwar im Sommer 1943, da der 24. Osttransport dort endete und ich glaubte, daß möglicherweise auch der 23. Transport dort angekommen ist. Ich hatte die Absicht, in das KZ Auschwitz zu gelangen, um Nachfragen zu halten. Als ich mich dem Lagerbereich näherte, kam ein SS-Mann von einem Wachturm herunter. Ich sprach ihn an und fragte, ob Angehörige des 23. Transportes sich in dem Lager befänden. Seine Antwort lautete, er wisse das nicht, er sei auch noch nicht lange dort und sie, die Bewachungsmannschaft, würde alle zwei Monate abgelöst werden. Sein Benehmen mir gegenüber war höflich - korrekt. Ich habe daraufhin eine in der Nähe befindliche Gastwirtschaft aufgesucht und dort einen Kellner gesprochen. Auf meine Fragen antwortete dieser nur "gestern haben sie wieder Hunderte durch den Schornstein gejagt". Näheres sagte er nicht; aus seiner Äußerung, die triumphierend klang, mußte ich schließen, daß

in diesem Lager sehr viele Menschen ums Leben kamen . Ob es sich dabei überwiegend um Menschen jüdischen Glaubens handelte, war mir nicht bekannt.

Ich bin dann mit einem Bus zu einem anderen Lager in der Nähe von Auschwitz gefahren und habe dort ebenfalls ein Lokal aufgesucht. Einer Kellnerin sagte ich, daß ich auf der Suche nach Angehörigen wäre, die man wohl in ein Lager dieser Umgebung gebracht hätte. Diese junge Frau, die wohl etwas älter war als ich, winkte ab und bemerkte sinngemäß, daß ich mir keine Hoffnungen machen solle, meine Angehörigen jemals wiederzusehen. Daraufhin fuhr ich wieder nach Berlin zurück; ich war etwa vier Tage weg. Nach meiner Rückkehr ging ich zur Jüdischen Gemeinde und schilderte dort meine Erlebnisse. Man war entsetzt, daß ich es gewagt hatte, nach Auschwitz zu fahren. Bei dieser und auch bei späteren Gelegenheiten war seitens der Jüdischen Gemeinde immer wieder geäußert worden, daß diejenigen, die mit Osttransporten wegkamen , ihr Zuhause wohl nicht mehr wiedersehen würden. Zu diesem Zeitpunkt - Herbst 1943 - war allgemein bekannt, daß eine solche Deportation mit dem Tode der Betroffenen endete. Nach meinem Dafürhalten müßten Gestapo-Angehörige, die mit der Verschickung jüdischer Bürger befaßt waren, schon wesentlich früher gewußt haben, daß es für Deportierte kaum eine Rückkehr in die Heimat gäbe. Ich möchte diese Äußerung etwas einschränken und meine, daß sich diese Gestapo-Leute im Laufe des Jahres 1943, als laufend Judentransporte Berlin verließen, klar sein mußten, welches Schicksal diesen Menschen erwartete, nämlich der Tod. Ich möchte hierbei besonders betonen, daß ich nur die sogen. Osttransporte meine und nicht solche nach Theresienstadt.

- Die Vernehmung wird zum Zweck der Einnahme des Mittagssessens um 12.20 Uhr unterbrochen. -

- Fortsetzung der Vernehmung um 13.30 Uhr -.

Auf Befragen gebe ich an, daß <sup>mir</sup> ein einziger Fall der Rückkehr aus der Deportation erinnerlich ist. Es handelt sich dabei um die Tochter des damaligen Kantors einer Synagoge in Berlin, wohl Levetzowstraße, Paul H e c h t; die Tochter hieß wahrscheinlich Ruth und sie wohnte in Charlottenburg.

Das damalige Fräulein H e c h t heiratete nach dem Kriege einen jüdischen Glaubensgenossen; ihr derzeitiger Wohnort ist mir nicht bekannt.

Sie war in Auschwitz und hat überlebt.

Konkrete Fälle von Selbsttötungen wegen bevorstehender Deportationen sind mir nicht bekannt. Man erfuhr seinerzeit wohl von derartigen Fällen, jedoch könnte ich nicht sagen, welchen näheren Umstände die Betroffenen zu einem solchen Schritt veranlaßten.

Über die Tätigkeiten von Gestapo-Beamten oder jüdischen Personen hinsichtlich der Ergreifung illegal lebender Juden, kann ich keine Angaben machen; das gleiche gilt für Transportbegleitpersonal.

Ich bin auch nicht in der Lage Zeugen zu benennen, die weitere Auskünfte geben können. Allerdings möchte ich in diesem Zusammenhang auf heute noch lebende Angestellte der damaligen Jüdischen Gemeinde verweisen, die mit Sicherheit ein umfangreicheres Wissen haben dürften.

Über das Finanzamt am Kurfürstendamm erfuhr ich, nach dem Kriege, daß der 23. Osttransport als erster Judenransport nach Auschwitz kam.

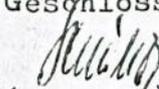
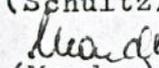
Durch Informationen dritter Personen erfuhr ich von der niedrigen Schätzung des Inventars der B u r c h a r d 'schen Wohnung. Näheres, insbesondere aus eigener Kenntnis, kann ich nicht sagen.

Wenn ich in meinem Schreiben vom 25. 11. 1949 an die Staatsanwaltschaft des Landgerichtes Osnabrück den Namen B r u n n e r erwähnte, so möchte ich dazu erläuternd angeben, daß uns seinerzeit der Name B r u n n e r bekannt war und dieser eine leitende Funktion im Zusammenhang mit den Deportationsmaßnahmen jüdischer Bürger aus Berlin ausübte. Um was für eine Person es sich bei B r u n n e r handelte, ist mir unbekannt.

Mir wurde die Lichtbildmappe 1 Js 9/65 (Stl.Bln.) vorgelegt; ich habe sie genau durchgesehen, kann aber niemanden darin erkennen, der mir seinezeit zu Gesicht gekommen sein mag.

Das wäre alles, was ich zum vorliegenden Sachverhalt sagen kann.

Geschlossen:

  
(Schultz) KOM  
  
(Monden) PHW

*selbst* gelesen, genehmigt und  
unterschrieben:



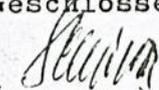
Weiterverhandelt:

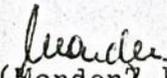
Ergänzend zu meinen Angaben möchte ich noch sagen, daß der bereits erwähnte Dr. Oscar G o e t z 1943/44 nach Theresienstadt kam; ich schrieb ihm dort hin, mit der Anschrift Dr. Oscar G o e t z , 11 B b) Theresienstadt (Prot.) Hauptstr. 6/22.

Über ~~sein~~<sup>sein</sup> Schicksal kann ich keine Angaben machen; ich habe nach dem Kriege nie etwas von ihm gehört.

Der von mir erwähnte Kantor Paul H e c h t war seinerzeit ebenfalls nach Theresienstadt verschickt worden; er überlebte und wohnte nach Kriege wieder in Berlin. Soweit mir erinnerlich ist, hatte die ganze Familie die Absicht auszuwandern. Ich habe von ihnen nichts mehr erfahren

Geschlossen:

  
(Schultz) KOM

  
(Monden) PHW

*Selbst*  
..... gelesen, genehmigt und  
unterschrieben

  
.....

HJ H0

36 Q

Siegrid S t e e g e r geb. Geyer

Wohnort: (1968) Köln-Klettenberg,  
Petersbergstr. 90

Landgericht Berlin  
~~Amtsgericht Tiergarten~~  
Untersuchungsrichter II

IV VU 4.67

z. Zt. Köln,  
1 Berlin 21, den ~~21. Februar~~ 1968.  
Turmstraße 91 6. März 1968

## Strafsache

Gegenwärtig:

gegen

Landgerichtsrat Dr. Glöckner  
als Richter,  
Untersuchungs-  
Just. Ang. Vollmary  
als Urkundebeamter der Geschäftsstelle.

XI W ö h r n und Andere

wegen Mordes.

Es erschien

die nachbenannte — Zeugin — ~~Sachverständige~~ —

Die — Zeugin — ~~Sachverständige~~ —  
wurde mit dem Gegenstand der Untersuchung und der  
Person der Beschuldigten bekannt gemacht. Er — Sie —  
wurde zur Wahrheit ermahnt und darauf hingewiesen, daß  
die Aussage zu beeciden ist, wenn keine im Gesetz be-  
stimmte oder zugelassene Ausnahme vorliegt. Er — Sie —  
wurde ferner auf die Bedeutung des Eides, die straf-  
rechtlichen Folgen einer unrichtigen oder unvollständigen  
eidlichen und auch uneidlichen Aussage sowie darauf hin-  
gewiesen, daß der Eid sich auch auf die Beantwortung der  
Fragen zur Person und der sonst im § 68 der Strafprozeß-  
ordnung vorgesehenen Umstände beziehe.

Die Erschienene wurde , — und zwar  
die Zeugen — einzeln und in Abwesenheit der später ab-  
zuhörenden Zeugen — wie folgt vernommen:

I. Zeugin — ~~Sachverständige~~ — Steeger.

Zur Person:

Ich heiße Siegrid Steeger verw. Mendel  
bin 60 Jahre alt, Sohn geb. Geyer  
in Hausfrau

Köln, Klettenberg,  
Petersbergstr. 90

nicht verwandt u. nicht verschwägert  
mit den Angeschuldigten.

Ich war seit 1934 verheiratet mit dem Juristen u. Fabrikanten Martin Mendelsohn, mein Ehemann war nach den damaligen Bestimmungen ~~folgt~~ Volljude, ich selbst bin Arierin. Unsere Ehe war somit eine "Mischehe". Aus dieser Ehe sind 2 Kinder hervorgegangen, die bis Anf. 1940 der mosaischen Konfession angehörten. Ich ließ sie dann Anf. 1940 auf Anraten einer Angestellten in der Berliner Lebensmittelkartenstelle taufen, so daß sie danach evgl. Konfession waren u. als Mischlinge 1. Grades galten. Die erwähnte Angestellte riet mir hierzu, da eine Aktion ~~der~~ ~~Juden~~ gegen jüd. Kinder bevorstehe, (Lubliner Aktion) (Transport nach Lublin).

Anf. 1942 wurde mein Ehemann von Angehörigen der Stapo-Leitstelle Berlin eines Tages aus der Wohnung abgeholt u. mitgenommen. Den Grund hierfür kenne ich nicht, man hat ihn mir nicht genannt. Nach etwa 4 Tagen kehrte mein Ehemann zurück. Mein Ehemann ~~konnte~~ <sup>konnte</sup> mir den Grund für die Abholung nicht nennen, da man ihm nichts gesagt hatte, sondern nur seine Papiere überprüfen wolle. Zu der Zeit, <sup>war</sup> ~~er~~ mein Ehemann dienstverpflichtet in der Nordland-Schneekettenfabrik, in Berlin, Kurfürstenstr.

Ende 1942 etwa wurde mein Ehemann erneut von der Gestapo abgeholt, diesmal wurde er in einem Lastwagen abtransportiert u. wurde in das Lager Schulstr. verbracht, wo er mit vielen anderen zur Deportation bestimmten jüd. Bürgern einsaß. Auch ~~hier~~ <sup>hier</sup> diesmal wurde er nach etwa 4 Tagen entlassen, ohne daß ihm eine Begründung für seine Festnahme gegeben wurde. Wenigstens vermochte mir mein Ehemann nichts zu sagen, weshalb er das 2. Mal abgeholt worden war.

Ich nehme an, daß mein Ehemann diese beiden Male aufgrund einer Denuntiation unseres Blockleiters festgenommen worden ist. Der Blockleiter wohnte imselben Haus wie wir. Im gleichen Hause wohnte eine jüd. Familie Jacobi, die auch abgeholt worden ist.

Da mein Ehemann in das Lager Schulstr. verbracht wurde, nehme ich an, daß er deportiert werden sollte, u. daß man ihn vermutlich deshalb wieder entlassen hat, weil er in privilegiertem Mischehe verheiratet war u. Kriegsteilnehmer des 1. Weltkriegs mit Auszeichnung u. ~~folgt~~ Fronteinsatz gewesen ist. Mein Ehemann hat als Kriegsfreiwilliger den Weltkrieg mitgemacht u. hat zum Schluß den Dienstgrad eines Leutnants erreicht; er war Inhaber des EK 1 und 2.

Gleichwohl erfolgte am 8. 7. 43 eine erneute Festnahme.

nicht nur meines Ehemannes; ich selbst u. unser Dienstmädchen, welches 30 Jahre in der Familie meiner Schwiegermutter bedienstet gewesen war und nach der Deportation meiner Schwiegermutter nach Theresienstadt im Jahre 1942 bei uns Dienst tat. Alle drei wurden wir <sup>in</sup> von einer Gestapo-Dienststelle am Bahnhof Börse verbracht, und dort einzeln vernommen.

Vor dem Abtransport hatte man eine Haussuchung in unserer Wohnung vorgenommen. Die Gestapo-Leute warfen uns vor, wir hätten "und das im 4. Kriegsjahr" von unserer Wochenendreise nach Neu-Strelitz, wo wir unsere Kinder <sup>aus Sicherheitsgründen</sup> in Pension gegeben hatten, Lebensmittel mitgebracht, die wir gehamstert hätten. Tatsächlich hatten wir aus Neu-Strelitz überhaupt keine Lebensmittel mitgebracht. In unserer Wohnung verwahrten wir lediglich in größerer Menge Artikel, ~~z.B.~~ wie Eau de Cologne, Seife, Cremes u. ähnliche Toilettenartikel. Diese Dinge hatten wir kurz vor Kriegsausbruch eingekauft, weil wir beabsichtigten, nach Montevideo auszuwandern. Wir hatten die Ausreiseerlaubnis, die Schutzimpfungen u. die Einreisebewilligung von der Regierung in Uruguay, ein Teil unserer Koffer befand sich bereits im Hamburger Hafen. Dann kam der Krieg dazwischen. Das Schiff sollte ursprünglich am 29. Okt. auslaufen; wegen des Kriegsausbruchs lief es aber nicht aus. Wir konnten nunmehr nicht mehr auswandern.

Mir wurde von dem vernehmenden Richter gesagt, daß es damals eine Sonderverordnung gab, welche Juden unter Androhung von Schutzhaft Hamsterkäufe untersagte. Auch nach dieser Erklärung vermag ich nicht zu sagen, ob das Auffinden der div. Toilettenartikel der Anlaß für die Festnahme u. spätere Lagereinweisung meines Ehemannes gewesen ist.

Jedenfalls wurden wir drei, wie schon gesagt, in dem Dienstgebäude der Gestapo am Bahnhof Börse einzeln vernommen. Bei meiner Vernehmung sagte der Vernehmungsbeamte dem Sinne nach: Sehen Sie mal, was Sie alles da hatten, und dann auch noch die Lebensmittel. Ich erwiderte ihm, daß sie ja keine Lebensmittel gefunden hätten, weil wir keine gehamstert hatten. Das Vorhandensein der Toilettenartikel erklärte ich ihm.

Ich wurde als letzte vernommen. Der Vernehmende sagte am Schluß meiner Vernehmung dem Sinne nach: Es kommt ja doch nichts raus, die sagen alle dasselbe, sie haben sich abgesprochen. Was allerdings nicht möglich war, da wir drei uns nach der Festnahme nicht mehr verständigen konnten, weil wir bewacht wurden. Bei dem Vernehmenden handelte es sich um den Stapo-Beamten Sasse. (~~jetzt~~-Angehöriger des Judenreferats der Stapo-Leitstelle Juden). Nach der Vernehmung kamen wir drei in den Keller, das Mädchen u. ich in einem Raum, in dem nur Frauen waren, mein Ehemann woanders. Im Keller habe ich das Schreien von Gefangenen gehört, die offenbar für die Vernehmung "reif" gemacht wurden. Die Mitgefangenen sprachen hiervon; wahrscheinlich saßen sie schon eine Zeitlang im Keller. Um das Geschrei der Gefangenen zu übertönen, liefen die Ventilatoren.

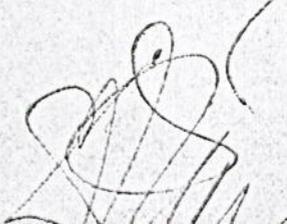
Im Keller blieb ich bis zum Abend. Dann wurde ich u. das Mädchen in ein Barackenlager am Schwarzen Weg in der Nähe des Bahnhofs Schöneberg verbracht. Zunächst wußte ich natürlich nicht, wo ich hin verbracht wurde. Das stellte ich erst nach einiger Zeit fest. Während meiner insges. etwa 6 Wochen dauernden Inhaftierung sah ich zufällig eines Tages auf dem Gelände des Lagers meinen Ehemann, der an der Aufstellung einer neuen Baracke mitarbeitete. Ich hatte jedoch keine Gelegenheit, ihn zu sprechen. In dem Lager, in dem ich war, saßen auch zur Deportation bestimmte Juden. Wie mir mein Ehemann später bei einem meiner Besuche erzählte, wurden die zum Abtransport bestimmten Juden aufgerufen, ; man mußte sich draußen anstellen. Während der Arbeit habe er einmal den Namen Mendelsohn rufen hören und einen gewaltigen Schreck bekommen. Er hatte gedacht, ~~er~~ ich sei gemeint.

Nach meiner Entlassung, es kann September gewesen sein, habe ich meinen inzwischen im Pol.Präsidium einsitzenden Ehemann etwa 5 - 6 mal besuchen dürfen. Ich sah von Besuch zu Besuch wie mein Ehemann schwächer und elender wurde. Er war 1.72 m groß und wog <sup>vor</sup> bei seiner Festnahme etwa 180 Pfd, während er bei meinem letzten Besuch etwa im November 1943 höchstens 1 Zentner nach meiner Schätzung wiegen konnte. Er sah aus wie ein Skelett u. sagte zu mir, er könne kaum sitzen, er habe nur noch Knochen am Gesäß. Mein Ehemann hat mir den Grund seiner Festnahme nicht gesagt, er wußte ihn selbst nicht, er sagte immer wieder zu mir, daß gar kein Grund vorläge, ihn festzuhalten, er würde sicher bald entlassen werden.

Die Besuchsmöglichkeit entfiel in dem Augenblick, als im November 1943 der Bahnhof Börse mit den umliegenden Gebäuden völlig zerbombt wurden. Ich erhielt zu der Zeit ein Zettel von meinem Ehemann, auf welchem er mir mitteilte, er habe einen Schutzhaftbefehl, unterzeichnet von Kaltenbrunner, unterschreiben müssen u. komme jetzt nach Sachsenhausen oder Auschwitz. Diesen Zettel überbrachte mir ein Wachtmeister. Seitdem hörte ich nichts mehr von meinem Ehemann bis mir im März 1944 der Portier des Hauses, in dem ich wohnte, sagte, ich solle mal rüber gehen (gemeint war das Pol.Revier), mein Ehemann sei tot. Ich ging zum Revier hinüber, wo mir der Obermeister des Reviers die Mitteilung von Tode meines Ehemanns machte u. mir die Sterbeurkunde aushändigte. In dieser Sterbeurkunde, welche den Stempel des KL Auschwitz trug, stand, daß mein Ehemann am 13.2.1944 im KL an Darmkolik u. Herzschwäche verstorben sei. Ich war sofort der Ansicht, daß mein Ehemann im KL zu Tode gebracht worden war. Er war vor seiner Festnahme kerngesund und litt an keiner Herzkrankheit. Ich erinnerte mich auch wieder der Worte Kryschaks. Als ich nämlich aus dem Lager Schwarzer Weg entlassen worden war, forschte ich sofort nach dem Verbleib meines Ehemannes u. wurde u.a. auch auf der Dienststelle Kurfürstenstr. vorstellig und an einem der Stapobeamten namens Kryschak verwiesen. Ich sagte ihm, mein Mann habe nichts verbrochen, ich möchte wissen wo er sei u. um seine Entlassung bitten. Kryschak antwortete mir etwa wie folgt: Was wollen Sie denn, eine blonde Frau wie Sie und mit einem Juden verheiratet. Lassen Sie sich scheiden, den Juden sehen Sie doch nicht wieder. Diese Worte waren nicht etwa als schlechter Scherz gemeint, sondern in völligem Ernst gesprochen. Aus diesen Worten entnahm ich, daß mein Ehemann umgebracht werden wird u. dies wußte. Ich hatte den Eindruck, Kryschak hat ganz genau gewußt, was meinem Ehemann bevorstand.

selbst gelesen, genehmigt u. unterschrieben.

Liegnid Heeger, wese. Maxwellplatz,  
geb. Geyer.



Heeger

HS Ho<sup>9</sup>

36 r

Minna S t e r n

Wohnort: (1969) New York City

New York

RH Se 50193/18/68 CLVIII

New York, den 11. September 1969

VERNEHMUNGSNIEDERSCHRIFT

Verhandelt am 11. September 1969 in den Amtsräumen des Generalkonsulats der Bundesrepublik Deutschland in New York, N.Y./USA.

Gegenwärtig:

1. Dr. Wolfgang Hoffmann  
Konsul
2. Landgerichtsrat Greinert
3. Landgerichtsrat Palmhoff
4. Erster Staatsanwalt Nagel
5. Staatsanwalt Hölzner
6. Rechtsanwalt Scheid
7. Rechtsanwalt Hentschke
8. Helga Doyle, Schriftführerin.

Vor dem unterzeichneten, zum Anhören von Zeugen und zur Abnahme von Eiden ermächtigten Konsul, erscheint freiwillig in der Strafsache gegen Wöhrn, anhängig bei dem Schwurgericht des Landgerichts Berlin unter dem Aktenzeichen: (500) 1 Ks 1/69 (RSHA) 26/68, die Zeugin

Frau Minna Stern

(ausgewiesen durch Sachkunde).

Die Zeugin wurde mit dem Gegenstand der Vernehmung vertraut gemacht, zur Wahrheit ermahnt, auf die Freiwilligkeit ihrer Aussage hingewiesen sowie über die strafrechtliche Bedeutung einer falschen eidlichen und uneidlichen Aussage belehrt.

Sie erklärte zur Person:

Ich heisse Minna Stern, bin 64 Jahre alt, Krankenschwester im Ruhestand. Ich wohne in New York City. Ich bin mit dem Angeklagten nicht verwandt und nicht verschwägert.

Zur Sache:

Von 1939 bis 1948 habe ich im jüdischen Krankenhaus in Berlin gearbeitet. Während des Krieges galt ich als Volljüdin im Sinne der Nürnberger Gesetze. Im Krankenhaus habe ich zunächst in der Wochenbett- und Säuglingspflege gearbeitet, anschliessend als Vollschwester auf allen anderen Stationen. Später wurde ich als Oberchwester in der neuingerichteten neurologischen Station eingesetzt, nachdem die Geisteskranken von Sayn eingeliefert wurden. Ich bekam diesen Posten, weil ich damals noch relativ jung war und eine der stärksten Schwestern war. Das war 1943, ich kann es nicht hundertprozentig sagen. Wenn mir vorgehalten wird, daß ~~mir Schwester~~ Fräulein Baer, die mit den Geisteskranken gekommen ist, als Zeitpunkt Ende 1942 genannt hat, so halte ich das für möglich. Ich weiss es wirklich nicht mehr genau.

Die neurologische Station bestand, bis alle weggekommen sind. Im ganzen waren es 72 Geisteskranke. Sie sind suggestive abtransportiert worden. Zuerst sind die Volljuden weggekommen. Wir hatten dann teils Ausländer, teils Mischehen. Die sind zuletzt weggekommen. Das war noch eine ganze Menge. Nach meiner Erinnerung hat kein besonderes Ereignis den Schlusstransport ausgelöst. Wie das geplant wurde, das wusste ich nicht, das war nicht meine Abteilung. Ich war nur für die medizinische Betreuung zuständig. Die Transporte waren Angelegenheit

der Verwaltung. Da war ein gewisser Dr. Lustig. Ich nehme an, dass er ausgesucht hat. Ich weiss nicht mit wem zusammen. Wenn die Gestapo im Haus gewesen ist, hat man gewusst, da geht wieder ein Transport. Ich habe nur dasein müssen, wenn die Leute abgeholt wurden. Ich musste die Leute fertig machen und anziehen.

Soviel mir bekannt ist, ist der Schlusstransport nach Theresienstadt gegangen. Was dann weiter geschehen ist, weiss ich nicht.

Wenn ich gefragt werde, ob vor dem Schlusstransport die Gestapo die Station besichtigt hat, so muss ich sagen, die sind öfter gekommen. Hauptsächlich Wöhrn. Was die dann hinterher ausgemacht haben, entzieht sich meiner Kenntnis. Bei Besprechungen mit Dr. Lustig war ich nicht zugegen. Wöhrn habe ich selbst gesehen. Er war ein kleiner, untersetzter Mann. Er hat immer ein Hütchen aufgefahbt.

Der Zeugin wurde die Lichtbildmappe Beistück VI vorgelegt. Sie erklärte: Zu Bild 33: Ich meine, Wöhrn hat so ungefähr ausgesehen wie der. Er ist natürlich nicht in Uniform gekommen.

Der Zeugin wurden die letzten drei Bilder besonders gezeigt. Sie deutete auf Bild 55 und erklärte: Er hat auch ein bisschen Ähnlichkeit mit ihm. Die anderen beiden kommen schon gar nicht in Betracht. Wöhrn war schon nicht mehr so ganz jung. Der Zeugin wurde gesagt, daß das Bild 55 Wöhrn darstellt. Sie erklärte: Ja das stimmt, so lhat er ausgesehen.

Auf die Frage, wie oft Wöhrn im Krankenhaus gewesen sei: Das kann ich nicht zahlenmäßig beantworten. Es kann schon sein, daß das einmal im Monat war, vielleicht kam er auch mal nach sechs Wochen wieder, soviel ich mich erinnern kann.

So oft Wöhrn in das Krankenhaus gekommen ist, ist er zu den Geisteskranken gekommen. Er ist nie alleine gewesen. Er ist mit Dobberke gekommen. Dobberke war im jüdischen Krankenhaus, er war der erste im Lager, der Lagerleiter. Wenn Leute gekommen sind, ist er mitgekommen. Wöhrn gehörte nicht zu dem Lager.

Ich habe nicht selbst mit Wöhrn gesprochen. Wir haben gezittert, wenn diese Leute kamen. Ich musste dabei sein, wenn diese Leute in die Station gekommen sind. Es waren teilweise auch gemeingefährliche Patienten darunter. Ich habe mit Wöhrn nie Rede und Antwort gestanden, ich habe nur immer aufgepasst, daß nichts passiert. Es wäre mir unangenehm gewesen, wenn die Geisteskranken sich vergessen hätten. Sie hatten Respekt vor mir und sind ruhig geblieben. An besondere Vorfälle bei Besuchen kann ich mich nicht erinnern.

Nach Tötlichkeiten und Beschimpfungen durch die Patienten befragt: Ein Mann mit hochgradiger Schizophrenie hat Wöhrn einmal gefragt: "Wo habt Ihr denn den Hess gelassen". Es gab allgemeines Gelächter. Wöhrn hat die Frage nicht beantwortet. An Beschimpfungen von SS-Angehörigen durch die Patienten kann ich mich nicht erinnern.

Auf Vorhalt des Namen Jakob: Das ist der Mann, von dem ich spreche. Der Vorfall hat sich längere Zeit vor dem allgemeinen Abtransport abgespielt. Ich glaube nicht, daß das 1941 gewesen ist. Die neurologische Station wurde zunächst über den Wirtschaftsräumen eingerichtet, wo sich vorher Unterkunftsräume für Personal befanden. Dort hat sich dieser Vorfall mit Jakob abgespielt. Vor dem endgültigen Abtransport sind wir noch in das Haupthaus gezogen.

Auf Frage der Staatsanwaltschaft nach den Aufgaben Wöhrns: Er ist nur von einem Zimmer ins andere gegangen und hat sich die Leute angesehen. Die Leute haben ihn schon mal ein bisschen angesprochen, er hat nie viel geantwortet. Die haben sich die Leute nur angesehen und sind wieder gegangen.

Wenn ich gefragt werde, warum wir gezittert haben, so geschah das, weil wir Angst hatten. Wir hatten alle Angst. Wenn die Gestapo im Haus war, hat das Transporte bedeutet. Es sind immer auch Schwestern mitgekommen. Eine Einteilung der Transporte in Gegenwart von Wöhrn habe ich nicht erlebt. Ich glaube, daß er nicht viel damit zu tun hatte. Wer das gemacht, weiss ich nicht.

Pässe und Papiere haben die Patienten nicht bei sich gehabt. Sie wurden allenfalls bei Dr. Lustig aufbewahrt. Ich weiss nichts darüber.

Auf die Frage, ob sie besondere Erinnerungen an Wöhrn habe: Wöhrn war immer ein bisschen salopp. Es ist mir aufgefallen, daß er sich immer besonders mit den Geisteskranken amüsiert hat. Sonst im Krankenhaus kann ich mich an keine Vorfälle mit Wöhrn erinnern.

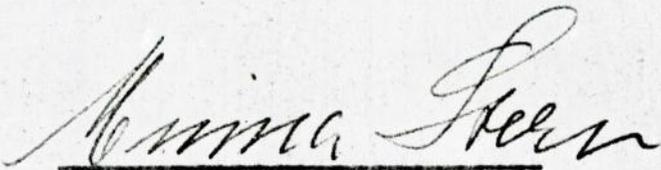
Auf Frage der Staatsanwaltschaft, wer der Wortführer oder der Übergeordnete war, wenn Wöhrn und Dobberke zusammen kamen: Ich hatte das Gefühl, daß Wöhrn dem Dobberke übergeordnet war. Ausserdem ist auch immer Dr. Lustig mitgekommen. Ein einziges Mal kann ich mich erinnern, ist aus Österreich ein Mann namens Brunner, glaube ich, mit dabei gewesen. Brunner kam mit Wöhrn, Dobberke und Lustig. Ich kann mich genau erinnern, daß Wöhrn dabei war.

Der Wirtschaftsleiter Neumann war, glaube ich, auch von Zeit zu Zeit dabei.

Der Besuch von Brunner hat sich wie die übrigen Besuche abgespielt, die haben sich das nur angesehen. Ich hatte das Gefühl, daß Brunner ein ganz hohes Tier gewesen ist. Was er vorgestellt hat, das weiss ich nicht. Angst haben wir vor allen gehabt.

Nach der Verlesung ergänzte die Zeugin: Bei den Geisteskranken waren auch Mischlinge, sie sind bis zuletzt geblieben, das heisst bis zur Auflösung der Station.

v.g.u.



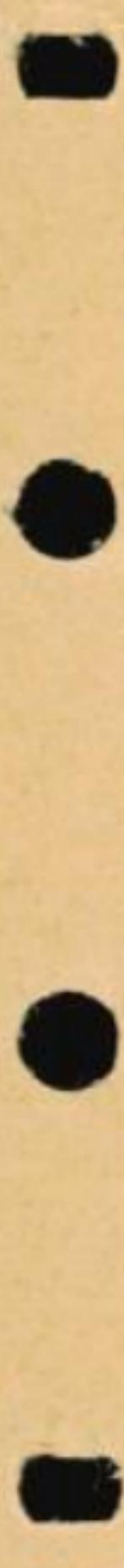
(Minna Stern)

Die Zeugin wurde ordnungsgemäß vereidigt.

Geschlossen:

---

(Dr. Wolfgang Hoffmann)  
Konsul



36

79

Gerhard Stockhausen  
(1970) Berlin G1  
Monumentenstr. 28

V e r h a n d e l t

In ihrer Wohnung in Berlin 61, Monumentenstr. 28, aufgesucht,  
erscheint die Rentnerin

Gertrud S t o c k h a u s e n  
geb. Seefeld,  
27.2.1887 Berlin geb.,  
Tel.: 698 31 50,

und erklärt, nachdem sie mit dem Gegenstand der Verhandlung  
vertraut gemacht wurde, zur Sache folgendes:

Ungefähr seit 1917 gehörte ich dem "Deutschen Tierschutzverein  
Berlin" an. Rechtsnachfolger dieses Vereins ist der "Berliner  
Tierschutzverein Lankwitz". M.W. war ein Herr A r n o l d,  
dessen genauen Personalien ich nicht angeben kann, bis Kriegs-  
ende geschäftsführendes Vorstandsmitglied des "Tierschutzvereins  
Berlin". Herr A r n o l d hat sich mit seiner Familie 1945  
das Leben genommen.

1. Vorsitzender war der damalige Amtsgerichtsrat M a r g g r a f  
Die verwaltungsmäßige Vereinsarbeit wurde von zwei Büroangestell-  
ten geleistet. Ich persönlich habe gelegentlich ehrenamtlich  
Tierschutzarbeit geleistet und hatte dabei näheren Kontakt mit  
der Geschäftsleitung. Unser Büro befand sich seinerzeit in Berlin  
C 2, Schicklerstr. 4.

Als ich im Jahre 1942 -an ein genaues Datum kann ich mich nicht  
erinnern- die Büroräume betreten wollte, bemerkte ich vor dem  
Eingang eine größere Anzahl jüdischer Mitbürger. Mir war schon  
vorher von Herrn A r n o l d mitgeteilt worden, daß von  
den Machthabern des Dritten Reiches die Anordnung erlassen wur-  
de, daß alle Juden ihre Haustiere zum Töten abzugeben hätten.  
Aus diesem Grunde war mir sofort klar, warum die vielen Menschen

mit ihren Haustieren dort standen. Die abgelieferten Tiere wurden in unserem Haus von einem Arzt getötet und den Eigentümern wurde dann eine Tötungsbescheinigung übergeben, die diese anschließend bei der Jüd. Gemeinde Berlin abliefern mußten. Meiner Erinnerung nach hat die Jüd. Gemeinde ihrerseits die gesammelten Tötungsbescheinigungen an die Gestapo weitergeleitet. Ich weiß noch, daß sich die Tötungsaktionen über einen längeren Zeitraum erstreckten. Als die ganze Angelegenheit zum Abschluß gekommen war, zeigte mir Herr A r n o l d eines Tages eine Aktennotiz vom 7.5.1942, die er persönlich aufgrund einer Besprechung mit einem Assessor H u n s c h e von der Sicherheitspolizei und SS im Gebäude Kurfürstenstraße 116, angefertigt hat. Diese Aktennotiz mit der Originalunterschrift des Herrn A r n o l d wurde mir eines Tages von ihm persönlich zur Kenntnis und zum Verbleib bei mir übergeben. Als Grund der Übergabe nehme ich an, daß Herr A r n o l d damit vor mir und den anderen Vereinsmitgliedern nachweisen wollte, daß er nicht persönlich an der Tötung der Tiere beteiligt und schuldig war. Diese Original-Aktennotiz ist etwa bis zum Jahre 1956 in meinem Besitz geblieben. In diesem Jahre habe ich sie dem jetzigen Vorsitzenden der "Vereinigung der Katzenfreunde Deutschlands", Herrn Bruno S c h u l z, mit Sitz in Berlin 12, Kneisebeckstr. 77, übergeben, als zwischen uns Diskussionen über die Tierfeindlichkeit der Hausbesitzer in der damaligen Zeit (1956) geführt wurden. Unter diesem Aspekt ist die Aktennotiz von Herrn S c h u l z in der Vereinszeitung "Unsere Katze" auch veröffentlicht worden, denn in seinem Nachsatz weist Herr S c h u l z auf die Ähnlichkeit der Verhältnisse zwischen damals und 1956 hin. Über den weiteren Verbleib dieser Aktennotiz kann ich nichts sagen. Dazu müßte Herr S c h u l z Auskunft geben können.

Der hier beschuldigte H u n s c h e ist mir persönlich nicht bekannt. Ich habe jedoch von Herrn A r n o l d bereits vor Übergabe der bewußten Aktennotiz erfahren, daß der H u n s c h e wiederholt in gleicher Angelegenheit in das Dienstgebäude in die

Schicklerstr. gekommen ist, um mit Herrn A r n o l d zu verhandeln. Gleichfalls ist mir durch persönliche Mitteilung von Herrn A r n o l d bekannt, daß er zur Besprechung in ein Dienstgebäude der Gestapo gefahren ist. Ich wußte allerdings damals nicht, daß es die Kurfürstenstraße war. Das Ergebnis dieser Besprechung war dann die Aktennotiz.

Die Aktennotiz ist von Herrn A r n o l d mit ziemlicher Sicherheit einer der beiden Büroangestellten in der Schicklerstr. in die Maschine diktiert worden. Ich bin heute nicht mehr in der Lage, die Namen und Wohnorte dieser beiden Angestellten - es handelte sich um Schwestern - anzugeben. Ich weiß, daß sie im Osten gewohnt haben.

Das ist alles, was ich über die Entstehung und den Verbleib der Aktennotiz sagen kann.

Ich wäre bereit, meine Angaben vor einem ordentlichen Gericht zu wiederholen und zu beedigen, weise aber <sup>nicht</sup> darauf hin, daß ich gehbehindert bin und daher meine Wohnung ~~zu~~ verlassen kann.

Geschlossen:                    selbst  
                                  ..... gelesen, genehmigt und unterschrieben:

gez. Zimniak  
(Zimniak) KOM

                                  gez. Gertrud Stockhausen  
                                  .....

HS Ho<sup>a</sup>

365

Brunhilde Sylten-Lehder *geb. Leder*

Wohnort: (1967) 1 Berlin 37

Teltower Damm 134

1 Berlin, den 20.7.1967

Bestellt erscheint Frau

Brunhilde S y l t e n - L e h d e r geb. Leder,  
20.4.1899 Rastenberg/Thür. geb.,  
Berlin 37, Teltower Damm 134 whft.,

und erklärt, nach Belehrung gem. §§ 52, 55 StPO:

- Mit den Beschuldigten nicht verwandt und nicht verschwägert -

In meiner Begleitung befindet sich mein Stiefsohn, der  
Regierungsrat

walter S y l t e n,  
16.2.1930 Gera geb.,  
Berlin 37, Sachlebenstr. 33 a whft.,

der mir im Verlaufe dieser Vernehmung ggf. behilflich sein  
soll, um eventuelle Erinnerungslücken zu schließen.

Herrn Pfarrer S y l t e n kannte ich seit 1929. 1937 zog  
ich in seinen Haushalt, da wir die Absicht hatten, zu heiraten;  
dies war aufgrund der damaligen Rassebestimmungen von einer  
Genehmigung abhängig, die nicht erteilt wurde.

Zur damaligen Zeit war Pfarrer S y l t e n Geschäftsführer  
des Büros der Bekennenden Kirche in Thüringen mit dem Sitz  
in Gotha.

1938 wurde dieses Büro von der Gestapo geschlossen. Bald da-  
nach folgte Pfarrer S y l t e n dem Ruf des Pfarrers  
G r ü b e r, die Geschäftsführung des unter seinem Namen  
laufenden Büros in Berlin zu übernehmen.

Am 24. Dez. 1940 wurde Pfarrer G r ü b e r von der Gestapo  
verhaftet und das Büro mit gleichem Datum geschlossen.

Pfarrer S y l t e n wurde von der Gestapo mit der Liqui-  
dation des Büros beauftragt. In diesem Zusammenhang verhan-  
delte er mit dem PR K a n t. Dies ist der einzige Name der mir  
aus dieser Zeit in Erinnerung ist. Pfarrer S y l t e n  
suchte den PR K a n t auf, um den Grund der Verhaftung des  
Pfarrer G r ü b e r zu erfahren, der ihm antwortete, Pfarrer  
G r ü b e r sei ein aufrechter Deutscher, der aber seine  
Kompetenzen überschritten habe. Einen näheren Grund nannte  
K a n t nicht. Es ging wohl um einen Brief, den Pfarrer  
G r ü b e r an C ö r i n g zugeleitet haben soll.

K a n t saß im Dienstgebäude des Polizeipräsidiams am Alexanderplatz, "hinter der eisernen Tür", also in dem Bereich des Sitzes der Gestapo, Leitstelle Berlin.

Etwa eine Woche nach Beendigung der Liquidationsarbeiten erschienen vier Herren, die angaben Angehörige der Gestapo zu sein, in unserer Wohnung. Dies geschah am 27.2.1941.

Einer dieser Herren erteilte den anderen entsprechende Weisungen und blieb auf Schritt und Tritt neben mir. Er stellte auch, nachdem ich die Wohnungstür geöffnet hatte, sofort ein Bein in die Tür, damit ich die Tür nicht wieder schließen konnte. Ich kann nun nicht mit Sicherheit sagen, ob ich an diesem Tage oder erst später seinen Namen erfuhr. Auf jeden Fall handelte es sich um den Gestapobeamten W ö h r n , den ich in der Lichtbildmappe 1 Js 7/65 (RSNA) auf Bild 55 wiedererkenne.

W ö h r n wies die anderen Leute, worunter sich auch der Gestapobeamte P r ü f e r befand, an, das Haus genauestens zu durchsuchen. Er selbst stürzte sich auf alle schriftlichen Unterlagen und durchwühlte den Schreibtisch und andere Behältnisse in denen Schriftliches zu vermuten war.

In der Schreibmaschine befand sich gerade ein Brief, der an einen Herrn H i r s c h f e l d e r gerichtet war. Diesen Fund quittierte W ö h r n mit dem höhnischen Ausruf: "Aha, da haben wir es ja, da haben wir ja einen Beweis". Diesen Ausspruch tat er wohl, weil er vermutete, daß dieser Brief an einen jüdischen Bürger gerichtet war.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt lassen, daß W ö h r n sich sehr zynisch, höhnisch, arrogant und keinesfalls sachlich benahm.

Nach etwa 2 1/2 stündiger Dauer der Durchsuchung rief Pfarrer S y l t e n aus der Stadt in seinem Hause in Wendenschloß an. Während dieses Telefonates, d.h. gleich zu Beginn des Gespöches, riß W ö h r n mir den Hörer

aus der Hand, meldete sich als Angehöriger der Geheimen Staatspolizei und befahl Pfarrer Sylten, daß er sofort nach Hause zu kommen habe. Bevor er das Haus betreten hatte, wurde er auf der Straße von der Gestapo festgenommen und mit einem Fahrzeug abtransportiert. Der von mir an Wöhrn gerichtete Wunsch, daß ich mich von meinem Mann - lt. Anordnung des Senators für Justiz vom Nov. 1965 gilt meine Ehe mit Pfarrer Sylten als am 1. Dez. 1938 geschlossen - verabschieden möchte, tat er mit den Worten ab: "Gehn Sie rein, Sie haben hier nichts zu suchen".

Noch am gleichen Abend teilte mir die Gestapo mit, daß mein Mann an diesem Abend nicht mehr zurückkäme. Auch in der Folgezeit erfuhr ich offiziell nicht den Aufenthalts- bzw. Inhaftierungsort meines Mannes. Um den Aufenthaltsort festzustellen, machte ich ein Paket fertig, in dem sich persönliche Dinge meines Mannes befanden. Dieses Paket trug ich zum Polizeigefängnis Alexanderplatz und dort wurde es mir auch abgenommen. Nunmehr wußte ich, daß er sich dort aufhielt. Der abnehmende Beamte, es handelt-e sich dabei um einen Schutzpolizeibeamten, bestätigte mir, daß mein Mann sich dort aufhielte und sagte mir auch in welcher Etage er untergebracht sei, vierter Stock Zelle 52.

Einige Tage später suchte ich Wöhrn in seinem Dienstsitz in der Kurfürstenstr. auf. Es war mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, überhaupt zu Wöhrn vorgelassen zu werden. Ich erinnere mich noch daran, daß in der Wache österreichische SS-Männer waren, die mich erst telefonisch bei Wöhrn anmeldeten.

Wöhrn's Zimmer war auffallend groß und gut eingerichtet. An der Wand hing m.E. nach eine große Berlin-Karte, die mit kleinen Fähnchen besteckt war.

Ich versuchte, von Wöhrn eine Sprecherlaubnis zu bekommen, wichtig war für mein Anliegen, daß die Notwendigkeit bestand, eine Unterschriftsvollmacht für das Konto meines Mannes zu erhalten, nachdem die Bargeldbestände verbraucht waren.

W 3 h r n lehnte die Erteilung einer Sprecherlaubnis kategorisch ab, meine Bitten machten auf ihn überhaupt keinen Eindruck.

Um den 20. Mai 1941 herum war meine Schwester, Frau Herta F i s c h e r, geb. Lehder, jetzt wohnhaft in Kassel-Kirchditmold, Geröder Weg 24, in Berlin und versuchte auf meine Bitte ebenfalls bei W 3 h r n um eine Sprecherlaubnis nach. Sie wurde vorgelassen, nachdem sie anfängliche Schwierigkeiten an der Hauswache auf ihre Art überwunden hatte.

Wie auch mir, so bot er auch meiner Schwester keinen Stuhl an, so daß sich die "Unterhaltung" im Stehen abwickelte. Er forderte meine Schwester mehrmals auf sofort sein Zimmer zu verlassen, woraufhin meine Schwester antwortete, daß sie dies sofort tun würde, wenn sie eine Sprecherlaubnis für mich bekommen hat. Im Laufe des Gespräches meinte W 3 h r n zu meiner Schwester: "Sie haben wohl auch Interesse an dem Witwer". Meine Schwester antwortete ironisch: "Das könnte sein, mein Mann ist vor einem halben Jahr für Deutschland gefallen". Diese Antwort war W 3 h r n offensichtlich peinlich, er entschuldigte sich und er erteilte daraufhin eine Sprecherlaubnis für mich.

Während des Aufenthalts meines Mannes im Polizeigefängnis Alexanderplatz erschien ich dort dreimal wöchentlich, um Wäsche und Bücher für ihn abzugeben. An einem meiner letzten Vorsprachen wurde ich zu einem uniformierten Polizeioffizier gerufen. Dieser forderte mich auf, allmählich die hingebrachten Bücher wieder abzuholen, da mein Mann demnächst in das KL Dachau überwiesen werden würde. Dies erfuhr ich vor Erteilung der bereits erwähnten Sprecherlaubnis und ich teilte das auch meinem Mann mit.

Am 26. Mai 1941 erfolgte dann der Abtransport meines Mannes nach Dachau, wo er in den sogen. Pfarrerblock kam.

Während der Plantagenarbeiten im Frühjahr/Sommer 1942

erkrankte mein Mann so schwer, daß er in den Krankenbau aufgenommen werden mußte. Dies muß nach dem 14.6. und vor dem 29.7.1942 gewesen sein.

An 9.8.1942 lebte mein Mann noch und befand sich auch noch in Dachau lt. Angaben von Probst G r ü b e r. Vor dem 16.8.1942 muß mein Mann von Dachau abtransportiert worden sein, da der entsprechende Brief mit diesem Datum bei uns nicht eintraf. Dazu ist zu sagen, daß mein Mann regelmäßig alle 14 Tage geschrieben hat. Der letzte Brief ist mit dem 2.8.1942 datiert, woraufhin der nächste Brief am 16.8.1942 fällig gewesen wäre. Da dieser Brief fehlt, muß angenommen werden, daß er zwischenzeitlich von Dachau weggebracht wurde und keine Gelegenheit mehr zum schreiben mehr hatte.

Im KL Dachau war es unter den Häftlingen allgemein bekannt, daß von Zeit zu Zeit Kommissionen den Krankenbau überprüften und solche Häftlinge listenmäßig erfaßten, bei denen mit der Wiederherstellung der Arbeitskraft nicht mehr zu rechnen war. Die davon Betroffenen kamen dann mit sogen. "Invalidentransporten" weg. So geschah es auch mit meinem Mann.

Am 5. Sept. 1942 bekam ich aus dem KL Dachau die Nachricht, daß Pfarrer S y l t e n am 26.8.1942 im dortigen KL an Hirnhautentzündung verstorben sei. Dieser Mitteilung lagen zwei Sterbeurkunden des Standesamtes Dachau 3 K sowie ein "Beileidsschreiben" des Lagerkommandanten bei. Zumindest trifft nicht der Todesort zu, denn Probst G r ü b e r hat seinerzeit beobachten können, daß mein Mann mit einem sogen. Invalidentransport aus dem Lager wegkam und es wäre ihm mit Sicherheit bekanntgeworden, wenn mein Mann nochmals in das Lager gekommen wäre.

Ich habe vom Internationalen Suchdienst Arolsen vor längerer Zeit eine Schicksalsauskunft erhalten, diese übersende ich und bin damit einverstanden, daß sie zu den Akten genommen wird.

Nachtragen möchte ich noch, daß gegen meinen Mann ein Schutzhaftbefehl erlassen worden war. Das erfuhr ich durch Probst B ö h m , der zwischenzeitlich verstorben ist.

Probst B ö h m befand sich ebenfalls wie mein Mann im Polizeigefängnis Alexanderplatz. Anlässlich eines Rundganges hatte mein Mann ihm den Schutzhaftbefehl, der mit H e y d r i c h unterzeichnet war, gezeigt.

Als Begründung war nach der Schilderung von Probst BÖHM sinngemäß angegeben der Verdacht der Mittäterschaft oder Mitwisserschaft bei der Verbreitung von Flugblättern über die österreichischen Juden.

Probst B ö h m war seinerzeit zu einer Freiheitsstrafe durch ein Gericht verurteilt worden und wurde noch während des Krieges aus der Haft entlassen. Ich selbst sprach ihn kurz nach seiner Haftentlassung, lange noch vor 1945.

Ebenfalls nachtragen möchte ich, daß W ö h r n anlässlich der von ihm durchgeführten Hausdurchsuchung Schriftstücke einschl. Blaupapier mitnahm, ohne ein Verzeichnis oder dergleichen der von ihm beschlagnahmten Gegenstände zu hinterlassen.

Das wäre alles, was ich zur Zeit in dieser Angelegenheit in Erinnerung habe.

Geschlossen:

Auf selbst-oder vorlesen ausdrücklich versichert, da laut diktiert, genehmigt und unterschrieben:

(Schultz) KOM

*Brunhilde Lyden - Scholer*  
.....  
*Walter Lyden*  
.....

HS Ho<sup>a</sup>

36 t

Esther T e r n e r geb. Zajdman

Wohnort: (1968) 3725 Blackstone Ave.  
Bronx, New York (N.Y.)  
10463, U.S.A.

Der Generalstaatsanwalt

Berlin, den 3. Dezember 1968

bei dem ~~Landgericht~~ Kammergericht

- 1 Js 9/65 - (Stapoleit. Bln.)

Gegenwärtig:

StA K o u r i l

JAng Haberland

In der Strafsache gegen Otto Bovensiepen u.a. wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord (NSG) erscheint fernmündlich vorgeladen die Hausfrau

Esther T e r n e r geborene Zajdman,  
geboren am 3. Juli 1924 in Breslau,  
wohnhaft in 3725 Blacke-Stone Ave.  
Bronx, New York (N.Y.), 10463, USA.

und erklärt zur Sache vernommen folgendes:

Ich bin gemäß §§ 52, 55 StPO belehrt worden.

Ich entstamme einer volljüdischen Ehe. Mein Vater Abraham Zajdman (jetzt Seidmann) und meine Mutter Renate Zajdman geb. Grünstein gehören beide dem mosaischen Glauben an. Meine Eltern verzogen etwa 1930 mit mir und meinem Bruder Moritz [REDACTED] von Breslau nach Berlin. Hier lebten wir auch, als im Oktober 1941 die Deportation der jüdischen Bevölkerung Berlins begann. Wir befürchteten schon früh, daß diese Deportation nicht der Evakuierung und einem auswärtigen Arbeits-einsatz diene, sondern allein der Vernichtung der jüdi-schen Bevölkerung Berlins. Allerdings hatten wir das

nicht sofort angenommen, sondern erst nachdem entsprechende Nachrichten aus Litzmannstadt und Riga in Berlin eintrafen. Mit diesen Nachrichten verdichteten sich die Gerüchte so sehr, daß wir es vorzogen, schon 1942 - wann weiß ich nicht mehr so genau - tage- und wochenlang getaucht zu leben. Als wir dabei bemerkten, daß die Gestapo nicht nach uns fahndete, kehrten wir vorübergehend in unsere Wohnung in Berlin NO, Straßburger Straße 58 (X) zurück. Als jedoch die Deportationen insbesondere nach Auschwitz begannen - ich denke da besonders an den Einsatz der Brunnerleute -, entschlossen wir uns, in die "Illegalität" zu gehen. Bevor es dazu kam, wurden jedoch meine Mutter und ich in unserer damaligen Wohnung verhaftet. Ich kann mich heute nicht mehr daran erinnern, wer uns festgenommen hat. Mein Vater und mein Bruder, die sich zur Zeit unserer Verhaftung nicht in unserer Wohnung befanden, tauchten daraufhin sofort unter. Meine Mutter und ich wurden über verschiedene Sammellager in das Gefängnis Bessemerstraße eingeliefert. Von dort aus konnten wir während eines Fliegerangriffs flüchten. Nunmehr mußten auch wir illegal leben. Im Gefängnis Bessemerstraße hatten wir Stella Kübler (jetzt Ingrid Schellenberg) kennengelernt. Stella Kübler arbeitete in der Folgezeit für die Gestapo, indem sie nach getauchten Juden fahndete und diese der Gestapo auslieferte. Ihr fielen auch wir (d.h. mein Vater, mein Bruder und ich) zum Opfer. Stella Kübler erkannte uns Unter den Linden und veranlaßte unsere Verhaftung durch die Gestapo. Wir wurden in das Sammellager Große Hamburger Straße eingeliefert. Wer uns von den Gestapo-Beamten verhaftet hat, das weiß ich heute nicht mehr.

Ich habe mir beide Lichtbildmappen angesehen, jedoch außer Dobberke niemanden erkannt. Von den Namen der Angeschuldigten sagen mir lediglich Lachmuth, Rothe, Sasse, Stock, Titze und Schwöbel etwas, ohne daß ich jedoch heute noch feste Erinnerungen damit verbinde. Von Dobberke weiß ich, daß er

Lagerleiter war. Er hat sich mir gegenüber stets korrekt verhalten und mir mehrfach Gelegenheit gegeben, mit meinem Vater, der im Bunker inhaftiert war, zu sprechen.

Im Sammellager erlebten mein Vater und ich auch das Kriegsende. Lediglich meinem Bruder war es gelungen, aus dem Sammellager zu flüchten und bis Kriegsende, ebenso wie meine Mutter, illegal zu leben. *Meine Mutter wurde allerdings noch kurz vor Kriegsende verhaftet.*

Ich bin mir sicher, daß die Angeschuldigten genau Bescheid wußten, welchem Zweck die Deportationen der Berliner Juden dienten. Ich folgere das schon daraus: Wenn wir Juden schon Bescheid wußten, dann müssen die Angehörigen der Gestapo erst recht Bescheid gewußt haben. Hitler und Goebbels haben doch damals schon unverhüllt ausgesprochen, daß die Juden vernichtet werden sollten. Hinzu kommt, daß zigtausende deutscher Soldaten die Vernichtung der Juden im Osten miterlebt haben und darüber in der Heimat erzählt haben, so daß es sich schon auf diese Weise auch in unbeteiligten Kreisen herumsprach, was mit den Juden in Wirklichkeit geschah.

Vorgelesen, genehmigt und unterzeichnet

*Esther Ferner geb. Zajdman*

Geschlossen:

*Kornil*  
StA

~~Regelamt~~

*Haberland*  
Justizangestellte

115 110<sup>9</sup>

36 5

Herbert T w o r o g e r

Wohnort: (67) 1 Berlin 41,  
Florastr. 6

I - A - KI 3

Berlin, den 16.10.67

Vorgeladen erscheint der städtl. Angestellte

Herbert T w o r o g e r,  
1.7.1919 in Berlin geb.,  
1 Berlin 41, Florastr. 6 wohnh.,

und erklärt auf Befragen folgendes:

Der Gegenstand meiner Vernehmung wurde mir im Zuge der Vorbesprechung bekanntgegeben. Gleichzeitig wurde mir eröffnet, daß ich im Sinne des § 52 StPO als Angehöriger das Recht zur Zeugnisverweigerung habe und gem. § 55 StPO die Auskunft auf solche Fragen verweigern kann, durch deren Beantwortung ich mir selbst oder einem meiner in § 52 Abs. 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung zuziehen würde.

Ich bin bereit, vor der Kriminalpolizei wahrheitsgemäße Angaben zu machen und wissenlich nichts zu verschweigen.

Der in meiner Pers.-Akte vorhandene Lebenslauf ist von mir am 19.12.1951 anlässlich eines Antrages an das Entschädigungsamt Berlin geschrieben worden. Mir wurde am heutigen Tage dieser Lebenslauf zum Durchlesen vorgelegt. Ich bestätige die Richtigkeit. Wie aus den weiteren Unterlagen ersichtlich ist, habe ich während des NS-Regimes erhebliche Schwierigkeiten in meiner Berufsausbildung gehabt. Ich möchte nochmals erwähnen, daß mein Vater Volljude und mine Mutter vor der Eheschließung Christin war. Sie trat anlässlich der Eheschließung zur jüdischen Religion über. Da ich im jüdischen Glauben erzogen wurde, wurde ich von den damaligen Machthabern als Geltungsjude bezeichnet.

Am 27.2.<sup>43</sup> wurde ich mit etwa 10 weiteren Glaubensgefährten auf meiner Arbeitsstelle bei der Fa. Krüger und Co., Berlin-Köpenick, Mahldorfer Str. 107, von Angehörigen der uniformierten SS verhaftet und mit Lastwagen zum Lager Große-Hamburger-Str. gebracht.

Die Festnahme kam für uns vollkommen überraschend. In der vorangegangenen Zeit wurden allerdings schon jüdische Belegschaftsmitglieder des Werkes deportiert. Zum Ablauf der Festnahme - Aktion, die mir heute unter dem Begriff "Fabrik - Aktion" geläufig ist, kann ich keine nennenswerten Angaben machen.

Im Lager Große Hamburger Str. wurden wir registriert. Meine Kennkarte bekam einen Stempel mit der Abkürzung "erf." (erfaßt). Dazu möchte ich sagen, daß Kennkarten nur dann mit diesem Stempel versehen wurden, wenn der Inhaber "arisch versippt" war., also in einer sogen. Mischehe oder privilegierten Mischehe lebte. Ferner rechneten dazu sogen. Geltungsjuden, die aber mit der "arischen Mutter" gemeinsam in einem Haushalt leben mußten. Als Geltungsjude war ich verpflichtet, an meiner Kleidung - auch Arbeitskleidung - einen gelben Stern zu tragen.

Wir sogenannten "arisch Versippten" wurden teilweise am gleichen Tage bzw. am darauffolgenden Tage einem Lager in der Rosenstr. überstellt. Von dort aus wurde ich am 9.3.1943 mit der Auflage entlassen, mich auf dem jüd. Arbeitsamt in der Fontanepromenade zu melden..

Die Überstellung von der Großen Hamburger Str. in das Lager Rosenstr. muß meiner heutigen Erinnerung in den Nachtstunden erfolgt sein. Ich habe in dieser Nacht erlebt, daß zwei SD - oder Stapoangehörige in Uniform aus mir unbekanntem Gründen einen jüd. Leidensgefährten brutal geohrfeigt und etwa sinngemäß gesagt haben: "Wir werden es Dir schon zeigen, wie es hier langgeht!" Wenn mich nicht alles täuscht, hieß der Jude Heinz Z i r k e r (Phon.). Was aus ihm später geworden ist, weiß ich nicht. Ich halte es für nicht ausgeschlossen, daß der Vorgenannte später auch deportiert worden ist. Ich habe ihn nach dem Kriege nicht mehr gesehen. Weitere Mißhandlungen sind mir nicht bekanntgeworden.

Auf Befragen:

Ich habe heute nach so langer Zeit Namen von Gestapoangehörigen nicht mehr in Erinnerung. Seinerzeit waren die Namen Stella K ü b l e r, D o b b e r k e und SS-H' Stuf. B r u n n e r aus Wien im Umlauf, ohne das ich etwas Näheres darüber sagen könnte.

Ferner soll ein Günter A b r a h a m s o h n für die Gestapo Spitzeldienste geleistet haben. Ich kannte den A b r a h a m s o h n schon aus meiner Jugendzeit. Er verkehrte auch in meinem Elternhaus. Mir ist bekannt, daß er etwa Jahrgang 1920 und in Prenzlau geboren ist. Wir besuchten gemeinsam das jüd. Lehrerseminar in der Lindenstraße zu Berlin. Es hieß im allgemeinen, daß man sich seinerzeit vor ihm in Acht nehmen sollte, weil er bei der Stapo aus- und eingehen würde. Man sagte auch, er wäre Fahnder. Konkrete Fülle über seine angebliche Spitzeltätigkeit sind mir nicht bekannt geworden. Ich glaube, nach dem Kriege ist ein Ermittlungsverfahren gegen ihn angestrengt worden, dessen Ausgang mir nicht bekanntgeworden ist. Wir haben uns schon während der NS - Zeit getrennt. Ich traf ihn während dieser Zeit einmal zufällig in der Straßenbahn der Linie 47. Er sprach mich an und machte mir versteckte Vorhaltungen, weil ich meinen Judenstern nicht trug. Ich erwiderte ihm darauf, daß er seinen Stern auch nicht trüge. Er ~~antwortete~~ gab mir zur Antwort, daß er besondere Aufgaben zu erfüllen habe und deshalb den Stern nicht zu tragen brauche.

Nachdem mir hier Namen von ehemaligen Angehörigen der Stapo genannt wurden, kann ich mich an einen gewissen S t a r k erinnern. Im Sommer 1942 erhielten meine Eltern, vermtl. von der jüd. Gemeinde, eine schriftliche Aufforderung, die Wohnung in Bln. N 54, Linienstr. 218, für eine Räumung vorzubereiten und daß ich mich mit meinem Vater in der Synagoge LeVetzowstr. melden müßte. Meine Mutter ging mit diesem Schreiben sofort zur Stapodienststelle Burgstr. 28 und sprach dort bei dem S t a r k vor. Dieser wirkte auf meine Mutter ein, daß sie sich von meinem Vater scheiden lassen sollte. Soviel ich später vom Erzählen meiner Mutter erfahren habe, soll ein weiterer im Zimmer anwesender Gestapo-Angehöriger auf S t a r k eingeredet haben, damit die Räumung der Wohnung zurückgenommen werde. S t a r k habe sich überreden lassen und auf das Schreiben den Vermerk gemacht: "lebt in Mischehe".

Mein Vater und ich meldeten uns in der Levetzowstr. Wir wurden jedoch nach 10. Minuten wieder entlassen. So kam es, daß mein Vater und ich nicht deportiert wurden. Mein Vater verstarb 1957 und meine Mutter 1956 in Berlin.

Auf Befragen:

Im Herbst 1942 oder Frühjahr 1943 habe ich durch einen Nachbarn, der bei der Organisation Todt war und aus Rußland zurückkehrte, erfahren, daß man dort Juden zusammengetrieben und erschossen habe. Ich kann mich noch erinnern, daß ich ihn gefragt habe, ob die Erschossenen Partisanen oder ähnliches gewesen seien. Mein Nachbar blieb bei seinen Feststellungen, daß man nur Juden erschossen habe. Mein Nachbar ist gegen Ende des Krieges in Italien gefallen.

Mein Onkel Fritz H a m b u r g e r , zuletzt wohnh. in  
Berlin W 30, Luitpoldstr. 38 oder 39,  
wurde Anfang Januar 1942 mit seiner Ehefrau  
Olga geb. T w o r o g e r ,  
nach Riga deportiert. Beide haben nicht überlebt.  
Ich kann mich noch erinnern, daß mein Onkel vor seiner  
Deportierung Handwerkzeuge gekauft hat, weil er dem  
allgemeinen Gerücht unterlegen war, daß man die Juden  
in den besetzten Ostgebieten angeblich ansiedeln wollte.  
Mein Vater und mein Onkel waren beide Teilnehmer des  
1. Weltkrieges und hätten es niemals für <sup>möglich</sup> ~~wahrscheinlich~~ gehalten,  
daß man Juden mit dem Ziel der Vernichtung deportieren  
würde. Außerdem nahm mein Onkel auch Matratzen mit, die  
er zuvor mit Namen und Transportnummer gezeichnet hatte.  
Ich möchte sagen, daß die Matratzen im damaligen Gebäude  
der jüd. Gemeinde in der Joachimstahler Str. unmittelbar  
vor dem Abtransport abge<sup>er</sup>ben mußte. Als ich später selbst  
im Lager Große Hamburger Str. festgehalten wurde, habe  
ich dort Matratzen gesehen, die mit Namen und Transport  
nummern gekennzeichnet waren und die den Inhaftierten des  
Lagers als Schlafgelegenheiten zur Verfügung gestellt  
wurden.

Als ich diese Feststellungen traf vermutete ich sofort, daß die sog. Evakuierungen, jüd. Bürger aus Berlin, nicht mit rechten Dingen zugehen konnten. Die systematische Vernichtung der Juden ist mir in ihrem Umfang erst nach dem Kriege durch Presse und Rundfunk bekannt geworden. Etwa 1943/1944 sickerten allmählich Gerüchte über das Schicksal der Deportierten durch. Ich besaß zwar keinen Radioapparat, aber<sup>mir</sup> machten Arbeitskollegen, die einen ausländischen Sender abgehört hatten, gewisse Andeutungen. Ich hatte seinerzeit keine rechten Vorstellungen über die Geschehnisse in den KL. Man wußte zwar, daß<sup>es</sup> im KL Theresienstadt nicht so "schlimm" sei wie im KL Auschwitz. Nähere Einzelheiten habe ich erst nach dem Zusammenbruch erfahren.

1942 habe ich gerüchtweise erfahren, daß man anläßlich des Bombenanschlages auf die Ausstellung "Das Sowjetparadies" 500 Berliner Juden verhaftet habe. Angeblich habe man 250 Juden in Lichterfelde erschossen und die anderen 250 nach dem Osten deportiert. Nähere Einzelheiten vermag ich darüber nicht anzugeben.

Mir wurde hier eine Mappe mit Lichtbildern ehemaliger Angehöriger der Stapoleitstelle Berlin zur Durchsicht vorgelegt. Ich habe niemanden erkannt.

..... gelesen, genehmigt und unterschrieben

...gez. Herbert Tworoger.....

Geschlossen:

gez. Thieler  
(Thieler), KOM

HS HO<sup>a</sup>

36 v

Alfred W a g n e r

Wohnort: (1969) 1 Berlin 46,  
Mühlenstr. 51

V e r h a n d e l t

In der Wohnung aufgesucht und befragt, erklärt der Postrat a.D.

Alfred W a g n e r,  
5.1.00 Ratibor geb.,  
1 Berlin 46,  
Mühlenstr. 51 wohnh.,

folgendes:

Der Gegenstand meiner Vernehmung wurde mir im Zuge der Vorbesprechung bekanntgegeben. Gleichzeitig wurde mir eröffnet, daß ich im Sinne des § 52 StPO als Angehöriger das Recht zur Zeugnisverweigerung habe und gem. § 55 StPO die Auskunft auf solche Fragen verweigern kann, durch deren Beantwortung ich mir selbst oder einem meiner in § 52 Abs. 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung zuziehen würde.

Ich bin bereit, vor der Kriminalpolizei wahrheitsgemäße Angaben zu machen und wissentlich nichts zu verschweigen.

Ferner bin ich damit einverstanden, daß meine Angaben im Stenogramm protokolliert werden.

Ich bin in Berlin im Hause meiner volljüdischen Eltern aufgewachsen, habe hier die Schule besucht und habe bei der Firma Siemens als Elektriker die Lehre abgeschlossen.

Im Juni 1918 wurde ich zur Flieger-Ers.-Abt. 12 nach Kottbus einberufen. Ich nahm an den Kämpfen in Flandern und am Rückzug teil. Während der letzten Kriegesmonate nahm ich an einem Reserve-Offizierskursus als "Einjähriger" teil. Ich wurde am 1.4.1919 vom Militär entlassen und ging dann wieder zur Firma Siemens zurück, und zwar als Prüffeldmonteur.

Von 1921 bis 1924 studierte ich an der Beuth-Schule zu Berlin Elektrotechnik und schloß mit einem Ingenieur-Examen ab. Nach einigen Tätigkeiten bei Privatfirmen und Arbeitslosigkeit ge-

lang es mir 1926, eine Anstellung als techn. Supernumerar bei dem Fernmeldeamt zu bekommen.

Am 16.11.1933 wurde ich als techn. Telegrafien-Obersekretär auf Lebenszeit in das Beamtenverhältnis übernommen. Am 15.9.1935 wurde ich aufgrund der Nürnberger Gesetze wegen meines jüdischen Glaubens vom Dienst suspendiert und am 31.12.1935 in den Ruhestand versetzt.

Am 29.7.1929 habe ich Charlotte G i l l k ö t t e r in Berlin geheiratet. Sie ist am 8.1.1969 in Berlin verstorben. Sie war glaubenslos und nach der sog. NS-Terminologie als Arierin zu betrachten. Während der NS-Zeit wurde deshalb unsere Ehe als "Mischehe" angesehen. Dieser Umstand hat mich vor einer Deportation gerettet.

Nachdem ich zwangsweise in den Ruhestand versetzt wurde, fand ich eine Anstellung vorerst als ehrenamtlicher Lehrer an der Umschulungs-Institution "ORT" in Berlin-Moabit, Siemensstraße. Diese Schulungsstätte wurde von den Engländern unterhalten und diente jüdischen Bürgern als Umschulungsstätte zwecks einer späteren Auswanderung. Meine Tätigkeit wurde von dem damaligen Stadtpräsidenten L i p p e r t bestätigt. Das jüdische Arbeitsamt in der Fontanepromenade führte über diese Schule die Aufsicht. 1939, also vor Kriegsbeginn, wurde die Schule aufgelöst und wir arbeiteten noch für verschiedene Berliner Firmen als sog. Zulieferer. 1941 wurde ich vom jüdischen Arbeitsamt zur Firma D e u l i w a g, Berlin N 65, Hochstr., zwangsarbeitsverpflichtet. Da wir Juden Berufsverbot hatten, wurden wir nur als Hilfsarbeiter eingestellt und mußten dementsprechend die schwersten und schmutzigsten Arbeiten verrichten. Das Betriebsklima bei dieser Firma konnte man als gut bezeichnen, zumal wir fast alle Fachleute waren. Allerdings wurden wir von den übrigen Abteilungen abgesondert. Wir waren etwa 30 bis 40 jüdische Arbeiter. Selbst die Fremdarbeiter wurden von den übrigen Abteilungen reserviert gehalten.

Die sog. Fabrikaktion, die am 27.2.1943 begann, ist mir gut in Erinnerung. Sie kam für uns völlig überraschend. Ich selbst

wurde aus meiner Wohnung von einem Gestapoangehörigen, der von zwei uniformierten SS-Leuten, die mit Karabinern bewaffnet waren, aus dem Bett weg verhaftet. Ich weiß noch mit Sicherheit, daß der 27.2.1943 auf einen Sonnabend fiel. Ich hatte tags zuvor den Beauftragten der Deutschen Arbeitsfront dieser Firma um Urlaub gebeten, um meine Überstunden abzubummeln. Ich hatte das Gefühl, daß dieser mir namentlich nicht mehr bekannte Angehörige der ehem. DAF von der bevorstehenden Aktion etwas gewußt hat, denn er wollte mir durchaus die Abgeltung der Überstunden nicht gewährleisten, aber schließlich willigte er trotzdem ein. Vermutlich wollte er damit die Bekanntgabe der bevorstehenden Aktion unterdrücken. Der Gestapoangehörige, der mich aus dem Bett holte, hielt mir einen Revolver unter die Nase und gab mir zu verstehen, daß er bei einem evtl. Fluchtversuch von seiner Waffe Gebrauch machen würde. Ich mußte mich schnell anziehen und wollte noch meine Ausweispapiere mitnehmen. Dies wurde mir verweigert und man erklärte mir, daß ich eine andere Arbeitsstelle bekäme. Ich wollte außerdem noch meine Lebensmittelkarten mitnehmen; dies wurde mir ebenfalls verweigert. Ich mußte einen vor der Tür stehenden Lastwagen besteigen, in dem außer uns noch keine weiteren Personen vorhanden waren. Wir sind dann noch einen halben Tag in ganz Berlin umhergefahren, um weitere jüdische Bürger zu finden bzw. aufzunehmen. Die Fahrt ging sogar bis nach Karow hinaus. Am frühen Nachmittag des 27.2.1943 trafen wir im sog. Schublager Gr. Hamburger Str. 26, ein. Zwischenzeitlich war die gesamte jüdische Belegschaft der Fa. D e u l l w a g vom Arbeitsplatz weg in das Lager Gr. Hamburger Str. gebracht worden. Als wir nun dazu kamen, sah ich, daß sie alle auf dem Hof angetreten waren. Ich mußte mich dazu stellen. Nun mußten wir schubweise etwa zu 5 oder 6 Personen in einen Brüderraum treten und uns dort registrieren lassen. Die Registrierung wurde von dem jüdischen Lagerleiter Max R e s c h k e mit seinen jüdischen Assistentinnen, z.B. Frl. R a p h a e l verhelichte E h r l i c h, vorgenommen. Der Stapolagerführer D o b b e r k e war dabei zugegen. Fotografien, Taschenmesser und Ausweise wurden uns abgenommen. Soweit Lebensmittelkarten vorhanden waren, wurden diese ebenfalls eingezogen.

Ich möchte dabei noch bemerken, daß meine Glaubensgefährten so schmutzig, wie sie vom Arbeitsplatz weggeholt wurden, in die Gr. Hamburger Str. eingeliefert worden sind.

Bei der Registrierung wurde gleichzeitig festgestellt, daß ich in einer sog. Mischehe lebte. Man verteilte uns auf mehrere Zimmer. Mein Zimmer war noch nicht einmal mit irgendwelchen Schlafgelegenheiten ausgestattet. Wir mußten auf dem blanken Fußboden liegen. Ich kann nicht direkt sagen, daß unser Zimmer überbelegt war, denn wir lagen mit etwa 5 bis 6 Personen auf diesem Zimmer, jedoch wurde unser Zimmer trotz winterlicher Temperaturen nicht geheizt. Man hatte uns noch nicht mal mit Schlafdecken versorgt. Die Gänge der einzelnen Stockwerke waren zum Treppenhaus mit Holzgatter, die verschlossen werden konnten, abgesperrt. Wir durften die Zimmer nur unter besonderen Umständen, wie z.B. Aufsuchen der Toilette usw., verlassen. Die hygienischen Einrichtungen waren katastrophal. Zu dieser Zeit lagen etwa 5- 600 Personen in dem Haus, so daß die Toiletteneinrichtungen und Waschgelegenheiten überhaupt nicht ausreichten.

In den 4 oder 5 Tagen Aufenthalt habe ich mehrere Abtransporte aus dem Schublager Gr. Hamburger Str. miterlebt. Es ging so vor sich, daß die Ordner die Zimmer aufsuchten und anhand von Listen die Personen namentlich aufriefen, die sich für den Transport fertigmachen mußten. Die Aufgerufenen mußten herunter zur Durchfahrt gehen und wurden dann mit einem Möbelwagen abtransportiert. Es war allgemein bekannt, daß die Opfer zum Güterbahnhof Quitzowstraße gebracht wurden.

Wie bereits erwähnt, wurde ich nach 4 oder 5 Tagen Aufenthalt in der Gr. Hamburger Str. dem Lager Rosenstr. überstellt, und zwar mit ca. 150 bis 200 weiteren jüdischen Mischehepartnern. Dieser Fußtransport fand am Tage statt. Wir wurden von uniformierten SS-Leuten, die wiederum mit Karabinern bewaffnet waren, bewacht. Nach meiner heutigen Erinnerung blieben wir größtenteils ca. 4 Wochen dort. Als Lagerleiter fungierte ein gewisser S c h n e i d e r. Dieser zeigte meist ein forsches Auftreten; er war ziemlich jung. Wenn ich gefragt werde, ob S c h n e i d e r meine Glaubensgefährten mißhandelt hat, so muß ich sa-

gen, daß ich in der Rosenstr. so etwas nicht gesehen habe. Zugetraut habe ich ihm das allerdings. Später habe ich es selbst gesehen, als er zeitweilig im Jüdischen Krankenhaus, wo er auch sein Büro hatte, tätig war. Ihm unterstanden dort zumeist die jüdischen Handwerker. Die Verhältnisse im Lager Rosenstr. waren äußerst katastrophal. In diesem Lager waren etwa 800 bis 1000 Juden beiderlei Geschlechts zusammengepfercht. Für diese große Anzahl waren nur 2 Toiletten vorhanden. Meine Leidensgefährten mußten sich 4 bis 5 Stunden anstellen, um die Notdurft verrichten zu können. Dadurch ist es erklärlich, daß viele krank wurden. Während eines schweren Fliegerangriffes durften wir unsere Räume nicht verlassen. Während in dieser Nacht in unmittelbarer Nähe eine große Anzahl von Bomben fielen, wurden wir auf unseren Zimmern festgehalten. Die Wachmannschaft hatte bei diesem schweren Luftangriff den Keller aufgesucht.

Wir mußten uns jeden Tag auf dem Hof zum Appell stellen; hier wurde wieder gesiebt und Personen abtransportiert. Es waren nicht nur sog. Mischehepartner in der Rosenstr. inhaftiert, sondern auch Volljuden. Vorerst wurden nur diejenigen vom Transport zurückgestellt, die als Handwerker tätig waren.

S c h n e i d e r hatte die Angewohnheit, fast täglich durch die Zimmer zu gehen und die männlichen Insassen zu bezichtigen, homosexuelle Handlungen zu betreiben. Dies war bestimmt nicht der Fall. S c h n e i d e r wollte damit nur herausstellen, daß wir Menschen 2. Grades wären.

Mir war bekannt, daß eines Tages die arischen Ehefrauen lautstark die Freilassung ihrer inhaftierten jüdischen Ehemänner verlangten. M.W. nach hat die Bevölkerung aus der näheren Umgebung an dieser Protestaktion teilgenommen. Die Straße wurde schließlich von uniformierten SS-Leuten besetzt und von den Protestierern geschäubert. Diese SS-Leute hielten Karabiner schußbereit unter dem Arm und es sah so aus, als wenn sie jeden Moment schießen wollten. Ich vermute, daß die hierdurch entstandene Unruhe dazu geführt hat, das Lager Rosenstr. aufzulösen.

Kurz vor der Auflösung wurden wir nochmals überprüft und alle Handwerker wurden auf andere Lager verteilt. Ich kam zur Synagoge Oranienburger Straße, wo sich ein Materiallager mit Elektroartikeln befand. Von dort aus bin ich dann in die Gr. Hamburger Straße, zum alten Jüd. Krankenhaus Auguststr. und zur Gestapodienststelle Burgstr. zu Arbeiten eingesetzt worden. Ich mußte als Handwerker alle Arbeiten ausführen, die in meine Branche fielen. Dazu bekam ich einen gelben Ausweis von der Geheimen Staatspolizei, der mich berechtigte, die Straßen-, S- und U-Bahn innerhalb Berlins zu benutzen. Ich bin damit einverstanden, daß dieser Ausweis in Fotokopie zu meinen Akten genommen wird und leihe ihn deshalb dem vernehmenden Beamten aus.

Nach ca. 4 Wochen mußte ich eine Handwerkerstelle im Jüdischen Krankenhaus übernehmen, weil der dortige Elektriker, ein Dipl.-Ing. B e r g e r, -weitere Personalien nicht mehr bekannt-deportiert wurde.

In diesem Jüdischen Krankenhaus befand sich eine geschlossene Abteilung, die unter unmittelbarer Aufsicht der Gestapo stand. Es handelte sich hierbei um die sog. Polizeiabteilung. Ich habe erlebt, daß jüdische Bürger, die von irgendwelchen Vernehmungen zurückkamen, sehr zerschunden in der Polizeiabteilung wieder eintrafen. Der bekannte SS-Sturmbannführer E i c h m a n n war ständiger Gast im Krankenhaus. Er hat immer furchtbar herumgebrüllt und Leute für einen Abtransport herausgesucht. Ich möchte noch hinzufügen, daß sich im Jüdischen Krankenhaus Iranische Straße noch eine zweite Abteilung befand, in der nervenkranken Patienten lagen, die von irgendwelchen Nervenheilstätten zugeführt wurden. Eines Nachts bin ich mit verschiedenen anderen Glaubensgenossen eingeteilt worden, diese bedauernswerten Menschen anzuziehen und bis zu den Möbelwagen zu bringen. Es war ein bedauernswerter Anblick; was sich dort abgespielt hat, kann man mit Worten nicht beschreiben. Es sah so aus, als wenn diese Aktion direkt von E i c h m a n n ausgegangen ist.

W ö r n ist mir natürlich auch bekannt. Ich kann allerdings

wenig über ihn sagen. Ich weiß nur noch, daß W ö r n die Anordnung gegeben hatte, die Abteilung der Nervenkranken mit Teilen von Bettgestellen und Maschendraht abzuriegeln.

Auf Befragen:

Wenn W ö r n ins Haus kam, mußte der Pförtner stramm stehen, d.h. nicht nur er, sondern alle diejenigen, die nicht flitzen konnten. Man lebte ständig in einer Angst, daß man evtl. für einen Transport ergriffen werden könnte wenn eine "Nummer" fehlte. Es flitzte alles, wenn W ö r n im Gelände auftauchte, denn er konnte veranlassen, daß jemand auf Transport kam. Es trifft zu, daß man Schwerkranke auf Tragbaren in Möbelwagen verladen und abtransportiert hat. Die Schwerkranken wurden zusammen mit den Nervenkranken abtransportiert. Die meisten davon waren gar nicht gehfähig; sie mußten alle mit unserer Unterstützung zum Möbelwagen transportiert werden. Es waren katastrophale Zustände. Ich habe auf alle Fälle damals schon gehahnt, daß diese bedauernswerten Menschen den Transport nicht überleben konnten.

Auf Befragen:

Ich habe schon etwa Ende 1941 durch Erzählungen im Bekanntenkreis erfahren, welches Schicksal die deportierten Glaubensgefährten erwartet hatte. Man sprach zwar im Schublager Gr. Hamburger Str. von einem Arbeitseinsatz und auch im Krankenhaus davon, daß die jüdischen Bürger zum Zwecke eines Arbeitseinsatzes deportiert werden würden. Ich hatte aber eine gewisse Ahnung, daß ein furchtbares Schicksal auf uns zukommen würde. Es ist niemand vor seinem Abtransport ärztlich auf Arbeitsfähigkeit untersucht worden. 1942 sickerten Nachrichten durch, daß die deportierten Juden nach der Deportation vernichtet werden würden. Außerdem habe ich selbst den Londoner Rundfunk mit seinem markanten Pausenzeichen abgehört und dabei erfahren, daß meine Glaubensgenossen im Osten ungebracht worden waren. Ich habe diese Nachrichten im Krankenhaus gehört. Dort stand ein Radioapparat, um den sog. Kukuk, d.h. die Vorwarnung für den

bevorstehenden Fliegeralarm abzuhören.

Mir wird hier eine Mappe mit Lichtbildern ehemaliger Angehöriger der Stapoleitstelle Berlin zur Durchsicht vorgelegt. Auf Bild Nr. 82 habe ich ein Mädchen wiedererkannt, das bei dem Lagerführer **D o b b e r k e** in der Schulstraße als Bürokräft tätig war. Nachdem mir der Name genannt wird, kann ich mich an ein Fräulein **K l u d a s** erinnern. Sie machte einen unscheinbaren Eindruck und verrichtete nur Büroarbeiten. Etwas Nachteiliges kann ich nicht über Frl. **K l u d a s** sagen. In diesen Zusammenhang kommt mir der Name einer Frau **H e y n** bekannt vor. Ich habe sie nicht näher kennengelernt.

Auf Bild 429 erkenne ich mit Sicherheit den damaligen Lagerführer aus der Rosenstr., **S c h n e i d e r**, wieder. Über ihn habe ich schon berichtet. Die mir hier gezeigten Lichtbilder von **D o b b e r k e** und anderen Angehörigen der ehemaligen Stapoleitstelle Berlin sagen mir nichts. Ich habe den **D o b b e r k e** ganz anders in Erinnerung. Die weiteren mir hier genannten Namen habe ich zwar mal gehört, aber ich kann über die betreffenden Personen nichts sagen.

Als mir hier der Name **W e n z e l** genannt wurde, habe ich an einen ehemaligen Gerichtsvollzieher gedacht, der sich hauptsächlich mit der Beschlagnahme jüdischen Eigentums im Schublager Gr. Hamburger Str. befaßte. Er beschlagnahmte auch jüdisches Eigentum in der Stadt und brachte es dann in das Lager Gr. Hamburger Straße.

Ich bin der festen Meinung, daß die Gestapoangehörigen durchaus gewußt haben, welchem Schicksal die abtransportierten Juden entgegen gingen. Beim Abtransport aus der Gr. Hamburger Straße wurden die Opfer mit Fußtritten und Schlägen mißhandelt. Das habe ich mit eigenen Augen gesehen.

Während meines Aufenthaltes im Lager Gr. Hamburger Str. habe ich meinen Vetter **Fritz W a g n e r** im Bunker dieses Lagers wiedergetroffen, und zwar mit seiner Braut zusammen. Ich kann nicht behaupten, ob er im Bunker geschlagen worden ist.

K o p l o w i t z war Bunkerwächter in der Gr. Hamburger- und in der Schulstraße. Er hat sich schwer gegen seine Glaubensgenossen versündigt. K. lebt heute nicht mehr. Seine Frau soll später nervenkrank geworden sein.

Wenn ich zur Gestapodienststelle Burgstr. gerufen wurde, um dort Reparaturen vorzunehmen, durfte ich die eigentliche Dienststelle des sog. Judenreferates nicht betreten. Ich mußte in einem gesonderten Raum beschlagnahmte Radiogeräte reparieren.

Mit den namentlich mir hier genannten Gestapoangehörigen hatte ich keinen persönlichen Kontakt.

Eines Tages wurden wir Handwerker zum Güterbahnhof Quitzowstr. gebracht und mußten dort die Luken an den Güterwaggons mit Stacheldraht absichern. Die Anordnung dazu gab uns D o b b e r k e. Nach getaner Arbeit mußten wir sofort wieder zurückfahren, so daß wir eine Verladung der Opfer gar nicht sehen konnten.

L a c h m u t h ist mir namentlich noch bekannt. In der Lichtbildmappe habe ich ihn nicht wiedererkannt. L a c h m u t h war bestimmt nicht Stellvertreter von D o b b e r k e in der Gr. Hamburger Str. Er hatte ganz andere Aufgaben wahrzunehmen. Wenn mich nicht alles täuscht, so fuhr L a c h m u t h in Berlin umher und fahndete nach illegal lebenden Juden und verhaftete diese. Es trifft zu, daß L a c h m u t h meist von jüdischen Ordnern bei seinen Verhaftungsaktionen unterstützt wurde. In diesem Zusammenhang ist mir ein gewisser Ordner N a u m a n n erinnerlich; konkrete Einzelheiten sind mir allerdings nicht bekannt. M.E. war L a c h m u t h auch derjenige, der dann anschließend die Wohnungen der verhafteten Juden versiegelte. Die dem L a c h m u t h beigeordneten jüdischen Ordner mußten unter Zwang mitmachen. Wenn sie seinen Befehlen nicht gefolgt wären, wären sie sofort in den Bunker und anschließend auf Transport gekommen. Meiner Erinnerung nach hat D o b b e r k e über den jüdischen Lagerleiter Max R e s c h k e die Anordnung erteilt, daß ein jüdischer Ordner mitgehen mußte. Die Auswahl, wer mitzugehen hatte, dürfte Max RESCHKE getroffen haben, denn dieser stand sämtlichen Ordnern vor.

Konkret kann ich mich heute nicht mehr an Einzelheiten erinnern. Ein berüchtigter Spitzel der Gestapo war die Stelle K ü b l e r, die gemeinsam mit Rolf I s a a k s o h n auf Menschenjagd ging. Wer diesen beiden die Anordnung für diese Spitzeldienste gegeben hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Es waren allerdings auch selbständige Abholer, wie z.B. A b r a h a m s o n, H o l s t e i n und G u t t m a n n, tätig, die jedoch mehr oder weniger auf besondere Anordnung gehandelt haben. Inwieweit diese Leute in eigener Machtvollkommenheit gehandelt haben, kann ich nicht sagen. Vom Hörensagen glaube ich, daß H o l s t e i n eine Pistole bei sich trug. Gesehen habe ich diese Waffe nicht. Die Angelegenheit mit G u t t m a n n, der bei einem Verhaftungsversuch durch Messerstiche verletzt wurde, ist mir bekannt. Etwas Konkretes darüber weiß ich nicht.

Mir wird hier mitgeteilt, daß mein Vetter Fritz W a g n e r in seinem Protokoll einen Spitzel für die Gestapo namens B o c k oder B l o c k genannt hat, der früher Boxer gewesen sein soll und seine Glaubensgefährten erbarmungslos zusammengeschlagen hat. Eine derartige Person ist mir nicht bekannt.

Weitere Angaben kann ich nicht machen.

Geschlossen:

Im Stenogramm vorgelesen, genehmigt  
und unterschrieben:

gez. Thieler  
.....  
(Thieler) KOM

gez. Alfred W a g n e r

F.d.R. der Stenogrammübertragung:

gez. Mattke ,P/ing

V e r h a n d e l t

Nach fernmündlicher Absprache herbeigeholt, erscheint der Post-  
rat a.D.

Alfred W a g n e r,  
5.1.00 Ratibor geb.,  
1 Berlin 46,  
Mühlenstr. 51 wohnh.,

und erklärt:

Der Gegenstand meiner heutigen Vernehmung wurde mir bekannt-  
gegeben, darüber hinaus wurde ich gem. §§ 52, 55 StPO über mein  
Zeugnisverweigerungsrecht belehrt.

Ich bin bereit, Angaben zu machen.

Mir ist eröffnet worden, daß ich heute ergänzend Aussagen zu  
meiner Vernehmung vom 21.2.1969 machen soll, soweit sie die da-  
maligen Gestapoleute E i c h m a n n und W ö h r n betref-  
fen.

Meine Vorvernehmung liegt hier vor. Ich mache sie zum Gegenstand  
meiner heutigen Aussage. Auf Bl. 6 dieser Vorvernehmung erklärte  
ich, daß ich Handwerker im Jüd. Krankenhaus war und durch diese  
Tätigkeit E i c h m a n n und W ö h r n kennenlernte.  
Auf die Frage, ob ich ganz sicher bin, daß es sich hierbei um  
die Vorgenannten gehandelt hat, d.h., daß diese beiden sehr oft  
das Jüd. Krankenhaus besuchten, kann ich nur sagen, daß ein Irr-  
tum ausgeschlossen ist.

E i c h m a n n beschreibe ich wie folgt:

Größe ca. 1,73 bis 1,75 m,  
schlank, Haarfarbe und sonstige  
Einzelheiten habe ich nicht mehr  
in Erinnerung.

Mir wurde nunmehr die Lichtbildmappe 1 Js 7/65 (RSHA) in die

Hand gegeben und ich wurde gebeten, diese durchzusehen. Ich habe die Lichtbildmappe in aller Ruhe durchgesehen, konnte E i c h m a n n jedoch darin nicht finden. Nunmehr wird mir vom Vernehmenden die Frage gestellt, ob mir der unter lfd. Nummer 6 Abgebildete in Erinnerung wäre. Ich kann darauf nur sagen, daß mir der Mann nicht bekannt ist; auch wenn mir nunmehr erklärt wird, daß es sich hierbei um ein Foto E i c h m a n n s handelt, das mindestens 35 Jahre alt sein dürfte, kann ich keine andere Antwort geben. Ich erkenne ihn darauf nicht wieder.

W ö h r n beschreibe ich wie folgt:

Er könnte etwa E i c h m a n n s Größe haben, möglicherweise war er etwas kleiner, aber von kräftiger, untersetzter Statur, dunkelblond. Besondere äußere Merkmale habe ich nicht mehr in Erinnerung. Er kam fast immer in Zivilkleidung, seltener in Uniform.

Hingegen erschien E i c h m a n n überwiegend in Uniform und selten in Zivil. An Dienstgradabzeichen der beiden erinnere ich mich nicht mehr.

Mir ist eine Abbildung von Dienstgradabzeichen der SS vorgelegt worden. Irgendwie glaube ich, mich an 3 Sterne auf dem Kragenspiegel zu erinnern, kann aber nicht sagen, wer sie trug und ob zusätzlich Streifen darauf angebracht waren, wie sie Ober- bzw. Hauptsturmführer trugen.

Ich wurde nun gebeten, festzustellen, ob ich in der vorgenannten Lichtbildmappe W ö h r n wiedererkenne. Mir wurde gesagt, daß es sich bei W ö h r n nicht um ein sehr altes Lichtbild handelt, sondern daß dies aus der Nachkriegszeit stammt. Nach Durchsicht meine ich, mit ziemlicher Sicherheit sagen zu können, daß er unter der lfd. Nummer 55 abgebildet ist. Nach nochmaligem genauen Betrachten möchte ich sogar jeden Zweifel ausschließen; ich bin sicher, es handelt sich hierbei um W ö h r n. Vom Vernehmenden wurde mir bestätigt, daß es sich tatsächlich dabei um diesen handelt.

Auf Befragen:

W ö h r n kam öfter als E i c h m a n n ins jüdische Krankenhaus. Soweit ich weiß, kamen sie stets unangemeldet und suchten Dr. Dr. L u s t i g oder Selmar N e u m a n n auf. Es war gang und gäbe im Krankenhaus, daß die Pförtner alle Erreichbaren fernmündlich warnten, wenn E i c h m a n n oder W ö h r n im Krankenhaus eintrafen. Bei uns war es üblich, daß die Handwerker und sonstigen Beschäftigten in den Kellern verschwanden, um diesen Stapoleuten nicht zu begegnen. Es bestand für uns immer die Gefahr, verhaftet zu werden, denn wenn eine oder mehrere Personen bei einem Transport fehlten, wurden willkürlich andere Glaubensgenossen festgenommen, um die vorgesehene Transportstärke aufzufüllen.

Neben E i c h m a n n war W ö h r n der gefürchtetste Gestapobeamte, der im Jüd. Krankenhaus zu den unregelmäßigsten Zeiten anzutreffen war.

Aus Erzählungen anderer weiß ich, daß er die Polizeiabteilung des Jüd. Krankenhauses aufsuchte -s. hierzu Bl. 6 der Vorvernehmung-. Was er in dieser Abteilung tat und welche Aufgaben er überhaupt im Jüd. Krankenhaus wahrnahm, kann ich nicht sagen. Unabhängig von der Gefahr, für einen nicht vollzähligen Transport ausgesucht zu werden, bestand für uns immer die Angst, W ö h r n in die Arme zu laufen. Es war allgemein bekannt, daß es ausreichte, auf seine Fragen eine ihm nicht genehme Antwort zu geben, daß dies ebenfalls eine sofortige Festnahme zur Folge hatte. Hierfür reichte auch schon eine nicht vorschriftsmäßige Meldung ihm gegenüber oder irgendeine Äußerlichkeit an uns, die sein Mißfallen erregen konnte. Wenn ich gefragt werde, wie eine solche Meldung W ö h r n oder einem anderen Gestapobeamten gegenüber zu lauten hatte, so gebe ich eine solche wörtlich wieder, die ich jetzt auf mich selbst beziehe:

"Jude Alfred Israel W a g n e r, im Krankenhaus mit elektrotechnischen Arbeiten beschäftigt".

Bei dieser Meldung mußte stramme Haltung eingenommen werden.

? *war Dobbertal gefürchtet*

Hauptsache war u.a., daß wir alle den Judenstern ordnungsgemäß befestigt trugen; W ö h r n überzeugte sich gelegentlich davon, soweit ich dies von anderen gehört habe. Er soll mit den Fingern an den Sternen herumgezupft haben.

In späterer Zeit, nachdem das Lager Gr. Hamburger Straße verlegt war, bekamen wir auch die Warnung vor W ö h r n bzw. E i c h m a n n von den jüdischen Ordnern des Lagers. D o b b e r k e muß wohl oft gewußt haben, wann einer der beiden eintraf, denn er wies seine Leute und den jüdischen Lagerleiter R e s c h k e an, daß alle auf ihrem Posten sein sollten, wenn der hohe Besuch eintraf. Auf diese Art und Weise bekamen wir von den Ordnern dann auch Mitteilung.

Zur Abriegelung der Abteilung für Nervenranke innerhalb des Jüd. Krankenhauses befragt und auf den Vorhalt, daß ich in meiner Vorvernehmung -Bl. 6, letzte Zeile, Bl. 7, 1. Absatz-angab, diese Abriegelung mit Teilen von Bettgestellen und Maschendraht sei von W ö h r n ausgegangen, erkläre ich: Wir, d.h., Bruno L e v i n -Oktober 1968 verstorben- und ich bekamen von N e u m a n n oder C h a s k e l -zwischenzeitlich verstorbenen Auftrag, diese Abteilung wie beschrieben abzuriegeln. Ich meine, mich zu erinnern, daß es seinerzeit hieß, diese Maßnahme sei von der Gestapo des RSHA angeordnet worden. Wenn von dieser Dienststelle die Rede war, war grundsätzlich das Judenreferat des RSHA gemeint, und wir kannten in diesem Zusammenhang nur die Namen E i c h m a n n und W ö h r n. Anordnungen, das Jüdische Krankenhaus oder die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland betreffend, kamen, wenn das RSHA sie gab, grundsätzlich -soweit uns das seinerzeit bekannt war- von E i c h m a n n oder W ö h r n.

Zu W ö h r n fällt mir noch die Sache B u k o f z e r ein. B u k o f z e r war ein junger Mann jüdischen Glaubens und versah im Krankenhaus Pförtnerdienst. Wie üblich, traf W ö h r n eines Tages unangemeldet ein und B. soll seine Meldung an W Ö H R N unvollständig gegeben haben, woraufhin W ö h r n vor der Pförtnerloge fürchterlich herumgebrüllt hatte. Daraufhin sei Selmar N e u m a n n hinzugekommen, habe von dem Vorfall Kenntnis erhalten und B u k o f z e r geohrfeigt. Möglicherweise

tat er dies, um sich selbst vor W ö h r n in ein gutes Licht zu setzen oder um B u k o f z e r vor einer evtl. Bestrafung durch die Gestapo zu bewahren. Tatsache ist jedoch, daß W ö h r n sich den Namen des Pförtners geben ließ und kurz darauf wurde B u k o f z e r in das Lager Wuhlheide gebracht. Wie groß der zeitliche Zwischenraum zwischen dem Vorfall und der Einlieferung war, kann ich nicht sagen.

Zum Zeitpunkt des Geschehens befand ich mich im Gelände des Krankenhauses, jedoch habe ich meine diesbezügl. Kenntnis nicht aus eigenem Erleben, sondern durch Bekundungen meiner damaligen Kollegen. Wer es mir seinerzeit erzählte, weiß ich heute nicht mehr. Es ging wie ein Lauffeuer durch unsere Reihen. B u k o f z e r kam dann als Tbc-Kranker in das Krankenhaus zur stationären Behandlung, verstarb jedoch dort.

Wir waren alle der Überzeugung, daß seine Erkrankung nur auf die Einlieferung in das Lager Wuhlheide und diese wiederum auf Betreiben des W ö h r n zurückzuführen war. B u k o f z e r war eine große sportliche Erscheinung und unserer aller Meinung nach kerngesund.

Zusammenfassend kann ich sagen und nochmals wiederholen, daß alle Glaubensgenossen im Jüdischen Krankenhaus und der Reichsvereinigung fürchterliche Angst hatten, wenn bekannt wurde, daß E i c h m a n n oder W ö h r n im Gelände waren. Beide waren dafür bekannt, daß sie bei uns fürchterlich herumbrüllten, insbesondere zeichnete sich W ö h r n dadurch aus.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich, daß wir Handwerker auch zu Arbeiten im Reservelazarett 145 eingesetzt wurden. Der Intendant, wohl gleichzustellen mit einem heutigen Verwaltungsdirektor, Herr S c h ä l e r, kritisierte, daß wir die Judensterne trugen und bat uns, diese, solange wir im Lazarettgelände tätig waren, in die Tasche zu stecken. Ob Herr S c h ä l e r Kontakte zum RSHA -Judenreferat- hatte, weiß ich nicht.

Ich wurde gefragt, ob ich Angaben zum Fall Ellen, Ruth W a g n e r machen könne, die seinerzeit Sekretärin bei der Reichsvereinigung war. Ein Lichtbild von ihr wurde mir vorgelegt.

Zu diesem Fall kann ich nichts sagen. Sie ist mir unbekannt. Der Fall selbst ist mir auch nicht zu Ohren gekommen.

Während der damaligen Zeit war ich mit Kollegen u.a. zum Bunkerbau im Gestapogebäude Kurfürstenstraße eingesetzt. Wir wurden dort von SS-Leuten bewacht. An irgendwelche Namen erinnere ich mich in diesem Zusammenhang nicht.

Geschlossen:

Im Stenogramm vorgelesen, genehmigt  
und unterschrieben:

gez. Schultz  
.....  
(Schultz) KOM

gez. Alfred W a g n e r

F.d.R. der Stenogrammübertragung:

gez. Mattke ,PAng

Ma

HS Ho<sup>a</sup>

36 w

Siegmund Weltlinger

Wohnort: (1957) Berlin-Zehlendorf (371,  
Gilger Str. 14

5 (YW) 01/192

ה ע ד ו ת

המראיין ד"ר בל כדורי

העד זנבונצם וולסלינגר הסכלה ומקצוע בנקאי

כתובת ברלין, רח' גילינגה 4, מארידן, סקום וארץ לידה מספור 29.3.1886

מקום מגורי העד בפרוץ המלחמה/המאורעות המתוארים ברלין גרמניה  
פסי הנפירה - הקהילה היהודית  
וארייכטסרייכונג - תוכן העדות

עזרת הקהילה לדפוסטציות - נשים

המקומות הנזכרים בעדות

ברלין

שמות האנשים הנזכרים בעדות  
היינריך שטאל, אריך שטיין -

בליקשטיין, הוצו ארליך, פרטה פוטא,

הילדנברג הנשל, טורייט הנשל,

ליאו בק

העדות העדות נרשמה בברלין ב-28.6.57

העדות רשומה בידי: העד/המראיין/מצרן/מכשיר הקלטה. בשפה: גרמנית

השלמות: תעודות/מכתבים/תצלומים/אינטרוויו על חומר/על עדים נוספים וכו'.

מספר כולל של הח-יחידות 2 של עמודים 5

מקום נובמבר 1957 מארידן תל הנביט  
חתימת המראיין (-) ד"ר בל כדורי

Bemerkungen von Dr. Ball-Kadari  
zum Zeugenbericht von  
Siegfried Weltlinger

J (Yw) 01/192

"Tätigkeit für die Jüdische Gemeinde in Berlin 1939-1943"

Vor einem Jahre habe ich dem Archiv eine Artikelreihe in der "Berliner Nachtdepesche" überreicht, deren Titel lautete; "Um 1/2 4 beginnt die Angst" und das illegale Leben in Berlin von 1943-1945 behandelte. Hier war unter anderem Siegfried Weltlinger erwähnt, jetzt einer der Vorsitzenden der "Vereinigung für jüdisch-christliche Verständigung" und ich fand darin, dass er von 1939-1943 in der Jüdischen Gemeinde in Berlin tätig war. Ich setzte mich deshalb noch von hier aus mit ihm in Verbindung, und nutzte die Gelegenheit meiner Europareise aus, um von ihm einen Zeugenbericht aufzunehmen. Nachdem der Bericht hier im Lande mit Maschine geschrieben war, sandte ich ihn an Herrn Weltlinger, und von diesem erhielt ich umgehend ihn mit kleinen Korrekturen und Unterschrift zurück. Ich überreiche daher den Bericht im unterschriebenen Original und mit den üblichen Abschriften.

Herr Weltlinger hat nach dem Kriege im Leben der Jüdischen Gemeinde Berlin eine Rolle gespielt, indem er wie er erzählt infolge der vielen bestehenden Streitigkeiten beim Versuch der Gründung einer Gemeinde von den städtischen Behörden zum "Beauftragten für jüdische Angelegenheiten" ernannt wurde, und als solcher die Gründung einer einheitlichen Gemeinde durchgeführt hat. Zur jetzigen Leitung der Gemeinde scheint er in scharfem Gegensatz zu stehen. Aus seinem Amt als "Beauftragter für jüdische Angelegenheiten" ist er im Frühjahr 1957 infolge der Auflösung dieses Amtes ausgeschieden.

Weltlinger ist ein durchaus selbstbewusster Herr, der über Menschen scharf, aber wahrscheinlich richtig urteilt. In der Gemeinde hatte er einen scharf abgegrenzten Arbeitskreis, und über diesen hinaus offenbar nur wenig Verbindungen.

Tel-Aviv, im November 1957  
(Dr. Ball-Kadari)

*Dr. Ball-Kadari*

J (Yw) 01/192

Tätigkeit fuer die Juedische Gemeinde in Berlin  
in den Jahren von 1939-1943

Bericht von  
Herrn Siegmund Weltlinger,  
Berlin-Zehlendorf, Gilger Strasse 14,  
in Berlin am 28. Mai 1957,  
aufgerechnet auf Grund stenographischer Notizen  
in Berlin am Tage nach der Besprechung,  
von Dr. Boell-Kaden

"Auswanderungsabgabe", "Abwanderungsabgabe" und "Theresienstadt-  
abgabe" - Die juedische Gemeinde und die Reichs-  
vereinigung - Durchfuehrung der Abholungen durch die  
Gemeinde selbst - Personlichkeiten der Gemeinde

Herr Weltlinger ist am 29.3.1886 in Hamburg geboren, und war vor  
dem Kriege Bankier und an der Börse zugelassen, und zwar als einer  
der letzten Juden bis zum Juni 1933. Nach 1933 blieben nur die  
Frontkämpfer zugelassen, und es wurden immer weniger.

I.

Herr Weltlinger hatte früher keine persönlichen Beziehungen zur  
Jüdischen Gemeinde. Dann wurde er gemeinsam mit Heinrich Stahl  
Testamentsvollstrecker des grossen Nachlasses von Frau Rosa Sachs -  
20 Millionen - und daher rührte die Bekanntschaft mit Stahl, dem Vor-  
sitzenden der Gemeinde. Stahl forderte ihn zur Mitarbeit auf, aber  
erst nachdem er die Zulassung an der Börse verloren hatte, trat er  
deshalb mit Stahl in Verbindung. Stahl wollte damals warten, bis er  
einen entsprechenden Posten für Weltlinger frei habe. Weltlinger  
kam beim Novemberprogramm 1938 in ein Konzentrationslager, und nach  
seiner Entlassung schlug Stahl ihm vor, dass Referat "Auswanderungs-  
abgabe"- und später auch "Abwanderungsabgabe" und "Theresienstadt-  
abgabe"- zu übernehmen. Weltlinger nahm den Vorschlag an.

ltkrieg.  
- Zur  
mmen-

beiden letzteren  
Praktisch bedeuteten die Abgaben den Verzicht auf das ganze Vermögen,  
die Auswanderungsabgabe bei echter Auswanderung, Abwanderung war das  
verhüllende Wort für Deportation nach dem Osten, und bei Verschickung  
nach Theresienstadt wurde ein "Einkaufsvertrag" (oder so ähnlich)  
geschlossen, dessen Entgelt lebenslängliche Versorgung in Theresien-  
stadt sein sollte. Die Beträge flossen sämtlich dem "Sonderkonto W"  
zu, was praktisch: der Gestapo bedeutete.-

J (Yw) 01/192

Bericht v  
Berlin-Zeh  
in Berlin  
aufgezeich  
in Berlin  
von Dr.

"Auswande  
stadtabg  
vereini  
Gemeinde

Herr Weltlinger  
dem Kriege Banki  
der letzten Juden  
Frontkämpfer zug

Herr Weltlinger  
Jüdischen Gemein  
Testamentsvollst

Soviel betrug das Vermögen ihres Mannes vor dem 1. Weltkrieg.  
Louis Sachs war Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde. - Zur  
Zeit des Todes der Wittve war das Vermögen sehr zusammen-  
geschmolzen

20 Millionen un  
sitzenden der Ge  
erst nachdem er  
deshalb mit Stat  
einen entspreche  
kam beim Novembe  
seiner Entlassun  
abgabe"- und sp  
abgabe"- zu über  
Praktisch bedeu  
die Auswanderun  
verhüllende Wor  
nach Theresiens  
geschlossen, de  
stadt sein soll  
zu, was praktis

17

27

J (Yw) 01/192

- 2 -

Bei Durchführung dieser Aufgabe ging Herr Weltlinger mit der Registrierung des Vermögens sehr genau vor. Sein Gesichtspunkt war: entweder ist doch alles verloren, oder wenn die Nazis gestürzt werden, ist damit die Basis für Rückforderungen gegeben. Ein grosser Teil der Listen der Auswanderungsabgabe und der Abwanderungsabgabe sind gerettet, und sie liegen jetzt in der "Treuhandstelle für zwangsweise enteignetes Eigentum" in Berlin, Nürnberger Strasse 55-56. Das Material hat tatsächlich für Rückforderungsansprüche sehr gute Dienste geleistet. Die Listen der Theresienstadtabgabe sind nicht in Berlin; wie Herr Weltlinger gehört hat, sollen sie sich in der Czechoslowakei befinden. In der "Theresienstadtabteilung" seines Dezernats allein arbeiteten damals 12 Rechtsanwälte.

Die jüdischen Gemeinden wurden nicht sofort in die "Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" eingegliedert, sondern erst später und nacheinander, die Gemeinde Berlin erst im Februar 1943. Die Gemeinde Berlin arbeitete ganz selbstständig, und Herr Weltlinger selbst hat keinerlei Verbindung mit der Reichsvereinigung gehabt.-

Ueber die Reichsvereinigung in Berlin weiss am besten Bescheid: Herr Landgerichtsdirektor Glückstein, und RA Dr. Hugo Ehrlich.

Die Gemeinde Berlin betreute nicht nur die Sammelleger, in denen die Menschen vor der Deportation konzentriert wurden, sondern führte selbst auch die Abholung durch. Die Meinungen zu dieser Frage waren geteilt. Die überwiegende Meinung war, dass es für Juden besser sei, von eigenen Leuten abgeholt zu werden, weil diese mehr Zeit gaben, auch Gelegenheit, manche Sachen verschwinden zu lassen. Z.B. beteiligten sich Erich Fabian und andere an den Abholungsaktionen. Welt-

- 3 -

linger persönlich war andere Ansicht, und hatte stets abgelehnt, sich an Abholungsaktionen zu beteiligen.-

Unter den Abholern befanden sich auch schlechte Elemente, die der Gestapo Spitzeldienste leisteten und Versteckte anzeigten. Sie waren bekannt, und wurden später teils den Russen übergeben, teils vor Ehrengerichte gestellt. Ueber diese Ehrengerichte weiss gut Bescheid: Rechtsanwalt Hugo Ehrlich in Berlin.

## IV.

Ueber andere Persönlichkeiten der Gemeinde giebt Herr Weltlinger an: er war mit Heinrich Stahl später befreundet, und schätzte ihn ausserordentlich. Stahl wollte -wie Herr Weltlinger schon früher in einem Briefe an mich mitgeteilt hat- erst dann auswandern, als es als Vorsitzender der Gemeinde abgesetzt war. Vorher hatte er selbst den Gedanken der Auswanderung abgelehnt, wegen seiner Verpflichtung der Gemeinde gegenüber, und er hat in dem gleichen Sinne auch Herrn Weltlinger beeinflusst, der selbst die Möglichkeit der Auswanderung über England nach USA hatte, dieses aber unter dem Einfluss von Stahl nicht ausnützte.-

Frau Dr. Martha Mosse war in sehr prekärer Stellung und wurde sehr viel angefeindet, weil sie seitens der Gemeinde die Aufgabe hatte, die Deportationslisten zusammenzustellen.- Sie hat diese Aufgabe aber absolut korrekt und nach sachlichen Gesichtspunkten, ohne persönliche Bevorzugen, durchgeführt (z.B. nach dem Gesichtspunkt: zuerst die Unverheirateten usw.), und dies ist auch öffentlich dadurch anerkannt worden, dass sie nach dem Zusammenbruch eine hohe Stellung bei der Polizei erhielt. Sie lebt im Alter von ungefähr <sup>25</sup> Jahren in Berlin, aber erinnert sich aus verständlichen Gründen nicht gern an diese Zeit und diese bedrückende Aufgabe.- Ueber Frau Hildegard Henschel,

J ( YW ) 01/192

- 4 -

die Ehefrau des Vorsitzenden der Gemeinde und Nachfolgers von Stahl, Moritz Henschel, die jetzt in Tel-Aviv lebt, hat Herr Weltlinger eine günstige Meinung. <sup>Sie hat sich in der Reichsvereinigung sehr gute Verdienste erworben.</sup>

Ueber Moritz Henschel ist die Meinung von Herrn Weltlinger dagegen negativ, wie er schon in einem früheren Briefe an mich zum Ausdruck gebracht hat. Nach Mitteilung von Herrn Weltlinger hat Henschel auf die Absetzung von Stahl hingearbeitet und sich an seine Stelle gesetzt. <sup>Angestellten</sup> Er hat oft mit Anzeigen bei der Gestapo gedroht, um seine Autorität durchzusetzen. Weltlinger berichtete ein eigenes Erlebnis. Im Februar 1943 fand die grosse Fabrikaktion statt, und die Abholer der Gemeinde reichten nicht aus. Henschel verlangte von Weltlinger, dass er sich dieses Mal beteilige. Weltlinger lehnte dies ab, weil er an Abholungen grundsätzlich nicht teilnehme. Daraufhin drohte ihn Henschel mit Anzeige bei der Gestapo.- Sofort ging Weltlinger vom Büro nach Hause, nahm seine Frau mit, und beide lebten von da an Untergrund.- Henschel ist auch nach seiner Befreiung in Theresienstadt nicht für einen Tag nach Berlin zurückgekommen. Nach Meinung von Weltlinger beruht dieses darauf, dass Henschel genau gewusst habe, er sei so verhasst, dass er sofort den Russen ausgeliefert wäre, <sup>oder vor ein Ehren-</sup> gerichtet gestellt. Von Leo Baack berichtet Weltlinger, dass seines Wissens das Verhältnis von Baack zu Stahl gut gewesen sei. Weltlinger hat <sup>er</sup> Baack bei dessen Abtransport nach Theresienstadt noch den vergessenen Rasierspiegel gebracht..

handschriftlich aufgezeichnet in Berlin  
am Tage der <sup>nach</sup> Besprechung, 23. Mai 1957

*Dr. Hans Kadur*  
Dr. Hans Kadur

H5 H0<sup>u</sup>

36 x

Ferdinand W o l f f

Wohnort: (1951) Berlin N 58,  
Greifenhagener Str. 38

Berlin, den 4.5.51

## V e r h a n d e l t

Freiwillig erscheint der Kaufmann

Ferdinand Wolff,  
27.12.01 Breslau geb.,  
Berlin N 58, Greifenhagener Str. 38 wohnh.,

und erklärt:

Von 1930 - 1946 war ich mit einer Christin verheiratet. Ich lebte also nach dem nazistischen Gesichtspunkt damals in einer sogen. sternpflichtigen Mischehe. Am 27.2.43 bei der damaligen Fabrikaktion wurde auch ich verhaftet. Man hielt mich im Lager Rosenstraße fest. Von dort wurde ich eine Woche später mit 24 weiteren Juden, die ebenfalls in Mischehe lebten, nach Auschwitz transportiert. Insgesamt waren über 1000 Juden inhaftiert gewesen und man hat uns 25 ohne besondere Gründe willkürlich in das vorgenannte Kz. gebracht. Während alle anderen Juden, die nicht in Mischehe lebten, nicht namentlich, sondern zahlenmäßig erfasst wurden, hat man uns namentlich und karteinäßig festgehalten. Über jeden von uns lag eine Karteikarte vor und es ist mir bzw. meiner Frau später gelungen meine Karteikarte in die Hand zu bekommen. Darauf war vermerkt, daß ich wegen vers. Spionage, Verbreitung von Greuelnachrichten und Verstoß gegen die Lagerordnung in ein Kz. überwiesen werde. Unterschrieben war dieser Vermerk von einem gew. Krell, SS.-Oberscharführer. Dazu möchte ich bemerken, daß Krell nach dem Kriege in Westdeutschland irgendein Verfahren zu laufen hatte und die Ermittlungen in dieser Sache auch nach dem Zusammenbruch von der damaligen Dienststelle T 5 in der Dirksenstraße geführt wurden. Irgendwelche Aktenzeichen darüber sind mir nicht bekannt. Mir ist noch in Erinnerung, daß Krell in seiner Sache ausgesagt hat, daß er zu dieser Verschickungsaktion von der Burgstraße den Befehl erhalten hat. Dazu möchte ich weiter erklären, daß in der Burgstraße der damalige Gestapo-Kommissar Stock eine leitende Stellung hatte und zu diesen Stock unsere Frauen verwiesen wurden, als sie sich bemühten, unsere Freilassung zu erwirken. Ich war 14 Tage in Auschwitz und wir wurden dann mit noch 16 anderen Juden wieder nach Berlin zurückgeschickt, da es sich wahrscheinlich die Rechtlosigkeit dieser Verschickungsaktion inzwischen herausgestellt hat. In Berlin wurde ich dann mit den anderen in dem Keller der Burgstraße eingeliefert. Dort wurden 8 Mann von uns willkürlich herausgesucht und von Stock in Gegenwart von 2 anderen Beamten und einem General der Wehrmacht befragt über die Zustände in Auschwitz vernommen. Ich bin dann bis zum Zusammenbruch in anderen Arbeitslagern festgehalten worden. Ich selbst habe mit Stock nie etwas zu tun gehabt, bin nicht von ihm vernommen worden und kenne ihn auch persönlich nicht. Er ist mir lediglich vom Hörensagen bekanntgeworden und zwar dadurch, daß er die leitende Stellung beider Gestapo inne hatte und die Machtbefugnisse besaß, über unser Schicksal zu entscheiden. Daraus geht erstens, wie ich schon erwähnte, daraus hervor, daß unsere Frauen, die sich um unsere Freilassung bemühten, inner mit Stock verhandeln mußten und zweitens, daß er später nach unserer Rückkehr aus Auschwitz 8 Mann von uns vernommen hat. Abschließend möchte ich nochmals darauf hinweisen, daß der Krell in seiner Verhandlung ausgesagt hat, er hätte von der Burgstraße den Befehl zu unserer Verschickung erhalten. Damit wiederum kann m.E. als maßgebender Mann für Stock nur in Frage kommen, da er der zuständige Bezernatsleiter war. Dieses habe ich im Pol.Fras. Dirksenstraße bei der schon einmal erwähnten Dienststelle T 5 erfahren.

Selbst gelesen, genehmigt u. unterschrieben: *Ferdinand Wolff*

HS Ho<sup>o</sup>

36 y

Adolf W o l f f s k y

Wohnort: (1967) 1 Berlin 31,  
Pfalzburger Str. 60

V.1 (S) V

Berlin, den 27. Juni 1953.

V e r h a n d e l t :

Bestellt erscheint der Angestellte

Adolf W o l f f s k y  
16.10.1898 in Berlin geboren,  
wohnhaft Berlin-Halensee, Cicero Str.61,

und erklärt:

Am 22. Oktober 1942 wurde den Angestellten der Jüdischen Gemeinde Berlin mitgeteilt, daß 500 von ihnen zur Deportierung kommen werden. Der damalige Sturmbannführer G ü n t h e r, einer der maßgeblichen Funktionäre im Reichs-Sicherheits-Hauptamt, gab hierbei bekannt, daß für jeden Angestellten, der bei der Deportierung fehlen würde, je ein Funktionär der Gemeinde erschossen wird. Am Deportierungstag fehlten tatsächlich 20 der für die Deportierung vorgesehenen. Am 9. November 1942 wurden dann 20 Funktionäre der Jüdischen Gemeinde und anderer jüdischer Organisationen von der Geheimen Staatspolizeistelle Berlin festgenommen und in das Polizei-Gefängnis eingeliefert. Von den am 9. November 1942 Festgenommenen wurden am nächsten Tage 7 ausgetauscht, dazu gehörte auch ich.

Von den so verbliebenen 20 Festgenommenen wurden 7 am 2. Dezember 1942 in Berlin erschossen und die übrigen wurden mit ihren Familien nach Auschwitz deportiert.

Es sei noch bemerkt, daß neben dem bereits erwähnten Günther ein anderer ebenfalls sehr maßgeblicher Funktionär des Reichs-Sicherheits-Hauptamts, Hauptmann W o e r n e an der geschilderten Aktion beteiligt war. Woerne war einer der radikalsten und aktivsten Funktionäre, der sich stets bei der Verfolgung der Juden besonders hervortat. Als Beispiel führe ich an, daß er im Jahre 1943 meine damalige Sekretärin ins Kz. bringen ließ, wo sie auch verstarb, als er sie einmal ohne den damals verlangten "Judenstern" erblickte.

Man kann heute schwer für die Erteilung des Schießbefehls bestimmte Namen als verantwortlich angeben, er muß vermutlich von der Führung des Reichs-Sicherheits-Hauptamtes ausgegangen sein. Inwieweit Günther oder Woerne aus eigener Verantwortlichkeit handelten, kann man nicht sagen.

Über den Verbleib der an der Verhaftung und Erschießung Beteiligten ist mir persönlich nichts bekannt. Gegen Ende des Krieges verschwanden die Funktionäre des Reichs-Sicherheits-Hauptamtes und der Gestapo aus unserem Blickfeld. Wie mir bekannt war, d.h. wie ich hörte, soll Günther der Sohn des damaligen bekannten Rasseforschers Prof. Günther, der m.W. an der Universität Weimar dozierte, gewesen sein.

Geschlossen:

*Adolf Wolffsky*

v., g., u.:

*Beauftragter*

Vfg.

1. V e r m e r k

Wegen des dem folgenden Vermerk zugrunde liegenden Sachverhalts vgl. Bl.44/45 d.A.

A. Der Zeuge W o l f s k y erschien nach telefonischem Anruf zu der dabei vereinbarten Frist. Er gab zur Person an: *(am 20. Juni 1945)*

Ich war bis 1933 selbständiger Börsenmakler. Nach der "Machtübernahme" wurde mir die Börsenzulassung entzogen, und ich arbeitete ab 1935 im Vorstand der jüdischen Gemeinde. Ich bin Glaubensjude und darüber hinaus Volljude. Ich habe in der jüdischen Gemeinde zunächst wegen meiner einschlägigen Kenntnisse in der Finanzabteilung gearbeitet und sie auch geleitet und ab 1938 in der Auswanderungsstelle gearbeitet, die ich später übernommen habe.

~~Ich habe~~

Die Auswanderung wurde ja bekanntlich von 1937/1938 an entschieden betrieben, und nach meiner unmaßgeblichen Erinnerung haben wir es immerhin fertig bekommen, von 700.000 in Deutschland lebenden gläubigen Juden ~~über die Hälfte~~ *(mehr als die Hälfte)* zur Auswanderung zu verhelfen. Der letzte Auswanderungstransport hat Deutschland auf dem Wege über ~~Kehl~~, Marseille und Lissabon, wenn ich mich recht erinnere, in Richtung Brasilien oder die Vereinigten Staaten verlassen. *(am Sept. od. Okt. 1941)*

Aufsichtsbehörde für die jüdische Gemeinde in ihrer Eigenschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts war bis 1938 der Polizeipräsident und danach die

GeStapo-Leitstelle Berlin, die ihre einschlägigen Anordnungen von der Abteilung W des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) erhielt. Leiter der einschlägigen Abteilung im Reichssicherheitshauptamtes war der heute in der Öffentlichkeit allseits bekannte Obersturmbannführer E i c h m a n n , sein Vertreter war der SS-Sturmbannführer G ü n t h e r , ich glaube er hieß mit Vornamen Rolf oder Rudolf (vgl. dazu Bl.35 d.A.).

Ich selber bin den ganzen Krieg hindurch bei der jüdischen Gemeinde in Berlin gewesen und habe mit den maßgeblichen Leuten aus dem RSHA und der ~~Ge~~Stapo-Leitstelle Berlin ständig Kontakt gehabt. Ich habe auch hier in Berlin in meiner Eigenschaft als Funktionär der jüdischen Gemeinde auch dann, als sie schon in das jüdische Krankenhaus in der Iranischen Straße am 10. Oktober 1943 übersiedeln mußte, dort unangefochten weitergelebt. Nach dem 10. Oktober 1943 wurde bekanntlich die jüdische Gemeinde als Körperschaft aufgelöst und ihr Vermögen vom Oberfinanzpräsidenten übernommen. Danach hieß die jüdische Gemeinde der ~~der~~ "Reichsverband der Juden Deutschlands" mit dem Sitz im Krankenhaus in der Iranischen Straße. Ich habe dort wieder, nachdem das Auswanderungsproblem, soweit es in unserem Sinne zu lösen war, nicht mehr verfolgt werden konnte, mich wieder mit dem Finanzwesen befaßt.

Zur Sache:

Meine allgemein gehaltene Aussage von 1953 (Bl.6R d.A.) möchte ich jetzt ausführlicher darstellen und den Sachverhalt insoweit ergänzen:

Nach Abschluß der Auswanderung in unserem Sinne, d. h. über Marseille und Lissabon nach Übersee im Herbst 1941, wurde als "Auswanderung" oder "Deportation" ja bekanntlich nur noch die Verbringung entweder in das KL Theresienstadt oder in die Vernichtungslager betrieben. Für den 22. Oktober 1942 hatte uns der Sturmbannführer Günther (Rolf oder Rudolf) vom RSHA eine Namensliste von 500 für den Abtransport bestimmter Juden übergeben. Gleichzeitig teilte er der versammelten jüdischen Gemeinde mit, daß für den Fall, daß auch nur einer der zum Abtransport bestimmten Juden flüchten würde, ein Funktionär der jüdischen Gemeinde dafür als Geißel erschossen werden würde. Bei dieser Bekanntgabe stand neben dem Günther, der von großer Statur war, der kleine hier beschuldigte W ö h r n (Bl.16) in SS-Uniform. Wir kannten ihn immer nur als Amtmann. Er war uns aufgefallen, weil er nicht von "SS-mäßiger" Statur war, sondern klein und dicklich, so, wie man sich manchmal einen "hinter dem Schreibtisch groß gewordenen Beamten" vorstellt.

Wöhrn gehörte zur Gestapo-Leitstelle Berlin.

Späterhin, als die 500 zum Abtransport bestimmten Juden gesammelt werden sollten, fehlten tatsächlich 20. Die jüdische Gemeinde erhielt daraufhin Auftrag, diese 20 zu suchen. Die Suche verlief ohne Erfolg; sie waren untergetaucht.

Am 9. November 1942 erschien daraufhin gegen 14.00 Uhr eine Anzahl Gestapo-Leute mit einer Liste von 20 Funktionären, die zum Vorsitzenden kommen sollten. Diese erschienen. Ich gehörte zu diesen 20.

Wir wurden abgeführt über die Oranienburger Straße unter Waffenbedrohung zur Burgstraße 29; dort lag damals die ~~Stapo~~-Leitstelle. Wir wurden zur Person vernommen und im Keller verwahrt. Abends gegen 19.00 Uhr wurden wir zum Polizeigefängnis am Alexanderplatz überführt und am 10. November, wiederum gegen 14.00 Uhr, per Lkw wieder zur Burgstraße verbracht, nachdem wir alle schon dachten, daß wir nach Lichterfelde zum Erschießen weggefahren werden sollten. In der Burgstraße wurden 6 bis 7 Funktionäre ausgewählt, darunter auch ich. Die Ausgewählten waren alles alte Frontsoldaten des 1. Weltkrieges mit Verwundetenabzeichen und EK 1 oder 2. Wir 6 oder 7 wurden entlassen.

Am 2. Dezember wurden dann die Angestellten der jüdischen Gemeinde in den Sitzungssaal gerufen und ihnen mitgeteilt, daß 7 von den restlichen Festgenommenen erschossen worden seien. Dabei handelte es sich um:

1. Dr. Fritz L a m m ,
2. Dr. Bruno M e n d e l s s o h n ,
3. Dr. Julius B l u m e n t h a l ,
4. Dr. Siegbert G o l d s t e i n ,
5. einen S e l b i g e r ,
6. L o o s e r ,
7. einen mir nicht ~~waher~~ bekannten J o s e p h .

*Wapp  
M.4*

Deren Familienangehörige ~~sind~~<sup>sind</sup> deportiert worden; ebenfalls ~~die~~<sup>sind</sup> die restlichen festgenommenen 6 ~~sind~~ mit Angehörigen deportiert worden. Sie dürften alle im KZ umgekommen sein. Weitere Angaben zur Rolle des Beschuldigten Wöhrn in diesem Zusammenhang vermag ich nicht zu machen.

49

Dies auch nicht zu Einzelfragen. Weitere Zeugen, die evtl. Aufklärung über die Rolle des Wöhrn oder <sup>des</sup> ~~des~~ ~~Prifer~~ geben könnten, sind mir nicht bekannt. Sie dürften auch alle tot sein.

Eine leitende Funktion ~~vermag ich den Wöhrn nicht~~ <sup>hat</sup> ~~zu~~ <sup>u.E.</sup> ~~geben~~; er ist nach meiner Erinnerung nur Befehlsempfänger gewesen. Die Initiative zu einer dieser Handlungen kann ihm nach meinem Dafürhalten nicht zugesprochen werden. Er dürfte in strafrechtlicher Hinsicht lediglich als Gehilfe einzustufen sein.

Ich bin auch der Auffassung, daß die Gestapo-Leitstelle initiativ in all diesen Dingen überhaupt nicht tätig werden durfte. Ich kann mich auch nicht darüber auslassen und habe keine Meinung dazu, ob die Angehörigen der Gestapo-Leitstelle Berlin überhaupt wußten, was eine "Deportation" oder "Aussiedelung" oder Verbringung in eines der KL für die Betroffenen bedeutete.

Allgemein möchte ich hier noch nachtragen, daß <sup>bei</sup> ~~wegen~~ der Verbringung unter den Juden <sup>bis 1943/1944</sup> immer eine sehr strenge Auswahl getroffen wurde. Nach Theresienstadt wurden in der Regel alle die Juden nebst Familien gebracht, die Kriegsteilnehmer des 1. Weltkrieges und dort verwundet oder dekoriert worden waren, darüber hinaus die Juden, die schon zu alt waren, um noch für Arbeitsaufgaben eingesetzt zu werden. Der Abtransport nach Auschwitz oder in eines der anderen Vernichtungslager bedeutete nach unserer Auffassung immer Vernichtung. Ob dies aber den Angehörigen der Gestapo-Leitstelle bekannt war, vermag ich nicht zu sagen. Nähere Gespräche haben wir mit den Angehörigen der Gestapo-Leitstelle darüber nicht geführt.

Zur Person des Wöhrn fällt mir nachträglich noch  
eins ein: Er schien uns bei geringen Geistesgaben  
ein übermäßig ehrgeiziger Mann gewesen zu sein,  
der mehr tat, als von ihm erwartet ~~wurde~~ oder  
durch die Bestimmungen ~~verlangt~~ war. Er war über  
die gegebenen Befehle hinaus grausam und grob.  
Ein derartiges Verhalten konnten wir bei den an-  
deren höheren SS-Führern nicht feststellen. Wir  
bemerkten bei aller Schärfe bei Günther ~~jeden~~<sup>immerhin</sup>  
aus seiner Sicht eine erhebliche Sachlichkeit  
und auch manchmal ein ~~etwas~~<sup>etwas</sup> verbindliches Wesen.  
Eichmann war von einer Flegelichkeit und Ver-  
kniffenheit, die ich heute nicht mehr näher  
beschreiben will.

(Bei Erörterung dieser Fragen hatte der Zeuge  
zu erkennen gegeben, daß er nicht in der Lage sei,  
irgend einen der SS-Leute, unter denen die jüdische  
Gemeinde damals zu leiden hatte ~~zu~~ zu verstehen <sup>wohl</sup>  
das ganze Reichssicherheitshauptamt und überhaupt  
das ganze <sup>vs.</sup> Regime ~~anzusehen~~, zu hassen oder sie auch  
heute noch mit einem Haß oder mit Repressalien zu  
verfolgen. Er hege für alle diese SS-Leute lediglich  
eine abgrundtiefe Verachtung und ~~einen~~ Abscheu,  
sei aber zu einer weiteren seelischen Regung, als  
die er auch den Haß verstanden wissen ~~will~~, diesen  
gegenüber nicht mehr in der Lage.)

Nach der Auflösung der jüdischen Gemeinde hatte ich  
in dem neuen Sitz des Reichsverbandes der deutschen  
Juden in der Iranischen Straße eine Sekretärin  
namens B e n j a m i n. Diese war damals ca. 20  
Jahre alt. Sie war "Geltungsjüdin", d.h. sie mußte  
nach dem Blutschutzgesetz von 1935 als Jüdin be-  
handelt werden, weil sie, obwohl von einer arischen

Mutter und einem jüdischen Vater abstammend, also sonst Mischling ersten Grades, am 15. September 1935 der jüdischen Gemeinde als Glaubensjüdin angehört hatte. So bestimmt es das Gesetz von 1935. Sie war damit verpflichtet, den Judenstern zu tragen, ~~wie~~ als verbindlich für alle Juden ab 1. September 1941 vorgeschrieben war.

Dieses Fräulein Benjamin war allerdings, was ihre Verpflichtung zur Tragung des Judensterns anlangte, etwas sehr leichtsinnig. Sie trug ihn auch auf der Straße nicht. Eines Morgens wurde sie ohne den Judenstern auf dem Flur von dem Beschuldigten Wöhrn gestellt. Wöhrn machte sie auf das Fehlen des Judensterns aufmerksam. Sie hörte zunächst weiter wegen dieses Vorfalles nichts. Kurze Zeit danach wurde sie - und wie ich annehme, nur auf Wöhrns Veranlassung - abgeholt und ins KZ gebracht, wo sie einige Monate später umgekommen ist. Ich halte es für ausgeschlossen, daß ein anderer als Wöhrn bei der damaligen Sachlage die Verbringung von Fräulein Benjamin ins KZ hat veranlassen können, weil kein Anlaß dazu bestand.

Es bestand nach den bestehenden Vorschriften ~~nicht~~ für Wöhrn kein ~~solcher~~ auch nur formeller Anlaß. Keine Vorschrift verlangte von ihm ein derartiges Verhalten. In ähnlichen Fällen ist früher schon einmal ~~immer~~ nur eine einfache Rüge ausgesprochen worden. Dies hätte wahrscheinlich auch genügt, um Fräulein Benjamin zu einem anderen Verhalten zu bestimmen. Ich bin der Auffassung, daß Wöhrn bei seinem Verhalten einem privaten Bedürfnis Folge geleistet hat.

2. Weitere Vfg. besonders

Berlin, den 31. Januar 1961

Siehe Seite 186  
Ermittlungsvermerk zu  
Stapoleit Berlin  
A Js 9/65, Auszug auf  
Seite 1 d. 17.

Verhandelt

Vorgelesen erscheint der Verwaltungsangestellte i.R.

Adolf W a l f f o r k y,  
16.10.1898 Berlin geb.,  
Berlin 15, Pfalzburger Str. 60 wohnh.

und erklärt:

Mir ist bekanntgegeben worden, in welcher Angelegenheit ich heute hier aussagen soll. Ich will die mir vorgelegten Fragen der Reihe nach beantworten.

Einleitend gebe ich an, das ich in der Zeit vom 5.5.1944 bis Kriegende Angestellter der Jgd. Gemeinde in Berlin gewesen bin. Das Verwaltungsgebäude befand sich in der Oranienburger Str. 29. Am 10.6.1945 wurde diese Stelle aufgelöst. Wir zogen in das Krankenhaus Iranische Str. 2.

Zu 1: und zu 3:

Die Antwort auf beide Fragen habe ich bereits einleitend gegeben.

Zu 2:

Am 16.10.1941 fand die erste Deportation von Juden in Berlin statt. Es waren jedesmal Transporte von ungefähr 1.000 Personen und meiner Erinnerung nach gingen die ersten 5 Transporte in das damalige Litzmannstadt. Ich möchte hier bemerken, daß in der Dienststelle des jetzigen Markttreuhänders für das Ruckervermögen, Berlin 30, Tauentzienstr., die Deportationslisten der Gestapo aufbewahrt werden. Ebenfalls befindet sich dort auch eine Kartei der Deportierten.

Boweit mir bekannt, ist dieses Material, die Deportationslisten der Gestapo, vollständig aufbewahrt. Die Kenntnis über die Verschleppung jüdischer Einwohner Berlins ergibt sich in vollem Umfang aus diesem Material.

83-98  
157

Zu 4:

Nach dem Kriege sind Überlebende aus den Konzentrationslagern nach Berlin zurückgekehrt. Sie haben sich dann bei der neuen Jüd. Gemeinde registrieren lassen. In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, daß die Namen von Überlebenden aus den KZ's bei der Jüd. Gemeinde in Berlin 65, Izranische Str. 2, und bei den Verfolgtenorganisationen zu erhalten sein dürften.

Zu 5:

Soweit ich mich erinnere, will ich zur Frage 5 folgende Darstellung geben:

In Zusammenhang mit dem Problem der Entfernung von Juden aus ihren früheren Wohnungen in Berlin, beginnend mit der Zeit von ungefähr 1939, wurde von der Jüd. Gemeinde in Berlin eine Wohnungsberatungsstelle eingerichtet. Die Leiterin der Wohnungsberatungsstelle war damals Frl. Dr. Martha M o s s e. Sie hatte in dieser Aufgabe sich zu betätigen bis zu ihrer eigenen Deportation nach Theresienstadt im Jahre 1943. Frl. Dr. M o s s e wohnt jetzt in Berlin 31, Cicerostr. 61.

Zu 6:

Ich beziehe mich hier wieder auf Frl. Dr. M o s s e und erwähne dabei die Stapoleitstelle Berlin. Namentlich ist mir in der Hauptsache der Name bzw. die Person P r ü f e r in Erinnerung.

Zu 7:

Ich erinnere mich hierbei an P r ü f e r, D o b b e r k e und S t a r k. Anhand der Lichtbildkartei erkenne ich D o b b e r k e und S t a r k wieder.

Zu 8:

Meiner Meinung war es Prüfer.

Zu 9:

Die Frage kann ich nicht beantworten.

Zu 10:

Die Frage kann ich auch nur mit der Person P r ü f e r beantworten.

Zu 11:

Die bereits erwähnte Wohnungsberatungsstelle wurde von der Gestapo hinzugezogen.

Zu 12:

Ich bitte die Beantwortung aus der Frage 11 zu entnehmen.

Zu 13:

Über das Schicksal der Deportierten habe ich erst nach dem Kriege erfahren.

Zu 14:

Nach meiner Erinnerung handelte es sich bei dieser Fabrikaktion um eine Sonderaktion der SS. Von ihr wurden aus den Fabrikbetrieben, in denen Juden arbeiteten, schlagartig die Menschen herausgeholt und in verschiedene Lager, die dafür vorgesehen waren, gebracht. Soweit Familienangehörige nicht selbst in Fabriken beschäftigt waren, wurden sie aus den Wohnungen geholt. Aus den Lagern wurden die Betroffenen dann abtransportiert.

Zu 15:

Ich beziehe mich auf meine früheren Angaben, die ich bei der Kriminalpolizei zu dieser Aktion im Jahre 1954 gemacht habe. Ich wurde ferner über diese Aktion im Jahre 1960 von der Dienststelle beim Generalstaatsanwalt bei dem LG vernommen.

Zu 16:

An

Eine Vergeltungsaktion wegen des Heydrichs-Attentats im Mai 43 kann ich mich nicht erinnern. Dagegen wurde an dem genannten Tage eine Aktion durchgeführt, die meiner Erinnerung Antwort sein sollte auf den Bombenanschlag einer jüdischen Gruppe auf die Ausstellung "Das Sowjetparadies" im damaligen Lustgarten. Soweit mir in Erinnerung ist, wurden 500 jüd. Männer festgenommen, von denen 250 sofort -wahrscheinlich in Bln-Lichterfelde- erschossen wurden. Die anderen 250 kamen in das KL Sachsenhausen. Es ist anzunehmen, das die Betroffenen dort später ungetötet sind.

Zu 17:

nehme ich Bezug auf die Frage Nr. 16.

85  
10  
121

Zu 18:

Am 13.6.1938 wurde eine Aktion gegen Juden in Berlin durchgeführt, die man als sogen. asoziale Elemente bezeichnete. Es waren in erster Linie Juden, von denen man festgestellt hatte, daß sie meistens nur kleinere Vorstrafen hatten. Soweit mir in Erinnerung ist, war dies eine Aktion, die im ganzen Reich durchgeführt wurde. Aus Berlin kamen die Festgenommenen in das KL Buchenwald, wo die betreffenden Festgenommenen im Steinbruch arbeiten mußten. Ich erinnere mich, daß nach Monaten einzelne freigelassen wurden zum Zwecke der Auswanderung.

Zu 19:

Nachdem bekannt wurde, daß von R a t h einem Attentat zum Opfer <sup>ge-</sup>fallen war, wurde am 9. und 10.11.1938 das Program gegen die Juden in Berlin und im ganzen Reich in der Hauptsache von der SA und SS organisiert. In Berlin wurden meiner Erinnerung nach ungefähr 15 000 Juden von der Gestapo aus ihren Wohnungen geholt und in das KL Sachsenhausen verbracht. Es ist mir nicht in Erinnerung, daß diese Juden bzw. ein Teil von ihnen dort ermordet worden ist. Es gibt heute noch in Berlin eine Anzahl von Juden, die von der damaligen Aktion betroffen waren. Die Festgenommenen wurden nach und nach freigelassen, wenn sie nachweisen konnten, daß sie eine Auswanderungsmöglichkeit hatten.

Zu 20:

Mir sind einzelne Fälle von Juden bekannt, die in Konzentrationslager gebracht wurden, ich kann aber nicht sagen, ob sie ermordet worden sind.

Geschlossen: teilweise selbst diktiert, genehmigt, gelesen, unterschrieben:

gez. Wendt  
.....  
(Wendt), KM

gez. Adolf W o l f f s k y  
.....

86  
306  
166

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint der Senatsangestellte i.R.

Adolf W o l f f s k y,  
16.10.1898 Berlin geb.,  
Berlin 31, Pfalzburger Str. 60 wohnh.,

und erklärt:

Der Gegenstand meiner heutigen Vernehmung ist mir in einer ausführlichen Vorbesprechung erläutert worden. Auf Ersuchen der StA Berlin werde ich gebeten, ergänzende Angaben zu meiner Vernehmung vom 26.3.1965 zu machen.

Hauptsächlich werde ich nach bestimmten Handlungen oder Äußerungen von seiten der Gestapoangehörigen gefragt, die in ihrem Ausdruck erkennen ließen, welches Schicksal die deportierten jüd. Bürger zu erwarten hatten.

Ich bin bereit, vor der Kriminalpolizei wahrheitsgemäße Angaben zu machen und soweit es meine Erinnerungen zulassen, wesentlich nichts zu verschweigen.

Es trifft zu, daß ich von 1934 bis Kriegsende Angestellter der Jüd. Gemeinde in Berlin gewesen bin. Nach einer mehrjährigen Tätigkeit in der Finanzverwaltung war ich von 27.2.1939 bis ca. November 1941 für die Auswanderungsstelle der Jüd. Gemeinde tätig. Die eigentliche Auswanderung war mit der letzten Auswanderung am 16.10.1941 beendet. Als ich nach dem Aufhören der Tätigkeit der Auswanderungsstelle in die Verwaltung der Jüd. Gemeinde zurückkam, wurde ich mit der Leitung der sogen. Antragsstelle betraut. Diese Tätigkeit führte ich bis Kriegsende durch. Daneben hatte ich noch den jüdischen Friedhof in Weißensee dezernatsmäßig bis Kriegsende zu betreuen, außerdem mußte ich nach Überleitung der Jüd. Gemeinde in die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland ebenfalls bis Kriegsende die Revision ausüben. Zur Erklärung, was "Antragsstelle" bedeutet, möchte ich bemerken, daß am 1.12.1941 eine Verordnung erlassen wurde, nach der Juden

730 X  
11

über ihre beweglichen und unbeweglichen Vermögenswerte nur noch mit Genehmigung der Geheimen Staatspolizei verfügen durften. Hierzu mußten Anträge an die Geheime Staatspolizei auf hierfür vorgesehenen Antragsformularen gestellt werden. Diese Anträge wurden über die erwähnte Antragsstelle bei der Jüd. Gemeinde geleitet. Die Formulare wurden ausgefüllt und an die Stapoleitstelle Burgstr. geschickt und kamen dann zurück mit dem entsprechenden Vermerk "genehmigt" oder "abgelehnt". Der betreffende Sachbearbeiter, K ü h n e l, hatte die Formulare unterschrieben und es ergab sich gelegentlich eine Rückfrage, durch die ich mit K ü h n e l ins Gespräch kam. Die Rückfragen erfolgten zu meist fernmündlich.

Ich habe K ü h n e l am 10.11.1942 persönlich kennengelernt im Zusammenhang mit der der Staatsanwaltschaft bekannten Gemeindegaktion, zu der ich im Jahre 1954 und im Jahre 1960 beim Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht Berlin vernommen worden bin. Am Abend des 10.11.1942 wurden 4 oder 5 nachträglich freigelassene jüdische Bürger, die von der Geisellaktion ausgenommen werden sollten, zu denen ich auch gehörte, von K ü h n e l aus dem Gefängnis abgeholt und freigelassen. Ich hatte von K ü h n e l den Eindruck daß er nicht zu den <sup>charakterlich</sup> ~~Schlechtesten~~ der Gestapo gehörte und die Arbeit bei der Gestapo ihm keineswegs angenehm war. In dieser Auffassung wurde ich darin bestärkt, daß er sich nach unserer Freilassung mit der Bemerkung verabschiedete, "eine solche Arbeit, nämlich die Entlassung, mache ich gern. Zur Person des K ü h n e l kann ich lediglich angeben, daß er seinerzeit etwa 40 Jahre alt war, von mittlerer Größe und hager war.

Auf Befragen: Die Namen P r o k o p und L e s s m a n n sind mir im Zusammenhang mit der vorerwähnten Angelegenheit nicht in Erinnerung. Ich glaube, mich erinnern zu können, daß auf der Gestapodienststelle in der Französischen Str. ein gewisser Pol. Rat P r o k o p tätig war. Sein Aufgabengebiet war mir nicht bekannt.

Auf die Frage, von welchem Zeitpunkt ab etwa mir das Schicksal der deportierten jüdischen Bürger bekannt war, kann ich keine konkrete Antwort geben, weil mir durch die Tätigkeit bei der Jüd. Gemeinde der Kontakt zu Angehörigen der Gestapo fehlte.

88.308/10

Wie ich bereits in meiner Vernehmung vom 26.3.65 angegeben habe, habe ich von dem Schicksal der Deportierten erst nach dem Kriege etwas Konkretes erfahren.

Noch auf Befragen: Es ist mir nicht bekanntgeworden, daß die in den Deportationslagern wie Auschwitz u.ä. Verstorbenen verbrannt und die Asche den Angehörigen zur Verfügung gestellt wurde. Auch eine Benachrichtigung der nächsten Angehörigen über den eingetretenen Tod in diesen Lagern dürfte kaum in Betracht gekommen sein, weil ja in den meisten Fällen auch kein Angehöriger mehr vorhanden gewesen war. Wenn diese Umstände hier von einer Zeugin angegeben worden sind, dürfte eine Verwechslung vorliegen mit den in Konzentrationslagern wie Sachsenhausen oder Buchenwald Verstorbenen.

Obwohl mit mir der Komplex nochmals durchgesprochen wurde, kann ich keine zweckdienlichen Angaben mehr machen.

Geschlossen: selbst. gelesen, genehmigt, unterschrieben:

gez. Thieler

.....  
(Thieler), KM

gez. Adolf Wolffsky  
.....

Übertragung der Vernehmung vom 11. Juli 1966  
(Stenogramm)

Gegenwärtig: Staatsanwalt N a g e l  
Polizeioberwachmeister R a m b o w  
Justizangestellte Sehele

Nach feinnündlicher Vereinbarung erscheint der Senatsangestellte i.R.

Adolf W o l f f s k y,  
geboren am 16. Oktober 1898 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 31, Pfalzburger Straße 60,

und erklärt nach Belehrung gemäß § 55 StPO:

- Mit den Beschuldigten nicht verwandt und nicht verschwägert. -

Der Gegenstand meiner heutigen Befragung ist mit mir in einer Verbesprechung erörtert worden. Ich bin bereits verschiedentlich in früheren Verfahren vernommen worden, und zwar zuletzt in einem Verfahren die Stapoleitstelle Berlin betreffend.

Ich möchte an dieser Stelle deshalb meinen Lebenslauf nur kurz wie folgt angeben:

Seit dem Jahre 1921 bin ich verheiratet. Meine Ehefrau galt der NS-Terminologie entsprechend als "Arierin" und ich als "Volljude". Ab 1934 war ich Angestellter der jüdischen Gemeinde Berlin und dort von Ende Februar 1939 bis November 1941 in der Auswanderungsstelle tätig. Anschließend bearbeitete ich bis Kriegsende in der Antragsstelle die im Zusammenhang mit der Verordnung vom 1. Dezember 1941 von Juden zu stellenden Anträge, wenn sie der Genehmigung der Gestapo zur Verfügung über ihre Vermögenswerte bedurften. Weiterhin hatte ich daneben noch den jüdischen Friedhof in Weibensee zu betreuen und nach Überleitung der jüdischen Gemeinde Berlin in die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, die Revision auszuüben.

Was ich noch zu den Angehörigen der früheren Stapoleitstelle Berlin sagen kann, ist von mir bereits eingehend zu Protokoll gegeben

worden. Mit Angehörigen des Judenreferats des Reichssicherheits-  
 hauptamtes hatte ich nur bis zur Einstellung der Auswanderung  
 im Oktober 1941 dienstlich etwas zu tun. Jedoch kamen auch da-  
 nach noch verschiedentlich Angehörige des Judenreferats des  
 Reichssicherheitshauptamtes in unsere Büroräume und daher kenne  
 ich z.B. den Benehuligten W ä h r n, wie ich im einzelnen  
 noch darlegen werde.

Mir ist gesagt worden, daß es sich im vorliegenden Verfahren  
 ausschließlich um Schutzhaftfälle betreffend jüdische Menschen  
 handelt und nicht um Deportationen. Der Unterschied zwischen  
 Schutzhaft und Deportation ist mir aus der damaligen Zeit her  
 geläufig. Unter Schutzhaft verstehe ich die Verbringung in ein  
 Konzentrationslager auf dem Wege über das Polizeigefängnis  
 und unter Deportation die damals so genannte "Abwanderung" in  
 Sammeltransporten. Von Beginn der Deportationen an, wurden  
 allerdings - soweit ich weiß - die Schutzhäftlinge den De-  
 portationstransporten angeschlossen.

Schutzhäftlinge kamen in der ersten Zeit von Berlin aus insbe-  
 sondere nach Sachsenhausen, weibliche Schutzhäftlinge nach  
 Ravensbrück; mitunter wurde ein Schutzhäftling auch in das  
 Konzentrationslager Mauthausen eingeliefert.

Ich will nun zunächst angeben, welche Vorschriften aus der  
 Kriegszeit her mir noch in Erinnerung sind, in denen jüdischen  
 Bürgern ein bestimmtes Tun oder Unterlassen anbefohlen wurde.  
 Vorab möchte ich bemerken, daß es uns damals ganz allgemein  
 bekannt war, daß Verstöße gegen die bestehenden Bestimmungen  
 von der Gestapo derart geahndet wurden, daß der Betroffene  
 verschwand und in ein Konzentrationslager kam.

So war beispielsweise der Besuch sämtlicher Veranstaltungen  
 verboten; der Judenstern mußte getragen werden und war auch  
 an der Wohnungstür anzubringen; Juden wurde der Lebensmittel-  
 einkauf nur in der Zeit von 16.00 bis 17.00 Uhr gestattet;  
 es gab besondere Lebensmittelkarten, von denen ich hier dem  
 Vernehmenden einige vorgelegt habe, in denen jede einzelne  
 Marke mit dem aufgedruckten Wort "Jude" versehen war; der

"schwarze Einkauf" von Lebensmitteln war für Juden gleichfalls verboten.

So erinnere ich mich noch an einen Fall, in dem ein guter Bekannter von mir namens Elieser Ehrenreich in das Polizeigefängnis eingeliefert wurde, weil er ein oder zwei Pfund Butter "schwarz" gekauft hatte. Trotz der Bemühungen seiner "arischen" Ehefrau kam er von dort nach Sachsenhausen und seine Ehefrau erhielt wenig später die Urne mit seinen sterblichen Überresten zugesandt.

Auf die Führung der Zwangsverordneten Israel und Sarah s.B. auch auf Lebensmittelkarten wurde besonderer Wert gelegt; man mußte die jüdische Kennkarte immer bei sich haben und unaufgefordert vorzeigen; das Halten von Haustieren war verboten; es gab eine "Bannmeile" für Juden, womit das Betreten bestimmter Straßen (z.B. Unter den Linden) verboten war; nach 8.00 Uhr (im Sommer 9.00 Uhr) durfte man die Straße nicht mehr betreten; ohne Erlaubnis durfte man mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht fahren. Ich hatte einen derartigen Erlaubnisschein und habe ihn noch zu Hause; er sieht so wie der mir hier aus Dok.Bd. VIII Bl. 100 Vorgelegte aus.

Den mir weiterhin vorgelegten Erlaß aus Dok.Bd. VIII Bl. 88 ff. betreffend Verfügungsbeschränkungen über das öffentliche Vermögen für Juden habe ich seinerzeit selbst nicht gesehen, jedoch ist er mir inhaltlich bekannt. Ohne dies mit Bestimmtheit sagen zu können, möchte ich meinen, daß der Erlaß sowie auch die sonst genannten Bestimmungen wohl bei der jüdischen Gemeinde vervielfältigt und so den Gemeindemitgliedern bekanntgegeben wurden. Die Erlasse selbst wurden uns, soweit ich weiß, entweder bekanntgemacht durch einen Anruf des Reichssicherheitshauptamtes bei der jüdischen Gemeinde bzw. der Reichsvereinigung oder durch ein Vorstandsmitglied, das zu diesem Zweck zum Reichssicherheitshauptamt hinbestellt worden war und dann für Bekanntmachung zu sorgen hatte. Es kam auch vor, daß die Stapelleitstelle derartige Erlasse bekanntgab.

Ich kann mich noch an folgende Schutzhaftfälle erinnern:

Dr. Otto Hirsch,  
ein Vorstandsmitglied der Reichsvereinigung hatte häufiger mit  
Eichmann zu verhandeln und sich dabei wohl dessen Un-  
willen zugezogen. Etwa im Januar 1941 kam er jedenfalls in das  
Konzentrationslager Mauthausen und von dort erhielt seine Ehe-  
frau nach einiger Zeit die Mitteilung, daß er dort verstorben  
war.

Ich kann nicht sagen, ob die Mitteilung vom Ableben von Schutz-  
häftlingen direkt an die Angehörigen ging oder zunächst an die  
Reichsvereinigung bzw. an die jüdische Gemeinde. Dienstlich  
hätte ich hiermit nichts zu tun und ich habe selbst derartige  
Mitteilungen nie gesehen. Ich weiß aber von einigen Fällen, in  
denen den Angehörigen die Urnen übersandt wurden und ich war  
selbst ein- oder zweimal bei der Bestattung derartiger Urnen  
anwesend. Ich kann nicht mehr sagen, ob ich häufig von Fällen  
dieser Art hörte; jedoch sind mir verschiedene Fälle bekannt-  
geworden.

Dr. Julius Seligson,  
der als ehemaliger Offizier ebenfalls dem Vorstand der Reichs-  
vereinigung angehörte, ordnete nach der Deportation von Juden  
aus Baden nach Frankreich für die Angestellten der jüdischen  
Gemeinde einen Festtag an. Nach einigen Tagen kam er in das  
Konzentrationslager Sachsenhausen und wir erfuhren später über  
den Gemeindevorstand, daß er dort verstorben war.

Fall Benjamin.

Der von Staatsanwalt Kramer Bl. 3 ff. Bd. V am 31. Januar 1961  
über die Unterredung mit mir gefertigte Vermerk gibt meine ge-  
maligen Angaben nicht ganz zutreffend wieder. Ich möchte zu-  
nächst zum Namen sagen, daß ich immer meinte, es sei ein  
Fräulein Benjamin gewesen. Jedoch kann ich den Namen nicht mit  
absoluter Sicherheit sagen.

Der Vorfall spielte sich damals wie folgt ab: Am 10. Juni 1943  
wurde die jüdische Gemeinde aufgelöst, während die Reichsver-

vereinigung der Juden fortbestand. Beide Dienststellen wurden zusammengelegt und umorganisiert. Die Büros wurden in der Iranischen Straße eingerichtet. Im Zuge dieser Umorganisation wurde mir etwa am 20. Juni 1943 Fräulein Benjamin - ich bin damit einverstanden, daß sie mit der eingangs gemachten Einschränkung im Protokoll so benannt werden soll - als Sekretärin zugewiesen. Sie war damals etwa 20 Jahre alt, galt als Geltungsjudin und mußte deshalb den Judenstern tragen. Wir waren noch dabei, den neuen Büroraum einzurichten. Fräulein Benjamin hatte an diesem Tage zum ersten Mal dort gearbeitet und ich kenne sie deshalb nur von dieser kurzen Zeit her. Etwa gegen 9.00 Uhr morgens hieß es, wir sollten aus den Zimmern heraustreten, die Gestapo sei da. Als ich aus meinem Zimmer trat, stand W ö h r n mir gegenüber auf der anderen Seite des Ganges. Fräulein Benjamin trat ebenfalls aus dem Zimmer heraus bzw. war vielleicht auch schon auf dem Gang. Sie trug keinen Judenstern; auch in diesem Punkt bin ich meiner Erinnerung nicht ganz sicher: vielleicht hatte sie ihn nur angeheftet und nicht angenäht. Jedenfalls war irgendetwas mit ihrem Judenstern nicht in Ordnung. W ö h r n bemerkte dies sofort. Fräulein Benjamin wurde kurz darauf weggerufen und kam dann nicht mehr in das Zimmer zurück. Ich hörte dann, daß sie nach Ravensbrück gekommen war und später, daß sie dort verstarb. Dies erfuhr die Reichsvereinigung von ihren Eltern.

In einigen Punkten mag mir ein Erinnerungsfehler unterlaufen sein; jedoch weiß ich noch mit Bestimmtheit, daß die Verhaftung von Fräulein Benjamin im Zusammenhang mit dem Sterntragen und auf Veranlassung W ö h r n e erfolgte. Ich weiß auch noch mit Sicherheit, daß der Vorfall sich am frühen Morgen ereignete, und zwar auf dem Flur des Gebäudes.

Ich kann mich nicht daran erinnern, daß außer W ö h r n noch ein anderer Gestapo-Angehöriger bei diesem Vorfall anwesend gewesen ist. P r ü f e r war jedenfalls bestimmt nicht dabei, denn er war damals schon tot.

Zu W ö h r n bemerke ich folgendes: Ich hatte seinen Namen davor schon oft genug von Mitarbeitern gehört, die es mit ihm zu tun gehabt hatten. Über ihn wurde stets in dem Sinne gesprochen, daß er ein rabisches Verhalten an den Tag gelegt habe.

Jeder, der es mit ihm zu tun hatte, war froh, wenn er wieder gehen durfte. Er war ein Schrecken für uns.

Ich hatte ihn persönlich vor dem Vorfall Benjamin schon einmal gesehen, und zwar am 22. Oktober 1942 im Zusammenhang mit dem Abtransport von Angestellten der jüdischen Gemeinde. An diesem Tag erschien W ö h r n mit G ü n t h e r (Bild Nr. 11 der mir vorgelegten Lichtbildmappe; damals sah er allerdings schon älter aus) und P r ü f e r. G ü n t h e r kannte ich schon von der Zentralstelle für jüdische Auswanderer her, P r ü f e r von der Stapelstelle Berlin. W ö h r n sah ich an diesem Tage zum ersten Mal. Er tat sich bei dieser Gelegenheit nicht hervor sondern war mehr Statist. W ö h r n trug Ledergamaschen, war kleiner als G ü n t h e r und andere SS-Leute und außerdem etwas dicklich. Ich möchte meinen, daß er bei beiden Gelegenheiten keine Uniform anhatte. Da ich seinen Namen auch in der Folgezeit verschiedentlich gehört hatte, wußte ich bei dem Vorfall Benjamin sofort, daß es sich um W ö h r n handelte. Eine Personenverwechslung kann ich mit Sicherheit ausschließen. Ich möchte meinen, daß er an beiden Tagen keine Uniform trug, kann dies aber nicht genau sagen.

Bei diesem Vorfall waren noch anwesend Herr Dr. L u s t i g und Herr Selmar N e u m a n n. Auch Herr Sigbert K l e e m a n n dürfte Angaben darüber machen können.

Mir sind in diesem Zusammenhang die Angaben der Frau K a h a n aus Bd. VI Bl. 90 soweit Blauklammer vorgelesen worden. Ich möchte meinen, daß es sich um denselben Fall handelte. Vielleicht war es der Grund, daß W ö h r n Fräulein Benjamin vom Fenster aus gesehen hatte und deshalb sofort auf sie aufmerksam wurde, denn es ging ganz schnell bis W ö h r n bemerkte, daß Fräulein Benjamin den Judenstern nicht bzw. nicht richtig trug.

In der Kurfürstenstraße selbst war ich mehrfach in der Zeit bis Oktober 1941 als ich Auswanderungssachen bearbeitete. Ich hatte es dort hauptsächlich zu tun mit G ü n t h e r, einem Hauptsturmführer B r a u n e, den ich nach Ausbruch des Krieges

nicht mehr sah, und Obersturmführer H a r t m a n n (Bild Nr. 14).  
 B r a u n e und H a r t m a n n arbeiteten zusammen. Nach  
 B r a u n e s Versetzung bearbeitete H a r t m a n n die Aus-  
 wanderungssachen weiter, und zwar nach meiner Erinnerung bis  
 Oktober/November 1941. Die Arbeit betreffend Auswanderungssachen  
 schrumpfte allerdings in der letzten Zeit auf ein Minimum zusammen.  
 B r a u n e und H a r t m a n n hatten im Hinblick auf die Aus-  
 wanderung korrekt gearbeitet. Schlimm waren dagegen später die  
 SS-Leute, die aus Wien nach Berlin kamen, insbesondere auch die  
 Angehörigen der Wache. Diese haben das Publikum ausgesprochen grob  
 behandelt. B r a u n e war der auf Bild Nr. 15 der Lichtbild-  
 mappe abgebildeten Person sehr ähnlich, von der mir gesagt wird,  
 daß es sich bei dieser um einen gewissen H ä r t l handelt.

Von den übrigen mir genannten Angehörigen des Referats IV B 4 des  
 Reichssicherheitshauptamtes kenne ich aus der damaligen Zeit her  
 noch:

H r o s i n e k (Bild Nr. 16),

war Österreicher;

J ä n i s c h (Bild Nr. 18);

K ü h n (Bild Nr. 49).

machte Auswanderungssachen. Er gab die Papiere aus und nahm ent-  
 gegen, war aber nicht unfreundlich;

P a c h o w.

war mir nur vom Hörensagen bekannt. Er dürfte das Gegenteil von  
 W ö h r n gewesen sein und galt als zurückhaltend und menschlich.

Laut diktiert, genehmigt und  
 im Stenogramm unterschrieben

Adolf Wolffsky

Geschlossen:

Nagel, StA

Rambow, POW

Für die Richtigkeit  
 der Übertragung:

*Schall*  
 Justizangestellte

**Strafsache**

Gegenwärtig:

Landgerichtsrat Dr. Glöckner

als ~~Richter~~ Untersuchungsrichter

gegen

W ö h r n und Andere

Justizangestellte Wersin

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

wegen Mordes.

Es erschien

der nachbenannte — Zeuge, — ~~Sachverständiger~~ —  
Ferner waren anwesend der Angeschuldigte Wöhrn und — im Verlaufe der Vernehmung des Zeugen Herr Rechtsanwalt Hoernicke.

Der — Zeuge — ~~Sachverständiger~~ — wurde mit dem Gegenstand der Untersuchung und der Person der Beschuldigten bekannt gemacht. Er — ~~Sachverständiger~~ — wurde zur Wahrheit ermahnt und darauf hingewiesen, daß die Aussage zu beedigen ist, wenn keine im Gesetz bestimmte oder zugelassene Ausnahme vorliegt. Er — ~~Sachverständiger~~ — wurde ferner auf die Bedeutung des Eides, die strafrechtlichen Folgen einer unrichtigen oder unvollständigen eidlichen und auch uneidlichen Aussage sowie darauf hingewiesen, daß der Eid sich auch auf die Beantwortung der Fragen zur Person und der sonst im § 68 der Strafprozessordnung vorgesehenen Umstände beziehe.

Der Erschienene wurde ~~und~~ ~~die Zeugen~~ ~~einzelnen~~ ~~und~~ ~~in~~ ~~Abwesenheit~~ ~~der~~ ~~später~~ ~~ab~~ ~~gehörenden~~ ~~Zeugen~~ wie folgt vernommen:

Zeuge — ~~Sachverständiger~~ Wolffsky.

Zur Person:

Ich heiße Adolf Wolffsky,  
bin 68 Jahre alt, Rentner  
in Berlin 31, Pfalzburger  
Str. 60,

mit den Angeschuldigten nicht verwandt und nicht verschwägert.

zu Beginn  
Mir wurden heute/~~XXX~~ meiner Vernehmung vier Personen vorgeführt und ich sollte erklären, ob ich den einen oder den anderen erkenne.

Hierzu muß ich sagen, daß ich mich nicht besinne einen oder mehrere der Vorgesetzten jemals gesehen zu haben. Wenn mir gesagt wird, daß ich möglicherweise den einen oder anderen der Vorgesetzten vor 25 Jahren gesehen haben kann, so meine ich, daß sich ein Mensch in 25 Jahren sehr verändern kann. ~~XXX~~ Wie mir weiter gesagt wird, daß sich die in Betracht kommende Person in den letzten 25 Jahren äußerlich kaum verändert hat, so meine ich, ~~daß~~ es auch daran gelegen haben kann, daß inzwischen so viele lange Zeit vergangen ist. ~~nicht gesehen haben werden~~

Wenn damals, als ich in der Iranischen Straße im Krankenhaus arbeitete, Angehörige der SS, sei es in Uniform, sei es in Zivil, sich im Gebäudekomplex befanden und in mein Blickfeld traten, habe ich mich gehütet, sie mir näher anzusehen, weil ein falscher Blick von mir möglicherweise <sup>hätte</sup> genügt, mir zu schaden.

Angehörige der ~~SS~~ SS waren nur selten im Gebäude, sofern sie Zivil trugen, waren sie kaum als solche zu erkennen. Wiederholt war dort im Gebäude Dobberke, der Leiter des Lagers Schulstraße. Er hatte mit dem Leiter der Rächervereinigung zu verhandeln. Dobberke kam meist allein, es waren aber auch manchmal Begleiter bei ihm. In der Verwaltung habe ich, während ich dort arbeitete, von Juni 1943 bis zum Zusammenbruch kaum jemand von der SS gesehen. Zu Beginn meiner Tätigkeit in der Iranischen Straße, im Juni 1943 geschah ein Vorfall, den ich bereits bei meiner Vernehmung vom 11. 7. 1966, Bd. VII Bl. 58, ff. geschildert habe,



Die weitere Vernehmung des Zeugen Wolffsky wurde in das Stenogramm diktiert.

Der Zeuge bat nach erfolgter Übertragung, die Klarschrift zu unterschreiben. Sie wird ihm in die Wohnung geschickt, und er wird sie unterschrieben zurücksenden, sofern keine Bedenken gegen die Richtigkeit des Inhalts bestehen.

Aufgefordert, mich dazu zu äußern, was ich von den Ereignissen, die sich am 22. Oktober 1942 im Hause der jüdischen Gemeinde in Berlin in der Oranienburger Straße 29 zugetragen haben, erkläre ich aus dem Gedächtnis nach meiner Erinnerung folgendes:

Es war am Tage vorher der Gemeinde bekannt gegeben worden, daß sich am nächsten Tage alle Angestellten der Gemeinde, ich glaube mit Ausnahme des Krankenhauses, im Hause der jüdischen Gemeinde Oranienburger Straße 29 einzufinden haben. Es wird vom Reichssicherheitshauptamt eine Auslese getroffen über diejenigen, die anschließend an einem Angestellten-Transport mit ihren Familien teilnehmen müssen. Es war schon früher öfter von der Aufsichtsbehörde (RSHA) gerügt worden, daß der Personalbestand der Gemeinde hinsichtlich der immer kleiner werdenden Gemeinde durch die Abtransporte zu groß ist. Daraufhin wollte das RSHA die Verkleinerung des Gemeinde-Apparates selbst in die Hand nehmen. Wir standen im Hause herum auf den Fluren und Treppen, und es erschien der damalige Sturmbannführer Günther mit dem damaligen Polizei-Inspektor Prüfer und einem anderen Herrn, der <sup>Günther</sup> ~~KMM~~ assistierte und den ich nicht kannte.

Vermutlich wurde ich von <sup>gemacht</sup> jemand von der Gemeinde ~~nachte mich nun~~ <sup>dahin</sup> darauf aufmerksam, daß dieser Mann Wöhrn sei. Bisher ~~hatte~~ <sup>hatte</sup> ich nur den Namen Wöhrn ge-

- 5 -

hört, als den eines Sachbearbeiters im RSHA. So habe ich es in Erinnerung, möchte es aber nicht auf meinen Eid nehmen. Diesen dritten Mann, der Wöhrn heißen soll, habe ich aus/ungefähr 10 m Entfernung gesehen. Ich war an dem Tage - wie wir alle - wegen des Bevorstehenden in solcher Aufregung, daß ich mir den dritten Mann (Wöhrn) nicht genau angesehen habe. Den anderen beiden war ich vorher begegnet.

Am ~~Tag der Sanierung der Reichsverordnung~~ am 20. Juni 1943, ich nehme an, daß ich das Datum richtig in Erinnerung habe, hielt ich mich in der Verwaltung in dem für mich bestimmten

Arbeitsraum in der Iranischen Straße in der 1. Etage auf. Es wurde mir die für mich/~~bestimmte~~ vorgesehene Schreibkraft vorgestellt. Ich habe sie nur damals einige Minuten gesehen und erkenne sie auf der Fotografie, Bd. VIII Bl. 106 b, nicht mit Sicherheit wieder. Ich erinnere mich aber, daß diese Schreibkraft ein besonders attraktives Mädchen war. Wie ich dazu komme, sie in meiner früheren Vernehmung mit dem Namen Benjamin zu bezeichnen, ist mir unerklärlich.

mich zu erinnern ,  
Ich glaube/daß der Mann, den ich am 20. Juni 1943 vor der Tür meines Dienstzimmers auf dem Gang habe stehen sehen, der Mann gewesen sein kann, den ich damals zusammen mit Günther und Prüfer in der Cranienburger Straße bei der jüdischen Gemeinde gesehen habe. Mit Sicherheit kann ich die Identität nicht bestätigen.

Meine anders lautende Erklärung im Protokoll vom 11. Juli 1966, die mir jetzt vorgelesen wurde, ~~insoweit~~ halte ich nicht mehr in vollem Umfange aufrecht, insbesondere nicht, <sup>insoweit</sup> soweit ich damals von Sicherheit gesprochen habe.

Dazu möchte ich weiter bemerken, daß ich mir das damalige Protokoll/~~nicht~~ vor meiner Unterschrift noch einmal durchgelesen habe. Ich konnte es auch nicht

Es war im Stenogramm. Ich bedaure, daß ich das Stenogramm unterschrieben habe, ohne den Klartext gelesen zu haben.

Mit Sicherheit kann ich <sup>in der Erinnerung</sup> die Frage nicht beantworten, ob ich den Mann, der mir als Wöhrn bezeichnet worden ist, außer an den beiden geschilderten Malen, ein weiteres Mal oder noch öfter gesehen habe, sei es außerhalb oder innerhalb des Gebäudekomplexes in der Iranischen Straße. Ich glaube aber, daß ich ihn kein weiteres Mal gesehen habe.

Ich glaube, daß Inspektionen der jüdischen Gemeinde und des Krankenhauses durch die Aufsichtsbehörde erfolgten, d.h. durch die Stapoleit Berlin/<sup>bzw.</sup> ~~XXXX~~ das RSHA (R.V.d.J.i.D.)

Es besteht nach meiner Erinnerung auch kein Zweifel daran, daß gelegentlich ~~XXXX~~ Leute von der Burgstraße (Stapoleit Berlin) im Gebäude in der Iranischen Straße 2 herumliefen. Ebenfalls nach meiner Erinnerung besteht kein Zweifel daran, daß der damalige Amtmann Wöhrn vom RSHA und der Beamte des RSHA, der für den Zwischenfall, lt. Protokoll vom Juli 1966 verantwortlich war, ein und dieselbe Person sind. Selbst gelesen, genehmigt, unterschrieben:

15. Oktober 1967

gez. Adolf Wolffsy.

gez. Dr. Glöckner.

gez. Wersin.

HS H<sup>g</sup>

36 z

Robert Z e i l e r

Wohnort: (1967) Engenhahn/Ts.,  
Wiesbadener Str. 4

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint der technische Sachbearbeiter

Robert, Wolfgang Zeiler,  
23.5.1923 Berlin geb.,  
Berlin 31 (Wilmersdorf), Tübinger Str. 8 wohnh.,

und erklärt:

Der Grund meiner heutigen Vernehmung wurde mir in der Vorbesprechung bekanntgegeben. Ich kann zur Sache folgende Angaben machen:

Ich bin gebürtiger Berliner, mein Vater war Arier, während meine Mutter Käthe Zeiler geb. Michaelis, 22.12.1887 Berlin geb., jüdischen Glaubens, evangelisch getauft ist. Etwa 1937 wurden meine Eltern geschieden. Auf Grund der damaligen Rassengesetzgebung war mir ein Studium verwehrt, ich konnte jedoch eine Ausbildung als Chemielaborant absolvieren. Ich wohnte damals bei meiner Mutter in Berlin-Charlottenburg, Waitzstr. 8. Meine Mutter wurde im Februar 1944 durch einen jüdischen Ordner auf Anweisung der Gestapo abgeholt und in das Sammellager Schulstraße gebracht. Auf Grund der Tatsache, daß mein Vater als Musikprofessor und erster Konzertmeister jahrzehntelang an der Staatsoper Berlin tätig war, deren Schirmherr Göring war, kam ich mit meinen Geschwistern auf den Gedanken, mich betreffs der zu befürchtenden Deportation meiner Mutter schriftlich an Göring zu wenden. Vermutlich auf Grund dieses Schreibens erhielten wir eines Tages eine Vorladung zum RSHA in der Kurfürstenstraße, zu einem SS-H' Stuf. W ö h r n . Wir wurden von Wöhrn bezüglich unseres an Göring gerichteten Schreibens zur Rede gestellt, wobei Wöhrn etwa wörtlich sagte: "Sie können so viele Gesuche einreichen wie sie wollen, die gehen alle über meinen Tisch, und was das bedeutet, werden Sie ja wissen." Wöhrn suchte uns dadurch zu beruhigen, daß er uns erklärte, daß unsere Mutter nach Theresienstadt deportiert werden würde und das sie dort nichts auszustehen hätte.

Er machte uns jedoch sinngemäß den Vorschlag, die Deportation unserer Mutter hinauszuschieben und uns Sprecherlaubnis mit ihr zu gewähren. Ich begab mich daraufhin in die Schulstraße in der freudigen Erwartung, meine Mutter dort sprechen zu können. Bei meinem Erscheinen wurde mir dort mitgeteilt, daß meine Mutter entgegen der Zusage von Wöhrn in der vorangegangenen Nacht nach Theresienstadt abtransportiert worden sei. Ich begab mich daraufhin am folgenden Tage nochmals in das RSHA zu Wöhrn, der mir erklärte, daß die mir mitgeteilte Deportation meiner Mutter wahrscheinlich auf einen Irrtum beruhe und sie sich noch in der Schulstraße befinden müsse. Er bedeutete mir, das ich für mich und meinen Bruder Sprecherlaubnis hätte und diesen gleich zum Besuch meiner Mutter mitnehmen solle, zumal er diese Sprecherlaubnis als Ausnahmeregelung ansehe. Als wir beide dort erschienen wurde uns von dem Gestapokommissar S a s s e bedeutet, daß er uns auf Weisung des RSHA für 3 Tage einbehalten müsse. Eine Begründung wurde uns nicht gegeben. Ich wurde mit meinem Bruder von den Häftlingen isoliert gehalten. Außer mit dem jüdischen Lagerleiter Herrn R e s c h k e sowie Herrn Bruno G o l d s t e i n hatten wir mit den anderen Häftlingen keinen Kontakt. Nach Wochen haben wir durch Zufall unsere Mutter auf dem Hof des Sammellagers wiedergesehen. Daraufhin beantragten wir bei dem Lagerleiter D o b b e r k e Sprecherlaubnis. Nachdem wir 3 Tage mit unserer Mutter Kontakt hatten, wurde sie nach Theresienstadt abtransportiert. Danach wurde unsere Isolierung aufgehoben. Etwa 10 Tage nach dem Abtransport meiner Mutter wurde mein Bruder Harald Hochhaus, 28.5.1911 Berlin ge., Berlin-Tempelhof, nähere Anschrift unbekannt wohnhaft, von dem Gestapoangehörigen T i t z e in das Polizeigefängnis Alexanderplatz eingeliefert. Ich selbst wurde 3 Tage später ebenfalls von Titze dort eingeliefert. Titze war meines Wissens als Begleitperson zur Überführung von Häftlingen eingesetzt. Vom Polizeigefängnis Alexanderplatz aus wurde zunächst ich, nach dreitägigem Zwischenraum auch mein Bruder nach Buchenwald abtransportiert, nachdem man uns den Schutzhaftbefehl vorgelegt hatte. Als Schutzhaftbegründung wurde angegeben: Staatsfeindliches Verhalten,

Begünstigung des Judentums und Widerstand gegen die Geheime Staatspolizei. Da keine gerichtliche Untersuchung gegen mich vorlag habe ich den Schutzhaftbefehl nicht unterschrieben, wobei man mir auch bedeutete, daß dies belanglos sei. Wer den Schutzhaftbefehl unterschrieben hat bzw. von welcher Dienststelle der Gestapo dieser Befehl ausgestellt war, entzieht sich meiner Kenntnis. Am 11.4.1945 wurden wir durch den Einmarsch der Amerikaner aus Buchenwald befreit. Im Mai 1945 haben wir unsere Mutter aus Theresienstadt abgeholt. Sie wohnt z. Z. in Berlin-Wilmersdorf, Geisenheimer Str. 35. Meine Schwester Eva Strassner geb. Hochhaus (aus erster Ehe meiner Mutter), wurde nach Ravensbrück transportiert und sie ist meines Wissens hier bereits vernommen worden. Meine älteste Schwester Ingeborg Dommenget geb. Hochhaus, 9.9.1909 Berlin geb., ist anlässlich eines Besuches in Berlin zwecks Abfassung des vorgenannten Schreibens an Göring auf Grund der damit verbundenen Aufregung nach einem Nervenzusammenbruch in die Heilstätte Wittenau eingeliefert worden und dort etwa Ende 1943 nach 3 Tagen verstorben. Da sie sonst robust und gesund war, liegt die Vermutung nahe, daß sie im Zuge von Euthanasiemaßnahmen unter Umständen eines nicht natürlichen Todes gestorben ist. Ich habe sie aufgebahrt noch einmal sehen können, anlässlich eines Krankenbesuches mit meiner Mutter und habe dabei, nachdem uns erst dabei der Tod mitgeteilt wurde, in ihrem Gesicht und an den Händen auffallende blaue Flecke festgestellt. Über die Todesursache gab man uns keine Auskunft.

Mir ist hier eine Lichtbildmappe vorgelegt worden, in der ich die unter lfd. Nr. 10 abgebildete Person als den ehemaligen Gestapobeamten D o b b e r k e wiedererkannt habe. Die anderen hier abgebildeten Personen sind mir nicht bekannt. Namen wie: L a c h m u t h , E x n e r , K r e l l und andere sagen mir nichts. Die Namen M ö l l e r , S t o c k und S t a r k sind mir nur dem Namen nach bekannt. An S c h w ö b e l kann ich mich nur insofern erinnern, als ich mit ihm eine Unterredung in der Großen Hamburger Straße hatte, um Hafterleichterung für meine Schwester Eva Strassner zu erbitten.

Weitere wesentliche Angaben kann ich nicht mehr machen.  
Abschließend möchte ich noch bemerken, daß ich zur jüdischen  
Gemeinde Berlin kaum Kontakt hatte, zumal ich auch evange-  
lisch getauft bin.

Geschlossen:            laut diktiert, genehmigt und unterschrieben

...gez. Hillert  
.....

.....gez. Robert Zeiler  
.....

( H i l l e r t ) KM

Bl.

Aus: 1/9/65 (RS HA)

I-A - KI 3

1 Berlin 42, den 25.1.1966

Verhandelt

Formündlich hergebeten, erscheint der Techn. Sachbearbeiter

Robert, Wolfgang Zeiler,  
27.9.23 Berlin geb.,  
1 Berlin 31, Tübinger Str. 8 wohnh.,  
Tel.: 87 10 46,

und erklärt:

Der Grund meiner nochmaligen Vernehmung ist mir bekannt. Zur Erinnerung wurde mir mein Protokoll vom 20.4.1965 nochmals vorgelesen. Ergänzend zu diesem Protokoll führe ich heute folgendes aus:

Wie ich bereits erwähnt habe, war ich Mitverfasser eines Schreibens an G ö r i n g, um damit die Freilassung meiner Mutter, die für einen Transport nach Theresienstadt vorgesehen war, zu erwirken. In diesem Zusammenhang stand auch die schriftliche Vorladung zur Geheimen Staatspolizei Kurfürstenstraße. Heute weiß ich natürlich, daß diese Vorladung lediglich ein Vorwand war, meinen Bruder und mich kennenzulernen. Der SS-Hauptsturmführer W ö h r n befaßte sich mit dieser Angelegenheit und täuschte uns eine Sprecherlaubnis mit unserer Mutter vor. Da das Versprechen einer Sprecherlaubnis von W ö h r n nicht eingehalten wurde, begab ich mich nochmals allein zu ihm. Den weiteren Ablauf habe ich in meinem ersten Protokoll geschildert. Ich kann nur sagen, daß W ö h r n mir seinerzeit bei meinem letzten Besuch gewissermaßen eine Falle gestellt hatte, denn er schlug mir vor, bei einem nochmaligen Aufsuchen des Lagers Schulstr. gleich meinen Bruder, Harald H o c h h a u s, mitzunehmen.

Frage:

SS-H'Stuf. W ö h r n versuchte sie zu beruhigen, indem er Ihnen mitteilte, daß Ihre Mutter für einen Transport nach Theresienstadt vorgesehen war. Kannten Sie zu diesem Zeitpunkt

noch Frage

den Unterschied der einzelnen Konzentrationslager?

Antwort:

Ja, durch den sogen. Mundfunk und außerdem war ich ständiger Abhörer des Londoner BBC. Somit war mir auch das Lager Auschwitz bekanntgeworden; außerdem wußte ich, daß Auschwitz ein ausgesprochenes Vernichtungslager war. Den Zeitpunkt meines Wissens kann ich heute nicht konkret angeben. Ich meine damit die systematische Vernichtung aller deutschen Juden. Daß es zu einer sogen. Endlösung kommen würden, habe ich bereits schon im Jahre 1938 geahnt, offensichtlicher Anlaß war die Kristallnacht. Außerdem waren die öffentlichen Hetzblätter, wie der "Angriff" und "Der Stürmer" nicht zu übersehen.

Über die Festnahme und Ermordung von etwa 90 Angehörigen der jüdischen Intelligenz im November 1938 kann ich nichts angeben. Auch kann ich über die sogen. Widerstandgruppe Baum nichts aussagen.

Anhand meines Tagebuches kann ich feststellen, daß ich ab 11.3.1944 im Lager Schulstr. festgehalten wurde. Am 28.4.1944 kam ich dann zum Pol.-Präsidium Alexanderplatz und unmittelbar im Anschluß daran in das KL Buchenwald. Mein Bruder und ich sind nach unserer Festnahme im Lager Schulstr. nicht durchsucht worden und uns wurde auch nichts abgenommen. Erst nach 3 Tagen - ich möchte mich berichtigen - kurz bevor wir zum Alexanderplatz kamen, wurden unsere Personalien in unserem Beisein telefonisch auf Anfrage des RSHA durchgegeben. Man wußte vermutlich nicht, was man mit uns im Lager Schulstr. machen sollte. Die Unterbringung im Lager selbst, es war allerdings schon 1944, könnte man auch nach den damaligen Umständen als menschenunwürdig bezeichnen. Es mußten ca. 10 bis 20 Inhaftierte in einem relativ kleinen Raum auf dem Boden, allerdings auf Matratzen, schlafen und wohnen. Die Verpflegung war zu der damaligen Zeit ausreichend. Die inhaftierten Personen waren nach Geschlechtern getrennt. Aus eigenem Erleben kann ich Mishandlungen jüd. Bürger durch Angehörige der Gestapo nicht berichten.

Ich kann bestätigen, daß meine Schwester, Frau Eva S t r a s s e n e r geb. Hochhaus, während ihrer Inhaftierung im Lager Gr. Hamburger Str. von dem Gestapoangehörigen S c h w ö b e l während der Vernehmung geschlagen und mit Füßen getreten worden ist. Durch einen im Lager Gr. Hamburger Str. tätigen Ordner erhielt ich von meiner Schwester Nachricht und auch die Bestätigung, daß sie dort geschlagen worden ist. Meine Schwester hatte mich gebeten, ihr neue Kleidung und Wäsche zu bringen. Bei meinem Erscheinen im Lager wurde mir ein Kostüm zurückgegeben, das meine Schwester bis dahin trug und welches stark mit Blut und Bohnerwachs beschmutzt war. Dies war für mich praktisch auch die Bestätigung und auch der Beweis, daß meine Schwester stark mißhandelt und zu Boden geworfen worden war.

Ich wurde mit S c h w ö b e l konfrontiert, als ich darum bat, daß man meine Schwester aus dem Bunker entlassen sollte bzw. ihr Hafterleichterung gewähren sollte. S c h w ö b e l zeigte sich mir gegenüber unnahbar. Irgendwelche Äußerungen über Juden schlechthin kann ich heute nicht mehr wiedergeben, aber ich hatte den Eindruck, daß er ein fanatischer Nazi war.

Wie bereits erwähnt, bin ich durch den Gestapoangehörigen T i e t z e zum Pol.-Präsidium Alexanderplatz gebracht worden. Der Transport erfolgte in einem kleinen grauen neutralen DKW-Kombiwagen ohne Fenster. Er <sup>hat</sup> sich neutral verhalten und ich kann über ihn nichts aussagen.

Der Gestapoangehörige S a s s e, den ich nur in Zivilkleidung kannte, hatte mir im Lager Schulstr. bzw. auch meinem Bruder gegenüber unsere Festnahme eröffnet. Auf unsere Anfrage, warum und wieso wir hier einbehalten werden, entgegnete er uns etwa sinngemäß, daß er lediglich einen Auftrag des RSHA auszuführen hätte. Selbst D o b b e r k e wußte den eigentlichen Grund unserer Festnahme nicht. S a s s e hat sich uns gegenüber ganz neutral verhalten. Ich habe damals schon daraus geschlossen, daß das RSHA in der Kurfürstenstr. die vorgesetzte Dienststelle für das Lager Schulstr. war.

Ich habe lediglich nur den Abtransport aus dem Lager Schulstr. mit angesehen, mit dem auch meine Mutter nach Theresienstadt kam. Zu irgendwelchen AUsschreitungen ist es dabei nicht gekommen. Ich kann auch nicht sagen, wer den Transport begleitet hatte. Den Zeitpunkt der Deportation meiner Mutter habe ich lt.

meinem Tagebuch mit Datum vom 19.4.1944, 04.00 Uhr, angegeben. Man hatte meinem Bruder und mir noch 3 Stunden vorher Gelegenheit gegeben, mit unserer Mutter zu sprechen. Dies hatte D o b b e r k e <sup>genehmigt.</sup> ~~bewirkt.~~ Diese Angelegenheit schien dem D. offensichtlich sehr unangenehm. Während wir mit unserer Mutter sprachen, <sup>und Abschied nahmen.</sup> hatte sich D o b b e r k e abgewandt.

In der mir nochmals vorgelegten Lichtbildmappe habe ich unter Bild Nr. 68 S c h w ö b e l mit Sicherheit wiedererkannt. Den unter Bild Nr. 77 abgebildeten S a s s e habe ich noch anders in Erinnerung. Er hatte ein volles Gesicht, war von untersetzter Statur. Auf dem einen Bild mag er zu jung gewesen sein und auf dem anderen Bild erscheint mir S a s s e wieder zu alt, so daß ich eine Bestätigung zur Identität nicht mit Sicherheit angeben kann.

Geschlossen:                    selbst  
                                  ..... gelesen, genehmigt, unterschrie-  
                                                                                  ben:

gez. Thieler  
.....  
(Thieler), KM

.....gez. Robert W. Z e i l e r.....

Ma

1 Jb (7.65) (RSHA)

Übertragung der Vernehmung vom 18. Juli 1966  
(Stenogramm)

Gegenwärtig: Staatsanwalt Nagel  
Justizangestellte Piotrowski

Auf fernmündliche Vorladung erscheint

Herr Robert Zeiler,  
geboren am 23. Mai 1923 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 31, Tübinger Str. 8-  
- ab 1.8.1966 wohnhaft: 6271 Engenhahn/Taunus,  
Wiesbadener Straße -

und erklärt nach Belehrung gemäß § 55 StPO und mit dem  
Gegenstand der Vernehmung vertraut gemacht:

- Mit dem Beschuldigten nicht verwandt und nicht  
verschwägert -

Meine Mutter war der damaligen NS-Terminologie entsprechend  
Jüdin, mein Vater "Arier"; die Ehe meiner Eltern war im  
Jahre 1938 geschieden worden. Mein Vater war 1. Konzert-  
meister der Staatsoper Berlin. Ich selbst galt ebenfalls  
als "privilegierter Mischling 1. Grades" und brauchte  
den "Judenstern" nicht zu tragen.

Etwa Ende Januar 1944 setzten mein Bruder, Harald Hochhaus, Berlin-Lichterfelde, Weddigenweg 19, meine verstorbene älteste Schwester und ich ein Gesuch an Göring auf, weil wir befürchteten, daß meine Mutter deportiert werden könne. Wir baten Göring, für eine Freistellung meiner Mutter zu sorgen, wobei wir insbesondere auf die frühere künstlerische Tätigkeit meines Vaters hinwiesen.

Eine Kopie des Schreibens an Göring schickten wir wohl an die Staatspolizei-Leitstelle Berlin, genau kann ich das aber nicht mehr sagen.

Eines Tages erfuhren wir, daß meine Mutter doch abgeholt werden würde. Sie kam am 29. Februar 1944 in das Lager Schulstraße. Daraufhin erkundigte ich mich bei Dobberke, wie man meiner Mutter noch helfen könne und wies dabei auf das noch nicht beantwortete Gesuch an Göring hin. Dobberke riet mir, zur Stapo-Leitstelle Berlin in die Burgstraße zu gehen. Ich glaube, in der Burgstraße mit einem Herrn Stark gesprochen zu haben. Jedenfalls wurde ich von dort zum RSHA in die Kurfürstenstraße verwiesen, wohin ich gemeinsam mit meinem Bruder, Harald, ging. In der Kurfürstenstraße meldeten wir uns bei der Wache an und ich weiß noch, daß im Wachraum 2 SS-Angehörige damit beschäftigt waren, Tischtennis zu spielen. Einer von diesen meldete uns telefonisch an. Wir bekamen ein Anmeldeformular in die Hand gedrückt und wurden zum Hauptsturmführer Wöhrn geschickt. Das Zimmer erreichten wir über eine nach oben führende Marmortreppe.

und er hatte sein Zimmer zur linken Hand im Hochparterre. Ich ging mit meinem Bruder in W ö h r n s Zimmer, das mit hellen Möbeln gut eingerichtet war.

W ö h r n stand während der folgenden Unterredung am Fenster. Ich möchte ihn vom Typ her als den damaligen nordischen Idealtyp bezeichnen, wenngleich er allenfalls 1,73 m groß war. Er hatte glattes zurückgekämmtes Haar, ein rosiges Gesicht und war schlank aber nicht dünn. Er trug eine wohl maßgeschneiderte Uniform, machte einen sehr eleganten Eindruck, hatte auf dem Arm einen Winkel und auf dem Kragenspiegel Sterne und Streifen. Am linken Finger hatte er einen großen Brillantring und mein erster Gedanke war: "Wem hat er den abgenommen."

Im Laufe der Unterredung kam für einige Minuten ein hoher SS-Führer dazu, der nach meiner Erinnerung auf dem Kragenspiegel Eichenlaub hatte, genau kann ich dies aber nicht sagen. Er beteiligte sich nicht an der Unterredung und ging nach einigen Minuten. Aus der Lichtbildmappe habe ich ihn nicht identifizieren können.

Wöhrn ließ sich zunächst den Sachverhalt schildern. Er hatte das Gesuch ebenfalls noch nicht. Im Laufe der Unterredung sagte er u.a.: "Sie können soviel Gesuche einreichen wie Sie wollen, die gehen alle über meinen Tisch, und was das bedeutet, werden Sie ja wissen." Er sagte außerdem zu uns: "Was wollen Sie denn, Ihre Mutter kommt nach Theresienstadt. Das ist ein Sanatorium. Wir hätten sie ja auch totschiagen können." Die Unterredung dauerte etwa 1/2 Stunde. W ö h r n gab sich während

der ganzen Zeit ausgesprochen arrogant. Wir verblieben dann so, daß er zusagte, dafür sorgen zu wollen, daß meine Mutter vom Transport zurückgestellt werde, bis über das Gesuch entschieden sei.

Als ich meine Mutter am 10. März 1944 im Lager Schulstraße besuchen wollte, erfuhr ich, daß sie doch auf Transport gekommen sei. An die genauen Daten kann ich mich noch an Hand der von mir gemachten Aufzeichnungen in meinem Notizbuch erinnern; das Buch habe ich hier bei mir.

Am 11. März 1944 ging ich gegen Mittag allein zu W ö h r n und teilte ihm dies mit. W ö h r n sagte mir, daß es sich um einen Irrtum handeln müßte. Er rief dann im Lager Schulstraße an und sagte anschließend zur mir: "Gehen Sie mal hin zur Schulstraße, Sie bekommen ausnahmsweise Sprecherlaubnis. Nehmen Sie gleich Ihren Bruder mit, damit nicht jeden Tag einer angekleckert kommt." Als mein Bruder von der Arbeit kam, gingen wir beide am selben Tage gegen 17.00.Uhr. zum Lager Schulstraße. Dort wurden wir von Herrn S a s s e in Empfang genommen. Er sagte uns, daß wir auf Anordnung des RSHA 3 Tage da bleiben müßten, nähere Angaben über den Grund könne er uns nicht machen. Offensichtlich wußte er tatsächlich nicht, was er mit uns machen sollte.

In der Schulstraße bekamen mein Bruder und ich ein extra Zimmer im 1. Stock der ehemaligen Pathologie des Jüdischen Krankenhauses. Wir wurden völlig von den

97  
Ubrigen Insassen getrennt gehalten. Dort blieben wir aber nicht nur 3 Tage. Unsere Beschwerden halfen nichts.

Am 5. April 1944 wurden wir von D o b b e r k e vernommen. Er telefonierte während der gesamten Zeit mit einer anderen Gestapo-Stelle, und zwar nach meinem damaligen Eindruck mit der Kurfürstenstraße. Sein Gesprächspartner stellte ihm die Fragen, die D o b b e r k e sodann an uns richtete; die Antworten gab er dann telefonisch durch. Wir wurden über unsere Personalien befragt. Über den Fall selbst wurde nicht gesprochen und wir erfuhren auch bei dieser Gelegenheit nicht, was man uns überhaupt zur Last legte. D o b b e r k e sagte uns auf unsere diesbezüglichen Fragen, daß er mit dem Fall nichts zu tun hätte, er sei nur aufgrund einer Anordnung des RSHA mit uns befaßt worden.

In der Zwischenzeit hatten wir erfahren, daß sich unsere Mutter noch im Lager Schulstraße befand. D o b b e r k e ermöglichte es uns einige Male auf eigene Kappe mit unserer Mutter zu sprechen, so zum letzten Mal am 19. April 1944 etwa 2 Stunden bevor meine Mutter abtransportiert wurde, was wir selbst von unserem Fenster aus ansehen mußten.

Am folgenden Tage wurden mein Bruder und ich in ein Gemeinschaftszimmer verlegt. Trotz mehrfacher Meldung durften wir während der gesamten Zeit nicht arbeiten. Bekamen stets zu hören: "Anweisung vom RSHA."

Am 25. April wurde mein Bruder von dem Stapo-Beamten  
T i e t z e abholt und zum Polizeigefängnis  
Alexanderplatz gebracht. 3 Tage später wurde auch ich  
mit noch etwa 3 bis 5 Häftlingen aus dem Lager Schulstraße  
zum Polizeigefängnis Alexanderplatz transportiert. Beim  
Hinausgehen gab ich noch mein Notizbuch sowie meine  
Wertgegenstände einem jüdischen Ordner mit der Bitte,  
die Gegenstände meiner damaligen Braut auszuhändigen.

Im Polizeigefängnis traf ich meinen Bruder wieder. Nach  
3 Tagen wurde ich im Polizeigefängnis zu einer Ausgabe-  
stelle gerufen. Dort legte mir ein Polizeibeamter einen  
Schutzhaftbefehl vor und sagte mir, ich solle ihn  
quittieren. Der Schutzhaftbefehl war in roter Farbe  
gehalten und sah wie der mir hier aus Dokumenten-Band 1  
Blatt 27 vorgelegte Schutzhaftbefehl aus. Als Begründung  
für die Inschutzhaftnahme war in ihm angegeben:  
"Staatsfeindliches Verhalten, Widerstand gegen die  
Staatsgewalt, Begünstigung des Judentums."

Ich verweigerte die Unterschrift mit der Begründung,  
daß man mir überhaupt keinen Prozeß gemacht hätte.  
Der Beamte sagte darauf: "Wissen Sie, ob Sie das unter-  
schreiben oder nicht, ist ganz egal." Ich kam dann  
mit einer ganzen Reihe anderer Häftlinge in das  
Konzentrationslager Buchenwald. 3 Tage später kam auch  
mein Bruder dort hin. Von ihm erfuhr ich, daß er im  
Polizeigefängnis Alexanderplatz auf seine Frage nach  
meinem Verbleib die Auskunft erhielt, ich sei nach  
Auschwitz gebracht worden. Wir blieben beide bis zur  
Befreiung in Buchenwald. Dort trugen wir rote Winkel

und waren als politische Häftlinge registriert.

Laut diktiert, genehmigt und  
im Stenogramm unterschrieben:

Robert Zeiler

Geschlossen: StA. Nagel

JA. Piotrowski

Für die Richtigkeit  
der Übertragung

*Piotrowski*

Justizangestellte

Gegenwärtig:

Landgerichtsrat Dr. Glöckner

als Untersuchungsrichter;

Justizangestellte Fieber

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

## Strafsache

gegen den Fritz W ö h r n , u.a.

wegen Mordes

Es erschien

der nachbenannte — Zeuge — Sachverständige —

Der — Zeuge — Sachverständige —, mit dem Gegenstande der Untersuchung und der Person des Beschuldigten bekannt gemacht, wurde, ~~— nach~~ nach Eidesbelehrung gem. § 57 StPO ~~zwar die Zeugen — einzeln — und in Abwesenheit~~ und Belehrung gem. § 55 StPO ~~der später abzuhörenden Zeugen, — wie folgt,~~ vernommen:

1. Zeuge — Sachverständige

Ich heiße Robert Wolfgang Zeiler  
bin 44 Jahre alt, Werbeleiter  
in Engenhahn/Ts.,  
Wiesbadener Straße 4,  
sonst verneinend.

Zur Sache:

Wie ich bereits bei meiner Vernehmung vom 18. Juli 1966 erklärt habe, galt ich nach der damaligen NS-Terminologie als privilegiierter Mischling ersten Grades und war vom Tragen eines Judensterns befreit. Mein Vater war "Arier", von Beruf war er erster Konzertmeister an der Staatsoper Berlin. Meine Mutter war Jüdin, aber evangelischer Konfession. Die Ehe meiner Eltern wurde 1938 geschieden.

Im Herbst 1943 wurde meine Schwester von der Gestapo verhaftet und in das Sammellager Große Hamburger Straße in Berlin gebracht, weil sie mit dem jüdischen Rechtsanwalt Dr. Alfred Strassner verlobt war, diesen mit falschen Personalpapieren versorgt und ihm geholfen hatte, in der Wohnung meiner anderen Schwester unterzutauchen. Dies war an die Gestapo verraten worden durch einen gewissen Herrn Baumann, der sich als Schweizer ausgab und gegen Entgelt die Papiere verschafft hatte, sowie Rolf Isaksohn, der Spitzel für die Gestapo war. Während der Inhaftierung meiner Schwester besuchte ich sie verschiedentlich. Sie selbst hatte im Lager Kontakt mit einigen Ordnern und der jüdischen Lagerleitung. Diese Ordner waren meist sehr gut orientiert über bevorstehende Maßnahmen der Gestapo. Auf die Weise erfuhr ich, daß die Gestapo die Deportation meiner Mutter, die infolge der Ehescheidung den Schutz verloren hatte, beabsichtigte.

Zusammen mit meinem Bruder Harald Hochhaus und meiner <sup>jüdischen</sup> verstorbenen älteren Schwester setzte ich etwa Ende Januar 1944 ein Gesuch an Göhring auf mit dem Ziel, die Freistellung meiner Mutter zu erreichen. Wir wandten uns deshalb an Göhring, weil dieser der Schirmherr der Staatsoper Berlin war, wo mein Vater über 30 Jahre erster Konzertmeister war.

Gleichwohl wurde meine Mutter von der Gestapo festgenommen und kam am 29. Februar 1944 in das Lager Schulstraße, in das auch meine Schwester verlegt worden war, nachdem das Lager in der Großen Hamburger Straße für andere Zwecke geräumt worden war. Das Lager Schulstraße befand sich in dem Gebäude der Pathologie des jüdischen Krankenhauses.

Nach der Festnahme meiner Mutter wandte ich mich an einen gewissen Döberke (Dobberke), der der Leiter des Lagers war und fragte ihn unter Hinweis auf das von mir an Göhring gerichtete

Gesuch, wie man meiner Mutter helfen könne. Dobberke verwies mich an Herrn Stark, seinen Vorgesetzten von der Gestapo Leitstelle in Berlin, Burgstraße. Mit Herrn Stark habe ich einmal gesprochen. Er verwies mich an das Reichssicherheitshauptamt in die Kurfürstenstraße. Mein Bestreben ging dahin, an die entsprechend höchste Stelle zu gelangen, um positiv etwas zu erreichen. In der Kurfürstenstraße wurden mein Bruder und ich nach Ausfüllen eines Anmeldeformulars zu dem Angeschuldigten Wöhrn geschickt, der den Rang eines Hauptsturmführers bekleidete. So wurde er angesprochen.

Mir wurde in der Bildmappe das Bild des Angeschuldigten Wöhrn gezeigt (Nr. 55).

Ich erkenne ihn wieder. Ich habe ihn jedoch anders in Erinnerung, mit schmalerem Gesicht und natürlich jünger.

Ich schilderte Wöhrn daraufhin in allen Einzelheiten, was mich zu ihm führte und erwähnte das Gesuch an Gößring. Ich bat um Freistellung meiner Mutter, zumindest aber um Zurückstellung von der Deportation. Insgesamt währte meine Unterredung mit dem Angeschuldigten Wöhrn etwa 1 Stunde. Mein Bruder beteiligte sich auch an der Unterhaltung. Wöhrn hatte uns keinen Platz angeboten. Das Gespräch wurde stehend geführt. Während des Gesprächs stand Wöhrn unbeteiligt am Fenster. Er hörte sich meinen und meines Bruders Vortrag an und gab nicht zu erkennen, ob er von dem Gesuch an Gößring Kenntnis erlangt hatte. Er äußerte lediglich, und das weiß ich noch wörtlich: "Sie können so viel Gesuche einreichen wie Sie wollen, die gehen alle über meinen Tisch und was das bedeutet, werden Sie ja wissen".

Nach diesen Worten Wöhrns mußte ich annehmen, daß auch das Gesuch an Gößring letztlich zuständigkeitshalber oder auf sonstigen Wege zu Wöhrn gelangen würde. Aus seiner kalten, abweisenden und vor allem überheblichen Art war ich mir sofort im klaren, daß ein Gesuch keine Aussicht auf Erfolg haben wird, zumal Wöhrn auch noch zu uns sagte: "Was wollen Sie, Ihre Mutter kommt nach Theresienstadt, das ist ein Sanatorium, wir hätten sie auch totschlagen können". Auch an diese Worte erinnere ich mich noch heute genau und werde sie mein Leben nicht vergessen. Schließlich sagte Wöhrn in seiner überheblichen Art: "Na ja, warten Sie mal, bis das Gesuch entschieden wird. Er werde dafür

sorgen, daß sie vom Transport zurückgestellt würde".

Als ich meine Mutter am 10. März 1944 im Lager Schulstraße besuchen wollte, hörte ich, daß sie trotz Wöhrens Zusage abtransportiert worden war. Diese Mitteilung machte mir das Wachpersonal in der Schulstraße. Von dem Leiter Dobberke wurde sie mir bestätigt. Ich ging dann am nächsten Tag allein zu Wöhrn im RSHA in der Kurfürstenstraße und sagte ihm, was ich gestern im Lager in der Schulstraße erfahren hatte. Wöhrn erklärte, das wäre ein Irrtum. Er rief in meiner Gegenwart das Lager an und sagte mir - auch dies weiß ich noch wörtlich - "Gehen Sie mal hin zur Schulstraße, Sie bekommen ausnahmsweise Sprecherlaubnis" und beim Hinausgehen so beiläufig: "Nehmen Sie gleich Ihren Bruder mit, damit nicht jeden Tag ein anderer angekleckert kommt". Durch diese Worte Wöhrens hatten wir Hoffnung geschöpft und glaubten, daß nun alles gut werden und meine Mutter tatsächlich von Transport zurückgestellt werden würde. Was aber in Wahrheit mit uns geschehen sollte, habe ich damals nicht im mindesten geahnt. Sonst hätten mein Bruder und ich uns zumindest aus Berlin entfernt.

Sofort nach dem Gespräch mit Wöhrn rief ich meinen Bruder an und wir verabredeten uns, noch am gleichen Abend nach seinem Dienstschluß das Lager Schulstraße aufzusuchen. So geschah es auch. Gegen 17 Uhr wurden wir dort von Kommissar Sasse empfangen. Er erklärte uns, daß wir auf Anordnung des RSHA 3 Tage da bleiben müßten. Weitere Angaben, auch über den Grund dieser Maßnahme, konnte er uns nicht machen. Das war auch tatsächlich so, denn nach einem späteren Gespräch mit dem Lagerleiter Dobberke sagte mir dieser, er wisse nicht, was er mit uns anfangen soll. Wir gehörten zu keiner Kategorie, die sonst bei ihm einsitzt. Es war eine Anweisung vom RSHA, von dem Angeschuldigten Wöhrn.

Im Lager selbst wurden wir von den übrigen Insassen getrennt untergebracht. Wir blieben nicht nur 3 Tage und wir glaubten, jede Stunde entlassen oder mindestens zu einer Vernehmung gebracht zu werden. Nichts dergleichen geschah, unsere Beschwerden nützten nichts. Am 5. 4. ließ uns Dobberke kommen. Er fragte uns unsere Personalien ab, die er in unserer Gegenwart telefonisch an das RSHA durchgab. Zur Sache vernahm er uns nicht. Einen Grund für unsere Festnahme konnten wir immer noch nicht erfahren.

Meine Mutter bekam weder ich noch mein Bruder zu sehen. Unsere Erkundigungen bei der Lagerleitung nach dem Verbleib unserer Mutter wurden immer wie folgt beantwortet: "Ihre Mutter ist nicht mehr da, das wissen Sie doch". Trotzdem wurden wir stutzig, daß etwas nicht stimmen könnte. Denn jedesmal, wenn die Häftlinge Freistunde hatten, wurden wir aus unserem Zimmer, welches zum Hof lag, in dem die Häftlinge ihren Rundgang machten, mit durchsichtiger Begründung wie: Es müßten Vermessungen gemacht werden, renoviert werden u.ä., herausgenommen und in ein anderes verbracht.

Wir durften unser Zimmer auch nicht verlassen, wir waren völlig isoliert von den anderen. Uns wurde das Essen gebracht zum Unterschied von den anderen Häftlingen, die gemeinsam das Essen faßen.

Während der Luftangriffe kamen mein Bruder und ich nicht in den Gemeinschaftsluftschutzraum sondern in den sogenannten Bunker, in dem die fluchtverdächtigen Häftlinge teilweise in Ketten ein-saßen, was uns auch wieder stutzig machte.

Am 22. März, 13 Uhr war ein starker Tagesluftangriff auf Berlin und hierbei wurden auch die Gebäude der Schulstraße in Mitleiden-schaft gezogen und die Fensterscheiben barsten. Nachdem wir nach dem Luftangriff wieder in unseren Raum kamen, guckten wir aus dem Fenster und sahen unsere Mutter auf dem Hof wie sie ihre Kleider ausbürstete. Jetzt war uns völlig klar, weshalb man uns isoliert hatte. Wir sollten nicht sehen, daß unsere Mutter doch noch da ist. Tatsächlich hatte sie, wie wir später erfuhren, den Raum unter uns mit anderen Häftlingen.

Als wir nun Kenntnis von der Anwesenheit unserer Mutter hatten, wandten wir uns wiederum an Dobberke und teilten ihm die Wahrnehmung mit. Dobberke erklärte, er könne nichts für uns tun, da wir auf Befehl der Kurfürstenstraße einsäßen. (Seine vorgesetzte Dienst-stelle war die Burgstraße.) Sodann wandten wir uns an die Sekre-tärin der Lagerleitung Fr. Richard mit dem Ziel, mit unserer Mutter zusammenzukommen. Frau Richard hat uns daraufhin einen Briefwech-sel mit unserer Mutter ermöglicht. Verwandte und Bekannte, die uns aufsuchen wollten, erhielten keine Sprecherlaubnis.

Ob durch Vermittlung von Frau Richard oder aus eigenem Entschluß, jedenfalls ermöglichte uns Dobberke am 19. April 1944 ein offiziel-les Zusammensein mit unserer Mutter. Wir durften sie die ganze Nacht

sprechen bis zu ihrem Abtransport morgens um 4 Uhr, den wir selbst mit angesehen haben. Wir sahen, wie sie auf einen Lastkraftwagen mit anderen Häftlingen stieg, der das Lager verließ. Von da an haben wir nichts mehr von unserer Mutter gehört.

Am nächsten Tag, dem 20. 4. wurde unsere Isolation aufgehoben. Wir wurden in ein Gemeinschaftszimmer, in dem bereits 20 Personen waren, verlegt. Am 25. 4. wurde mein Bruder in das Polizeigefängnis Alexanderplatz gebracht. Ein paar Tage später wurde ich ebenfalls dorthin transportiert.

Mein Notizbuch, welches ich heute noch im Besitz habe und in welches ich damals alles eingetragen hatte, gab ich einem jüdischen Ordner mit der Bitte, es meiner damaligen Braut zur Aufbewahrung zu übergeben. Ich kann deshalb heute so genaue Angaben machen, weil ich wie gesagt, genaue Aufzeichnungen in meinem Notizbuch habe.

Nach ein paar Tagen im Polizeigefängnis erhielt ich einen Schutzhaftbefehl mit der Aufforderung, ihn zu unterschreiben. Es war ein rotes Formular und sah so aus wie das Formular auf Blatt 27, Dokumentenband 1. Mir ist noch die Begründung des Schutzhaftbefehls erinnerlich. Sie lautete: "Staatsfeindliches Verhalten, Widerstand gegen die Geheime Staatspolizei, Begünstigung des Judentums". Ich verweigerte die Unterschrift, da ich weder ein Urteil gesehen habe noch ein Prozeß stattgefunden hat. Ich sah nicht ein, warum ich mein 'Todesurteil' unterschreiben sollte. Der Beamte erwiderte: "Ob Sie unterschreiben oder nicht, das ist ganz egal".

Am 8. Mai 1944 wurde ich mit anderen Häftlingen zusammen nach Buchenwald abtransportiert. Die Fahrt dauerte 3 Tage, am 11. Mai traf ich dort ein. Drei Tage später traf mein Bruder auch in Buchenwald ein, dem man in Berlin auf seine Frage nach meinem Verbleib die Auskunft gegeben hatte, ich sei nach Auschwitz gekommen. In Buchenwald selbst war ich mit meinem Bruder zusammen in einem Block. Wir Beide blieben dann bis zu unserer Befreiung im April 1945 in Buchenwald. Wir waren als politische Häftlinge registriert und trugen rote Winkel. Meine Haftnummer war 19 999.

Wir hatten uns in Buchenwald um die Erlaubnis bemüht, mit unserer Mutter in Theresienstadt zu korrespondieren. Wir hatten die Erlaubnis auch erhalten und geschrieben. Diese Briefe sind aber niemals in den Besitz unserer Mutter gelangt. Das ergab sich aus der Korrespondenz mit den Verwandten, bei denen unsere Mutter nach uns fragte. Meines Erachtens sind die Briefe an meine Mutter bewusst zurückgehalten worden und typisch für die geistlichen Grausamkeiten der damaligen Machthaber.

Im Mai 1945 haben wir unsere Mutter aus Theresienstadt abgeholt, nachdem wir von den Alliierten die Reiseerlaubnis erhalten hatten. Wir fuhren nach Weimar zurück. Im Auftrage der Häftlingslagerleitung Buchenwald hatten wir die Absicht, den Rücktransport der Berliner Häftlinge von Berlin aus zu organisieren. Wir, mein Bruder, ich und 2 andere <sup>ehemalige</sup> Häftlinge, fuhren mit der entsprechenden Vollmacht nach Berlin. In Potsdam hatten wir eine Panne mit dem Wagen und wurden von einem russischen Major wieder festgenommen mit der Begründung, wir seien amerikanische Spione.

Im Anschluß daran kam ich als Häftling erneut nach Buchenwald und verblieb weitere  $3\frac{1}{2}$  Jahre dort, während mein Bruder nach Sibirien verschleppt wurde und erst 1950 zurückkehrte.

V. g. u.  
selbst verbessert  
gez. Robert Zeiler